G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Hans Heinz Holz
„Notstand der Demokratie" — Ergebnisse und Perspektiven des Frankfurter Kongresses

Horst Heiden
Deutsche Politik und europäische Sicherheit

Dr. Wolfgang Plat
Müssen die Deutschen sich wieder vereinigen?

Prof. Dr. Harold Rasch
Rußland und die Sowjetunion im politischen Denken Thomas Manns

Prof. Dr. Franz B. Schick, Salt Lake City
Vietnam und das Image der USA

Kongreß „Notstand der Demokratie"
Ansprachen von Ernst Bloch, Hans Magnus Enzensberger, Helmut Ridder und Georg Benz

Einzelheft 3,- DM

Abonnement monatlich 2,50 DM

Studentenabonnement 2,— DM

November 11 1966

XI. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats Oktober 1966 961

Kommentare und Berichte

Zehn Jahre „Blätter" (Manfred Pahl-Rugenstein) 964

Gedanken zum Wehnerplan (Solveig C. Ehrler) 967

XV. Mannheimer Filmwoche (E. H.) 973

Hans Heinz Holz, „Notstand der Demokratie" — Ergebnisse und Perspektiven des Frankfurter Kongresses 976

Horst Heiden, Deutsche Politik und europäische Sicherheit — Die Prinzipien des Disengagement und ihre aktuelle Bedeutung 982

Dr. Wolfgang Plat, Müssen die Deutschen sich wieder vereinigen? 991

Klaus Ehrler, M. A., Die politischen Chancen einer Doppelkonföderation — Westberlin vor der Wahl: Entspannung oder verminderte Lebensfähigkeit 1005

Prof. Dr. Harold Rasch, Rußland und die Sowjetunion im politischen Denken Thomas Manns 1010

Prof. Dr. Franz B. Schick, Salt Lake City, Vietnam und das Image der USA 1021

Sidney Lens, Brasilien und der „amerikanische Weg" 1028

Fernseh-Spalte

Bemerkungen zum Dokumentarspiel (E. H. Wahl) 1039

Die politische Satire

Manöverbericht (Dietrich Kittner) 1040

Bücher

John D. Bernal, Die Wissenschaft in der Geschichte (Sven G. Papcke) 1041

Heinz Robert Schlette und Ingo Hermann, Revolution der Vernunft. Philosophie des Politischen bei John F. Kennedy (Wolfram Steinbeck) 1043

Karlheinz Deschner, Mit Gott und den Faschisten (Dr. Friedrich Pzillas) 1045

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1048

Historische Texte

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (VI) 1050

Dokumente zum Zeitgeschehen

Kongreß „Notstand der Demokratie" — Reden und Schlußerklärung 1053

Deutscher Städtetag gegen Stabilisierungsgesetze 1066

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XI. Jahrgang | November 1966 | Heft 11

Chronik des Monats Oktober 1966

1. 10. — DDR/Jugoslawien. Der Staatsratsvorsitzende der DDR beendet seinen mehrtägigen offiziellen Besuch in Jugoslawien. In einer „gemeinsamen Erklärung" über die Gespräche zwischen Ulbricht und Staatspräsident Tito werden die „Nichtanerkennung der bestehenden Grenzen", das „Bestreben, Zugang zu Kernwaffen zu erhalten", sowie das „Festhalten an der Hallstein-Doktrin" durch die Bundesrepublik kritisiert. Eine Lösung des deutschen Problems sei nur „auf friedlichem Wege bei Anerkennung der Realität der Existenz zweier deutscher Staaten" möglich. Jugoslawien und die DDR kommen überein, ihre gegenseitigen diplomatischen Vertretungen in den Rang von Botschaften zu erheben.

4. 10. — Lesotho. Das bisherige britische Protektorat Basutoland (30 344 qkm — 0,9 Mill. Einw.) erlangt als Königreich Lesotho die staatliche Unabhängigkeit und die Mitgliedschaft im Commonwealth.

— Interparlamentarische Union. Die 55. Interparlamentarische Konferenz in Teheran endet mit der Annahme einer Resolution über die Zusammenarbeit der verschiedenen regionalen Wirtschaftssysteme. Eine zweite Entschließung empfiehlt den Abschluß zwei- und mehrseitiger Nichtangriffs- und Freundschaftspakte und die Schaffung kernwaffenfreier Zonen.

5. 10. — Kernwaffen. Vor dem Bundestag wiederholt Bundeskanzler Erhard in einem Bericht über seinen Besuch in Washington die Forderung der Regierung nach einem „nuklearen Arrangement" innerhalb der NATO, „um die nichtnuklearen Verbündeten angemessen an der nuklearen Verteidigung zu beteiligen".

6. 10. — Berlin. Senatsrat Korber und DDR-Staatssekretär Dr. Kohl unterzeichnen ein neues Abkommen über die Wiedereröffnung der Passierscheinstelle für Härtefälle. Der von Korber vor der Unterzeichnung mündlich vorgebrachte Hinweis auf die „unterschiedlichen politischen und rechtlichen Standpunkte" beider Seiten wird von Dr. Kohl als „einseitige Erklärung" und daher „gegenstandslos" bezeichnet. — Am 12. 10. folgt der Regierende Bürgermeister Brandt der Einladung zu einem Essen mit dem bei der DDR-Regierung akkreditierten sowjetischen Botschafter Abrassimow in dessen Ostberliner Resi-

denz. Brandt war schon vorher bei verschiedenen Anlässen mit dem Diplomaten in Westberlin zusammengetroffen.

7. 10. — U S A. Präsident Johnson betont in einer Rede in New York die amerikanische Bereitschaft, trotz „unserer Meinungsverschiedenheiten über Vietnam" mit der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas auf verschiedenen Gebieten zusammenzuarbeiten. Der Präsident nennt u. a. den Ost-West-Handel, die gemeinsame Nutzung von Wettersatelliten und die Vorbereitung eines Vertrages gegen die weitere Ausbreitung von Kernwaffen. Zur Entspannung in Mitteleuropa beitragen könne eine „schrittweise und ausgewogene Revision in der Stärke der Streitkräfte auf beiden Seiten". — Am 10. 10. empfängt Präsident Johnson den zur UN-Vollversammlung in den Vereinigten Staaten weilenden sowjetischen Außenminister Gromyko zu einem längeren Gespräch.

9. 10. — V i e t n a m. Das Mitglied der Demokratischen Fraktion im US-Senat John Stennes beziffert die Kosten des Krieges in Vietnam für die Vereinigten Staaten auf monatlich 2 Mrd. Dollar. Die Regierung werde im nächsten Jahr gezwungen sein, einen zusätzlichen Kredit von 12 bis 15 Mrd. Dollar zu beantragen. Senator Fulbright unterstützt in einem Schreiben an Präsident Johnson eine von vier Professoren der Universität Princeton angefertigte Studie, die die Neutralisierung als Mittel zur Befriedung Südostasiens empfiehlt. Die einzige Alternative zur Neutralisierung sei die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in diesem Teil der Welt für die Dauer von mindestens 20 Jahren. — Am 17. 10. tritt US-Präsident Johnson eine ausgedehnte Asienreise an, um u. a. an einer vom philippinischen Staatspräsidenten Markos einberufenen Vietnam-Konferenz in Manila teilzunehmen. Auf der Konferenz, die vom 24. bis 25. 10. stattfindet, sind Südkorea, Neuseeland, die Philippinen, Thailand, die USA und Südvietnam vertreten. Präsident Johnson besucht von Manila aus für einige Stunden einen amerikanischen Militärstützpunkt in Vietnam.

12. 10. — D e u t s c h l a n d f r a g e. Die Zeitschrift „Deutsches Panorama" veröffentlicht Auszüge aus einem Interview mit Herbert Wehner, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD. Wehner lehnt darin eine Anerkennung der DDR ausdrücklich ab, spricht aber von Möglichkeiten für die Errichtung „einer Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft oder auch eines Deutschen Bundes". Im Namen der Bundesregierung verwirft Staatssekretär von Hase die von Wehner geäußerten Gedanken. Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, erklärt in einem Gespräch mit der „Neuen Ruhr-Zeitung": „Wir sind zu allen Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten bereit." Verhandlungen über eine Wirtschaftsgemeinschaft seien eine Sache, über die sich in erster Linie die Bundesregierung klarwerden müsse.

13. 10. — D D R. Die Volkskammer verabschiedet ein „Gesetz zum Schutze der Staatsbürger- und Menschenrechte der Bürger der DDR", das sich gegen Personen richtet, die „im Widerspruch zum Völkerrecht maßgeblich oder mit besonderer Aktivität" daran mitwirken, „unter Zugrundelegung der Alleinvertretungsanmaßung der Bundesrepublik und der Ausdehnung der westdeutschen Gerichtshoheit Bürger der DDR wegen der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Staatsbürgerrechte zu verfolgen" (§ 1). Ministerpräsident Stoph begründet die Einführung der neuen Bestimmungen mit dem im Zusammenhang mit einem möglichen Redneraustausch erlassenen „Gesetz über eine befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit" in der Bundesrepublik.

15. 10. — S o w j e t u n i o n. Auf einer Kundgebung zu Ehren einer in Moskau weilenden polnischen Delegation unter Leitung von Parteisekretär Gomulka und Ministerpräsident Cyrankiewicz kommentiert Parteichef Breshnew die Rede des amerikanischen Präsidenten Johnson vom 7. 10. mit der Feststellung, auch die Sowjetunion wünsche grundsätzlich eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA. Es sei jedoch „seltsam und irrig" anzunehmen, daß sich „die Beziehungen Amerikas zur Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern trotz des Vietnam-Krieges entwickeln könnten". Breshnew sichert der Regierung in Hanoi erneut umfassende Hilfe auf allen Gebieten zu und übt heftige Kritik an der Tätigkeit der „Roten Garde" in China.

17. 10. — U N O. Auf Vorschlag des Sicherheitsrates billigt die Vollversammlung einstimmig die Aufnahme der Repu-

blik Botswana und des Königreiches Lesotho als 120. und 121. Mitglied der Organisation.

17.—21. 10. — „Fallex 66". Im Rahmen der NATO-Generalstabsübung „Fallex 66" tritt in einem Regierungsbunker in der Eifel ein sogenanntes Notparlament zusammen. An den Sitzungen dieses „Gemeinsamen Ausschusses", der nach den im Bundesinnenministerium ausgearbeiteten (aber dem Parlament bisher nicht zugeleiteten) Notstandsvorlagen in gewissen Fällen die Kompetenzen des Bundestages übernehmen soll, beteiligen sich 22 Abgeordnete aller drei Fraktionen und je ein Vertreter der elf Bundesländer. Innenminister Lücke erklärte in einem Interview mit der Hamburger Zeitung „Die Welt", bei der Übung sei man davon ausgegangen, daß die Notstandsverfassung bereits verabschiedet worden sei.

17.—22. 10. — Warschauer Pakt. Auf Einladung des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR konferieren in Moskau die Partei- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten (die z. T. von ihren Verteidigungsministern begleitet sind) „über einen weiten Kreis von Fragen der Weltpolitik". An der Konferenz nehmen auch der kubanische Staatspräsident Dorticos und der Ministerpräsident der Mongolei, Zedenbal, teil. Albanien ist nicht vertreten. Die Teilnehmer wohnen in Baikonur (Kasachstan) dem Start einer sowjetischen Weltraumrakete bei.

21.—24. 10. — Neutralität. Der jugoslawische Staatspräsident Tito und der Präsident der VAR, Nasser, treffen in New Delhi mit dem indischen Ministerpräsidenten Frau Gandhi zusammen. Die Regierungschefs drücken in einem Kommuniqué ihre „tiefe Besorgnis" über die gefährliche Lage in Südostasien aus und verlangen die bedingungslose Beendigung der Bombardierung Nordvietnams und den Rückzug fremder Truppen. Die drei Regierungschefs befürworten die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz und die „Wiederherstellung der legitimen Rechte der Volksrepublik China" innerhalb der Vereinten Nationen.

22. 10. — SPD/SED. In ihrem Parteiorgan „Neues Deutschland" richtet die SED sechs Fragen an den Parteivorstand der SPD, in denen sie Themen für „politische Verhandlungen" zwischen beiden Parteien formuliert. Auf einer Kundgebung in Westberlin antwortet der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner mit vier Gegenfragen. In einer gleichzeitig angenommenen Entschließung des Parteivorstandes wird auf die früheren Vorschläge der SPD für eine öffentliche Diskussion hingewiesen.

27. 10. — Regierungskrise. Der Austritt der vier FDP-Minister aus dem Kabinett versetzt die CDU/CSU in die parlamentarische Minderheit. Der Parteivorsitzende der FDP und bisherige Vizekanzler Dr. Mende begründet den Rücktritt mit der Haushaltspolitik der Regierung. Mende erklärt zwar die Koalition für beendet, schließt aber eine erneute Zusammenarbeit mit der CDU/CSU nach den bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern nicht aus.

— China. Über einem Testgelände im Inneren der VR China wird zum ersten Mal eine ferngelenkte Rakete mit atomarem Sprengstoff erprobt. Die Nachrichtenagentur „Neues China" meldet, die Rakete habe das Ziel in der festgesetzten Entfernung erreicht und eine nukleare Explosion ausgelöst.

28. 10. — Bundeshaushalt. Einstimmig lehnt der Bundesrat den Etatentwurf für 1967 ab und fordert die Regierung auf, eine neue Vorlage oder einen Ergänzungshaushalt einzubringen.

— Frankreich. Staatspräsident de Gaulle befaßt sich auf einer Pressekonferenz mit innen- und außenpolitischen Fragen und wiederholt dabei seine Ansichten über eine Beendigung des Krieges in Vietnam. De Gaulle nennt eine Verständigung zwischen Ost und West die Voraussetzung für einen sicheren Frieden.

30. 10. — Notstand. In Frankfurt findet der Kongreß „Notstand der Demokratie" mit einer anschließenden Großkundgebung gegen die beabsichtigte Notstandsgesetzgebung statt (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

— Italien. Eine „Sozialistische Konstituante" vollzieht den Zusammenschluß der Sozialdemokratischen und der Sozialistischen Partei zur „Vereinigten Sozialistischen Partei Italiens".

Hans Heinz Holz

„Notstand der Demokratie"

Ergebnisse und Perspektiven des Frankfurter Kongresses

I

Etwa 24 000 Menschen aus der gesamten Bundesrepublik nahmen an der Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg teil, die den Höhepunkt und Abschluß des Kongresses „Notstand der Demokratie" bildete, zu dem ein Kuratorium von sechzig Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingeladen hatte. In einer Schlußerklärung des Kuratoriums wurde unter dem Beifall der Versammelten der „Notstand der Demokratie" festgestellt [1]. „Die größte politische Kundgebung seit vielen Jahren" nannte die „Frankfurter Rundschau" diese Manifestation, während die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" wider besseres Wissen meldete: „Front der Notstandsgegner bröckelt ab" und von Otto Brenner, der an der Schlußkundgebung unter den Kuratoren auf der Tribüne teilnahm, behauptete, er habe sich von dem Kuratorium stillschweigend distanziert [2].

In der Tat hat es seit Beginn der öffentlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze noch keine so breite und machtvoll sich bekundende Front der Notstandsgegner gegeben wie in diesem Augenblick. Zum erstenmal haben sich nicht nur einzelne Gewerkschaftsbezirke und -funktionäre an der Organisation der Veranstaltung beteiligt; vielmehr haben offiziell sechs Gewerkschaften, die IG Metall, die IG Chemie, Papier, Keramik, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die IG Druck und Papier, die Gewerkschaft Leder und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, den Kongreß materiell und ideell unterstützt. Und nicht nur die Teilnehmer der sechs Foren, sondern auch die offiziellen Sprecher dieser Gewerkschaften forderten, daß sich nun der DGB in Verwirklichung der Beschlüsse von Hannover und Berlin an die Spitze weiterer Aktionen gegen die Notstandsplanung setzen müsse. Und nicht nur in der Erklärung gemeinsamer Zielsetzung, sondern in einer Gemeinschaft des Handelns standen Professoren, Schriftsteller und Pfarrer auf den Tribünen neben den Arbeitervertretern: der katholische Historiker Prof. Karl Otmar Freiherr von Aretin neben dem Vorstandsmitglied der IG Chemie Werner Vitt, der Bundesverfassungsrichter a. D. Prof. Martin Draht neben dem hessischen SPD-Landtagsabgeordneten Olaf Radke, der protestantische Pfarrer Horst Symanowski neben dem Herausgeber der Werkhefte katholischer Laien, Gerd Hirschauer, der Soziologe Prof. Dr. Werner Hofmann neben dem stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz, Kurt Georgi. Die Professoren Ernst Bloch und Helmut Ridder, der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger und Georg Benz, Mitglied des Bundesvorstandes der IG Metall, waren die Redner auf dem Römerberg. Sie demonstrierten die Einigkeit in der Sache und die gemeinsame Bereitschaft zur Fort-

---

1) Text der Schlußerklärung s. S. 1063 dieses Heftes.
2) Diese Behauptung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wurde in einer Verlautbarung der Pressestelle der IG Metall, gezeichnet von Dr. Werner Thönnessen, richtiggestellt, die die FAZ in ihrer Nummer vom 3. November 1966, S. 12, abdrucken mußte.

setzung des Kampfes um die Erhaltung der Demokratie in der Bundesrepublik, in der sich heute Gewerkschaften und Intelligenz verbunden wissen. Mit einer Grußadresse von achtzig Düsseldorfer Handwerksmeistern haben sich in diesem Zusammenhang nun auch Mitglieder mittelständischer Berufsgruppen zu Wort gemeldet, und in einem Forum wurde der Wunsch geäußert, mit deren Spitzenorganisationen Kontakt aufzunehmen.

Wie muß es um die publizistischen Anwälte der Notstandsplaner bestellt sein, wenn sie einen so wachsenden Widerstand gegen ihre Anschläge auf das Grundgesetz mit der Lüge beantworten: „Die Front der Notstandsgegner bröckelt ab"? Hans Magnus Enzensberger glaubte es sagen zu dürfen: „Was da immer noch den starken Mann markiert, das ist ja ganz weich in den Knien! Das hat ja Angst! Und weil sie Angst haben, diese politischen Bunkerleichen, weil sie selber der Notstand sind, von dem sie faseln, darum hecken sie die Paragraphen, die diesen Notstand verewigen sollen."

Was zu den Notstandsplänen der Bundesregierung zu sagen ist, wurde in den vergangenen zwei Jahren von den Politikern und Juristen der außerparlamentarischen Opposition in dauernder Beschäftigung mit mehr oder weniger geheim gehaltenen Gesetzentwürfen, mit regierungsamtlichen Interpretationen und Äußerungen im Bundestag erarbeitet. Neue Argumente, die diese in Büchern, Aufsätzen und Gutachten entwickelten Gründe überschreiten würden, waren von dem Frankfurter Kongreß nicht zu erwarten. Es ging darum, einer von Bundesregierung und Parteien im unklaren gelassenen Bevölkerung Aufklärung über die Gefahren zu verschaffen, denen sie im Falle einer Verabschiedung der Notstandsverfassung ausgesetzt sein würde: Verlust ihrer Grundrechte und Freiheiten, Erfassung durch einen mit totalem Machtanspruch auftretenden Staat, Reglementierung ihres Alltagslebens, Einordnung in ein System allgemeiner Militarisierung, Gefahr für die Entspannung und den Frieden in der Welt. Es ging weiter darum, diesem Griff nach der Diktatur ein unüberhörbares Halt entgegenzusetzen, es ging darum, zu zeigen, daß es in allen Teilen der Bundesrepublik verantwortungsvolle Bürger dieses Staates gibt, die der Zerstörung der Demokratie nicht tatenlos zuzusehen bereit sind. Eine Kongreßbeteiligung, die das vorausgeschätzte Maß um mehr als das Doppelte übertraf, hat diesen Beweis erbracht. Die Front der Notstandsgegner kann nun nicht länger mehr als ein kleines Häuflein demokratischer Utopisten oder linksintellektueller Querulanten abgetan werden. Die Frankfurter Veranstaltung hat die Existenz einer machtvollen Bewegung vor Augen geführt. Die von ihr nach Hause zurückkehrten, nahmen neue Impulse mit. Es war schon kein Stein mehr, sondern ein Felsbrocken, der ins Wasser geworfen wurde, und die Wellen, die er auslöst, werden hoch schlagen. Der Frankfurter Kongreß hatte ein Schwergewicht, das aus sich heraus zur Fortsetzung und Erweiterung der Aktionen drängt.

II

Mit welcher Situation hatte sich der Kongreß auseinanderzusetzen? Was trat in den sechs Foren zutage, die den historischen und politischen Belastungen der Ausnahmegesetzgebung, der Presse- und Meinungsfreiheit, den Folgen des Notstands für den Alltag, den wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekten, den Schubladenverordnungen und den Problemen der Gewissensfreiheit gewidmet waren? Es war beachtlich, wie die einführenden Referate, die Diskussion und die

Fragen aus dem Teilnehmerkreis eine klare Einsicht der Versammelten in den gesamtpolitischen Zusammenhang spiegelten, in dem die Notstandsgesetze ein Teil, allerdings der wichtigste und bedrohlichste Teil sind. Die bisherige Verdunkelungs- und Überrumpelungstaktik der Regierung schlägt jetzt auf sie selbst zurück.

Die Vorbereitung der Notstandsgesetze, die seit Jahren ohne ausreichende Unterrichtung der Öffentlichkeit betrieben wurde, vor allem aber die in aller Heimlichkeit ausgearbeiteten und nur durch einen Zufall bekanntgewordenen, jetzt auch veröffentlichten „Schubladengesetze" signalisierten bereits, daß die Bundesregierung das Licht der Öffentlichkeit scheut und kein gutes Gewissen gegenüber der Bevölkerung und dem Grundgesetz hat. Sieben Notstandsgesetze, mit denen die Regierung jederzeit, also auch schon in ganz normalen Friedenszeiten, Millionen Bürger in Zwangsorganisationen erfassen könnte, wurden bereits verabschiedet und nur aus Kostengründen vorerst zurückgestellt. Die Bemühungen, weitere Notstandsgesetze einschließlich der verfassungsändernden Notstandsartikel durchzusetzen, intensivieren sich. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen sie möglichst bald verabschiedet werden. Dann wäre die Gültigkeit aller entscheidenden Grundrechte dem politischen Gutdünken der jeweils Regierenden anheimgegeben, der Obrigkeitsstaat wäre wiederhergestellt.

Die Bundesregierung strebt den Umbau unserer Verfassungsordnung an, weil sie erkannt hat, daß die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und militärische Kraft der Bundesrepublik nicht ausreicht, den Status quo in Mitteleuropa ihren Wünschen gemäß zu ändern. Sie beurteilt den vom Grundgesetz gewollten parlamentarisch-demokratischen Staat, in dem die bundesstaatliche Gewalt durch das föderalistische Prinzip eingegrenzt ist und der Interessenpluralismus der Gesellschaft seinen legitimen Platz hat, als ungeeignet für die Durchführung einer Machtpolitik, die imstande ist, gegen den Willen von West und Ost eine Entspannung in Mitteleuropa auf der Basis des heutigen territorialen Status quo zu verhindern, die Bundesrepublik in den Kreis der nuklear schlagfähigen Mächte aufsteigen zu lassen und bis zu dieser entscheidenden Steigerung ihres Gewichts alle Grenzfragen in Europa offenzuhalten. Nicht der demokratische, sondern der autoritäre Notstandsstaat, nicht die pluralistische, sondern die formierte Gesellschaft erscheint ihr für eine derartige Politik geeignet.

Da sich einer Verabschiedung der Notstandsverfassung immer wieder neue Schwierigkeiten in den Weg stellen, unternimmt die Bundesregierung gegenwärtig den Versuch, sich aus dem Notstandspaket jene Notverordnungsvollmachten, die sie zur Abstützung ihrer international immer glückloser werdenden Politik zu benötigen glaubt, schon im voraus in Form der Stabilisierungsgesetze bewilligen zu lassen. Die Stabilisierungsgesetze würden der Bundesregierung die Möglichkeit geben, den Ländern und Gemeinden erhebliche Finanzmittel zu entziehen und sie für die Finanzierung industrieller Investitionen unter wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkten und für die Wahrung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik im Ausland auszugeben. Die Stabilisierungsgesetze sollen zugleich, wie die CDU/CSU ankündigte, „neue Maßstäbe" für die Lohn- und Gehaltspolitik setzen. Das bedeutet, daß nicht nur die dringenden Aufgaben im Bildungswesen, im Gesundheitswesen, im Straßenbau und Verkehrswesen durch Kürzung der entsprechenden Länder- und Gemeindeetats hinter der Rüstungspolitik zurückstehen sollen, sondern auch die Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Finanzierung einer den Volksinteressen

zuwiderlaufenden Politik beitragen müssen. Der angekündigte „neue Stil" in der Sozialpolitik weist ebenfalls auf die Entschlossenheit der Bundesregierung, alle Staatsausgaben, die sich nicht unmittelbar als energiespendend für den gewünschten Leistungsaufschwung der Industrie auswirken, zum Luxus zu erklären und einzusparen. Dabei ließe sich in der Bundesrepublik ein vorbildlicher Sozialstaat mit einem quantitativ und qualitativ den Zukunftsanforderungen entsprechenden Bildungswesen ohne jegliche Überforderung der Volkswirtschaft leichter als irgendwo sonst in der Welt aufbauen, würden nicht die Finanzmittel, die dazu erforderlich wären, dem Wahn einer antiquierten Machtpolitik geopfert. Daß die Stabilisierungsgesetze, der Abbau der Sozialleistungen und eine Drosselung der Löhne und Gehälter notwendig seien, weil die Wirtschaft der Bundesrepublik mit einer Periode größerer Strukturkrisen zu rechnen hat, ist eine lancierte propagandistische Version, die über die tatsächlichen Zusammenhänge hinwegtäuschen soll. Die für alle vergleichbaren Industrienationen heute charakteristischen partiellen Umstellungskrisen wären für die Industrie der Bundesrepublik kein ernstes Problem, wenn unsere Volkswirtschaft nicht gleichzeitig mit den aus der Rüstungspolitik resultierenden Belastungen beschwert wäre. Es gäbe auch keine Krise der D-Mark, wenn das noch immer ungewöhnlich hohe wirtschaftliche Leistungsvermögen der Bundesrepublik unter wirtschaftlichen und nicht unter machtpolitischen Gesichtspunkten genutzt würde. Die Stabilisierungsgesetze sollen nicht die in gewisse Krisenphasen geratende Wirtschaft, sie sollen die in die Krise geratende Regierungspolitik stabilisieren. Sie dienen nicht dem Schutz der Währung, sondern der Fortsetzung gerade jener Politik, die den Währungszerfall verursacht.

Das alles klang auch in der Schlußrede von Georg Benz auf dem Römerberg an, der die Konsequenz zog: „Nur derjenige, der die Notstandsgesetze nicht isoliert sieht, sondern als Teil eines Stahlnetzes, das die Demokratie umspannt und sie in ein ebenso komfortables wie unerbittliches Staatsgefängnis umwandeln kann, der sieht hier richtig ... Wir kämpfen für nichts anderes als für die verfassungsmäßige Ordnung, die sich in der Bundesrepublik 16 Jahre lang bewährt hat. Die Änderung wollen die anderen — einen Staatsstreich planen nicht wir."

III

Man könnte die Frage stellen, ob in einem Augenblick, in dem eine Regierungskrise offensichtlich die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung lähmt und es nicht zu erwarten ist, daß die Notstandspläne rasch weiterbetrieben werden, eine so machtvolle Kundgebung nötig und sinnvoll war. Dem mag entgegengehalten werden, daß gerade die Krise zu einer stillschweigenden Einigung über den Notstand führen könnte, wenn etwa die CDU sich um diesen Preis einer Großen Koalition öffnen und Wehner mit seiner Bereitschaft, den Preis zu zahlen, durchdringen würde. Gerade jetzt ist es wichtig, jenen Kräften in der SPD eine breite Rückendeckung zu geben, die den selbstmörderischen Wahnsinn nicht zulassen wollen, daß einem Ermächtigungsgesetz zugestimmt werde, das die Tore zur Diktatur nicht weniger weit aufstößt als einst sein Vorläufer von 1933. Noch ist die Rede des Reichstagsabgeordneten Wels in der Tradition der sozialdemokratischen Parteigeschichte nicht ganz vergessen; damit sie vorbildlich bleibe auch angesichts eines erneuten Abbaus der Demokratie in Deutschland, bedarf es gewiß eines manifesten Widerstandswillens der Bevölkerungsschichten, aus denen die SPD ihre Wähler und Mitglieder rekrutiert.

Doch möchte eine Regierungskrise, deren seit Jahresfrist schleichende Permanenz jetzt aktuell wird, dem um die Stabilität der Demokratie (oder auch nur der Konjunktur) besorgten Bürger den Fehlschluß nahelegen, es brauche nun eines „starken Mannes" oder doch wenigstens einer starken Regierungsgewalt, um dem drohenden Wirrwarr zu wehren. Da ist es nicht überflüssig, gegen das Gaukelspiel der Stärke in Erinnerung zu rufen, was schon einmal unter Berufung auf die starke Hand in Deutschland angerichtet wurde. Ernst Bloch tat es in seiner Rede, als er den Niedergang der Weimarer Republik beschwor: „Der Art. 48, den der Demokrat Hugo Preuss damals, halb naiv, halb taktisch, in die Verfassung einfügte: wird er post festum Nostand feiern? Er wollte doch gleichfalls die bürgerliche Demokratie den Worten nach im Notfall schützen, und sie wurde an dem Paragraphen, der sie im Notstand gerade aufhob, juristisch aufgehängt, bis die Nazis sie wirklich aufgehängt haben." Stabilisierung durch Diktatur wird nie eine Not beheben, sie ist vielmehr deren rechter Anfang; an ihrem Ende standen 1945 Millionen Tote und ein zerstörtes Land, und niemand hatte die Möglichkeit gehabt, dazu Nein zu sagen. Diesmal muß zuvor dafür gesorgt werden, daß es soweit nicht wieder kommt.

Der Notstand des Staates liegt nicht in dieser oder jener äußeren oder inneren Bedrohung (mit der ein gesundes Staatswesen ohnehin aus sich heraus fertig werden würde), sondern im Notstand selbst, dieser Bedrohung der Demokratie und des Wesens des Grundgesetzes. Der wirkliche Notstand, gegen den es mit den noch zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln aufzustehen gilt, ist der Notstand der Demokratie. Er betrifft alle — auch jene, die es noch nicht wissen. Er bedeutet den Verlust all dessen, was ein liberaler Bürgergeist als Voraussetzung eines sozialen Rechtsstaats errungen hat. D. h.: der Notstand wäre die Vernichtung unserer staatsbürgerlichen Existenz, wir würden unter seinem Gesetz zu unfreien, unmenschlichen, total gelenkten Sklaven einer abstrakten Machtmaschinerie, die allein noch für das Wachstum der Gewinne weniger Herren arbeiten müßten. Schon heute ist die Bundesrepublik ein Staatsgebilde, in dem (wie Professor Werner Hofmann in seinem Referat belegte) die Repräsentanten der staatlichen Macht nicht ausgleichend über oder zwischen den gesellschaftlichen Gruppen stehen, sondern die Interessen der Spitzen der Privatwirtschaft vertreten. So hat der Staat seine Rolle als Träger der Gerechtigkeit, als integrierender Faktor seiner Glieder verloren; er ist im sozialen Interessenkampf Partei, und zwar auf der Seite der wenigen gegen die große Mehrheit. Notstandsgesetze in einem solchen Staate würden aus ihm, wie Augustinus sagt, „eine große Räuberhöhle" und ebenso ein großes Konzentrationslager machen.

Es gibt auch in Deutschland eine alte Tradition der Liberalität, deren Wert der FDP-Landesvorsitzende von Berlin, William Borm, MdB, im Sinn hatte, als er dem Kuratorium des Kongresses beitrat, und für die sich mit Leidenschaft der frühere FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Oswald Kohut im Forum II einsetzte. Es gibt im deutschen Beamtentum ein Pflichtbewußtsein gegenüber der Idee der Rechtsstaatlichkeit, die von der Notstandswillkür mit Füßen getreten würde. „Wir wissen", sagte Professor Ridder, „daß ein großer Teil unserer Mitbürger, der in den gespenstischen Apparat der Notstandsplanung verwickelt ist, nicht weiß, was er tut." Hier kann noch Bewußtsein vermittelt, Verantwortlichkeit geweckt werden. Die Gewerkschaften und die Wissenschaftler stehen an der Spitze des Kampfes für die Demokratie; doch sie stehen nicht allein: Ein führender Teil der freischaffenden Intelligenz, aber auch der Studenten, hat sich mit ihnen verbündet. Auch sind es nicht nur die Arbeitnehmer, die durch das Instru-

ment der Notstandsgesetze entrechtet werden sollen. Alle mittelständischen Wirtschafts- und Berufsgruppen werden zugleich deren Opfer sein; für sie ist es nicht minder notwendig, sich jetzt und rechtzeitig zu wehren.

Daß eine so breite Front der Verteidiger der Demokratie sich nicht allein auf die Abwehr der Gefahren beschränken kann, sondern ihrerseits eine positive Alternative zur Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung bereithält, zeigten die Forumsdiskussionen und die Schlußkundgebung. „Ich glaube", sagte Georg Benz, „in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich sage, wir müssen endlich erkennen, daß Bestand und Sicherheit unserer Gesellschaft nicht erhalten werden können durch gewaltige Rüstungen, durch Notstandsgesetze, durch Verteufelung Andersdenkender, sondern einzig und allein durch eine wahrhaft menschenwürdige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, durch die freie, ungehinderte Information aller Bürger, durch absolute Gleichheit der Bildungschancen und durch den Abbau aller Formen autoritärer Herrschaft." In Forum IV wies der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie, Karl Küpper, darauf hin, daß die Inanspruchnahme des Bruttosozialprodukts für einen übersteigerten Rüstungsaufwand die materielle Situation der Arbeitnehmer entscheidend beeinflusse und zu einem Abbau des sozialen Niveaus führen müsse. Und Professor Werner Hofmann erklärte, daß im Zeitalter der Atomraketen Sicherheit nur mehr mit politischen Mitteln erreicht werden könne, während das Starren auf den Fall des äußeren Notstands eine Verzichterklärung unserer Politik bedeute. Professor von Aretin erläuterte den Zusammenhang, der zwischen einer Notstandsgesetzgebung und der Verschlechterung unserer außenpolitischen Situation bestehe: Jeder Abbau der Demokratie in Deutschland müsse das Mißtrauen in der Welt gegen die friedlichen Absichten der Bundesrepublik weiter verstärken. So tauchte von verschiedenen Seiten her die Schlußfolgerung auf, daß eine andere Außenpolitik auch eine Notstandsplanung überflüssig machen würde. Denn wenn durch Verzicht auf territoriale Forderungen und durch eigene Vorschläge zum militärischen Disengagement die Bundesrepublik eine glaubwürdige Friedenspolitik einleite, brauche sie sich auch in einer Zeit allgemeiner Entspannungsbemühungen nicht bedroht zu fühlen.

Ein Wandel der außenpolitischen Konzeption würde jedoch zugleich eine Entlastung der Volkswirtschaft vom Druck der ungeheuren Rüstungsausgaben einschließen und so die Produktivität des Landes für den Aufbau einer gerechteren und sozialeren Gesellschaftsordnung freisetzen. D. h., auch innenpolitisch würde der Notstand als Instrument der Machtausübung überflüssig werden. Einem solchen Programm entspräche dann eine wirkliche Demokratie, für die das Grundgesetz nicht nur ein leerer Formalismus bliebe und in der auch die breite Masse der Bevölkerung auf dem Wege über eine erweiterte gewerkschaftliche Mitbestimmung an den Entscheidungen über die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens beteiligt wäre.

Die Politik, die die Bundesregierung seit fast zwei Jahrzehnten verfolgt, hat Bankrott gemacht. Professor Ridder zog daraus die Konsequenz: „Von der Konkursmasse einer in allen Sparten verfehlten Innen- und Außenpolitik ist auch der kleinste Rest nicht zu gebrauchen. Und verwechseln Sie nicht gerade diesen Bankrott eines politischen Systems, zu dessen Verschleierung das ‚Instrumentarium' der Notstandsinitiatoren nicht zuletzt geschmiedet worden ist (ohne freilich für diesen Zweck noch früh genug von der Esse zu kommen), mit einem ‚Notstand', um ihn durch die Zerstörung der Verfassung zu beheben." Den Ban-

krotteuren darf nicht Gelegenheit gegeben werden, sich durch die Flucht in die Diktatur als Retter aus dem von ihnen selbst verursachten Debakel aufspielen zu können.

Das hat der Frankfurter Kongreß gezeigt: Schon geschieht unter der Führung von Gewerkschaften und Intelligenz ein Brückenschlag quer durch alle Schichten des deutschen Volkes zur Verteidigung der Verfassung und der Bürgerrechte; noch aber ist nicht in allen Schichten die Basis gleich breit, der Wille zum Einsatz gleich groß. Die Aktionen müssen fortgesetzt, die Arbeit muß weitergeführt werden, um den Bau der Brücke zu vollenden. Statt der Grabesruhe einer Formierten werden wir dann die Sicherheit einer freien Gesellschaft haben.

Horst Heiden

Deutsche Politik und europäische Sicherheit

Die Prinzipien des Disengagement und ihre aktuelle Bedeutung

Zu den vielen Mängeln, die eine Regierung haben darf, ohne dadurch gleich den von ihr geführten Staat in ernste Krisen zu stürzen, zählt sicher nicht die politische Ignoranz. Nicht erkennen wollen, was geschieht, die Augen verschließen wollen vor dem, was die weltpolitische Entwicklung bestimmt, ist ein tödliches Fehlverhalten. Es endet in harmloseren Fällen mit dem politischen Exitus der betreffenden Regierung; nicht selten jedoch auch — die deutsche Geschichte beweist es — mit der Katastrophe des gesamten Staatswesens; letzteres vor allem dann, wenn der Staat im Verlaufe eines antidemokratischen Degenerationsprozesses die Fähigkeit verloren hat, sich rechtzeitig und gründlich von der führungsuntauglichen Regierung zu trennen.

Die tiefe Krise der Bonner Führung und die in ihren Ansätzen bereits klar erkennbare allgemeine Krise der Bundesrepublik, die in diesen Wochen alarmierend deutlich werden, gründen sich auf die Mißachtung der politischen Umweltbedingungen. Starr wird an dem unter Adenauer konzipierten Programm festgehalten, das innenpolitisch den Weg „vom autoritäten Staat zum Diktaturstaat" (Jaspers) weist und außenpolitisch die westeuropäische Hegemonie einer ökonomisch wie militärisch mit allen Großmacht-Insignien (einschließlich atomarer Waffen) versehenen Bundesrepublik anstrebt; so soll im Bunde mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit der botmäßigen Unterstützung der zweitrangigen NATO-Partner der Osten mit der Politik der Stärke zum Rückzug gezwungen werden. Dieses ignorante Festklammern an irrealen Zielen ist die eigentliche Wurzel der Krise Bonns und der Bundesrepublik.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Kongreß „Notstand der Demokratie"

Im nachfolgenden veröffentlichen wir (nach der im voraus der Presse übergebenen Fassung, die den Rednern als Vorlage diente) den Wortlaut der Reden, die Prof. Dr. Ernst Bloch, Dr. Hans Magnus Enzensberger, Prof. Dr. Helmut Ridder und Georg Benz am 30. Oktober in Frankfurt/Main auf der Schlußkundgebung des Kongresses „Notstand der Demokratie" vor 24 000 Teilnehmern gehalten haben, sowie die Schlußerklärung des Kuratoriums des Kongresses.

D. Red.

Rede von Prof. Dr. Ernst Bloch

1. Wir kommen zusammen, um den Anfängen zu wehren.

2. Diese kennen wir bereits aus den ersten Sätzen der Notverordnung; die weiteren sollen uns erst später bleich machen.

3. Absicht und Tenor der Sache sind so klar wie unheimlich, auch wenn, ja gerade wenn die Ausführungsbestimmungen, die ergänzenden, noch geheime Reichssache sind. Hier kann auch Wehner nicht beruhigen, nicht abwarten und den bisher üblichen Tee trinken lassen. Die Zeit ist nicht danach, daß sie uns so viel Zeit läßt.

4. Dagegen scheint und droht es, als würde schon zu vieles dem Wurm und seinem Loch in der Weimarer Republik ähnlich. Der Artikel 48, den der Demokrat Hugo Preuss damals, halb naiv, halb taktisch, in die Verfassung einfügte: wird er post festum Notstand feiern? Er wollte doch gleichfalls die bürgerliche Demokratie den Worten nach im Notfall schützen, und sie wurde an dem Paragraphen, der sie im Notstand gerade aufhob, juristisch aufgehängt, bis die Nazis sie wirklich aufgehängt haben. Um der Notzeit willen, die ja von der wirklich dirigierenden Macht im Staat so rasch ausgerufen werden kann, wie es ihrem Interesse entspricht, und so bunkergemäß, daß selbst unserem Bonner Parlament Hören und Sehen vergeht. Die subjektiven öffentlichen Rechte, Meinungsfreiheit, Koalitionsrecht, Streikrecht und so fort, können dann, das geht leicht in Deutschland, eliminiert werden; ein Notstand ist immer bei der Hand, sobald ihm nichts fehlt, als ausgerufen zu werden. Wobei die richtige Macht auch über keine noch so scheinklug gesponnenen juristischen Zwirnsfäden stolpert, wie man damals mit bestürzender Aktualität sagte, über oppositionelle Sicherungen also. Die sind auch heute pure Selbstberuhigung, bevor Notverordnung erst einmal ein Tor zum rechtsleeren Ausnahmezustand legal geöffnet hat. Es war ahnungslose, zum Teil ahnungslose Kursichtigkeit beim Art. 48 damals; nicht so viel verändert wird sie sich wiederholen, wenn wir das dulden, doch wir wollen es nicht dulden.

5. Eine andere warnende Ähnlichkeit mit der gehabten Weimarer Demokratie und ihrem diktatorischen Ende drängt sich gleichfalls auf. Nämlich die Geringfügigkeit der Achtung, worin (mit Recht) die vorhandene Regierung, doch auch das Parlament, ja die Einrichtung des Parlaments selber jetzt steht. Das kann gewiß günstiger Boden für eine endlich linke, zeitgemäße Auswechslung von Regierung und ebensolcher Parlamentsmehrheit sein; wir alle hier hoffen das. Doch sollte über ein bisheriges, überwiegend unorientiert gehaltenes Konsumvolk wirkliche Wirtschaftskrise kommen, ein immanenterer Notstand als der durch die diversen kalten Kriege und ihre Zündung erzeugte: dann steht vermutlich nicht nur die bisherige Opposition (die so lange keine war) ante portas. Sondern daneben lebt immer noch oder immer wieder oder auch neufrisiert ein schärfer Erinnerndes im Klein-

bürgertum. Sucht sich Memoiren auch ohne, gar mit dem symptomatischen, dem skandalösen Spandau-Verdienstorden mit Stern. Und wie wohltuend unterscheidet sich für jede NPD das sichere Milliongeschäft einer anderen Illustrierten, mittels der Lebensgeschichte Emma Sonnemann-Görings, vom überhaupt nicht vorhandenen Interesse an der Todesgeschichte der Rosa Luxemburg. Die wirkliche Macht könnte schließlich merken, daß mit Neu-Faschistischem im Bund noch solidere Geschäfte zu machen wären; der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch, sang Brecht. Und da nicht einmal sicher ist, daß selbst das große C bisheriger Ordnungsparteien vor so etwas behüten kann, so mag auch eine noch so vorsorgliche Aufhebung bürgerlicher Grundrechte uns nicht beruhigen, uns vielmehr entsetzen, mit Erinnerung und Ahnung zugleich. Mit Erinnerung daran, daß hierzulande noch kein Ausnahmegesetz gegen radikal Rechts gerichtet war, immer nur gegen Links, gegen die Seite, wo in Deutschland ohnehin das Herz nicht oft geschlagen hat. Und je diskreditierter parlamentarische Demokratie in bürgerlicher Gesellschaft, desto leichter kann deren Selbstausschaltung in das Land führen, es wenigstens berühren lassen, woraus noch kein Demokrat zurückkam, lebend, unbeschädigt. Worin von einem Ermächtigungsgesetz wirklich ein ausgedehnter Gebrauch gemacht worden ist und nicht nur die Schornsteine der Industrie geraucht haben. Auch eine weniger mörderische Perspektive reicht schon für gebrannte Kinder aus und für die Welt, die den Brand austrat.

6. Die Spuren also schrecken, wir wollen uns von ihnen endlich aufschrecken lassen. Hegel sagte einmal: Das einzige, was aus der Geschichte gelernt werden könne, sei, daß man nie etwas aus ihr gelernt hat; soll das auch jetzt so bleiben? Darum Schluß mit dem bereits mehr als durchsichtigen Notstandsplan: er ist selber der sichtbarste Notstand geworden, sein Anlaß ist an den Haaren herbeigezogen, seine Begründung lauter Nebel machende Ideologie. Wir Wissenschaftler, die den Aufruf gegen den Skandal unterschrieben haben, rufen mit dem einsichtigen überwiegenden Teil der Gewerkschaften zum Protest auf, ehe es zu spät ist. Die alten Herren mit ihrem Artikel 48 haben bereits die Vergangenheit verspielt, die neuen Herren mit ihrem Notstandsunrecht sollen nicht unsere Zukunft verspielen.

Rede von Dr. Hans Magnus Enzensberger

Hier, am hellichten Sonntagnachmittag und im tiefsten Frieden, habe ich ein paar Fragen. Leben wir in einer Bananen-Republik? Werden wir von Gorillas regiert? Liegt Bonn in Haiti oder in Portugal? Und wer hat dort das Heft in der Hand? Ist es der Marschall Castel Branco, oder ist es der Marschall Ky? Stehen vielleicht bei uns, wie am fernen Kongo, die Gangster auf den Straßen, mit entsicherten Maschinenpistolen? Oder wie weit ist es eigentlich von hier bis nach Saigon? Liegt das etwa um die Ecke?

Aber woher denn! Aber nein. Davon kann doch überhaupt keine Rede sein.

Zwar, das muß man schon zugeben, wird unsere Republik exotischer von Tag zu Tag. Zwar reibt man sich schon beim Frühstück die Augen, wenn die Zeitung kommt. Zwar wird hier das Groschenblatt zum Parlament gemacht und das Parlament zum Gesangverein; zwar stopfen sich hier die regierenden Parteien solange das Geld der Steuerzahler in die eigenen Taschen, bis man ihnen eins auf die langen Finger gibt; zwar fallen hier Rabattmarken ab beim Einkauf von Schützenpanzern, die teuren Flugzeuge kommen schneller herunter als hinauf, und die U-Boote haben manchmal so merkwürdige Ritzen im Rumpf; zwar kriegt hier jeder Wähler vor der Wahl ein kleines Trinkgeld, das er sorgfältig aufbewahren muß und auf Verlangen zurückzahlen; zwar wird hier mit Interviews regiert, und solang hacken die Krähen einander die Augen aus, bis keine mehr sehen kann; zwar gilt hier als der Gipfel der Staatskunst die Roßtäuscherei — und das alles nimmt sich eher exotisch als europäisch aus —,

aber scharf wird schließlich immer noch nicht bei uns geschossen; immer noch kann man in aller Ruhe zum Friseur gehen; immer noch gibt es im ganzen Land kein einziges Konzentrationslager; korrekt hebt der Schupo die Hand an die Mütze, wenn man ihn fragt:

Wo geht es hier, bitte schön, zum Bundesverfassungsgericht? Das wollen wir doch mal festhalten.

Und was die starken Männer angeht, nach denen die schwächsten Köpfe der Nation sich sehnen: diese starken Männer gibt es glücklicherweise nicht. Kein Ky, kein Branco sitzt in Bonn, kein Salazar und kein Duvalier. Dort sitzt weiter nichts als eine Schar von traurigen Grossisten, die Konkurs gemacht haben und nicht zum Amtsgericht wollen. So harmlos sind diese Leute, und so gefährlich. Hilflos, und zu allem fähig; weinerlich und brutal zugleich. So sehen sie aus, unsere politischen Grossisten. Alle Konten sind überzogen, alle Rechnungen sind unbezahlt, und die ganze Firma droht ihnen davonzuschwimmen.

Ihre Pleite war seit Jahr und Tag absehbar; jetzt ist sie total. Das Feilschen um die Quoten, das jetzt anhebt, die Suche nach dem Treuhänder, der mit starker Hand den Offenbarungseid abwenden soll: das alles wird nichts nützen. Denn was hier die Zahlungen eingestellt hat, das sind nicht ein paar Politiker, das ist eine Politik, die so alt ist wie dieser Staat. Nicht um Personen geht es hier — die können wir in den Tessin schicken, und nach allem, was sie uns gekostet haben und noch kosten werden, soll es uns auf ein Gnadenbrot nicht mehr ankommen — nicht um Personen geht es, sondern um die Sachen, die sie uns eingebrockt haben. Zählen wir ihn ruhig noch einmal zusammen, diesen Nachlaß der Unvernunft, des Unfugs und der Unbelehrbarkeit.

Die Außenpolitik der Bundesregierung ist pleite. Freunde hat sie nicht mehr, es wäre denn in Portugal und Südafrika. Die NATO ist ein Restposten, der unter dem Selbstkostenpreis abgestoßen werden muß. Die Sowjetunion wird nach wie vor behandelt, als wäre sie der Erzfeind. Die Amerikaner wünschen die Entspannung in Europa, sie wollen die bestehenden Grenzen anerkennen und ihre Truppen abziehen, und nicht den kleinsten Finger werden sie den atomaren Ambitionen der Bankrotteure geben. Unsere Nachbarn in Europa betrachten uns, mit zunehmender Kälte, als ein Land, das sich dem Frieden widersetzt. Wir sehen uns isoliert, als hätten wir die Pocken.

Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist ein Scherbenhaufen, der nach jahrelangen Demolierarbeiten eine einsame Höhe erreicht hat.

Die Innenpolitik der Bundesregierung hat die Demokratie zur Schwerbeschädigten gemacht.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist pleite. Jeder Hausfrau, die derartig mit ihrem Budget umginge, hätte der Gerichtsvollzieher schon längst den Kuckuck auf die Musiktruhe geklebt.

So sieht er aus, der „Zustand der drohenden Gefahr", von dem sie unausgesetzt gebrabbelt haben. Schaut euch das doch einmal in aller Ruhe an, am hellichten Sonntagnachmittag, im tiefsten Frieden,

was sich da den Schweiß aus dem Genick wischt, wenn zwischen zwei Sitzungen der Bürobote das Ergebnis der letzten Umfrage in den Eingangskorb packt (und es steht doch nur darin, was die ganze GmbH schon weiß: Rette sich, wer kann!);

was da immer noch ruft: „Ich bin unerschüttert", was da aufräumen will (womit?) und Remedur schaffen (wogegen?);

dieser Clan, der da noch in der Agonie nach Ermächtigungsgesetzen schreit (und dabei ist ihm die Macht schon zwischen den Fingern zerronnen);

was da im Bunker hockt und probt, beim Essenfassen, die Abschaffung der Demokratie

(und sehe ich in diesem Bunker nicht auch einige Herren von der Opposition?);

was sich da verkrochen hat, um unter der Erde einen Skat zu dreschen und mobil zu machen;

was sich da aufbläht, das schlottert ja!

was da immer noch den starken Mann markiert, das ist ja ganz weich in den Knien! das hat ja Angst!

Das hat erstens Angst vor dem großen Kapital, und zwar mit Recht. Denn selbst hierzulande weiß die herrschende Klasse immer noch, auf welcher Seite ihr Brot gebuttert ist. Nicht jeder Aufsichtsratsvorsitzende sehnt sich zurück nach der Uniform eines Wehrwirtschaftsführers; nicht jeder hält die Bombe für das Geschäft seines Lebens; nicht jeder sieht im allgemeinen Bankerott den großen Silberstreifen. Da sehe ich manchen, der möchte lieber Autos exportieren, und wenn es sein muß, auch nach Bukarest und Nowosibirsk, als daß er sein Werk „sicherstellen" ließe „im Rahmen der Vorbereitung auf einen Verteidigungsfall". Und deshalb hat das Kapital seine weißen Hände abgezogen von jener Gesellschaft mit beschränkter Haftung; deshalb bittet die herrschende Klasse sich eine Regierung aus, die wenigstens lesen kann, und wären es bloß Bilanzen.

Das, was da im Bunker hockt, hat zweitens Angst vor seiner eigenen Armee, und zwar mit Recht. Denn selbst hierzulande gibt es Generale und Offiziere, die wollen sich nicht auf die Schnitzeljagd schicken lassen. Einmal Rollback, einmal Bürgerkrieg; einmal Friedenstaube, einmal Buhmann. Massive Vergeltung, aber womit? Integration, aber worein? Verteidigen, aber wen denn, und wogegen? Diese Armee weiß nicht, wozu sie da ist. Oder sollte das ihr Auftrag sein, was da aus dem Bunker drang, heute vor einer Woche? Wiedervereinigung mit Gewalt, in fünf Tagen, und zuvor, wie die Manöverberichte melden, „die Autobahn nach Hannover freigeschossen" — von wem wohl? Vom eigentlichen Feind, nämlich den Bürgern dieses Landes? Die Bundeswehr ist eine Armee im politischen Schleudersitz. Das ist eine Sitzgelegenheit, die im entscheidenden Augenblick versagen muß. Deshalb hat, was da im Bunker hockt, Angst vor jedem Offizier, der denken kann.

Das hat drittens Angst vor der Intelligenz, vor der Wissenschaft, vor allem, was nicht aus der Zwergschule kommt, und zwar mit Recht.

Das hat schließlich Angst, die größte Angst, und zwar mit Recht, vor denen, die in diesem Land immer noch den Ausschlag geben, vor denen, die sich ihre Rechte nicht abkaufen lassen um eine Geschirrspülmaschine, vor denen, die zu allererst erfaßt werden sollen, überwacht, kaserniert, eingeteilt, eingewiesen und eingesetzt: das sind die Arbeiter.

Das, was da im Bunker hockt und noch in der Stunde seines politischen Ablebens die Verfassung bricht, hat, mit einem Wort, Angst vor jedem einzelnen von uns, und zwar mit Recht.

Und weil sie Angst haben, diese politischen Bunkerleichen, weil sie selber der Notstand sind, von dem sie faseln, darum hecken sie die Paragraphen, die diesen Notstand verewigen sollen. „Im Ernstfall", sagt der Herr von Hassel, „kann nur das funktionieren, was schon im Frieden funktionierte." Da es aber im Frieden nicht funktionieren will, wird es das einfachste sein, den Frieden ganz abzuschaffen.

Zu einem Teil ist dieses Werk ja schon getan. Vier verfassungswidrige Gesetze sind schon seit über einem Jahr verkündet. Aber weil sie Angst haben, und Angst vor ihrer eigenen Angst, darum soll der Rest in der Schublade bleiben.

Diese Angst wird nicht erwidert werden. „Jeder Mangel an Entschlossenheit und Festigkeit", sagt der Herr von Hassel, „alle Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze werden vom potentiellen Gegner als ein Zeichen von Schwäche gewertet und genutzt." Darauf ist zu antworten: Der potentielle Gegner ist die gegenwärtige oder jede künftige Bundesregierung, die ihr gleicht. Wir wollen uns, ihr gegenüber, keinen Mangel an Entschlossenheit nachsagen lassen. Lang genug war die Demokratie in diesem Land in der Defensive. Sie wird sich rühren. Wir, die Leistungspflichtigen, die Dienstpflichtigen, die Meldepflichtigen, die Selbstschutzpflichtigen, wir können uns und die Verfassung am Ende wirklich selber schützen. Wir, die sogenannte Zivilbevölkerung, sind der Verfassungsschutz, der einzige, den es gibt. Dem Notstand, der sich selber zum Gesetz erhebt, ist nur auf eine Weise zu begegnen: mit Widerstand, mit Streik und mit Sabotage. Ich bezweifle allerdings, daß die Grossisten der Unvernunft es wirklich versuchen werden, die

Straßen „freizuschießen". Denn wir sind hier nicht in Saigon. Wir haben keine Angst vor diesen Leuten. Sie können ihren Bunker verlassen. Wir gewähren ihnen freien Abzug in den sonnigen Süden.

Wir haben mit ihnen nichts mehr zu reden. Aber wir verlangen, daß jetzt endlich die Vernunft gehört wird. Wir verlangen, daß das Gesetz aus dem Bunker tritt. Wir verlangen, daß das Parlament, am hellichten Tage, diesem Spuk ein Ende macht. Die Republik, die wir haben, wird noch benötigt. Wenn man uns fragt, und wenn man uns nicht fragt, erst recht: Eine Bananen-Republik lassen wir aus diesem Land nicht machen.

Rede von Prof. Dr. Helmut Ridder

Freunde und Mitbürger,

Bürger der Bundesrepublik Deutschland!

Als wir vor einigen Monaten diesen Kongreß ankündigten, wurden wir selbst von manchen kritischen Beobachtern der Nachlaßverwalter Konrad Adenauers der Panikmache geziehen. Dem alten Vorwurf, Überheblichkeit, böser Wille und politischer Unverstand professoraler Narren, potentieller Landesverräter und wildgewordener Dichterlinge hätten sich „mit denen im Osten" zu einer „unheiligen Allianz" verbündet — so der zweite auf die Notstandsverfassung angesetzte, zum Glück nur beschränkt erfolgreiche und schließlich damit durchgefallene Bundesinnenminister — diesem alten Vorwurf gesellte sich die gläubig weitergegebene Behauptung bei, die sowieso doch nur der hausväterlichen Vorsorge dienende und selbstverständlich mit dem höchstmöglichen Maß an Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit ausgestattete Notstandsverfassung würde erneut mit viel Zeit in aller Öffentlichkeit diskutiert werden. Nun — daß das überhaupt in Aussicht gestellt wurde, war sicher schon ein Erfolg wachsamer Bürger, die die fürs vergangene Jahr von der Bundesregierung geplante Überrumpelung des Bundestages, der sich selbst seit Jahren zur Abstimmungsmaschine herabwürdigen läßt, teilweise zum Scheitern gebracht hatten.

Aber wie sah die Wirklichkeit aus? Nach außen wurde verhandelt, geredet, Kraft vergeudet, Überprüfung versprochen, die hoffentlich ernst gemeinten Bedenken einer vom Staatstragen ausgelaugten und ihre verfassungsrechtliche Pflicht zum Anbieten von Alternativen verleugnenden sog. parlamentarischen Opposition für wichtig genommen, die Aufmerksamkeit der breiten Massen durch eine hörige und desinformierte Presse abgelenkt, die ihre eigene Freiheit längst verstümmelt und sich zum Sprachrohr winziger, aber machthabender „Eliten" erniedrigt hat.

Nach innen aber vermehrten die ministeriellen Kompanien mit der politischen Perspektive der Arbeitsameise und Kumpaneien mit dem unbeirrten Rückblick auf Adolf Hitlers Kriegsvorsorge ihren bewundernswerten Fleiß. Doch was sie im Auftrage des Kabinetts bis zur Reife des Kabaretts entwickelt hatten, behielten sie für sich und gaben es unter der ach immer so nützlichen Decke des Staatsgeheimnisses den Herren in den Fallexbunker mit.

Die Diktatoren der alten Welt handhabten Zuckerbrot, Spiele und Peitsche immerhin im Wechsel. Das Zuckerbrot der Schöpfer unserer Diktaturverfassung beschränkt sich darauf, einem Kreise bleichwerdender Politiker die Freiheit zu geben, zu ihrer eigenen und des ganzen Volkes Unfreiheit Ja zu sagen. Das Staatsoberhaupt dieses Landes droht vor den versammelten Vertretern der Arbeitnehmer der ganzen Bundesrepublik, die die Hauptlast des Wiederaufbaus getragen haben, mit dem Bruch der Verfassung, deren Wahrung und Verteidigung er vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates geschworen hat, falls dieses Ja von den verfassungsmäßigen Gesetzgebungsorganen nicht beschlossen werden sollte. Und kein Aufschrei der Empörung aller anderen Organträger ist zu hören; kein Bundestag oder Bundesrat tritt zusammen, um festzustellen, daß hier eine vorsätzliche Verletzung des Grundgesetzes angekündgt worden ist, deren Verwirk-

lichung die Anklage nach Art. 61 GG vor dem Bundesverfassungsgericht nach sich ziehen muß — von den Fragen der Nötigung u. a. ganz zu schweigen.

Wie muß es schon jetzt, schon vor der Notstandsverfassung, um die demokratische und rechtsstaatliche Wirklichkeit unserer Verfassung bestellt sein! Ihr Notstand ist längst ausgebrochen! Sieben sog. einfache Notstandsgesetze sind bereits verabschiedet worden, von denen auch die Befürworter ihrer Zielsetzungen wissen, daß sie weder „einfach", d. h. grundgesetzmäßig, noch „Notstands"-Gesetze im vorgeblichen Regierungssinn sind, vielmehr schlicht für unsere normale Gegenwart gelten und möglichst für alle Zukunft gelten sollen. Und keines der dazu gesetzlich befugten Organe erhebt die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. Dessen Möglichkeiten wollen wir gewiß nicht überschätzen — es ist keine Gesetzgebungskammer, und es kann nur ein begrenztes Maß an politischer Entscheidung tragen, weil es aus unabsetzbaren Richtern besteht. Trotzdem: Wie muß es mit der Verfassungstreue in diesem Lande stehen, wenn allseits offenbare Verfassungswidrigkeit nicht mehr klagwürdig ist! Darf das noch Gegenstand „taktischer" Erwägungen sein?

Begonnen hat dieser Notstand mit der Konstituierung der Bundesrepublik, als der Mann ihr Gestalt gab, unter dessen Vorsitz unsere Verfassung entstand und der nicht rot darüber zu werden brauchte, daß er noch nicht einmal ihren Inhalt kannte, der aber seiner Umwelt zu suggerieren verstand, sein System sei allein mit dem Grundgesetz konform, und der die ganze Technik des Übers-Ohr-Hauens so trefflich beherrschte. Aber das nimmt den Zeitgenossen nicht die Verantwortung. Heute fragen die Menschen sich, wie die Wählermassen einem Hitler aufsitzen konnten, der sein ganzes folgerichtig verwirklichtes Programm beizeiten kundgetan hatte. In Sachen des Notstands wie in tausend anderen hat man uns zwar belogen — die kurzen Beine dieser Lügen sind bald abgelaufen — aber über eine große Linie wurden wir stets auf dem laufenden gehalten. Der Schöpfer dieses Regimes wollte die Opposition mit einem nicht zu großen Holzhammer behandeln. Das hat er gesagt, das hat er getan. Er hat keinen Märtyrer aus ihr gemacht; er hat sie diffamiert und damit ihre Moral zerstört. Er wußte, wozu Menschen fähig sind, die man dazu bringt, sich der ehrenvollsten Teile ihrer Vergangenheit und Herkunft zu schämen. Der erste mit dem Gesellenstück der Notstandsgesetzgebung betraute Verfassungsminister hat dreist die Fälle genannt, bei denen die Stunde der Exekutive kommen soll. Der jetzige sieht sie kommen, wenn Arbeitslosigkeit und Konjunkturverfall das Feld beherrschen (Arbeitslosigkeit wird auch schon ein bißchen geprobt, und der heute noch mit der Streichung einiger Starfighter regulierbare Wirtschaftsabschwung wird manipuliert). Die Demokratie macht er zur Luxusverfassung einer Wohlstandsgesellschaft; und so teuer ist sie ihm, daß er sie schon jetzt einpacken will — dann kann ihr wirklich nichts mehr passieren.

Der erste große Buhmann freilich hat sich nicht dauerhaft bewährt. Solange Herr Dr. Krone unsere Bedrohung durch die „diabolische Hybris" eines verlorenen Häufleins von Kommunisten, die Hitlers Schergen entgangen sind, und der durch die Westagenten im Osten aufgewogenen Ostagenten im Westen glaubhaft machen konnte, ließ man's nur zu gern dabei bewenden. Seitdem sich dieses Weltbild eines Tertianers mit dürftigem Geschichtsunterricht nicht mehr recht verkaufen will, müssen sogar unsere amerikanischen Beschützer das Buhmannskleid mit den alliierten Vorbehaltsrechten anziehen und dafür herhalten, daß die Bundesrepublik Deutschland in einer Familie größeren Teils demokratischer NATO-Staaten eine Diktatur werden soll.

Eine aufgebrachte Zeitungsstimme hat uns letzthin vorgeworfen, wir wollten eine „Bewegung" in Bewegung setzen. Das liegt nicht einmal völlig neben der Sache. Die Bewegung ist schon da. Sie ist hier und heute, auf diesem Platz, in den Arbeitskreisen des heutigen Vormittags und in unserem ganzen Lande. Wir wollen noch mehr bewegen. Wir wollen mit unseren Forderungen und mit unserer Aufklärungsarbeit das ganze große Reservoir an Verfassungstreue unserer Mitbürger ausschöpfen. Wir nehmen das Recht der Polemik für uns in Anspruch, weil wir unsere Tatsachenbehauptungen belegen können. Wir reißen keine Laternenpfähle aus, noch wollen wir Mitmenschen daran symbolisch aufhängen. Wir gründen keine Partei, wir predigen keine Weltanschauung, keine Konfession und

kein Moralin. Wir wissen, daß ein großer Teil unserer Mitbürger, der in den gespenstischen Apparat der Notstandsplanung verwickelt ist, nicht, weiß, was er tut.

Es ist uns gleich, wo auch immer wir die immer noch erheblichen Restbestände demokratischer Gesinnung und politischen Anstands finden — ob in Parteien, Verbänden, Landesregierungen oder Kommunalverwaltungen. Und wenn eine politische Partei auch nebenbei aus ihrer Angst vor der Fünf-Prozent-Klausel eine politische Tugend macht, dann begrüßen wir auch das wie jedes objektive Ergebnis, das schließlich auch der Einsicht in die elementarsten Lebensbedingungen einer parlamentarischen Demokratie entspricht. Wenn die Führung einer politischen Partei sich für ein unfehlbares kirchliches Lehramt hält und meint, ihr Gesicht zu verlieren, wenn sie von unhaltbar gewordenen Positionen abrückt, so möge sie bedenken, daß gerade dieser gegenwärtige Augenblick ihr noch einmal die Möglichkeit einer Erneuerung bis zum Grunde bietet. Der erste der Diadochen wird soeben des letzten — unaussprechlichen — Kleidungsstückes entledigt (das Bild ist nicht von mir, so exotisch blüht es auch in meinem Kopfe nicht). Sehen Sie sich genau an, meine Herren, welche Requisiten auf dieser unerquicklichen Entkleidungsszene verbleiben, um die das Raufen der dritten Garnitur schon begonnen hat. Von der Konkursmasse einer in allen Sparten verfehlten Innen- und Außenpolitik ist auch der kleinste Rest nicht zu gebrauchen. Und verwechseln Sie nicht gerade diesen Bankrott eines politischen Systems, zu dessen Verschleierung das „Instrumentarium" der Notstandsinitiatoren nicht zuletzt geschmiedet worden ist (ohne freilich für diesen Zweck noch früh genug von der Esse zu kommen), mit einem „Notstand", um ihn durch die Zerstörung der Verfassung zu beheben.

Ich bin Universitätslehrer des Staatsrechts. Ich habe das Staatsrecht des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom ersten Tage seiner Geltung bis heute an Universitäten des In- und Auslandes in Lehre und Forschung vertreten. Ich werde meinen Studenten niemals eine staatsrechtliche Vorlesung halten, bei der ich zu sagen hätte: Wegen des Grundgebots von Demokratie und Rechtsstaat ist diese oder jene wichtige Frage so geregelt; aber das kann die Exekutive selbstverständlich auch beliebig anders machen, „wenn die Bundesregierung es für dringend erforderlich hält". Um zu verhindern, daß jemals irgendeiner meiner Kollegen auch nur versucht sein könnte, dies zu sagen, bin ich in diesem Kuratorium.

Dieses Kuratorium, die Teilnehmer dieses Kongresses und unsere Bundesgenossen, die in unserem Lande mit uns zusammenstehen, fordern und erwarten, daß das Notstandsthema aus den Agenden des Gesetzgebers und der Exekutive verschwindet. Wenn es überhaupt, und zwar vom Nullpunkt her, wieder aufgenommen werden sollte, dann dürfte es sich nur um die Vorsorge für den klaren Fall des Krieges handeln. Aber auch das darf nicht geschehen, bevor die Politik unserer Bundesregierung in Ost und West und in der Dritten Welt als Friedenspolitik glaubwürdig geworden ist. Und auch wenn das geschehen sein sollte — wir hoffen darauf, daß es geschieht — werden wir jeder solchen Planung opponieren, die sich nicht nach exaktester Nachprüfung aller Voraussetzungen als sinnvoll und notwendig erweist. Wir weisen im übrigen die pharisäische Frage der Neunmalklugen zurück, die vorgeben, wissen zu wollen, wie wir es besser machen würden. Wir verlangen zuvor den bisher noch nicht einmal im Ansatz erbrachten Nachweis dafür, daß Fragen, die in jedem anderen mit uns vergleichbaren Land im normalen verfassungsmäßigen Verfahren erledigt werden, bei uns nicht auch anders als nur durch uferlose Ausnahmeermächtigung bewältigt werden könnten.

Wir brauchen uns nicht darüber belehren zu lassen, daß wir nach dem Grundgesetz nicht rechtsverbindlich entscheiden können; aber wir erlauben uns, daran zu erinnern, daß alle Parlamentarier ihr Mandat vom souveränen Volk als erste nach dem Volk erhalten haben. Das verpflichtet sie zum Äußersten an Wachsamkeit und Rüstung. Wenn z. B. ein Parlament nicht in der Lage ist zu bemerken, daß die jetzt erörterten Stabilisierungsgesetze nichts anderes als ein ausgebautes und vorgezogenes Stück der Notstandsverfassung sind, dann möge es sich endlich einen Gesetzgebungshilfsdienst anschaffen, um der Bürokratie gewachsen zu sein. Es ist ja auch sonst in der Vorsorge für seinen eigenen Bedarf nicht kleinlich.

Wir fordern von unseren aktiven Politikern, daß sie endlich das lernen, was sie sogar den Amerikanern hätten absehen können und was die erste aller Voraussetzungen für unsere Freiheit, für die Erhaltung unserer Existenzgrundlage und für den Frieden in der Welt ist: einen honorigen Umgang mit der Verfassung.

Rede von Georg Benz, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall

Liebe Mitbürger,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frauen und Männer des geistigen Lebens und der Gewerkschaften haben sich zu dieser Kundgebung zusammengefunden.

Meine Vorredner haben bereits mit hinreichender Deutlichkeit zahlreiche Argumente der Notstandsgegner vorgetragen.

Sie haben dargelegt, was auch die Analysen, die heute vormittag auf diesem Kongreß in Arbeitsgruppen vorgenommen wurden, erbracht haben.

Ich kann mich daher darauf beschränken, die wesentlichsten Argumente vorzutragen, die die Gewerkschaften gegen diese, unsere Demokratie bedrohenden Gesetze vorbringen.

1. Die neuen Notstandsgesetze sind überflüssig. Die bestehenden Notstandsregelungen im Grundgesetz, in den Länderverfassungen und anderen Gesetzen reichen vollkommen aus.

2. Neue Notstandsgesetze machen die Bundesrepublik nicht souveräner, als sie bereits ist. Rechtswissenschaftler haben überzeugend dargelegt, daß es unwahr ist, zu behaupten, durch die Notstandsgesetze würden alliierte Vorbehaltsrechte abgelöst.

3. Diese Gesetze sind nicht nur überflüssig und schädlich, sie sind zugleich gefährlich, weil sie es ermöglichen, unter dem Vorwand einer inneren oder äußeren Gefahr jederzeit eine Diktatur in diesem Lande zu errichten und dafür auch noch den Anschein der Legalität zu haben.

4. Die geplante Notstandsgesetzgebung beeinträchtigt den Lebensstandard von 80 Prozent der Bevölkerung, nämlich der Arbeitnehmer und ihrer Familien, und bedeutet das Ende des weiteren sozialen Fortschrittes, weil sie die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften entscheidend einengen würde.

Diese wenigen Punkte mögen hier genügen.

Ich möchte aber über diese Argumentation noch einige Schritte hinausgehen, denn die Notstandspläne sind Teil einer Konzeption von der Umgestaltung unserer Ordnung in eine sogenannte Formierte Gesellschaft. Die Notstandsgesetze bedrohen damit nicht nur Teilfreiheiten, sondern sie bilden den entscheidenden Teil einer gesellschaftlichen Konzeption, die wir nicht entschieden genug bekämpfen können.

Unser Ideal ist der aufgeklärte, kritische Staatsbürger, der in allen gesellschaftlichen Bereichen über gemeinsame Belange mitbestimmen und mitentscheiden kann, und nicht der uninformierte, unkritische, manipulierte Untertan, den die Notstandsplaner und Gesellschaftsformierer offensichtlich wünschen.

Das Problem der Notstandsgesetzgebung ist daher nicht nur im Rahmen staatsrechtlicher oder verfassungsrechtlicher Überlegungen zu sehen.

Die Konzeption, von der die Notstandsgesetzgebung nur einen Teil darstellt, ist viel umfassender, viel bedrohlicher, viel antidemokratischer, viel unsozialer und viel gefährlicher, als man gemeinhin glaubt.

Die demokratischen Kräfte müssen sich daher überall diesen Tendenzen entgegenstellen. Es ist nicht damit getan, Notstandsgegner zu sein. Unser Nein zu den Notstandsge-

setzen kann nicht isoliert gesehen werden. Für uns ist dieses Nein, unser Widerstand, dieser seit 1958 andauernde Kampf gegen die geplanten Notstandsgesetze von grundsätzlicher Bedeutung für den Bestand der Demokratie.

Die Gefahr, die uns droht, ist der totale Staat im Gewande der Legalität, — die Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie.

Mit großem Erfolg hat man die Mehrheit der Bevölkerung von dieser großen Gefahr im Innern ablenken können. Nach der Methode „Haltet den Dieb" hat man auf den Totalitarismus und die Diktatur jenseits der Grenzen hingewiesen. Nun wird es höchste Zeit, daß wir den Blick nach innen richten, nach innen, auf totalitäre Tendenzen in unserem Staat.

Nur derjenige, der die Notstandsgesetze nicht isoliert sieht, sondern als Teil eines Stahlnetzes, das die Demokratie umspannt und sie in ein ebenso komfortables wie unerbittliches Staatsgefängnis umwandeln kann, der sieht hier richtig.

Eine solche Entwicklung richtet sich gegen die Grundprinzipien unserer Verfassung, aber auch gegen die erklärten Ziele unseres gewerkschaftlichen Grundsatzprogramms. Auch das gewerkschaftliche Aktionsprogramm würde damit zu einem wertlosen Fetzen Papier.

Der soziale Fortschritt würde vom sozialen Stillstand oder Rückgang abgelöst.

Vielleicht träumen schon heute da und dort Gesellschaftsreformer und gewisse Notstandsplaner von den geschwächten Gewerkschaften in den Fesseln perfekter Notstandsgesetze. Wir haben dafür zu sorgen, daß dieser geplante Anschlag nicht eines Tages gefährliche Wirklichkeit wird.

Vor welchem gesellschaftlichen Hintergrund stehen die Notstandspläne?

1. Immer mehr konzentriert sich die wirtschaftliche Macht in den Händen einer immer kleiner werdenden Gruppe. Sie durchdringt in zunehmendem Maße Parlamente und Ministerialbürokratien mit wachsendem politischen Einfluß.

2. Der militärische Einfluß auf das wirtschaftliche und politische Leben bestimmt immer mehr die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik. In den Vereinigten Staaten ist die Rüstungsindustrie bereits zu einer unentbehrlichen Stütze der wirtschaftlichen Konjunktur geworden und hemmt so in verhängnisvoller Weise die Abrüstungsbemühungen.

3. Ein System der politischen Überwachung und der politischen Justiz, immer lückenloser weiterentwickelt, droht alle eigenwilligen staatsbürgerlichen Regungen zu ersticken. Unbequeme werden verdächtigt, ihre Telefone abgehört, ihre Wohnungen durchsucht, ihre Post wird geöffnet, leichtfertig wird verhaftet und verhört.

4. Die immer tiefer dringende Irreführung und Täuschung der öffentlichen Meinung, wie sie von der modernen Bewußtseinsindustrie, mit dem Springer-Konzern an der Spitze, praktiziert wird, droht die Demokratie zu ersticken.

Vor diesem Hintergrund droht mit den geplanten Verfassungsänderungen und dem Rattenschwanz der einfachen Notstandsgesetze die Gefahr der Lenkung und Gleichschaltung aller Bürger.

Vergessen wir nicht die historischen Erfahrungen. Denken wir an den berüchtigten Artikel 48 der Weimarer Verfassung. Dieser Artikel stellte bekanntlich nichts anderes dar als eine allgemeine Notstandsklausel, die der Exekutive — in diesem Fall dem Reichspräsidenten — alle Macht in die Hand gab und damit das demokratische System der Verfassung außer Kraft setzte.

Und wir wissen, daß dieser Notstandsartikel in der Stunde der großen kapitalistischen Krise 1930 bis 1933 die Weimarer Demokratie — mit scheinbar legalen Mitteln — zersetzte und in die nationalsozialistische Diktatur überleitete.

Nichts erlaubt uns zu sagen, diese Zeiten seien ein für allemal vorüber, sie könnten nicht wiederkommen.

Zweifellos gibt es in der Geschichte keine Wiederholungen in dem Sinne, daß sich alles noch einmal genauso abspielen könnte. Aber es gibt durchaus ähnliche, im Prinzip gleichartige Prozesse.

Wer gibt uns die Garantie, daß die gleichen Methoden, mit denen die Weimarer Republik zerstört wurde, nicht morgen schon erneut in diesem Lande angewendet werden?

In diesem Zusammenhang ein Wort an diejenigen, die uns vorwerfen, wir hätten nicht genug Vertrauen in diesen Staat. Ich meine jene so außergewöhnlich anpassungsfähigen Zeitgenossen, die uns als unbelehrbare Klassenkämpfer, engstirnige Dogmatiker und anderes mehr bezeichnen.

Wir kämpfen für nichts anderes als für die verfassungsmäßige Ordnung, die sich in der Bundesrepublik 16 Jahre lang bewährt hat. Die Änderung wollen die anderen — einen Staatsstreich planen nicht wir.

In dieser Auseinandersetzung spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle. Leider nicht alle mit gleichem Einsatz. Obwohl eindeutige Mehrheiten nach längeren Diskussionen auf den DGB-Bundeskongressen in Hannover und in diesem Jahr in Berlin unser Nein zu zusätzlichen Notstandsgesetzen bekräftigt haben, hat sich der Bundesvorstand nicht bereit gefunden, für den heutigen Kongreß die Initiative zu übernehmen.

Ich hätte diesen Platz, an dem ich hier stehe, sehr gern einem Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes überlassen.

Mit fadenscheinigen Gründen hat sich eine Mehrheit im Bundesvorstand des DGB ihrer gewerkschaftspolitischen Verpflichtung entzogen. Das darf nicht so bleiben. Der Bundesvorstand hat sich an die mit Mehrheit gefaßten Beschlüsse des Bundeskongresses zu halten. Er muß gegen die Notstandsgesetze aktiv werden. Wenn nicht heute, dann morgen — übermorgen kann es zu spät sein.

Wir Gewerkschafter können jedenfalls sagen: Wir werden den DGB-Bundesvorstand nicht aus seiner Verpflichtung entlassen, alles zu tun, um die Öffentlichkeit gegen die Gefahren zu mobilisieren, die unserer demokratischen Ordnung drohen. Spätestens nach Vorlage der neuen Entwürfe muß dem Beschluß des Berliner Bundeskongresses die Tat folgen.

Mitbürger, Kollegen!

Die Erfahrungen der Jahrhunderte lehren, daß Mißtrauen der Staatsmacht gegenüber angebracht und notwendig ist.

Geschichtliche Katastrophen wurden nicht dadurch ausgelöst, daß die staatlichen Organe gegenüber den Bürgern zu wenig Vollmachten hatten, im Gegenteil: Wenn die Repräsentanten des Geisteslebens und die demokratische Arbeiterbewegung vom Einfluß auf die wichtigsten politischen Vorgänge ausgeschlossen waren, dann waren auch die großen Katastrophen unserer Geschichte immer sehr nah.

Maßstab unseres Handelns kann keinesfalls Untertanengeist und die Unterwerfung unter die staatliche Obrigkeit sein, sondern ausschließlich die Treue zur Verfassung, zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

Wir bejahen die Verfassung, wir bejahen das Prinzip der parlamentarischen Demokratie, und gerade deshalb müssen wir heute gegen alle Tendenzen kämpfen, die die Aushöhlung der Verfassung herbeiführen können.

Hier brauchen wir Verbündete! Mehr Verbündete, als wir schon gewonnen haben.

Ich möchte die heutige Gelegenheit benutzen, um unsere Freunde — vor allem unter den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei — aufzurufen, weiter wie bisher bei jeder Gelegenheit ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen. In Zukunft müssen sich Notstandsgegner in den politischen Parteien noch stärker zu Wort melden.

Gerade in dieser Stadt und in diesem Land Hessen haben sich in der SPD klare Mehrheiten in demokratischen Abstimmungen gegen die Notstandspläne der Bundesregierung ausgesprochen.

Die sozialdemokratisch geführte hessische Landesregierung hat im Bundesrat den sieben einfachen Gesetzen ihre Zustimmung verweigert. Diese Haltung verdient unsere Anerkennung und unseren Beifall!

Wir hoffen sehr, daß die Landesregierung nach einem überzeugenden Wahlerfolg am 6. November diese Haltung nicht aufgeben wird.

Ich will noch einmal betonen:

Unser Nein zur Notstandsgesetzgebung ist ein Ja zur sozialen Demokratie.

Wir waren und sind bereit, in konstruktiver Weise am Aufbau des demokratischen Staates mitzuwirken. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen. Niemand sollte vergessen, daß die Gewerkschaften durch eine von Verantwortung geprägte Politik entscheidend dazu beigetragen haben, daß die deutsche Wirtschaft wieder aufgebaut werden konnte.

Hinzu kommt, daß es wohl keinen gesellschaftlichen oder politischen Verband in diesem Land gibt, der eine so großzügige politische und gesellschaftliche Bildungsarbeit aufzuweisen hat, wie die deutschen Gewerkschaften.

Vergessen wir nicht, daß die Demokratie in Deutschland aus einem hundertjährigen Kampf der Arbeiterbewegung erwachsen ist!

Die Gewerkschaften haben ein historisch begründetes Recht, als Hüter und Sachwalter der Demokratie in diesem Lande ernstgenommen zu werden.

Und ich glaube, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich sage: Wir müssen endlich erkennen, daß Bestand und Sicherheit unserer Gesellschaft nicht erhalten werden können durch gewaltige Rüstungen, durch Notstandsgesetze, durch Verteufelung Andersdenkender, sondern einzig und allein durch eine wahrhaft menschenwürdige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, durch die freie, ungehinderte Information aller Bürger, durch absolute Gleichheit der Bildungschancen und durch den Abbau aller Formen autoritärer Herrschaft.

Nur dann haben wir auch das Recht, von einem wahrhaften Sozialstaat und einer lebendigen Demokratie zu sprechen. Statt in der Eifel den Notstand zu proben, sollten die dafür verantwortlichen Politiker ihre ganze Energie für eine stabile Friedenspolitik einsetzen — das bringt Sicherheit, und nicht die Kriegsspiele im Bunker!

Unsere Demokratie braucht keine Notstandsgesetze — sie braucht aktive Demokraten!

Es darf keinen Notstand der Demokratie geben!

Die Notstandspläne der Bundesregierung müssen vereitelt werden!

Schlußerklärung des Kuratoriums

Ernste Gefahren bedrohen die zweite deutsche Demokratie.

Nach zahlreichen Eingriffen in die Substanz unserer Verfassung sollen nun unter dem Vorwand der Vorsorge und unter Ausnutzung des berechtigten Sicherheitsstrebens der

Bevölkerung durch Gesetz die staatsbürgerlichen und zivilen Freiheiten verstümmelt werden. Man will auf „legalem Wege" ein diktatorisches Befehlssystem vorbereiten. Eine Staatsführung, die wiederholt ihre Mißachtung des Grundgesetzes bekundet hat, will das ganze Volk zu einem Kartell der Angst zusammenschweißen.

Gegen die klaren Bestimmungen unseres freiheitlichen Grundgesetzes hat die Mehrheit des Bundestages bereits Notstandsgesetze beschlossen, welche die Massen der Bevölkerung militarisieren und schweren Lasten unterwerfen. Geheimgehaltene Notverordnungen sind von der Bundesregierung bereits an die Länder- und Gemeindebehörden verteilt worden. Während die großen Mächte sich um Entspannung in Europa bemühen, proben Parlamentarier unseres Landes Atomkrieg und Notstand. Den wahren Zweck der Notstandspläne hat in ungenierter Offenheit der für den Schutz der Verfassung zuständige Bundesinnenminister enthüllt: Der Staat müsse für den Augenblick gerüstet werden, in dem die „Sonne der Konjunktur" nicht mehr scheine. Unter dem Vorwand der Vorbereitung auf den äußeren Notstand werden die Bedingungen der Diktatur geschaffen.

Wir erheben Protest gegen diese Abwertung der Demokratie zur Luxusverfassung einer Wohlstandsgesellschaft. Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes verbietet jede Verfassungsänderung, die Demokratie und Freiheit gefährdet.

Gegen die Notstandspläne der Bundesregierung rufen wir den Notstand der Demokratie aus.

Der Kongreß NOTSTAND DER DEMOKRATIE hat die wachsenden Widerstandskräfte aus der Wissenschaft, der Intelligenz, den Gewerkschaften und besonders der jungen Generation ungeachtet sonstiger politischer Meinungsverschiedenheiten zu gemeinsamem Handeln zusammengeführt.

Wir rufen alle demokratisch und rechtlich gesinnten Bürger der Bundesrepublik auf, die Opposition gegen die Notstandsgesetze aktiv zu unterstützen.

Es gilt, in den kommenden Wochen und Monaten die Aufklärungsarbeit zu verstärken und den allgemeinen Widerstand gegen die Notstandsvorhaben weithin sichtbar zu machen.

Wir fordern Presse und Rundfunk auf, eingedenk ihrer hohen öffentlichen Aufgabe über die Notstandsvorhaben und ihre Auswirkungen umfassend zu berichten.

Wir erinnern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages daran, daß sie vor ihren Wählern für die Wahrnehmung des ihnen anvertrauten Mandats im Geiste des Grundgesetzes verantwortlich sind, und an das Ermächtigungsgesetz vom März 1933, das den Untergang der ersten deutschen Republik endgültig besiegelt hat.

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes erinnern wir an ihren Eid auf das Grundgesetz und die freiheitlich-demokratische Grundordnung, der ihnen die Teilnahme an verfassungswidrigen Maßnahmen verbietet.

Wir fordern: Beseitigung der wirklichen Notstände in der Außen-, Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik!

Wir fordern: Keine Verfassungsänderung! Festhalten am Grundgesetz!

Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen!

Das heißt: Aufhebung der schon erlassenen Notstandsgesetze, Rücknahme der weiteren Gesetzesvorlagen und der Schubladenverordnungen, Schluß mit der Erprobung der Diktatur in Kriegsspielen!

Die Aushöhlung der zweiten deutschen Demokratie droht unsere Freiheit zu vernichten, die Existenzgrundlage von Arbeitern, Angestellten und Intellektuellen zu zerstören und den Frieden der Welt aufs Spiel zu setzen.

Wir appellieren an die Urteilsfähigkeit, die Besonnenheit und die demokratische Gesinnung unseres Volkes, an seine Treue zur Verfassung!

ARCHAEOLOGIA MVNDI

Die erste umfassende Darstellung der archäologischen Erforschung unserer Erde — ihrer Ziele, Methoden und Ergebnisse in den einzelnen Kulturbereichen, unter Berücksichtigung bisher weithin unbekannter Fundstätten, wie Sibirien und Zentralasien.

Zusammengestellt unter der Leitung von Jean Marcadé, Professor an der Universität Bordeaux.

30 Bände, Format 17 x 24 cm, über 8000 Seiten, über 5000 Abbildungen, über 2000 in Farben, 50 Karten, Kunstledereinband mit Goldprägung, farbiger Schutzumschlag. Jährlich erscheinen 3 - 5 Bände.

Einzelband bei Subskription auf das Gesamtwerk DM 34,—, sonst DM 40,—.

Es liegen vor: MESOPOTAMIEN, PERSIEN I, KRETA.
In Vorbereitung: PERU, INDOCHINA.

Ferner vorgesehen: ANATOLIEN — 2 Bände, ÄGYPTEN, BYZANZ, CHINA, ZYPERN, DIE ETRUSKER, DIE GERMANEN, GRIECHENLAND — 2 Bände, INDIEN, INDONESIEN, KELTEN UND GALLOROMANEN, MEXIKO, ROM, SIBIRIEN, SÜD-KAUKASUS, SYRIEN UND PALÄSTINA — 2 Bände, URARTU, VORGESCHICHTE, ZENTRALASIEN, ZENTRALAMERIKA.

Sonderprospekt auf Wunsch.

NAGEL MÜNCHEN 42

Deutscher Städtetag gegen Stabilisierungsgesetze

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages wandte sich am 7. Oktober 1966 mit folgender Entschließung an den Deutschen Bundestag, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Herren Ministerpräsidenten der Länder. *D. Red.*

Die Finanzen der deutschen Städte und Gemeinden befinden sich gegenwärtig in der ernstesten Krise seit Kriegsende. Nach den Feststellungen des Gutachtens über die Finanzreform ist ihr Gesamtaufkommen an ordentlichen Einnahmen schon im Jahre 1964 um 2 Milliarden DM hinter dem dringendsten Bedarf zurückgeblieben. Infolge der ständigen Verzögerung der immer wieder versprochenen, großen Finanzreform ist dieser jährliche Fehlbetrag inzwischen auf mindestens 3 bis 4 Milliarden DM gestiegen.

In Anbetracht dieser Entwicklung waren die deutschen Städte und Gemeinden gezwungen, ihre Baumaßnahmen in den letzten Jahren in steigendem Umfange durch Schuldaufnahmen zu finanzieren. Das gilt sowohl für den Bau der notwendigen Schulen, Krankenhäuser und Verkehrseinrichtungen als auch für den Ausbau der Wasser- und Energieversorgungseinrichtungen. Alle diese Maßnahmen waren nicht etwa Luxus oder Ausdruck kommunaler Verschwendungssucht, sie waren erforderlich, um unserer Volkswirtschaft einen weiteren Produktivitätsanstieg und damit uns allen eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Die Finanzierung auch lebensnotwendigster Investitionen durch Darlehen hat bisher das Ausmaß der kommunalen Finanznot verschleiert. Durch die Kapitalmarktmisere ist dieser Schleier zerrissen. Die Städte werden selbst die begonnenen Vorhaben nur zum Teil zu Ende führen können. Neue Vorhaben können nicht in Angriff genommen werden. Schon jetzt besteht ein faktischer Baustop für Schulen, Krankenhäuser und den sozialen Wohnungsbau. Das Stabilitätsgesetz droht diesen Zustand durch die weitere Abdrosselung kommunaler Schuldaufnahmen zu verewigen. Schwere Schäden für die Versorgung der Wirtschaft, aber auch für die Erfüllung elementarer Lebensbedürfnisse der Bürger wären die Folge.

Eine Zustimmung zu den im Stabilitätsgesetz vorgesehenen Kreditrestriktionen, auf deren nähere Ausgestaltung den Gemeinden im übrigen ein viel stärkerer Einfluß eingeräumt werden müßte, kann daher nur vertreten werden, wenn gleichzeitig als Sofortmaßnahme die laufenden ordentlichen Einnahmen der Städte und Gemeinden verbessert werden. Hierfür bietet sich in erster Linie die aus der Mitte des Deutschen Bundestages vorgeschlagene Erhöhung des kommunalen Anteils am zweckgebundenen Aufkommen der Mineralölsteuer an. Notfalls wird in diesem Zusammenhang auch eine zweckgebundene Erhöhung der Mineralölsteuer in Kauf genommen werden müssen. Die Verkehrsteilnehmer werden eine geringfügige Mehrbelastung dem Verkehrschaos in unseren Städten vorziehen.

Der Deutsche Städtetag appelliert an die Verantwortlichen in Bund und Ländern, den Städten und damit unseren Bürgerinnen und Bürgern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Eine einseitige Drosselung der Grundinvestitionen würde sich in kürzester Frist bitter rächen.

Der Deutsche Städtetag beauftragt sein Präsidium, beim Bundeskanzler, den zuständigen Bundesministern und den Bundestagsfraktionen diesen Appell in persönlichen Gesprächen vorzutragen und zu erläutern.

Dr. Dregger
Oberbürgermeister

Präsident
Dr. Bockelmann
Oberbürgermeister a. D.
Geschäftsführendes Präsidialmitglied

Bemerkungen

Prof. Dr. Franz B. Schick, geboren in Österreich, studierte Jura an der Universität Wien und später, nach seiner Emigration in die USA, Politologie an der University of California in Berkeley; Lehrtätigkeit dortselbst und ab 1947 an der Universität of Utah; nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche Gastdozenturen, u. a. in Oxford und an der Freien Universität Berlin; Mitglied des British Institute of International and Comparative Law und der Western Political Science Association; Gründer und erster Herausgeber des Western Political Quarterly, herausgegeben von der University of Utah. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Bei den im November 1966 abgehaltenen Zwischenwahlen zum amerikanischen Kongreß kandidierte Prof. Schick in seinem Heimatwahlkreis Salt Lake City für die Demokratische Partei.

Dieser Ausgabe liegt ein Schreiben der Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner bei, das wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM —,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

15 – Dr. Hans Bücher Hegertorwall 13

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Gertrud Bienko
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislav v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL.
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Wilfried Gottschalch
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Johannes Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmuth Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Malhofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Peter Nellen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. D. Dr. Laszlo Márton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Hermann Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke
Hans Wirtz
Konni Zilliacus, M. P.
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Kommentare und Berichte

Zehn Jahre „Blätter"

Am 25. November 1956 erschien das erste Heft der „Blätter für deutsche und internationale Politik". Das Geleitwort trug die Überschrift „Aus Sorge um Deutschland". Der gleiche Beweggrund damals wie heute, der Autoren, Herausgeber und die Redaktion dazu veranlaßt hat, den Mitbürger anzusprechen, denn „noch immer und schon wieder lastet das Bewußtsein drohenden Unheils auf uns wie auf allen anderen Völkern der Erde. Männer und Frauen jeder Herkunft und aller Wirkungsbereiche spüren die ständig wachsende Verantwortung und Verpflichtung, ihre ganze Kraft für Völkerverständigung und Bewahrung des Friedens aufzubieten und an der Lösung der großen Menschheitsfragen tätig teilzunehmen. Diese ernste, ja entscheidende Aufgabe nicht jenen angeblich allein Berufenen zu überlassen, die das Vertrauen und die berechtigte Erwartung der Völker so oft und so schmählich enttäuscht haben, ist Sinn und Ziel unserer Arbeit ... Kluge politische Entscheidungen sind nur möglich in einer umfassenden Zusammenschau gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Realitäten, Möglichkeiten und Notwendigkeiten". So hieß es in diesem „Wort auf den Weg", so könnte es heute formuliert sein. Von Beginn an waren die „Blätter" geplant als ein demokratisches Forum konstruktiver und zukunftweisender Gedanken, als ein Publikationsorgan von unabhängigen, der Entspannung und der friedlichen Lösung der politischen Probleme dienenden Meinungen, zudem als Ort der Information und der Dokumentation in einer für unser gesamtes Volk schwierigen Lage. Wie zur Zeit ihrer Gründung, sind die „Blätter" auch heute — so faßte es der jetzige Kreis der Herausgeber zusammen — „ein unabhängiges, keiner Partei oder Organisation, keiner Sozialgruppe oder Konfession verpflichtetes Organ zur Erörterung wesentlicher Fragen unserer Politik. Herausgeber und Mitarbeiter der Zeitschrift kommen aus den verschiedensten geistigen Traditionen und politischen Richtungen. Was sie eint, ist das entschiedene Bekenntnis zur Demokratie, zum Rechtsstaat und zur verfassungsmäßigen Ordnung des Grundgesetzes, in dem sie einen gangbaren Weg zur Verwirklichung der rechtsstaatlichen Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit erblicken" (Stellungnahme der Herausgeber in Heft Nr. 8/65, S. 642).

Daß eine solche Zeitschrift 1956 notwendig geworden war, ihr eine Funktion in unserer Gesellschaft zufiel, und zwar auf der Seite einer konsequent denkenden demokratischen Opposition, weist bereits darauf hin, daß in der Bundesrepublik Entwicklungen vorangetrieben wurden, gegen die es Widerstand zu leisten galt. Inmitten einer sich im „Wohlstand" sonnenden und plakativen Schlagworten leicht verfallenden Öffentlichkeit waren Regierung und Parlament unserer „Repräsentativen Demokratie" damit beschäftigt, sich das Instrumentarium einer rollback-Politik zu schaffen. Die Bürger, von denen 1945 nicht nur einer, sondern Millionen geschworen hatten, daß die Hand verdorren solle, die wieder ein Gewehr anfasse, machten es ihren politischen Führern leicht, die Zustimmung zu Wiederaufrüstung und NATO-Integration zu erlangen, denn natürlich hat jedermann das Verlangen nach Sicherheit, und niemand will schutzlos sein. Es war ein zahlenmäßig unterlegener, doch kritisch denkender Teil

der Öffentlichkeit, der in dieser Art von „Sicherheit" nicht den Weg zu einem neuen friedlichen Europa und in der „Abschreckung" nicht eine Methode sah, mit den von Hitler überfallenen Völkern über eine neue Ordnung des Zusammenlebens zu verhandeln, und der zudem den eklatanten Vertrauensbruch der CDU/CSU gegenüber ihren Wählern warnend hervorhob.

Hier, in diesen Zeilen, geht es nicht darum, sich mit der damaligen Politik auseinanderzusetzen, sondern die politische Situation zu kennzeichnen, in der die junge Zeitschrift sehr bald an Boden gewann. In den „Blättern" wurde immer wieder auf den engen Zusammenhang zwischen der zunehmenden außenpolitischen Isolierung und dem wachsenden Mißtrauen in Ost und West gegen die Regierung der Bundesrepublik einerseits und der Rüstungspolitik und der Nichtanerkennung der Folgen des Zweiten Weltkrieges andererseits hingewiesen. Ebenso wurde immer wieder die Abhängigkeit der Wirtschaftsschwierigkeiten, der katastrophalen Lage der Wissenschaft und Erziehung, der Finanzmisere der Gemeinden, der immer schnelleren Abwertung der D-Mark, der sich wieder anbahnenden sozialen Unsicherheit und anderer unbewältigter Probleme von den Milliarden-Aufwendungen für die Rüstung herausgestellt, diese selbst in ihrem immensen Umfang als ein Instrument der Verschärfung der politischen Spannungen in Europa gekennzeichnet.

Die „Blätter" standen stets auf der Seite der entschiedenen Gegner der Notstandspläne der CDU/CSU. Sie sehen ihre Aufgabe jedoch nicht darin, sich in Kritik zu erschöpfen, sondern die kritischen Analysen — in denen auch die wohlgehüteten „heiligen Kühe" der CDU/CSU-Politik nicht verschont wurden: die Grenzen von 1937, die Nichtanerkennung der DDR, das Verlangen nach atomarer Mitbestimmung und die beschwichtigende „Soziale Partnerschaft" — sind stets der Anlaß zu nüchternen realpolitischen Überlegungen und konstruktiven Vorschlägen. Dieser programmatische Standpunkt hat den „Blättern" heute einen beachtlichen Platz in der politischen Diskussion errungen. Eine süddeutsche Parteizeitung bezeichnete unsere Zeitschrift in einer Polemik als „das Leitorgan der außerparlamentarischen Opposition". Ihre Leser reichen vom Professor und Dozenten bis zum Studenten, von Lehrern und Angehörigen der freischaffenden Intelligenz bis zu Gewerkschafts-Politikern, Abgeordneten und kirchlichen Kreisen.

Sie alle suchten jene entschieden demokratische Diskussion, die sich aus der öffentlichen Meinung heraus in die politischen Gremien hinein auswirken sollte, also „von unten nach oben". Das ist genau das Gegenteil von jener wieder gängigen Methode, „oben" gefaßte Beschlüsse und Entscheidungen mittels umfassender Propaganda, nicht zuletzt mit Steuermitteln, zum „Willen des Wählers" zu manipulieren.

Es ist in einer Demokratie das natürlichste Recht eines jeden Bürgers, welches auch immer sein Platz im öffentlichen Leben ist, seine Sache zu vertreten. Aber es entspricht nicht dem Wesen der Demokratie, der Erörterung von Alternativen zur offiziellen Politik der Bundesregierung, insbesondere auf dem Gebiet der Abrüstung, der Entspannung, der europäischen Sicherheit, des Verhältnisses zur DDR, auf dem Gebiet der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik dadurch zu begegnen, daß man undemokratisch versucht, sie abzuwürgen, ihre Diskussion zu verhindern, oder — falls dies nicht gelingt — die Gedanken und die Bürger, die sich dafür einsetzen, zu verunglimpfen. Erst jüngst, als am 26. Oktober 1966 im Bundestag die Regierungserklärung zur NATO-Übung Fallex 66 diskutiert wurde, sagte der Sprecher der CDU, er halte den Frankfurter Kongreß „Not-

stand der Demokratie" nicht für ein geeignetes Forum zur Diskussion dieser Frage, denn es sei ein Kongreß „von zu einem sehr großen Teil einfach unwissendern, zu einem weiteren Teil auch politisch böswilligen Notsstandsgegnern". Erst auf eine Zwischenfrage hin „konzedierte" er, „daß außer den Böswilligen und Unwissenden auch Bürger teilnehmen, die ehrlich um unsere Demokratie besorgt sind". Dieser Vorgang zeigt deutlich, wie notwendig nach wie vor ein öffentliches demokratisches Meinungsforum ist, wie es diese „Blätter" darstellen. Noch immer ist es die legale Verpflichtung aller Bürger, in staatsbürgerlicher Verantwortung für die lebendige Verwirklichung unserer Demokratie einzutreten. Je mehr eine Demokratie auf solche Weise mit öffentlichem Leben erfüllt wird, desto weniger läuft sie Gefahr, zum Tummelplatz unkontrollierter Emotionen zu werden und Schaden zu erleiden. Daß einer politischen Monatsschrift wie den „Blättern" dabei mehr und mehr die Aufgabe zufällt, konstruktive Alternativen herauszustellen, das zu begründen, ist im November 1966 angesichts des Konkurshaufens der CDU/CSU-Regierungspolitik nicht mehr nötig.

Der zehnte Geburtstag der „Blätter" ist für die Herausgeber und die Redaktion kein Anlaß zu irgendwelchen Jubiläumsbekundungen. Er kann nur ein Datum der Rückbesinnung, der nüchternen Betrachtung unserer Gegenwart und der intensiven Planung der weiteren Arbeit sein. Dennoch möchte der Verlag den Anlaß wahrnehmen, um allen Mitarbeitern, Autoren und Lesern Dank zu sagen; sie alle zusammen haben die „Blätter" aus kleinsten Anfängen über Diffamierungen und Widrigkeiten hinweg zu einem stabilen Organ der demokratischen Alternative gemacht, von dem Karl Barth einmal sagte, es sei eine „Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn". Und so unwirksam in der Öffentlichkeit, wie man sich das in Bonn wünschen mag, wird es wohl doch nicht sein, sonst hätte sich nicht ein Konrad Adenauer, als er noch Kanzler war, bemüßigt gesehen, es ein „infames Blatt" zu nennen.

Mehr und mehr konnten die „Blätter" in den letzten Jahren Beiträge veröffentlichen, deren politologischer Charakter bei Wissenschaftlern und öffentlichen Institutionen im In- und Ausland Beachtung fand. Diese Seite der Publizistik der „Blätter" wurde besonders begrüßt. Sie soll beibehalten und ausgebaut werden. Im Mittelpunkt der Hefte stehen jedoch nach wie vor die Themen und Beiträge, die der Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes entstammen, der Sorge um die friedliche Lösung der deutschen Probleme und die Festigung unserer Demokratie. Die Herausgeber und die Redaktion erfüllt es mit besonderer Freude, daß — erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik — sich Wissenschaftler und andere Angehörige der Intelligenz mit führenden Persönlichkeiten der Gewerkschaften öffentlich zusammengetan haben, um gemeinsam für die Erhaltung der Demokratie einzutreten, sich ihrer Verfälschung und Demontage zu widersetzen. Sie leisten damit einer Entwicklung Widerstand, die aus unserem Staat ein obrigkeitlich und zentralistisch bestimmtes Instrument machen könnte, das unter Umständen blindwütigen Demagogen aufs neue Tür und Tor dazu öffnen würde, unser Volk in eine endgültige Katastrophe zu stürzen.

Auch weiterhin werden die „Blätter" sich als publizistisches und entschieden demokratisches Forum allen Gedanken und Vorschlägen zur Verfügung stellen, die der Gewährleistung unserer Sicherheit und der Lösung der deutschen Probleme nachgehen, für Entspannung und Abrüstung eintreten. Dies alles in der Überzeugung, daß es gilt, von der gefährlichen „Kontinuität des Irrtums" abzulassen, der Formierung und Uniformierung des ganzen Volkes entgegenzutreten, die Grund-

rechte zu verteidigen und eine enge Zusammenarbeit aller demokratischen Staatsbürger zu fördern, einen Beitrag zu leisten für die Sicherung einer friedlichen Zukunft und den Ausbau eines freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates.

Manfred Pahl-Rugenstein

Gedanken zum Wehnerplan

Als 1945 das faschistische Deutschland besiegt war, stand fest, daß die alliierten Siegermächte ihren Einflußbreich in Deutschland sichern und damit zugleich ein Sicherheitssystem für die politische, ökonomische und militärische Paralysierung der historischen Negativposten Deutschlands bilden würden. Dies geht aus den Konferenzbeschlüssen von Teheran und Jalta hervor. Die Besetzung und Aufteilung in vier Zonen, der Nürnberger Prozeß, die Entflechtungsbestimmungen für die Konzerne sind beredte Zeugnisse für den Ernst dieser Konferenzprogramme. Erst nach der Konferenz von Potsdam änderte sich die Politik der westlichen Kriegsalliierten. Sie stimmten danach darin überein, in Deutschland eine demokratische Entwicklung einzuleiten. In den Ländern wurde die politische Betätigung der demokratischen Parteien, zu denen damals auch die KPD gehörte, seit 1946 gefördert und die Bildung von Länderregierungen erlaubt. Mit der Bildung des Parlamentarischen Rates (1948) aus den Landtagen der drei westlichen Zonen beginnt die politische Vereinigung eines in Länder und Zonen aufgespaltenen Landes. Dieser politischen Vereinigung der Westzonen war im Westen die Bildung eines Bizonenrates vorangegangen, der wirtschaftliche Wiederaufbau war mit Mitteln aus dem Marshallplan gefördert und die Währungsreform (Juni 1948) durchgeführt worden, der die Währungsreform in der Sowjetischen Zone folgte. Der Ausschluß der Sowjetunion aus der Ruhrkontrolle und der Beginn des Kalten Krieges führten schließlich zu einer politischen Entfremdung, so daß die Länderparlamente der sowjetischen Zone im Parlamentarischen Rat nicht mehr vertreten sein konnten. Das von ihm im Mai 1949 verabschiedete Grundgesetz konnte daher nur im Bereich der drei Westzonen in Kraft treten, der in diesen gewählte Bundestag und die daraus hervorgegangene Bundesregierung nur als Vertreter der Bevölkerung der Bundesrepublik gelten. Von diesem Zeitpunkt an waren die ökonomischen und gesellschaftlichen Sonderentwicklungen in der Bundesrepublik und in der im Oktober 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik staatsrechtlich fundiert.

Die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Grundgesetzes auf die DDR und der Stellvertretungsanspruch der Bundesregierung für die Bevölkerung der DDR konnten daher auch von Anbeginn an nur als politisches Programm geltend gemacht werden, selbst wenn sie mit juristischen Mitteln vertreten wurden. Ihre Realisierung gehörte von Anfang an in den Bereich der Politik. Diese Politik der Bonner Regierungskoalition jedoch ging innen- und außenpolitisch einen Weg, der sie von den politischen Chancen einer Wiedervereinigung wegführte. Sie liquidierte allmählich alle sozialistischen Ansätze zu einer Neuverteilung des Eigentums an Produktionsmitteln, wie sie noch im Ahlener Programm der CDU (1947) und in einigen Länderverfassungen, insbesondere der hessischen, fixiert sind, und förderte den Konzentrationsprozeß der Industrie; sie vollzog außenpolitisch den Integrationsprozeß in das westliche Bündnissystem durch den

Eintritt in die NATO und die EWG, dem innenpolitisch die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht und eine steigende Aufrüstung entsprachen. Nun läßt sich eine solche Politik der Westintegration durchaus rechtfertigen, vollzog sich doch auch in der DDR ein entsprechender Integrationsprozeß in das Wirtschaftssystem des Comecon und in die Gruppe der Warschauer Paktstaaten. Man könnte diese Entwicklung mit der Unmöglichkeit eines „dritten Weges" begründen, obgleich dieser Argumentation grundsätzlich entgegenzuhalten wäre, daß ja dieser dritte Weg von Anfang an verdächtigt und niemals für Deutschland ausprobiert worden ist. Aber in der Entscheidung für eine Politik der Westintegration liegt an sich nicht die Problematik der Nachkriegspolitik der Bundesregierung, ihr Janusgesicht trägt sie in dem gleichzeitig erhobenen Anspruch, mit dieser Politik die Wiedervereinigung Deutschlands erstreben zu wollen, dazu noch in den Grenzen von 1937. Wenn nachträglich Adenauer je nach Standpunkt vorgeworfen oder zugutegehalten wird, er habe die Wiedervereinigung von Anbeginn an nicht gewollt und habe die Proklamierung einer gesamtdeutschen Politik als Leerformel nur wahltaktisch gebraucht, so entlastet ihn diese Doppelbödigkeit seiner Politik nicht von deren Konsequenzen. Einmal diente die Wiedervereinigungsprogrammatik nicht nur dem Wählerfang, sondern mußte auch herhalten, um einem kriegsmüden Volk die Wiederbewaffnung schmackhaft zu machen; ferner um dieses Volk, das zusätzlich vom steigenden Wohlstand narkotisiert war, von der Vorenthaltung eines neuen gesellschaftlichen und ökonomischen Systems abzulenken. Zum anderen verhält es sich mit derartigen innenpolitischen Ventilen wie mit den sprichwörtlichen bösen Geistern: sie gewinnen Eigenfunktion und fixieren den politischen Spielraum, der sich schließlich, wie im Falle der Wiedervereinigung, auf die Alternative gänzlichen Verzichts auf Wiedervereinigung, d. h. aber des Zusammenbruchs der gesamten Deutschlandkonzeption, oder ihrer gewaltsamen Realisierung, d. h. aber des Krieges, reduzieren kann.

Tatsächlich bedeutete ja die antikommunistische Politik der Stärke im Kontext einer amerikanischen roll-back-Politik nichts anderes als die Spekulation mit der zweiten Möglichkeit, dem Versuch gewaltsamer Annexion. Der Wunsch nach nationaler Atombewaffnung erhält von daher wenn auch nicht einen Sinn, so doch eine Motivation. Nachdem jedoch die amerikanische roll-back-Politik in Europa sich zwar nach innen bündnisintegrierend, nach außen aber infolge des atomaren Patts nur als proklamatorisch erwiesen hatte, wie die Haltung der Amerikaner am 17. Juni 1953 und im Oktober 1956 sowie während des Mauerbaues am 13. August 1961 gezeigt hat, ist inzwischen das Entspannungsarrangement zwischen USA und Sowjetunion, wenn auch angesichts des schrecklichen Vernichtungskrieges in Vietnam bitter genug, kein Geheimnis mehr. Es bleibt also nur übrig, die annexionistische Deutschlandkonzeption aufzugeben und realistisch anzuerkennen, daß sich in Deutschland zwei Staaten entwickelt haben, die sowohl durch ihre jeweilige Bündniszugehörigkeit als auch durch ihre innere Konsolidierung etabliert sind. Zu keiner der beiden Konsequenzen aber kann sich die Bundesregierung bereitfinden, obwohl sie eigentlich in jeder Hinsicht am Ende ihres politischen Lateins angelangt ist.

Der SPD ist im Unterschied zur CDU zugute zu halten, daß sie von Anbeginn an ihre Forderung der Wiedervereinigung ehrlich gemeint hat und ihr politisches Programm bis 1959 (Deutschlandplan, s. „Blätter", Heft 3/1959) einer realistischen Wiedervereinigungspolitik angepaßt hat. So stimmte ihre Bundestagsfraktion gegen den NATO-Beitritt, gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und gegen die

Atomrüstungspläne mit der Begründung, daß alle diese Maßnahmen die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten vergrößern und von der Realisierung einer Wiedervereinigung noch weiter wegführen müßten. So ging auch der Deutschlandplan der SPD noch von der Schaffung einer militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa aus, der den Verzicht auf Atomwaffen, Rüstungsbeschränkungen der nationalen Truppen, schließlich den „Abzug der Fremdtruppen der NATO und des Warschauer Paktes" aus beiden Teilen Deutschlands, Polen, der CSSR und Ungarn vorsah. Die Unverletzbarkeit der Teilnehmerstaaten in der Entspannungszone sollte „durch ein kollektives Sicherheitsabkommen aller interessierten Staaten, einschließlich der USA und der UdSSR", garantiert werden. Dies alles sollten die Voraussetzungen sein für ein detailliert ausgearbeitetes Stufensystem einer politischen und wirtschaftlichen Zusammenführung von BRD und DDR. Es ist lohnend, dieses Dokument einer politischen Partei noch einmal zu studieren, das zwar unter dem Druck der weltpolitischen Krise um Berlin entstanden war, zu einer Zeit aber, in der der Zusammenbruch der CDU/CSU-Deutschlandpolitik noch nicht so offensichtlich war, in der noch niemand an eine krisenhafte Wirtschaftsentwicklung dachte und in der der Abbau der Demokratie durch Notstands- und Stabilisierungsgesetze als ein Mittel zur endgültigen Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse nach innen und offensiven Durchsetzung nach außen noch nicht so unverhüllt betrieben wurde.

Liest man dagegen den Wehner-Plan einer „Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft", so glaubt man kaum, daß derselbe Herbert Wehner maßgeblich an der Abfassung des Deutschland-Planes der SPD von 1959 beteiligt gewesen ist; ist dieser ein wirkliches politisches Dokument, so kann man jenen ohne Polemik als politisch dilettantisches Geschwätz bezeichnen; nur zu begreifen durch den bekannten Mechanismus der Korrumpierung des Denkens aus der Korrumpierung politischen Handelns. Der neue Wehner-Plan verzichtet auf die Erwägung jeden politischen Kontextes; von einem militärpolitischen Sicherheitssystem ist nicht mehr die Rede. Zum Vergleich seien hier einander entsprechende Passagen über die wirtschaftlichen Beziehungen aus beiden Plänen abgedruckt:

Aus dem Deutschlandplan der SPD von 1959: „Die wirtschaftliche Zusammenführung beginnt ebenfalls mit der Bildung paritätisch besetzter Institutionen. — Die Embargobestimmungen gegenüber der DDR und die güterwirtschaftlichen Kontingentierungen durch die Bundesrepublik müssen fortfallen. Der Interzonenhandel muß ausgeweitet werden, weitere Zonengrenzübergänge sind zu öffnen. Ein Gesamtdeutscher Investitionsfonds und eine Bank für innerdeutschen Zahlungsausgleich werden gebildet. Der Fonds hat Investitionen in das Verkehrs- und Energieversorgungsnetz sowie zur Anpassung der beiden Volkswirtschaften zu planen und zu finanzieren. Die Bank wickelt die Zahlungen im Rahmen des innerdeutschen Handels und des Investitionsfonds ab. Über sie werden auch die auf rechtlichen Verpflichtungen beruhenden Renten-, Pensions- und sonstigen Unterhaltszahlungen geleistet."

Aus dem Wehner-Plan von 1966 [1]): „Frage von Gaus: Herr Wehner, können Sie präzisieren, wie eine Wirtschaftsgemeinschaft zwischen den beiden Teilen Deutschlands aussehen soll? — Wehner: Ich habe schon einmal zu überlegen gegeben, daß man dabei in Etappen vorgehen kann, daß man mit dem Leichtesten beginnen könnte und daß man, wenn eine bestimmte Etappe zur beiderseitigen Befriedigung abgeschlossen ist, zu einer nächsten übergehen könnte, ohne daß da ein Zwang

1) „deutsches panorama", Heft 11/1966.

dahintersteht. — Meine Grundregel bei diesen Vorschlägen ist, keine Seite sollte, bildlich gesprochen, den Kopf in die Schlinge der anderen Seite legen müssen, so daß also eine gewisse freie Dispositionsmöglichkeit für jede Seite erhalten bliebe. — Um einiges zu nennen, was an den Anfang gestellt werden könnte: dabei müßte es vor allem um die Regulierung der Zahlungsmöglichkeiten gehen, mit der Tendenz, das unnatürliche Währungsgefälle allmählich und in beiderseitigem Einvernehmen zu überwinden. — ... Andere Gebiete betreffen etwa die Energieversorgung, betreffen langfristige Abkommen über Lieferungen von Kohle aus unserem Teil in den anderen Teil, um die andere Seite freier zu machen von Zahlungen, die sie sonst anderswohin zu leisten hat."

Eigentlich bedürfte diese Gegenüberstellung keines weiteren Kommentars. Die „neuen" Gedanken Wehners sind unkonkret, sie umgehen jede Festlegung auf Institutionen und politische Kompetenzen. Reduziert man den Plan auf seinen konkreten Kern, so bleibt eigentlich nichts als eine Ausweitung des Interzonenhandels auf dem Gebiete der Kohlewirtschaft, gestützt auf durch die Bundesregierung bereitgestellte Kredite, mit der politischen Absicht, auf dem Wege der wirtschaftlichen Beziehungen verändernd auf die Herrschaftsverhältnisse der DDR einzuwirken. Diese Kombination ruft eigentlich weniger die Assoziation von Abhängigkeiten „der anderen Seite" von „anderswoher" hervor als die nicht absetzbarer Kohlenhalden eines in einer Krise steckenden Ruhrkohlenbergbaus.[2]) Die Lieferungen von Werkseinrichtungen lassen bei allem durchaus vorhandenen Bedarf im Lande unserer „Brüder und Schwestern" doch zugleich an die Krise auf dem Investitionssektor unserer Wirtschaft denken, und der politisch diffamierende Akzent des Planes, der dem Deutschlandplan fehlte, zeigt an, daß an Fiktionen festgehalten wird, die die politische Realität umgehen.

Warum, so fragt man sich, wird das Kind nicht beim Namen genannt, warum wird nicht zugegeben, daß die DDR als Markt an unsere westlichen Verbündeten verlorengehen kann, wie es der der SU auf dem Gebiete der Autoindustrie schon ist (Fiat/Renault)? So wie die SU eine Ausweitung ihres stark zurückgegangenen Imports aus der BRD unter Weiterbestand politischer Vorbedingungen (vor allem der sogenannten Berlin-Klauseln) abgelehnt hat, so wird auch die Bundesrepublik eines Tages für die DDR als Handelspartner uninteressant werden, wenn sie nicht, wie es schon der SPD-Deutschlandplan von 1959 konkret forderte, Embargobestimmungen fallen läßt und wenn sie nicht aufhört, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie sie mit einem Staat die Handelsbeziehungen intensivieren kann, ohne ihn dabei auch politisch-diplomatisch anzuerkennen; und wenn die SPD angesichts des Fiaskos von zwei Kabinetten keinen anderen Beitrag zu leisten weiß als den, die harten Positionen von CDU/CSU durch Bedenken der Art aufzuweichen, „ob es nicht sogar zur Aufrechterhaltung eines totalitären, eines Gewaltregimes beiträgt, wenn es unter wirtschaftliche Ausnahmebedingungen von einem Teil der übrigen Welt gestellt wird ..."

Warum, so fragt man sich, werden all jene von Wehner als „Spinner" disqualifiziert, die an der Möglichkeit einer Wiedervereinigung auf der Basis einer militärisch verdünnten oder neutralisierten Zone festhalten; doch nicht,

[2]) Die DDR deckte ihren Energiebedarf bis vor wenigen Jahren zu 80 % aus Braunkohle, die sie im eigenen Lande fördert. Diese wird zusehends von Erdöl ersetzt, das die DDR zum Weltmarktpreis von der SU geliefert bekommt. Dieses soll laut Plan in den nächsten 30 Jahren (analog zur weltwirtschaftlichen Entwicklung) durch Kernenergie ersetzt werden. Bei einem steigenden Bedarf von Elekroenergie um das Zehnfache rechnet man mit einer Deckung dieses Bedarfs zur Hälfte aus Braunkohle, zur anderen Hälfte aus Energie, die von Kernkraftwerken aufgebracht werden soll (das erste wurde im Mai 66 in Rheinsberg eröffnet). (Nach: Prof. Heinz Almers, Leipzig, „Energie für die DDR", in: Urania 10/1966).

weil Herbert Wehner und sein Bundesparteivorstand 1959/60 beschlossen haben, ihren Deutschlandplan ad acta zu legen und auf einen Anpassungskurs an die CDU/CSU-Politik in allen Grundsatzfragen überzugehen, sondern doch höchstens deshalb, weil sich die innen- und außenpolitischen Bedingungen für derartige Pläne verschlechtert haben; weil keiner der Alliierten mehr für Wiedervereinigungspläne zu interessieren ist, weil die Großmächte vielmehr dabei sind, sich auf der Basis des Status quo zu einigen; weil die Anerkennung bzw. Nicht-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze schon lange kein politisches Kapital mehr darstellt, sondern eine politische und wirtschaftliche Belastung; weil die Anerkennung der DDR ebenfalls ihren politischen Kapitalwert zu verlieren beginnt und die Hallstein-Doktrin zu einer kostspieligen Fiktion [3]) geworden ist; und weil schließlich die Amerikaner selber inzwischen an einer militärischen Verdünnung interessiert sind und sich ein Abbau der Rüstungsausgaben als etatpolitisch notwendig erweist, will die Bundesrepublik nicht zu rigorosen Abstrichen an den Sozial- und Bildungsausgaben [4]) übergehen und sich damit des Anspruchs begeben, nicht nur ein Staat des Konzentrationskapitalismus, sondern vorrangig Sozialstaat zu sein, und will sie nicht bei gleichzeitiger Preissteigerung zu Steuererhöhungen und Lohnstopp übergehen, die nur durch einen Abbau der demokratischen Institutionen zu erreichen sind.

Es ist notwendig, den neuen Wehner-Plan vor diesem innenpolitischen Hintergrund zu analysieren und die — milde gesprochen — innenpolitische Konzeptionslosigkeit zu konstatieren, die zu einem fast vollständigen Abbau politisch-analytischen Denkens, vormals eine Stärke der SPD, geführt hat, will man dieses Geflecht politischer Tabus und Unkonkretheiten verstehen. Man kann sich sogar leider des Verdachts nicht erwehren, daß der Plan zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Täuschung ablenken soll, der die SPD-Führung zur Zeit ihre Wähler überläßt, die sich noch immer zum überwiegenden Teil aus der Arbeiterschaft und der ebenfalls lohn- (bzw. gehalts-)abhängigen Angestelltenschaft rekrutieren. Diese werden in gleicher Weise von den von der derzeitigen (2. 11. 66) Bundesregierung geplanten Gesetzentwürfen betroffen sein wie die kleine und mittlere Unternehmerschaft, für die die in den Stabilisierungsgesetzentwürfen vorgesehene und von der Bundesbank bereits praktizierte Kreditplafondierung eine Gefährdung ihrer Unternehmerexistenz bedeutet. Die Forderungen des SPD-Wirtschaftsexperten Professor Schiller nach einer langfristigen (wenn auch nicht gleichschaltenden) Gesamtplanung des Bundeshaushaltes bedürfen in diesem Zusammenhang der kritischen Analyse: Die steigenden Rüstungsausgaben, die ca. 25 Prozent des Bundesetats umfassen, haben zu einer Verknappung auf dem Kapitalmarkt geführt, weil sie im Unterschied zu den übrigen Ausgaben tote Investitionen darstellen, die nicht auf indirektem Wege als Steuern dem Staate wieder zufließen. Die Kapitalverknappung wiederum hat zu einer derartigen Erhöhung der Zinssätze im Kapitalkreditwesen geführt, daß weitere Kapitalanleihen zum Zwecke des Ausbaus der Investitionsgüterindustrien zu teuer geworden sind, d. h. aber, daß Investieren nicht mehr profitabel ist; ein Stopp der Investitionen aber bedeutet eine Unterbrechung der Wirtschaftszirkulation, nicht zuletzt Überkapazitäten bei den Investitionsgüterproduzenten; nur auf dem Sektor der Konsumgüterproduktion gibt es noch keine nennenswerten Krisen, die durch Lohnstopp und

---

3) Die „Bestechung" der Entwicklungsländer mit Milliarden, für die Ostberlin nicht anerkannt werden soll, belastet den Bundeshaushalt aufs unerträglichste.

4) Die Bildungsausgaben der BRD liegen anteilmäßig unter denen der westlichen Länder, von Osteuropa ganz zu schweigen. Die Bilanz auf dem Patent- und Lizenzsektor ist mit 300 : 600 Mio DM jährl. (Einn. : Ausg.) stark passiv; diese Bildungssparsamkeit kommt also teuer zu stehen.

Entlassungen aufgefangen werden müßten. Wir haben also entgegen den Darlegungen Karl Schillers vor dem Arbeitskreis „Selbständige" der SPD durchaus Anzeichen einer Wirtschaftskrise, die durch die Rüstungspolitik verursacht worden ist. Professor Schiller hat allen Grund, die Existenz einer Wirtschaftskrise zu dementieren, vermeidet er es doch, den Rüstungshaushalt bei seiner Kritik am Haushaltsentwurf Erhards für 1967 auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Seine Gesamtplanung stellt sich damit aber in den Dienst eben der Etatpolitik, die eine weitere Aufrüstung ermöglichen soll; sie versucht sogar, jene noch funktionsfähiger zu machen. Planung erweist sich aber — wenn nicht unter demokratischer Mitbestimmung vollzogen — als reaktionär, dient sie doch der Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse und unterstützt sie doch die derzeitige Politik der Bundesregierung. Entsprechend muß auch die Stellungnahme Herbert Wehners gedeutet werden, der es abgelehnt hat, auf dem am 30. 10. 1966 in Frankfurt/Main abgehaltenen Kongreß der Notstandsgesetzgebungs-Gegner seine Gedanken zu diesem Themenkomplex persönlich dazulegen und zur Diskussion zu stellen. Er wäre wohl auch kaum in der Lage gewesen, sowohl die Hektik der Einbringung als auch den Inhalt dieser Gesetzentwürfe zu vertreten oder gar zu rechtfertigen, insbesondere zu einem Zeitpunkt, da sich die international-politischen Auseinandersetzungen nach Asien, Afrika und Lateinamerika verlagert haben und in Europa fast die Friedhofsruhe einer Status quo-Politik eingezogen ist, zu dem aber in der BRD eine innenpolitische Entwicklung einem Kulminationspunkt zusteuert, an dem sie auf die Unterstützung des Volkes nicht mehr rechnen kann, sondern nur gegen das Volk durchgesetzt werden kann, falls die Kräfteverhältnisse dies zulassen. Daß die SPD sich zu diesem Zeitpunkt zum Vollzugsgehilfen einer derartigen Restriktionspolitik machen läßt, drängt sie absehbar in die Rolle des Konkursverwalters nicht nur einer gescheiterten Politik, sondern eines gescheiterten Experiments, nämlich in Deutschland nach 1945 ein soziales und demokratisches Staats- und Gesellschaftssystem aufzubauen, wie es auch die Alliierten in Potsdam (Juli/August 1945) vorgesehen hatten, und so wird sie womöglich gar nicht erst die Gelegenheit erhalten, die Rolle einer Volkspartei im wohlverstandenen Interesse der Mehrheit des Volkes zu spielen.

Noch sind die Weichen nicht gänzlich gestellt, noch hat die SPD, die ja nicht völlig mit ihrem Bundesvorstand zu identifizieren ist, Gelegenheit, ihre Rolle zu analysieren und politische Konsequenzen zu ziehen; aber sie muß wissen, daß ihre Chance verspielt ist, wenn sich ihre Führung auf eine Große Koalition mit den Gruppierungen um Strauß einläßt, der sich schon jetzt im Einverständnis mit Vertretern des Kapitals auf eine Restriktionspolitik festgelegt hat, der sogar die Rüstungsausgaben vergrößern will, diesmal aber nicht in Form größerer Rüstungskäufe im verbündeten Ausland, sondern durch den Aufbau einer nationalen Rüstungsindustrie, wie es der deutschen Tradition von vor 1939 und vor 1914 entspricht, dieses Mal aber europäisch firmiert. Die Verschleierungsfunktion des europäischen Integrationsgedankens wird offenkundig, wenn man sie mit den militärpolitischen und außenpolitischen Zielsetzungen Frankreichs unter de Gaulle konfrontiert und wenn man bedenkt, daß die übrigen westlichen Staaten — außer vielleicht Spanien und Portugal — dazu überhaupt nicht konsultiert worden sind.

Mindestens in solch weitgespanntem Rahmen muß man den neuen Wehner-Plan sehen, der siebeneinhalb Jahre nach dem denkwürdigen SPD-Deutschlandplan publiziert wurde. Sein beste-

chender Anfangseindruck, der ihn so wohltuend von der CDU/CSU-Sperrfeuertaktik gegen jeglichen neuen Denkansatz in Deutschlandproblemen abhebt, darf unser politisches Denken nicht davon abhalten, den hohen Grad politischer Substanzarmut und optisch-psychologischer Verschleierungsfunktion in ihm zu erkennen. Sollte er indessen zu einer politischen Diskussion in unserer demokratischen Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der Parteien führen und dazu beitragen, die Rolle der SPD in der deutschen Politik neu zu reflektieren, bevor es zu spät ist, so hätte er doch trotz seiner sehr bedenklichen Aspekte fruchtbare Impulse gegeben.

Solveig C. Ehrler

Die Denkschriften der EKD

Texte und Kommentar von Karl-Alfred Odin

240 Seiten, kartoniert 14,80 DM

Die vier bisher veröffentlichten Denkschriften der EKD werden im vollen Wortlaut dargeboten und im zweiten Teil des Buches durch K.-A. Odin, Redakteur der FAZ, ausführlich kommentiert. Ein Anhang mit weiteren Texten sowie einer Liste aller „Worte" der EKD erhöht den Wert des Buches als Sach- und Arbeitsbuch.

Beiträge zum politischen Reden der Kirche

von Joachim Beckmann, Rudolf Bohren, Georg Eichholz, Wolf-Dieter Marsch, Erwin Mülhaupt und Edzard Rohland; herausgegeben von Arnold Falkenroth

Veröffentlichungen der Kirchlichen Hochschule Wuppertal, Heft 2.
72 Seiten, kartoniert 5,60 DM

Neukirchener Verlag

des Erziehungsvereins Neukirchen-Vluyn

XV. Mannheimer Filmwoche

So viele Gäste aus der Filmbranche und von der Presse wie in diesem Jahr hatte die Festivalleitung in Mannheim noch nie zuvor zu betreuen. Das Programm war hoffnungslos überfüllt, was seine zwei Seiten hat; die positive: es besteht ein ungewöhnliches Interesse an dieser Filmwoche, die sich aus einer improvisierten Kurzfilmschau zu einem international anerkannten Wettbewerbsfestival entwickelt hat; die negative: die nicht mehr zu bewältigende Quantität ist von der Qualität her keineswegs gerechtfertigt und stimmt ärgerlich. Der Präsident der Internationalen Jury, Henning Carlsen (Dänemark), kritisierte bei der Abschlußveranstaltung, daß Fernseh-Filme und Public-Relation-Streifen in den Wettbewerb aufgenommen worden waren. Man kann sich dem nur anschließen. Mehr noch: Der Auswahl- und Programmierungsausschuß sollte nun wirklich endgültig seine jahrelang praktizierte Dickfelligkeit aufgeben und strengere Qualitätsmaßstäbe anlegen. In Mannheim wurden 1966 geboten: Elf Wettbewerbs- und vier Informationsprogramme, der FIPRESCI-Wettbewerb um den Preis der Internationalen Kritik, mehrere Sondervorführungen und Parallelveranstaltungen. Ich zählte alles in allem rund 75 Filme aus 18 Ländern, darunter 57 Kurzfilme, 7 abendfüllende Dokumentar- und 11 abendfüllende Spielfilme. Das geht natürlich nicht alles auf Kosten der Auswahlkommission, aber doch zum größten Teil. Und da heißt es einfach: strenger, strenger, strenger sein. So geht es nicht weiter. Filmwochen müssen Maßstäbe setzen. Sonst verfehlen sie ihren Zweck. Für Mannheim bedeutet das: Präzisierung des gesellschaftlich-politischen Film-Programms. Die Auseinandersetzung „mit bedeutenden filmischen Äußerungen zu drängenden Fragen der Gegenwart" gehört laut Einladung zu den vordring-

lichen Aufgaben des Festivals. Solche Postulierung nahm sich einem großen Teil der Filme gegenüber wie Hochstapelei aus; man denke nur an den sentimentalen Ballettschulenstreifen „Adolescence", an „Transportation USA", an nichtssagende „Kulturfilme" in modernem Gewand wie „Stadt im Detail" oder Kurzspielfilme über pubertäre Problemchen, wie sie vielfach in den Wettbewerbsvorstellungen zu sehen waren. Auch die Inflation der Preise muß nach wie vor kritisiert werden. Der „Große Preis von Mannheim" für den besten abendfüllenden Erstlingsspielfilm hat Gewicht. Es würde völlig genügen, dazu noch drei Preiskategorien zuzulassen. Schließlich vergeben ja außerdem noch die FIPRESCI-Jury, die konfessionellen Jurys und eine Volkshochschul-Jury ihre Preise in Mannheim. Ich möchte den Leser hier nicht mit der Aufzählung sämtlicher preisgekrönter und mit „lobenden Erwähnungen" ausgezeichneter Filme langweilen. Jedenfalls ist dieser Preissegen fast schon peinlich.

Die Filme aus der Bundesrepublik wurden im Programm über Gebühr bevorzugt. Ihre Anzahl stand in keinem Verhältnis zur Qualität. Und schließlich muß doch eine gesunde Relation zum Angebot anderer Länder geschaffen werden. Stark vertreten war die Neue Münchener Gruppe, deren Filme sich aber in privaten Belanglosigkeiten erschöpfen. Die jungen Filmmacher scheinen in einem gesellschaftspolitischen Vakuum zu leben und sich nur für ihre private Eigenwelt zu interessieren. Auch des Hamburgers Roland Klick für „Atlas" produzierter Einstundenfilm „Jimmy Orpheus" enttäuschte, gerade weil sich Klick in den Vorjahren mit engagierten Kurzfilmen vom Durchschnitt distanziert hatte. Geschildert wird die Nacht eines kontaktarmen jungen Mannes, eines Gelegenheitsarbeiters, in St. Pauli. Der Streifen hat kaum gesellschaftliche Bezüge und ist überladen mit Klischees. Hans Rolf Strobel und Heinrich Tichawsky sind mit ihrer neuen soziologischen Reportage „Die Wunder von Mailand" weit von ihrem früheren Engagement („Notizen aus dem Altmühltal", „Notabene Mezzogiorno" u. a.) abgerückt. Das interessante Thema und der soziologische Anspruch wurden mit Geschwätzigkeit verdeckt. Hier hat man Empirie mit Langeweile verwechselt. Ausgezeichnet fand ich „Beat — Made in Germany" von dem Team Köper, Hilgert und Schmidt. Die FBW reklamierte die „groben Verallgemeinerungen" und gab ihm kein Prädikat. Die Autoren begreifen den Beat durchaus als provozierendes Medium im Vergleich mit Wandervogelbewegung, HJ, dem „plumpen Radau der Militärmusik", dem schwachsinnigen (deutschen) Volkslied. Sie schildern den Einbruch des Beat in die Politik und die konsternierte Reaktion der „Autoritäten" in Ost und West: „Beat heißt Unordnung — ja Entartung". Die Protesthaltung des Beat verliert sich aber mehr und mehr, denn Jugendpfleger und Funktionäre, wiederum in Ost und West, haben sich daran gemacht, ihn zu domestizieren oder auch nur seine Konsumkraft zu erhalten. Ein junger, intelligenter, provokativer Film, kurzweilig und glänzend geschnitten. Nur die Jury des Internationalen Evangelischen Filmzentrums zeichnete ihn aus. Überhaupt gebührt dieser Jury ein Sonderlob. Sie vergab ihren Hauptpreis zu gleichen Teilen an „Time of Locust" (USA) und „Joszef Katus" (Holland). Der erste Film zeigt bisher unveröffentlichte Aufnahmen über die Grausamkeiten des Vietnamkrieges. „Die Geschichte von Joszef Katus enthält einen Aufruf zur persönlichen Stellungnahme, die für eine wirkliche Erneuerung unserer gesellschaftlichen Institutionen im Sinne einer lebendigen Demokratie notwendig ist" (Aus der Begründung der Ev. Jury). „Die minder glückliche Rückkehr des Joszef Katus in das Land Rembrandts" (so der volle Titel) von Wim Verstappen und Pim de la Parra ver-

mittelt erstaunliche Einblicke in die Gedankenwelt und Verhaltensweisen der Provos von Amsterdam. Der Film ist von echtem Engagement und, wie mir Pim de la Parra sagte, persönlichen Erfahrungen inspiriert. Besonders eindrucksvoll die dokumentarischen Aufnahmen von den Ereignissen am 1. Mai, am Befreiungstag und bei anderen offiziellen Anlässen. Einer der ärgerlichsten Filme stammte aus den USA, „The Really Big Family" von Alex Grasshoff: Reklame für gottgewollten Kindersegen am Beispiel einer zwanzigköpfigen (katholischen) Familie. Aus England gefiel mir vor allem „Low Water", ein Kurzspielfilm über die „Sea-coal-men" an der englischen Nordküste (das sind Männer, die „als Strandläufer die von der Brandung ausgewaschenen Kohlenflöze ... ausbeuten"). Im FIPRESCI-Wettbewerb lief dann Englands fiktiver Dokumentarschocker „The War Game" (BBC-Produktion), der bekanntlich allerhand Staub aufwirbelte. Es ist eine optische Demonstration des Wahnsinns. Regisseur Peter Watkins schildert den Anfang eines Atomkrieges mit allen denkbaren Grausamkeiten. Die Grafschaft Kent dient als Musterterritorium für die Ausmalung des irrsinnigen Geschehens, das übrigens durch ein Berlin-Geplänkel ausgelöst wird. Die Mittel der herkömmlichen Kritik versagen vor dieser brutalen Warnung, die heilsam sein könnte, wenn die Politiker sie zu sehen gezwungen wären. Frankreich lieferte u. a. einen beachtlichen Großdokumentarfilm von Claude Otzenberger, „Demain la Chine", Musterbeispiel einer gesellschaftspolitischen Analyse, vom Geist objektiver Sympathie geprägt. Aus Schweden kam auch ein bemerkenswerter Erstlingsspielfilm, „Zusammen mit Gunilla" von Lars Görling (Görling, der vor kurzem starb, schrieb das Drehbuch zu „491"). Überhaupt waren die abendfüllenden Erstlingsspielfilme qualitativ wesentlich überzeugender als die vorgeführten Kurz- und Dokumentarfilme.

Jiri Menzel holte sich für seinen abendfüllenden Debütspielfilm „Scharf beobachtete Züge" den „Großen Preis von Mannheim", den die Tschechoslowakei damit zum vierten Male hintereinander erhielt. Hervorragend auch Janusz Majewskis „Untermieter" (Polen), eine intellektuelle Komödie. Die brillante filmische Methode gerät zur ironischen Parodie schwarzen Humors. Ganz anders der ebenfalls abendfüllende jugoslawische Spielfilm „Heiße Jahre" von Dragoslav Lazić. Hier stehen ein Arbeiter und eine Kantinengehilfin aus einer Eisenhütte im Mittelpunkt. Es ist eine kritische Bewußtseinsanalyse, hart akzentuiert durch die unerbittliche Schilderung eines düsteren Alltags.

Weil ich hier nur einen Bruchteil des Programms berücksichtigen konnte, sollte der Hauptaktzent auf dem engagierten, gesellschaftspolitischen Film liegen. Daraus darf gefolgert werden, daß Mannheim ein wichtiges Festival ist. Daraus läßt sich andererseits leider nicht entnehmen, welch eine Summe des Überflüssigen der andere Teil des Festivals bot. Keineswegs reihe ich, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, das Experiment, das brillante Amüsement und den poetischen Film unter das Überflüssige ein. Leider gab es wenig zu sehen, was man diesen Kategorien zuordnen könnte. Die starke Resonanz, die das Mannheimer Festival 1966 fand, sollte als Verpflichtung aufgefaßt werden. Hoffentlich verschwinden bis zum nächsten Jahre die provinziellen Relikte, die sich noch aus der „Pionierzeit" des Mannheimer Festivals quasi herübergerettet haben, nämlich der dokumentarisch verpackte Kitsch, der unverbindliche „Kulturfilm", die verlogenen Produkte einer pseudomoralischen Weltschau wie „The Really Big Family" und die privaten Wehwehchen der pubertären Avantgardisten. Umsomehr würden wir uns auf die XVI. Internationale Filmwoche in Mannheim freuen.

E. H.

krotteuren darf nicht Gelegenheit gegeben werden, sich durch die Flucht in die Diktatur als Retter aus dem von ihnen selbst verursachten Debakel aufspielen zu können.

Das hat der Frankfurter Kongreß gezeigt: Schon geschieht unter der Führung von Gewerkschaften und Intelligenz ein Brückenschlag quer durch alle Schichten des deutschen Volkes zur Verteidigung der Verfassung und der Bürgerrechte; noch aber ist nicht in allen Schichten die Basis gleich breit, der Wille zum Einsatz gleich groß. Die Aktionen müssen fortgesetzt, die Arbeit muß weitergeführt werden, um den Bau der Brücke zu vollenden. Statt der Grabesruhe einer Formierten werden wir dann die Sicherheit einer freien Gesellschaft haben.

Horst Heiden

Deutsche Politik und europäische Sicherheit

Die Prinzipien des Disengagement und ihre aktuelle Bedeutung

Zu den vielen Mängeln, die eine Regierung haben darf, ohne dadurch gleich den von ihr geführten Staat in ernste Krisen zu stürzen, zählt sicher nicht die politische Ignoranz. Nicht erkennen wollen, was geschieht, die Augen verschließen wollen vor dem, was die weltpolitische Entwicklung bestimmt, ist ein tödliches Fehlverhalten. Es endet in harmloseren Fällen mit dem politischen Exitus der betreffenden Regierung; nicht selten jedoch auch — die deutsche Geschichte beweist es — mit der Katastrophe des gesamten Staatswesens; letzteres vor allem dann, wenn der Staat im Verlaufe eines antidemokratischen Degenerationsprozesses die Fähigkeit verloren hat, sich rechtzeitig und gründlich von der führungsuntauglichen Regierung zu trennen.

Die tiefe Krise der Bonner Führung und die in ihren Ansätzen bereits klar erkennbare allgemeine Krise der Bundesrepublik, die in diesen Wochen alarmierend deutlich werden, gründen sich auf die Mißachtung der politischen Umweltbedingungen. Starr wird an dem unter Adenauer konzipierten Programm festgehalten, das innenpolitisch den Weg „vom autoritäten Staat zum Diktaturstaat" (Jaspers) weist und außenpolitisch die westeuropäische Hegemonie einer ökonomisch wie militärisch mit allen Großmacht-Insignien (einschließlich atomarer Waffen) versehenen Bundesrepublik anstrebt; so soll im Bunde mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit der botmäßigen Unterstützung der zweitrangigen NATO-Partner der Osten mit der Politik der Stärke zum Rückzug gezwungen werden. Dieses ignorante Festklammern an irrealen Zielen ist die eigentliche Wurzel der Krise Bonns und der Bundesrepublik.

Herbert Wehner hat in diesen Tagen die CDU davor gewarnt, ihre eigene Agonie auf den Staat zu übertragen. Diese Warnung, so gerechtfertigt sie in der Sache ist, kann nicht allein an die CDU adressiert werden. Vor allem darf sie sich in ihrer Substanz nicht auf die Aufforderung beschränken, weniger anstößige Formen der Machtausübung zu finden und nach Kompromißformeln zu suchen, die auch der Opposition eine Mitarbeit an der im Grunde gescheiterten Politik ermöglichen. Jetzt geht es nicht mehr um kosmetische Korrekturen, sondern um die tiefgreifende Neuorientierung der Politik dieses Staates. So, wie die Dinge sich hierzulande entwickelt haben, kann sie nur im offenen Widerstand gegen die CDU/CSU durchgesetzt werden. Kollaboration mit den Unionsparteien bedeutet heute, wider besseres Wissen und in Kenntnis der Folgen die vielleicht letzte Chance zu einer vernünftigen Gestaltung der bundesdeutschen Politik auszuschlagen.

Voraussetzungen einer deutschen Sicherheitspolitik

Einer der Kernpunkte, an dem eine Umorientierung der deutschen Politik anzusetzen hat, ist das außen- und sicherheitspolitische Selbstverständnis dieses Staates. Schwerwiegende Veränderungen im westlichen Paktsystem, in den Ost-West-Beziehungen und im Verhalten westlicher Länder zur Bundesrepublik haben die Voraussetzungen geändert, von denen eine praktikable westdeutsche Außenpolitik abzuleiten wäre. Der Bundestag hat sich am 5. Oktober dieses Jahres nach der Rückkehr Erhards aus den USA mit diesem Fragenkreis zu befassen versucht. Mit aller Schärfe zeichnete sich in der Debatte das Unvermögen der Regierung ab, die weltpolitische Lage objektiv zu analysieren und sachgerechte Konsequenzen für die bundesdeutsche Politik zu ziehen. Kein Wort habe man, so bemängelte Wehner, über das „schwere Problem der Neubewertung der gesamtstrategischen Situation" gehört. — Umso mehr wird allerdings in der Praxis deutlich, wie krampfhaft man sich bemüht, die Notwendigkeit einer solchen Neubewertung zu ignorieren. Im krassen Gegensatz zu den objektiven Gegebenheiten legt die politische Aktivität Bonns den Eindruck nahe, daß wir auf dem Höhepunkt internationaler Spannungen leben: Milliarden DM werden ohne Rücksicht auf zerrüttete Staatsfinanzen aufgewendet, um den ohnehin nicht mehr aufzuhaltenden Abzug amerikanischer und britischer Truppen aus der Bundesrepublik hinauszuschieben. Im unterirdischen Bunker probt ein auch aus Abgeordneten der SPD rekrutiertes „Notstandsparlament", wie ein nach den Richtlinien der Vorwärtsstrategie verwüstetes Westdeutschland am Tage X und danach zu verwalten sei. Der Verteidigungsminister und seine Generale werden nicht müde, von den USA zur Komplettierung ihrer „Verteidigungsbereitschaft" die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu fordern, und die außenpolitischen Experten der Regierung sträuben sich mit allen Zeichen des Entsetzens gegen den sich endlich abzeichnenden Abschluß eines Nonproliferationsvertrages in Genf; begleitet von händeringender Klage darüber, daß Washington mit der militärischen nun auch seine politische Aufmerksamkeit immer stärker dem asiatisch-pazifischen Raum zuwende.

Aus der Summe dieser Einzelerscheinungen diagnostiziert der unvoreingenommene Beobachter eine nachgerade manische Betriebsamkeit auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens, die der Vorbereitung auf einen Krieg zu dienen scheint. Und er wird nicht umhin können, angesichts des krassen Gegensatzes dieser Haltung zu der tatsächlichen, auf Entspannung und Interessenausgleich in Europa gerichteten Lage die Urteilsfähigkeit der bundesdeutschen Führung in

Zweifel zu ziehen. Diese von zahlreichen westlichen und neutralen Staaten bezogene Position der Skepsis und des wachsenden Mißtrauens gegenüber der Bundesrepublik führte, den Gesetzen der politischen Logik folgend, zu einer sich verschärfenden Isolation des westdeutschen Staates, in seinem Inneren aber zu weiteren „Fortschritten" in der Verkehrung der Rangordnung der Probleme: die Militarisierung wird immer stärker in den Vordergrund geschoben, die Krise des Staatswesens damit unweigerlich vertieft. Selten ist die Wechselwirkung, die zwischen den Veränderungen der weltpolitischen Szenerie und dem inneren Zustand der Bundesrepublik unter der Führung der Unionsparteien besteht, so anschaulich gewesen wie in diesen Wochen.

Eine Krise hat immer auch positive Aspekte. Sie kann demokratische Potenzen in der Gesellschaft mobilisieren und sie in die Lage versetzen, eine Änderung der Politik zu erzwingen. Ein solcher Wechsel bedarf eines tragfähigen gedanklichen Fundamentes. Eine Neuorientierung der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik ist eine der vordringlichsten, unaufschiebbaren Aufgaben. Ihr gebührt Priorität in jenem Wandlungsprozeß, der im Denken und Handeln der Bundesrepublik Platz greifen muß, wenn es nicht zur Katastrophe kommen soll. Auch in der öffentlichen Diskussion des Westens wird dieser Frage immer breiterer Raum gegeben. Hier zeichnen sich für uns bemerkenswerte Ansätze und Fortschritte ab, die die Ausarbeitung einer mit der objektiven Lage und den deutschen Interessen in Einklang gebrachten Außen- und Sicherheitspolitik fördern können.

Ansätze einer politischen Lösung der Sicherheitsfrage

Gemeinsamer Ausgangspunkt einer Reihe interessanter Überlegungen zu diesem Fragenkreis ist die Einsicht, daß die politischen Verhältnisse in Europa normalisiert und die militärischen Konfrontationen abgebaut werden müssen. Dieser Auffassung liegen zwei wesentliche Erkenntnisse zugrunde. Erstens: In Europa ist eine akute ein- oder gegenseitige militärische Bedrohung nicht erkennbar; die in der europäischen Frage engagierten Großmächte sind übereinstimmend an der Erhaltung des Status quo interessiert; lediglich die Bundesrepublik sorgt in doppelter Hinsicht für Unruhe: ihr Streben nach atomarer Bewaffnung der Bundeswehr und ihre territorialen Revisionsforderungen vereinigen Ost und West in dem Bemühen, diese Störungsherde zu eliminieren. Zweitens: Immer mehr westeuropäische Staaten pflichten der in Osteuropa seit vielen Jahren vertretenen Auffassung bei, daß eine dauerhafte Sicherheit für den Kontinent auf der Grundlage des atomaren Gleichgewichts der Supermächte, das immer auch den Zwang zum Wettrüsten in sich schließt, nicht garantiert werden kann. Die Einsicht gewinnt an Boden, daß der wichtigste Sicherheitsfaktor für Europa die Schaffung guter politischer Beziehungen zwischen den Staaten West- und Osteuropas ist. Der französische Staatspräsident hat sich in den vergangenen Jahren zum wohl prominentesten westlichen Sprecher dieser Überzeugung gemacht und ihr mit der Aufnahme regelmäßiger französisch-sowjetischer Kontakte eine institutionelle Verwirklichung von — bei aller Begrenztheit — hohem politischen Wert folgen lassen. Es ist bemerkenswert, daß auch in der Führung der USA dem politischen Instrumentarium eine wachsende Bedeutung als Mittel der Sicherheitspolitik zugestanden wird, was in dem folgenden Zitat aus einer Rede des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara — gehalten am 18. Mai 1966 in Montreal — zum Ausdruck kommt. Der Minister sagte: „Es besteht bei uns noch immer eine fast unausrottbare Tendenz, unsere Sicherheit als aus-

schließlich militärisches Problem und das militärische Problem wiederum ausschließlich als ein Problem der Waffensysteme und militärischen Ausrüstung zu betrachten." [1])

Es sei dahingestellt, ob diese Ausführungen auch als ein Akt der Selbstkritik interpretiert werden dürfen. Die Aussage an sich ist unbestreitbar richtig, und die in ihr zum Ausdruck kommende Neigung, die nur-militärische Sicherheitsvorsorge als unzulänglich zu betrachten, ist unlängst vom amerikanischen Präsidenten für die Verhältnisse in Europa präzisiert worden. In einer stark beachteten Ansprache vor der Nationalen Konferenz amerikanischer Leitartikler in New York am 7. Oktober erklärte Johnson zur Europapolitik seiner Regierung u. a.: „Unser Ziel ist es nicht, andere Regierungen zu stürzen, sondern vielmehr den Völkern Europas zu helfen: einen Kontinent aufzubauen, in dem die Völker Ost- und Westeuropas zum gemeinsamen Wohl zusammenarbeiten; einen Kontinent aufzubauen, in dem die Bündnisse nicht in bitterer Feindseligkeit einander gegenüberstehen, sondern in dem sie einen Rahmen bilden, in dem Ost und West zur Gewährleistung der Sicherheit aller zusammenarbeiten können." [2])

Das deutliche Mißvergnügen, mit dem Bonn diese Ausführungen zur Kenntnis nahm, bildete die Ausnahme, welche die Regel der generell günstigen Aufnahme dieser Erklärung im übrigen Europa bestätigte. Ohne diese Passagen der Rede des amerikanischen Präsidenten allzu positiv bewerten zu wollen, sollte man doch registrieren, daß die empfohlene Schaffung eines „Rahmens" zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit all den in den letzten Jahren sich wieder verstärkenden Bestrebungen europäischer Staaten entgegenkommt, ein vertraglich fixiertes gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu schaffen. Daß die Forderung nach Einberufung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz immer mehr Anhänger findet, ist ein deutliches Symptom dieser Entwicklung.

Über die Substanz eines europäischen Sicherheitssystems

Optimistischer denn je dürfen darum heute die Aussichten beurteilt werden, daß es in absehbarer Zeit zur Aufnahme zielstrebiger Kontakte zwischen den an einer Sicherheitslösung interessierten europäischen Staaten kommen kann. Eine Reihe östlicher und westlicher Vorschläge liegt dazu bereits vor, neue Initiativen beider Seiten sind wahrscheinlich. In diesem Stadium der Entwicklung stellt sich mit großer Dringlichkeit die Frage, wie die politischen und militärischen Grundlagen einer stabilen Friedenssicherung in Europa beschaffen sein müssen, um der Zielsetzung gerecht werden und unter Berücksichtigung der bestehenden politischen Gegensätze die Zustimmung aller Beteiligten finden zu können. Es ist realistisch, davon auszugehen, daß hier die eigentlichen Schwierigkeiten einsetzen. Die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Auftrag der Vereinten Nationen und im Rahmen anderer internationalen Gremien geführten Abrüstungsverhandlungen sind eine zu nüchternem Realismus mahnende Demonstration der politischen und sachlichen Hindernisse, die dem Verhandlungserfolg vorgeschaltet sind. Dem objektiven Betrachter beweist die Geschichte dieser Bemühungen allerdings auch, daß bei gegenseitiger Bereitschaft, zu Erfolgen zu kommen, konkrete Lösungen möglich sind. Der Abschluß des Atomteststopp-

1) Zit. nach „Die Zeit", Hamburg, vom 5. August 1966, S. 3.
2) „Das Parlament", Bonn, 19. Oktober 1966, S. 7.

Abkommens ist dafür ein Beispiel, gewisse Fortschritte in Fragen einer Rüstungskontrolle im Weltraum gehören hierher; es steht zu erwarten, daß in absehbarer Zeit ein Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen auf der Erfolgsseite der jahrelangen Abrüstungsvereinbarungen verbucht werden kann. Auf die europäische Situation übertragen: wenn die Bereitschaft zu echten Fortschritten in der Sicherheitsfrage gegeben ist, wird auch hier eine Lösung möglich sein. Es gehört zu den Positiva dieses Problemkreises, daß in kaum einer Frage der internationalen Sicherheitspolitik so viele wertvolle gedankliche Vorarbeit geleistet wurde wie auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und -verminderung in Europa. Diese Vorbereitungen stellen zwar kein kontinuierlich erarbeitetes, in sich geschlossenes gedankliches System dar, — oft wurden sie durch aktuelle politische Ereignisse unterbrochen, in ihrer Entwicklung zurückgeworfen und durch die Störungsversuche einiger aus machtpolitischen Gründen entspannungsfeindlicher Regierungen behindert. Dennoch bieten sie ein umfassendes Reservoir an Ideen und Vorschlägen, aus dem die Erarbeitung eines für die gegenwärtigen und künftigen Bedürfnisse tauglichen gesamteuropäischen Sicherheitssystems schöpfen kann. Der weitaus überwiegenden Zahl all dieser Vorschläge liegt der Gedanke eines Disengagements in Europa zugrunde. Es gibt viele gute Gründe dafür, daß sich diese Idee auch heute als tragfähige Grundlage eines europäischen Sicherheitssystems erweisen wird und sich darum als Ausgangspunkt für die Konzipierung einer stabilen Friedensordnung Europas nachdrücklich empfiehlt.

Der Begriff Disengagement steht für die Schaffung einer entweder voll entmilitarisierten oder in ihrem Rüstungsniveau begrenzten Zone in Europa.[3]) Der politisch-militärische Effekt liegt in dem Auseinanderrücken zweier einander als Gegner gegenüberstehender Machtblöcke, wodurch materiell wie psychologisch ein Abbau der Spannungen in diesem Gebiet, das potentiell einer der gefährlichsten Krisenherde der Erde ist, erreicht werden soll, ohne daß für diesen Bereich eine Auflösung der Militärpakte und der bestehenden politischen Bindungen vorausgesetzt wäre. Unbeschadet der sehr differenzierten Interpretation, die diese Grundidee in der Vielzahl der praktischen Vorschläge erfahren hat, decken sich alle ernstzunehmenden Disengagement-Pläne in drei wesentlichen Eigenschaften:

1) Sie gehen prinzipiell davon aus, daß alle Maßnahmen der militärischen Verdünnung unter strenger Wahrung der Gleichwertigkeit für beide Seiten zu erfolgen haben.

2) Sie erkennen die Notwendigkeit einer umfassenden, in ihrer Wirksamkeit nicht beeinträchtigten internationalen Kontrolle der Entspannungszone an, wobei in der Mehrzahl der Vorschläge ein von den vier Siegermächten zu bildendes Kontrollsystem befürwortet wird.

3) Die Schaffung einer Entspannungszone in Europa stellt eine echte Maßnahme der kontrollierten Abrüstung dar und kann der Anfang für weitere Fortschritte in Richtung einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung sein.

---

3) Der Begriff des Disengagement geht wesentlich auf den amerikanischen Diplomaten und Historiker George F. Kennan zurück, der in sechs Vorträgen, gehalten im Rahmen der „Reith Lectures" der BBC im November und Dezember 1957, für ein Auseinanderrücken der Machtblöcke in Mitteleuropa eintrat. Die Veröffentlichung der Vorträge erfolgte in deutscher Sprache unter dem Titel „Rußland, der Westen und die Atomwaffe" im Ullstein-Verlag, Berlin, 1958.

Die Funktion des ungestörten Gleichgewichts

Diese Prinzipien haben in der gegenwärtigen Situation einen hohen aktuellen Wert.

Zu 1): Das Gleichgewicht der nuklearen Vernichtungspotentiale in West und Ost bietet heute nach vorherrschender Auffassung die Garantie für eine — von kleineren Konflikten abgesehen — friedliche Weltlage. Jedoch ist unverkennbar, daß die relative Stabilität, die dieser Zustand der pernamenten Bedrohung bieten kann, im gleichen Maße abnimmt, wie das ständig forcierte Wettrüsten die Waffenarsenale der Kontrahenten räumlich und zeitlich einander immer näher rückt. Damit wächst die Gefahr von Kriegen „durch Irrtum oder Zufall", wie der moderne Terminus lautet. Der amerikanische Militärwissenschaftler Bowie wies in einer Studie über die möglichen Konsequenzen des Rüstungswettlaufs darauf hin, daß „militärische Instrumente, obwohl ihr Zweck noch im Bereich politischer Konflikte liegt, ein Eigenleben gewonnen haben, das von sich aus Spannungen und Gefahren verursachen kann."[4]) Der französische Abrüstungsexperte Jules Moch bringt diesen Tatbestand auf die klare Formel: „Die Vorbereitungen zum Kriege sind es, die ihn schließlich provozieren."[5]) Die Schlußfolgerung aus dieser Erkenntnis kann nur lauten, zu einem Stopp des Wettrüstens, zu einer Begrenzung der Rüstungen zu kommen, ohne das militärische Gleichgewicht, dessen Funktion für eine stabile Weltlage nicht ignoriert werden darf, entscheidend zu verändern. Disengagement bietet die optimale Möglichkeit, Entspannung und militärische Ausgewogenheit in Einklang miteinander zu bringen. Im Rahmen einer regional exakt begrenzten, zu beiden Seiten der europäischen Trennungslinie adäquat abgesteckten Zone wird das Einfrieren oder die Verringerung der Rüstungen vereinbart; der weitere Prozeß militärischer Reduzierung erfolgt stufenweise unter genauer Beachtung des Prinzips der Gleichwertigkeit. Es leuchtet ein, daß diese Äquivalenz in einer klar begrenzten, nicht zu weit ausgedehnten Zone leichter zu verwirklichen ist als im Rahmen eines weltweiten Abrüstungsabkommens. Die Gefahr von Disproportionalitäten, die bei echten Abrüstungsmaßnahmen grundsätzlich nicht ganz auszuschließen ist, wäre außerordentlich gering. Auf den Wert einer solchen Entspannungszone wies der britische Labour-Politiker Hugh Gaitskell, selbst Autor vielbeachteter, in wichtigen Aspekten heute noch aktueller Disengagement-Pläne, am 30. Oktober 1962 im britischen Unterhaus mit der Feststellung hin: „Es ist sehr wichtig, die verschiedenen Vorschläge für atomwaffenfreie Zonen und eventuell über eine Verminderung der Stützpunkte zu prüfen, immer unter der Voraussetzung, daß dies nicht das Sicherheitsgleichgewicht zwischen den beiden Seiten stört.... Wenn wir eine solche atomwaffenfreie Zone mit ordnungsgemäßer Inspektion haben können, so wäre dies, wie ich meine, nicht nur ein Versuchsfeld für Abrüstung unter internationaler Kontrolle; es würde auch helfen, die Spannung und die Gefahr eines Überraschungsangriffes zu verringern."[6])

Als Gedankenmodell einer mitteleuropäischen Entspannungszone werden auch in der westlichen Diskussion immer wieder die sehr detaillierten Vorschläge der polnischen Politiker Rapacki und Gomulka ins Spiel gebracht. Der Grund dürfte vor allem darin zu suchen sein, daß sich ihre Vorstellungen dem Idealzustand

---

4) „Daedalus", Herbst 1960, Sonderheft über Fragen der Rüstungskontrolle, Connecticut (USA), S. 710.
5) In „Strategie der Abrüstung", C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh, 1962, S. 447.
6) Zit. nach „Eine Strategie für Europa", Band 6 der Schriftenreihe „Rüstungsbeschränkung und Sicherheit", Alfred Metzner Verlag, Frankfurt/Main, 1963, S. 95.

eines militärisches Gleichgewichts besonders stark annähern. Es verdient immerhin Beachtung, daß sich ein prominenter wehrpolitischer Sprecher der Opposition im Deutschen Bundestag, der SPD-Abgeordnete Helmut Schmidt, zu diesem spezifischen Wert der polnischen Vorschläge bekannt hat. Am 5. Oktober dieses Jahres erklärte er vor dem Plenum, daß diese Pläne „die Idee enthalten, daß das Gebiet der Bundesrepublik auf der einen Seite und die Territorien der sogenannten DDR, Polens und der CSSR auf der anderen Seite als Ganzes zueinander äquivalent seien. Das ist z. B. eines von vielen Prinzipien, die man brauchen würde. Es ist eines unter mehreren anderen im polnischen Vorschlag, das ich akzeptieren würde." [7])

An der Stellungnahme Helmut Schmidts zeigt sich, daß auch solche Politiker, die ein Disengagement glauben ablehnen zu müssen, [8]) die Tatsache anerkennen, daß diese Vorschläge auf dem Prinzip der militärischen Gleichgewichtigkeit der in die Abrüstungszone eingebrachten Teile gegensätzlicher Militärblöcke beruhen.

Das Prinzip der ungehinderten Kontrolle

Zu 2): Die Proklamation dieser Grundidee und ihre Realisierung in der ersten Phase eines Disengagements — der geographischen und militärischen Bestimmung der Zone — wäre allein noch keine Garantie für die Erreichung des gesteckten Zieles: Minderung der Spannungen, weiterer Abbau der Rüstungen. Hier tritt als unerläßlicher Faktor die Kontrolle des Rüstungsstandards sowie der Reduzierung der Truppen und Bewaffnung hinzu. Nur durch eine wirksame Kontrolle kann die Einhaltung des Gleichgewichts beider Seiten garantiert werden.

Von westlicher Seite sind die östlichen Disengagement-Vorschläge oft mit der Behauptung zurückgewiesen worden, daß sie bewußt nur unzureichende Kontrollmaßnahmen vorsehen. Obwohl es hier nicht um eine Darstellung der polnischen und sowjetischen Pläne geht, soll diese Behauptung doch nicht unwidersprochen bleiben. Eine Richtigstellung hat insofern aktuelle Bedeutung, als sie den Nachweis führen kann, daß Meinungsverschiedenheiten in der Kontrollfrage heute nicht mehr das unüberwindliche Hindernis auf dem Wege zur Abrüstung sein müssen. Sowohl die Vorschläge Rapackis vom 14. Februar 1958, vom 4. November 1958, das polnische Memorandum an die Genfer 18-Mächte-Konferenz vom 28. März 1962 sowie der Vorschlag Gomulkas vom 28. Dezember 1963 und das nachfolgende Memorandum vom 29. Februar 1964 sehen ausdrücklich ein System der Boden- und Luftkontrolle, eine Kombination von beiden und — entsprechend den zu kontrollierenden Objekten — den ungehinderten Austausch von Informationen vor. Kontrollinstanz soll ein aus NATO und Warschauer Pakt gebildetes Gremium sein, andere Staaten können hinzugezogen werden. Wer darauf verweist, daß in der Kontrollfrage letztlich nicht Polen, sondern die Führungsmacht des Warschauer Pakts ausschlaggebend sei, der muß zur Kenntnis nehmen, daß die Sowjetunion auf der Konferenz zur Verhütung von Überraschungsangriffen 1958 in Genf, in der besonders die militärischen Aspekte von Entspannungszonen erörtert wurden, in Verbindung mit begrenzten Abrüstungsmaßnahmen die Errichtung von Landkontrollposten und Luftinspektionszonen

---

7) Amtl. Protokoll des Deutschen Bundestages v. 5. Oktober 1966, S. 2968.
8) Schmidt betont in der gleichen Rede, daß er den Rapacki-Plan nicht für eine „geeignete Verhandlungsgrundlage" halte, noch je gehalten habe. In seinem Buch „Verteidigung oder Vergeltung", Seewald Verlag Stuttgart, Ausgabe 1961, schreibt Schmidt: „Die glatte und kompromißlose Zurückweisung des Rapacki-Planes und die Ablehnung jeglicher Verhandlungen über derartige Vorschläge müssen noch heute als diplomatischer Fehler des Westens angesehen werden".

vorgeschlagen hat.[9]) N. A. Talenski, einer der maßgebenden Experten der UdSSR in strategischen und abrüstungspolitischen Fragen, hat 1961 in einem Beitrag für die Moskauer Zeitschrift „Internationales Leben" ein detailliertes Schema der von Moskau akzeptierten, in ihrer Substanz sehr umfassenden Boden- und Luftinspektionen zur Kontrolle konkreter Abrüstungsschritte dargelegt.[10]) Spätere Erklärungen sowjetischer Regierungsmitglieder haben keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß diese Bereitschaft auch gegenwärtig noch gültig ist.

Eine andere Frage ist es, ob die Bereitschaft allein heute noch ausreicht, mit anderen Worten: hat die waffentechnische Entwicklung nicht bereits einen Stand erreicht, der eine wirksame, umfassende Kontrolle der Rüstungen unmöglich macht? Es ist nicht zu verkennen, daß mit dem Fortgang des Wettrüstens, der Entwicklung leicht zu verbergender, aber immer brisanterer Waffensysteme in absehbarer Zeit die Grenze überschritten werden kann, hinter der sich die vielfältige Vernichtungskapazität der Supermächte einer echten Kontrolle entzieht. Gegenwärtig kann davon glücklicherweise noch nicht die Rede sein, schon gar nicht bei den für die Einbeziehung in eine mitteleuropäische Entspannungszone in Frage kommenden Staaten. Gründliche Untersuchungen westlicher Experten erhärten diesen Standpunkt. Aus der Fülle des Materials sei auf die Forschungsergebnisse des Amerikaners Jerome B. Wiesner verwiesen, der 1958 als Chef des wissenschaftlichen Stabes der USA an der Genfer Expertenkonferenz zur Verhütung von Überraschungsangriffen teilgenommen hat. Wiesner kommt in einer Untersuchung über die Tauglichkeit von Kontrollmaßnahmen auf regionaler Ebene zu der Feststellung: „Gewißheit, daß keinerlei Verletzungen eines Abkommens vorliegen, läßt sich zwar unmöglich erreichen, wohl aber die begründete Erwartung, daß eine ernste Verletzung nicht unentdeckt bleiben wird. Und man kann . . . verschiedene Formen der Inspektion für die verschiedenen Beschränkungen zu einem System der kontrollierten Abrüstung kombinieren, zu dem man durchaus Vertrauen haben kann und das genügende Sicherheit gegen die durch Verletzung eines Abrüstungsabkommens heraufbeschworenen Gefahren bietet."[11])

Nur stichwortartig sei hier darauf verwiesen, daß besonders die seit Jahren in internationalen Gremien vorbereiteten Pläne über die Errichtung eines weitverzweigten Netzes von Kontrollposten an strategisch wichtigen Punkten ein wirksames Mittel sein können, um eine Einhaltung bestimmter Abrüstungs- oder doch Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen vor allem in relativ engen geographischen Zonen zu sichern.[12]) Über diese Pläne besteht heute in Ost und West weitgehende fachliche Übereinstimmung; es bedarf des politischen Anstoßes, um sie in der Praxis wirksam werden zu lassen.

Atomwaffenfreies Deutschland — unerläßlicher Bestandteil einer Entspannung

Zu 3): Disengagement in Mitteleuropa wäre eine echte Maßnahme der atomaren Abrüstung. Über die Notwendigkeit der atomaren Abrüstung aber wird heute

---

9) Vgl. Sicherung vor Überraschungsangriffen im Atomzeitalter, Band 2 der Schriftenreihe „Rüstungsbeschränkung und Sicherheit", Dokumententeil, S. 149 ff.
10) Veröffentl. in „Strategie und Abrüstungspolitik der Sowjetunion", Band 5 der o. a. Schriftenreihe, S. 259 ff.
11) Vorwort zu o. a. Band 2, Seite 47.
12) In dem bereits zitierten Band 6 „Eine Strategie für Europa" findet sich auf S. 103 zum Kapitel über die geographische Methode der Rüstungskontrolle eine „Anmerkung der deutschen Mitglieder der Studiengruppe", die diesen Bericht erarbeitet hat, in der es u. a. heißt: „Die Ansicht, daß eine ‚geographische Lösung' — also eine atomwaffenfreie Zone — sich in der Zukunft als dringlicher erweisen mag, wenn Europa zu echter militärischer Stabilität gelangen soll, wird in Deutschland gegenwärtig nur von einer Minderheit geteilt. Wenn einmal die Gefahr eines Überraschungsangriffes ausgeschaltet oder verringert ist, etwa durch ein funktionierendes System gegenseitiger Inspektion, mag der Vorschlag allerdings in günstigerem Licht erscheinen."

in Europa außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik nicht mehr gestritten. Die Übereinstimmung kulminiert in der Auffassung, daß vor allem und in erster Linie Deutschland atomwaffenfrei zu sein habe. Mit großem Unbehagen sieht die Bundesregierung, daß sich diese Haltung in der aktuellen politischen Diskussion des Westens auf die Forderung zuspitzt, der Bundesrepublik müsse jeder wie immer geartete Zugang zu nuklearen Waffen verwehrt werden. An dieser Lage trägt Bonn die alleinige Schuld. Sein beharrliches, von machtpolitischen Ambitionen diktiertes Streben nach Mitverfügung über das nukleare Potential der Amerikaner, die Versuche, seine auf eine Veränderung des Status quo in Europa gerichtete Politik atomar abzustützen, sein verzweifelter Widerstand gegen das Zustandekommen eines Nonproliferationsvertrages führen gesetzmäßig dazu, daß sich auch das Mißtrauen des Westens auf die Bundesrepublik konzentriert. Dadurch steigen die Chancen einer Lösung der atomaren Frage in Mitteleuropa. Westliche und östliche Vorschläge für eine Friedensordnung in Europa betonen die Priorität eines kernwaffenfreien Deutschland. Die Erarbeitung eines Systems der europäischen Sicherheit, das auf der Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen den Staaten beruht, ist undenkbar ohne die Voraussetzung eines von atomaren Waffen befreiten Deutschland. Die Errichtung einer denuklearisierten Zone im Herzen des Kontinents ist die logische Konsequenz aus dieser Erkenntnis.

Die Neubewertung der strategischen Lage, von der in diesen Wochen in der Bundesrepublik so viel die Rede ist, wird zwischen zwei alternativen Möglichkeiten zu wählen haben. Entweder entscheidet man sich unter vorsätzlicher Mißachtung der weltpolitischen Entwicklungstendenzen für eine Fortführung des bisherigen Kurses der Militarisierung des öffentlichen Lebens und des Strebens nach atomarer Aufwertung der Bundesrepublik. Das würde neben dem völligen Bankrott der Staatsfinanzen und der rapiden sozialen Demontage unweigerlich zur totalen Bewegungsunfähigkeit der bundesdeutschen Politik und der Isolation von den — um einen politischen Ausgleich mit dem Osten bemühten — Partnern im Westen führen. Der angestrebte Effekt aber, die Erlangung einer großmachtähnlichen Position auf der Basis nuklearer Verfügungsgewalt, wäre damit unwahrscheinlicher denn je. — Oder: In der Bundesrepublik setzen sich jene politischen Kräfte durch, die in Übereinstimmung mit der auf Entspannung orientierten Politik in West und Ost durch eine vernünftige Beschränkung der bundesdeutschen Militärpolitik den auf völkerrechtliche Institutionalisierung drängenden politischen Ausgleich in Europa vorantreiben wollen. Der Beitrag der Bundesrepublik wäre hier von besonderem Gewicht. Dieser Weg führt über die Verwirklichung regionaler Maßnahmen der Rüstungsbegrenzung. Kern einer solchen progressiven Politik wäre eine positive Einstellung zu der — auf der Idee eines Disengagement basierenden — Errichtung einer von Atomwaffen freien, die gleichgewichtige stufenweise Abrüstung ermöglichenden Entspannungszone in Europa. Im Prozeß einer solchen aktiven Entspannungspolitik würden nicht nur die brennenden innenpolitischen Probleme eine befriedigende Lösung finden. Es würde auch endlich der Weg frei zu Fortschritten in der nationalen Frage, die — nach übereinstimmender Auffassung von West und Ost — erst dann erzielt werden können, wenn die militärischen Spannungen in Europa durch ein stabiles System der Sicherheit überwunden worden sind.

Dr. Wolfgang Plat

Müssen die Deutschen sich wieder vereinigen?

Schon diese Frage könnte von einigen Lesern als landesverräterisch aufgefaßt werden oder zumindest als absurd, als wenn man ernsthaft die Frage erwägen könnte, ob der Mensch wirklich atmen, essen und trinken müsse.

Die Wiedervereinigung aller Deutschen in einem Staat, für dessen verfassungsmäßige Struktur die Bundesrepublik das Modell abgeben soll, ist oberste Staatsdoktrin unserer Regierung. Diese Staatsdoktrin ist in ihrer Zielsetzung auch bisher kaum in Frage gestellt worden. In Frage gestellt wird mit Recht in wachsendem Maße die Art und Weise, wie die Bundesregierung Wiedervereinigungspolitik betreibt, und es ist soweit gekommen, daß man sein Gesicht verlieren würde, wollte man ernsthaft die bisherige „Deutschlandpolitik" unserer Regierung verteidigen. Das soll hier aber nicht erörtert werden. Vielmehr soll die Staatsdoktrin selbst in Frage gestellt werden. Der Verfasser will untersuchen, welche ernsthaften und schwerwiegenden Gründe für die Wiedervereinigung aller Deutschen angeführt werden könnten und ob diese Gründe stichhaltig sind.

I

Als schwerwiegendster Grund für die unbedingte Notwendigkeit der Wiedervereinigung aller Deutschen in einem Staat wird angeführt, die Spaltung des deutschen Volkes sei ein nationales Unglück und wirke zerstörerisch auf Kultur, Wirtschaft, Sprache usw.; d. h. auf alle Faktoren, aus denen sich der Begriff der Nation zusammensetzt. Untersuchen wir dieses Problem etwas näher.

Die Lösung der nationalen Frage in Deutschland im vorigen Jahrhundert wird nicht nur den Schulkindern ganz so dargestellt, als ob die seit Jahrhunderten in der Brust aller Deutschen schlummernde Sehnsucht nach nationaler Einheit „plötzlich" erwacht sei.

Vom Studententreffen auf der Wartburg über das Hambacher Fest, die Paulskirchen-Versammlung bis zum eisenschimmernden Kanzler im Spiegelsaal von Versailles wird in Gedanken eine gerade Linie gezogen. Die Phrase von der Erfüllung der Sehnsucht aller Deutschen durch Wilhelm I. und Bismarck wird nicht dadurch wahrer, daß man sie ewig wiederholt. Es soll nicht übersehen werden, daß es zwischen 1813 und 1870 nicht wenige ideale Denker gegeben hat, die die Vereinigung aller Menschen deutscher Zunge in einem großen Staat als d a s Lebensglück ansahen. Bismarck hat nicht eine Sekunde daran gedacht, solchen Höhenflug idealer Geister mitzumachen. Das Kleindeutsche Reich von 1870/71 unter ausdrücklichem Ausschluß Österreichs ist das Ergebnis preußischer Machtpolitik, gekoppelt mit dringenden wirtschaftlichen Forderungen des deutschen Großbürgertums nach der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes und einer kraftvollen Außenpolitik zur Unterstützung der ökonomischen Expansion. Die-

ser deutsche Fürstenbund unter der Führung Preußens hat bis zu seinem gewaltsamen Sturz 1918 auf den Volkswillen niemals wirklich Rücksicht genommen.

Wäre die obige, in ihrer Einfachheit bestechende These von der unmittelbaren Wechselwirkung zwischen der Einheit „soweit die deutsche Zunge klingt" und dem Blühen von Kultur, Wissenschaft, Sprache usw. richtig, dann müßte das ja an der Zeit zwischen 1871 und 1945 ablesbar sein und in einem krassen Gegensatz stehen zu den sechs Jahrhunderten vorher und den zwanzig Jahren nachher, in denen es keine staatliche Zentralgewalt in Deutschland gab, bzw. gibt. Aber die Wirklichkeit bestätigt obige These nicht. In der Zeit schlimmsten staatlichen Niedergangs zwischen 1740 und 1870 mit einem auf seinen Gütern verrottenden Feudaladel, mit einem preußischen König, der vor Napoleon auf dem Bauch liegt, und einem deutschen Bürgertum, das in der Masse weit davon entfernt ist, in die Fußstapfen der französischen Bourgeoisie zu treten, blühen deutsche Literatur und deutsche Musik wie nie zuvor, entstehen die Grundlagen unserer Pädagogik und werden die Keime gelegt für die Weltgeltung deutscher Wissenschaft. Das wird nicht deshalb angeführt, weil wir mit den damaligen Zuständen in Deutschland auch nur einen Augenblick liebäugelten. Das wird hervorgehoben, um die Einheitsschreier ein wenig zu dämpfen. Die These, daß alles Heil der Deutschen ihrer Einheit entspringe, ist unhaltbar.

Auf 1870 folgte sehr bald 1914, und als Deutschland am „einheitlichsten" war, mit „Ostmark", „Protektorat Böhmen und Mähren" usw., da lag die deutsche Kultur am Boden, die humanistische Wissenschaft war zerstört, die deutsche Sprache verluderte, und der Tag des Untergangs war nicht fern.

Es ist notwendig, nüchtern festzustellen: der Traum von der Einheit der deutschen Zunge hat sich nicht erfüllt. Die Schweiz, im 11. Jahrhundert von Reichsvögten verwaltet, gewinnt am Ende des 15. Jahrhunderts nach den Siegen über Burgund, Kaiser Maximilian und den Schwäbischen Bund ihre Unabhängigkeit. Erst vierhundert Jahre später, nach Königgrätz, schlagen die deutschsprachigen Teile Österreichs eine nationale Sonderentwicklung ein. Und noch einmal hundert Jahre vergehen, und nach zwei beispiellos blutigen Kriegen, die von Deutschland ausgehen und sich über die Welt verbreiten, finden wir auf dem Restterritorium zwei deutsche Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungen.

Niemand wird heute leugnen, daß die Sonderentwicklungen der Schweiz und Österreichs sich befruchtend auf die Kultur Europas ausgewirkt haben.

Kann man das auch in bezug auf das Nebeneinander der beiden deutschen Staaten sagen?

Die Entwicklung ist, vom Zeitraum einmal abgesehen, deshalb nicht so gut zu überblicken, weil sie von einem latenten bürgerkriegsähnlichen Zustand zwischen diesen beiden Staaten fast überdeckt wird. Aber es ist nicht zu leugnen, daß auch hier Keime einer fruchtbaren Entwicklung durchaus sichtbar sind.

Nüchtern betrachtet, ist es nicht überzeugend zu behaupten, die unterschiedliche Entwicklung in beiden deutschen Staaten habe eine rein negative Wirkung. Betrachten wir z. B. bestimmte Erscheinungen in der darstellenden und in der bildenden Kunst, die Lyrik, die Pädagogik, das Sozialwesen, die reichen Erfahrun-

gen, die die Wissenschaft der DDR beim Aufbau einer eigenen Industrie und einer modernen Landwirtschaft auf genossenschaftlicher Basis gewonnen hat, dann wird nur der Böswillige die unterschiedliche Entwicklung allein unter negativen Aspekten betrachten. Es ist auf jeden Fall nicht zu beweisen, daß diese unterschiedliche Entwicklung eine einzige nationale Katastrophe ist. Würde der bürgerkriegsähnliche Zustand zwischen den beiden deutschen Staaten beendet, würde das fruchtbare Mit- und Nebeneinander sichtbarer werden. Sicher gibt es einen Blickwinkel, von dem aus sich die Entwicklung seit 1917 als eine einzige Katastrophe darstellt: es ist der Blickwinkel deutscher imperaler Machtpolitik. Von diesem Blickwinkel aus schrumpft das große und starke Deutsche Reich auf das Kernterritorium der Bundesrepublik von 250 000 qkm zusammen, umgeben von mehr oder weniger „unerlösten" Gebieten. Mehr oder weniger. Denn vom Standpunkt einer konsequenten deutschen imperalen Machtpolitik aus ist die Forderung nach Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 krassester Opportunismus, weil allein mit Rücksicht auf die westlichen Verbündeten die alten Forderungen nach Revision des Versailler Vertrages, die Propagierung einer Wiederangliederung des Sudentengebietes und die Forderung nach Wiedervereinigung mit Österreich fallengelassen wurde. Untersucht man also die nationale Politik der Bundesregierung etwas näher, dann ist sie nur so weit „unbeirrbar", wie die Alliierten mitmachen. Ein wenig „unbeirrbarer", und alle Ansätze westeuropäischer Einigungspolitik von der EWG bis zur NATO würden in sich zusammenfallen

Aber selbst das Minimalprogramm westdeutscher imperaler Machtpolitik, die schrittweise Angliederung des Territoriums der DDR und der Gebiete jenseits von Oder und Neiße, wird von keinem unserer Verbündeten unterstützt. Es ist eine Tatsache, daß es kein NATO-Mitglied gibt, das heute offen oder geheim für die Forderung nach Revision der Oder-Neiße-Grenze eintritt. Unsere Verbündeten wissen genau, daß sie selbst sehr unglücklich dastehen würden, wollten sie sich die luftige juristische Konstruktion der Bundesregierung zu eigen machen, daß Polen an die Bundesrepublik grenzt, da nach dem Alleinvertretungsanspruch das Territorium der DDR „eigentlich" zur Bundesrepublik gehört und voll und ganz ihrer Jurisdiktion untersteht. Unsere Verbündeten sind nicht so dumm, daß sie sich ohne Zwang jeden Ansatzpunkt einer konstruktiven Politik gegenüber den Ostblock-Staaten selbst zerstören würden.

Es ist auch nicht erkennbar, daß die Bundesregierung in der Frage der Wiedervereinigung mit der DDR von ihren Verbündeten unterstützt würde. Mit Worten, die zu nichts verpflichten, geschieht das zwar manchmal. Aber in der Tat? Am 13. August 1961 forderten nicht wenige Anhänger deutscher imperaler Machtpolitik die sofortige, gewaltsame Beseitigung der Mauer mit Hilfe von Planierraupen und Panzern, die von amerikanischen Soldaten gefahren werden sollten. Dieser Forderung wurde bekanntlich nicht entsprochen. Und das nicht nur deshalb, weil ein Panzerangriff auf Ostberlin den Beginn des dritten Weltkrieges bedeutet hätte, sondern vor allem auch deshalb, weil durch den Bau der Mauer alliierte Interessen in Berlin nicht berührt wurden. Daraus kann man schließen: was auch immer die Regierung der DDR zur Festigung ihres Staates tun wird, die Verbündeten der Bundesrepublik werden keinen Finger rühren, um sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. Das heißt, die westdeutsche Wiedervereinigungspolitik in ihren Zielen, wie sie sich uns heute darstellt, ist in Wirklichkeit ein Rudiment deutscher imperaler Machtpolitik. Sie trägt immer deutlicher die Züge einer Germania irredenta. Sie ist von Grund auf irrational,

nicht auf Vernunftdenken und geprüfte Einsicht aufgebaut. Diese Art Wiedervereinigungspolitik ist schon heute gefährlich und kann mit einem neuen Kriege schwanger gehen, wenn in einer Zeit wirtschaftlicher Depression eine verzweifelte Menge auf die „unerlösten Gebiete" im Osten gehetzt wird.

Um zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen zurückzukehren: Im 19. Jahrhundert, im Zeichen der Dampfmaschine, sahen die Menschen gleicher Sprache und gleicher Kultur ihr höchstes Ideal darin, sich in mächtigen einheitlichen Staaten zu vereinigen. Tatsache ist, daß das Werden eines großen imperalen Staates im Herzen Europas zweimal hintereinander das europäische Gleichgewicht so sehr störte, daß zwei riesige, blutige Kriege entfesselt wurden, die die Deutschen und ihre Nachbarn in tiefstes Unglück stürzten. Die Formel „Einheit = Glück + Frieden" stimmt nicht, und im Zeichen einer „Weltinnenpolitik" (v. Weizsäcker), die vom Raketenzeitalter und der Weltraumfahrt geprägt ist, sollten wir das Denken in den nationalen Kategorien des vorigen Jahrhunderts kühl überprüfen. Es lohnt sich.

II

Dem Argument, daß die Teilung des ehemaligen Deutschen Reiches ein nationales Unglück sei, ist in der Politik der Bundesregierung das andere Argument gleichrangig, daß die Teilung ein menschliches Unglück größten Ausmaßes sei. Mit diesem Argument werden drei Fragenkomplexe berührt:

1. Das Schicksal der ehemaligen Bewohner der Gebiete jenseits von Oder und Neiße und des Sudetengebietes.

2. Das Schicksal ehemaliger Bewohner der DDR, die heute in der Bundesrepublik wohnen.

3. Die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Bürgern der Bundesrepublik und der DDR.

Untersuchen wir nacheinander diese drei Fragenkomplexe.

1. Es darf nicht bestritten werden, daß für Millionen Deutsche, die mit dem Sieg der Alliierten über Hitler ihre Heimat gezwungen oder freiwillig verließen, dieses d i e Tragödie ihres Lebens bedeutete.

Aber wenn zwanzig Jahre später Zehntausende ehemaliger Pommern, Sudetendeutscher oder Schlesier mit ihren Kindern und Enkeln sich zu einem Heimattreffen zusammenfinden, und man beobachtet diese gutgekleidete und wohlgenährte Menge, von denen nicht wenige das Auto oder das Flugzeug statt der Eisenbahn benutzen, und man erinnert sich außerdem daran, daß der Steuerzahler der Bundesrepublik viele Millionen Mark aufbrachte, um die Geflüchteten materiell zu entschädigen, dann ist man nicht geneigt, der Behauptung zuzustimmen, daß die Tragödie der Heimatvertriebenen ungebrochen fortdauere. Es ist sehr unehrlich, den ostpreußischen, schlesischen, pommerschen und sudetendeutschen Landsleuten ihre Lage so darzustellen, als würden sie, wie in grauer Vorzeit die Juden, in babylonischer Gefangenschaft leben. Die ehemaligen Bewohner der Sudeten und der Gebiete jenseits von Oder und Neiße sind gleich-

berechtigte Bürger in unserem Staat oder des anderen deutschen Staates geworden. Sie alle haben eine Existenz, die sich in der überwiegenden Zahl der Fälle von derjenigen, die sie vor dem Verlust der Heimat hatten, nicht unterscheidet, nicht selten sogar günstiger ist als die damalige Existenz. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn die Mehrzahl der Ausgesiedelten, soweit sie sich überhaupt noch an die Heimat erinnern, erklärt, daß sie nicht dorthin zurückzukehren wünschen. Was vordergründig als nicht überwundene Tragödie der Deutschen dargestellt wird, ist in Wirklichkeit ein Teil des Leids, das der schreckliche Krieg erzeugte und das nach zwanzig Jahren überwunden ist, soweit ein Leid im Leben eines Menschen überhaupt überwunden werden kann.

Es ist gut, sich daran zu erinnern, daß der Krieg schon Dutzende Millionen Menschen hin- und hergeworfen hatte, so wie der Sturm das dürre Laub wirbelt, ehe Deutsche ihre Heimat verlassen mußten. Niemand hat gezählt, wieviel Dänen, Norweger, Franzosen, Holländer, Belgier, Polen, Juden, Russen, Ukrainer, Serben und Griechen, vor den deutschen Heeren flüchtend, auch alles verloren. Man wird einwenden, daß doch alle diese Menschen, soweit sie überlebten, in ihre Heimat zurückkehren konnten und meist auch zurückkehrten. Das ist, wenn man die Polen und die Juden ausnimmt, richtig. Aber glaubten diejenigen, in deren Namen die polnische Nation vernichtet werden sollte und in deren Namen der Krieg über tausend Kilometer verbrannter Erde bis vor Leningrad und Moskau, bis an den Atlantik, an's Nordkap, ja, bis in den vorderen Orient getragen wurde, daß wir das nicht würden bezahlen müssen?

Die Führer der Vertriebenen und der Landsmannschaften haben die Frage der evangelischen Kirche, ob die Vertreibung aus der Heimat nicht vielleicht ein Strafgericht Gottes sein könnte, mit Gebrüll und Drohungen (anders kann man es nicht bezeichnen) beantwortet. Wer so reagiert wie diese Funktionäre, scheint im wahrsten Sinne des Wortes von Gott ganz verlassen zu sein. Der Versuch, die Heimatvertriebenen, ihre Kinder und ihre Enkel in einen Haufen Stigmatisierter zu verwandeln, um so einen Sturmtrupp gegen jede gesellschaftspolitische Veränderung in unserem Staat in Reserve zu halten oder zumindest jede Konsolidierung in Mitteleuropa zu verhindern, muß schärfer erkannt werden als bisher. Die politische Einsicht der Vertriebenenfunktionäre scheint zu ihrer materiellen Lage in umgekehrtem Verhältnis zu stehen: je besser es ihnen geht, desto aggressiver werden sie.

Es ist aber nicht ersichtlich, daß sich unser Leben bessern könnte und wir als Volk glücklicher wären, wenn diejenigen, denen der Krieg Hitlers die Heimat nahm, vergangenes Leid konservieren und sich trügerischen Hoffnungen hingeben, indem sie auf die Konterrevolution in Polen und in der Tschechoslowakei warten. Die Vertriebenen und wir alle sind Zeugen eines Abschnitts deutscher Geschichte, der sich schon um unseres Volkes willen nicht wiederholen darf. Wenn es einen geschichtlichen Auftrag für die Vertriebenen gibt, dann den, daß sie sehr entschieden für ein friedliches Zusammenleben der Völker eintreten müßten. Darin sollten sie sich von niemand übertreffen lassen.

2. Der zweite Fragenkomplex betrifft die ehemaligen Bewohner der Ostzone bzw. der DDR, die ihren Wohnsitz verließen und heute in der Bundesrepublik wohnen. Auch sie haben, so sagt es die Bundesregierung, ihre Heimat verloren. Die Wiedervereinigung würde auch für diese große Gruppe von Menschen viel menschliches Leid lindern, da sie dann in ihre Heimat zurückkehren könnten.

Aber auch hier sind die Probleme differenzierter, als sie meist dargestellt werden. Innerhalb dieses Fragenkomplexes haben wir fünf Gruppen von Menschen zu unterscheiden.

a) Es gibt zunächst eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Menschen, die schon während der letzten Kriegshandlungen auf deutschem Boden oder kurz nach der Kapitulation das heutige Gebiet der DDR verließen. Zu dieser Gruppe zählen z. B. die zumeist adligen Großgrundbesitzer, deren Güter dann im Zuge der Bodenreform aufgeteilt wurden. Das sind ferner die Leiter, Inhaber oder Aktionäre der Großindustrie, die in der Kriegswirtschaft Hitlers ihren Platz hatten. Sie und fast alle anderen aktiven Helfer des Naziregimes setzten sich nach Westen ab in der Hoffnung, bei den Amerikanern, Engländern und Franzosen glimpflicher behandelt zu werden als bei den Russen. Ihre Hoffnungen waren berechtigt und erfüllten sich.

b) Eine weitaus größere Gruppe wanderte in den folgenden Jahren in den westlichen Teil Deutschlands ab. Während man die Gruppe a) als diejenige bezeichnen könnte, die durch das Potsdamer Abkommen unmittelbar betroffen wurde, handelt es sich bei der Gruppe b) um solche Menschen, denen die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft entweder die bisherige Existenzgrundlage entzog oder ihnen als soziale Schicht keine Perspektive mehr ließ. Zu dieser Gruppe zählen zahlreiche Betriebsinhaber, Kaufleute, Groß- und Einzelhändler, ein Teil der Großbauern und ein Teil der Handwerker.

c) Eine dritte, außerordentlich kleine Gruppe ist die Gruppe der politischen Flüchtlinge, die in den folgenden Jahren mit einer breiten Skala von Mitteln — vom Flugblatt bis zum offenen Gewaltakt — die gesellschaftliche Umwälzung aufzuhalten versuchten. Zu dieser dritten Gruppe müssen auch jene gerechnet werden, die, von westdeutschen oder ausländischen Spionagediensten angeworben, sich zu bestimmten Zeitpunkten absetzten, da ihnen der Boden unter den Füßen zu heiß wurde.

d) Eine vierte, größere Gruppe besteht aus Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden. Bei dieser Gruppe scheiden primär politische oder weltanschauliche Gründe fast immer aus. Streitigkeiten in der Schule oder im Elternhaus, ungenügende Leistungen, Fernweh, Abenteuerlust usw. sind die hauptsächlichen Motive. Das heißt, es sind diejenigen Motive, soweit sie überhaupt erfaßbar sind, die auch bei uns nicht wenige junge Menschen veranlassen, das Elternhaus plötzlich zu verlassen, dort verstärkt durch den besonderen äußeren Reiz, den unsere westliche Erscheinungswelt auf Jugendliche ausübt. Hier muß übrigens vermerkt werden, daß unter den Todesopfern der Mauer die Jugendlichen und Heranwachsenden sicher nicht zufällig die größte Gruppe darstellen.

e) Die bisher beschriebenen vier Gruppen erscheinen klein gegenüber der weitaus größten Gruppe, die die Hauptgruppe der Flüchtlinge darstellt. Primär politische Motive scheiden bei dieser größten Gruppe völlig aus. In dieser Gruppe finden wir Hilfsarbeiter, hochqualifizierte Facharbeiter, Techniker, Ingenieure, Lehrer, Ärzte, Physiker, Chemiker und Studenten der verschiedensten Fachrichtungen mitsamt Familienangehörigen. Zu die-

ser Gruppe muß man auch jene Männer und Frauen zählen, die nach Westdeutschland heirateten oder bei denen andere verwandtschaftliche Bindungen nach Westdeutschland eine besondere Rolle spielten. Diese größte Gruppe hat sich seinerzeit für die Politik der Regierung Grotewohl ebensowenig interessiert, wie sie sich heute für die Politik der Regierung Erhard interessiert.

Ausschlaggebend waren das Wirtschaftsgefälle, die Wohnungsfrage, die höheren Löhne, das Warenangebot, die Kaufkraft der DM. Diese Auswandererbewegung wurde systematisch durch die westdeutsche Industrie, durch Regierungsstellen, durch Zeitung, Rundfunk und Fernsehen unterstützt und gefördert. Nach außen hin als „Volksabstimmung gegen Ulbricht" propagiert, handelt es sich in Wirklichkeit um eine Erscheinung jenes wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, der einen enormen Bedarf an Arbeitskräften aller Grade nach sich zog und der auf die Arbeitskräfte der DDR und den dortigen wissenschaftlichen Nachwuchs wie ein überdimensionaler Staubsauger wirkte. Professor Picht betont mit Recht in einer seiner Veröffentlichungen, daß bis 1961 ein nicht geringer Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses bei uns aus der DDR gedeckt wurde und erst dann nach dem 13. August die wirkliche „Katastrophe" auf diesem Sektor eintrat. Wenn wir heute 1,2 Mill. Fremdarbeiter in der Bundesrepublik zählen, so können wir sicher sein, daß ohne die Mauer auch diese 1,2 Mill. noch aus der DDR für unsere Wirtschaft rekrutiert worden wären. Auch die Millionen Polen, Deutsche, Iren usw., die im 18. und 19. Jahrhundert Europa verließen und der Neuen Welt zustrebten, waren in der Masse keine glühenden Republikaner ... Amerika schien lebenswerter, die Ferne lockte, und der neue Kontinent brauchte unzählige Arbeitskräfte. Für viele Bürger der DDR lag „Amerika" zehn Jahre lang vor der Tür und war mit einer S-Bahn-Karte für 20 Pfennig zu erreichen.

Nicht alle haben das Glück gefunden, das sie suchten. Vor allem täuschten sich jene Wissenschaftler und Künstler, die glaubten, sie würden dafür belohnt, daß sie drüben weggingen. Prominente durften für ein bis zwei Tage die Schlagzeilen unserer Presse beleben. Oft kümmerte sich dann niemand mehr um sie.

Es wird auch zu wenig beachtet, daß es eine stetige Fluktuation von Westdeutschland in die DDR gibt. Zum Teil sind es Rückkehrer, zum Teil Westdeutsche, die niemals vorher dort lebten. Von den bisherigen Erfahrungen ausgehend, kann man schlußfolgern, daß nach einer weitgehenden Angleichung des Lebensstandards beider deutscher Staaten und in Zeiten größerer wirtschaftlicher Schwierigkeiten bei uns ein stärkeres Zurückfluten von Arbeitskräften in die DDR einsetzen wird.

Betrachtet man also die Probleme der DDR-Flüchtlinge nüchtern, wobei einzelne harte Schicksale ausdrücklich ausgenommen sein sollen, und läßt man das ideologische und propagandistische Feuerwerk beiseite, dann bleibt von jener bombastischen Behauptung, es handele sich hier um eine einmalige menschliche Tragödie der Deutschen, die nur durch die Wiedervereinigung etwas gemildert werden könne, nicht viel übrig. Daß Menschen ihre Heimat verlassen, weil es ihnen wirtschaftlich nicht besonders geht und sie hoffen, daß es ihnen in der neuen Heimat besser gehen möge, das hat es zu allen Zeiten gegeben. Ebenso die

Erscheinung, daß Menschen sich durch Flucht der Strafe zu entziehen suchen (ich denke hier an die Helfershelfer Hitlers) oder daß junge Menschen aus Fernweh ihre Heimat verlassen. In allen Jahrhunderten und in allen Ländern der Erde hat es diese Wanderungen der Menschen gegeben. Und da die Wirtschaft der Bundesrepublik diese Arbeitskräfte mit denselben offenen Armen aufnahm wie die 1,2 Mill. Arbeiter aus Spanien bis Jugoslawien, sollten wir endlich aufhören, eine solche Tatsache für eine sehr vordergründige Wiedervereinigungspolitik immer wieder politisch auszuschlachten.

3. Auch Verwandte sind nette Leute, nur sie eignen sich nicht immer so sehr gut für politische Propaganda. Der kleine Grenzverkehr zwischen West- und Ostberlin, der es den Westberlinern längere Zeit ermöglichte, ihre Verwandten im Ostsektor zu den Feiertagen zu besuchen, zeigt auch diese Tendenz: Die Zahl der Westberliner Besucher nahm ab. Die Begeisterung der Ostberliner über ihre Westberliner Verwandten nahm ebenfalls ab. (Die berühmte „Berliner Schnauze", die auch im Ostsektor nicht ausgestorben ist, bezeichnet die massiven Westberlin-Besuche als „Aktion Kahlfraß".)

Die Probleme der verwandtschaftlichen Beziehungen bewegen sich keineswegs auf jener Linie, die das Fernsehen so gern kreiert. Da sehen wir eine in einen Pelzmantel gehüllte „West-Schwiegertochter" einer kümmerlich gekleideten „Ost-Oma" weinend um den Hals fallen, bzw. umgekehrt. Seien wir doch etwas ehrlicher: für den Großteil unserer Mitbürger ist eine gewisse Erschwerung des verwandtschaftlichen Verkehrs nach drüben keineswegs eine Tragödie. Wir wissen, daß Bürger der DDR unterhalb des Rentenalters seit August 1961 uns nicht mehr besuchen dürfen. Selbstverständlich treten wir dafür ein, daß diese Maßnahmen aufgehoben werden. Wer wollte sie auch begrüßen? Aber gleichzeitig wissen wir, daß wir auf die dortige Gesetzgebung keinen Einfluß haben. Wie gering ist schon unser Einfluß auf unsere eigene Gesetzgebung! Aber davon abgesehen, unsere Meinung über die Verbesserung der verwandtschaftlichen Beziehungen in Deutschland bleibt unehrlich, solange unsere Regierung nicht das tut, was wir der Regierung der DDR vorwerfen: politische Leitsätze zugunsten der Menschlichkeit aufzugeben.

Letztes Beispiel: die Menschlichkeit der Berliner Passierscheine wurde dem politischen Kalkül der Bundesregierung im Sommer 1966 kalt geopfert. Das berühmte „Mütterchen aus dem Osten" ist uns auf dem Bildschirm immer teuer, aber wenn es uns besucht und ihren im Unterrock versteckten Hundertmarkschein MDN zur nächsten Wechselstube trägt, bekommt sie immer noch nur ca. 27,— DM dafür hingeworfen. Sie seufzt und steckt das Geld ein. Oma hat Pech gehabt. „Menschlich" würde man sie nur behandeln, wenn sie am Interzonen-Handel beteiligt wäre: dann würde sie 100,— DM oder entsprechende Waren bekommen. So bekommt Oma den politisch manipulierten Wechselkurs, sonst nichts.

Wenn nun schon unsere Landsleute aus der DDR uns nicht besuchen können, besuchen wir sie wenigstens, soweit sie unsere Verwandten sind? Unsere Regierung hindert solche Besuche in der Öffentlichkeit zwar nicht, aber sie fördert sie auch nicht.[1]) So kommt es, daß viele Westdeutsche nicht wissen, daß sie ihre Verwandten ohne irgendwelche Komplikationen besuchen können, wenn sie von

[1]) Lutz Lehmann zeigt in seinem Buch „Legal + opportun" sehr anschaulich, was die politische Strafjustiz bei uns mit völlig harmlosen DDR-Reisenden machen kann.

ihnen eine Aufenthaltsgenehmigung geschickt bekommen. Es stimmt nicht, daß eine solche Aufenthaltsgenehmigung nur äußerst schwer zu erlangen sei. Viele ehemalige Bürger der DDR, die heute bei uns wohnen, besuchen ihre Verwandten drüben in jedem Jahr.

Es gibt bei uns einige Zeitungen, die in schöner Regelmäßigkeit davon berichten, daß es einfacher sei, nach Honolulu zu fliegen, als seine Großmutter in Weimar zu besuchen. Solche „Scherze" sind bestellte Arbeit, sonst nichts. Es stimmt nicht, daß ausschließlich die Wiedervereinigung die verwandtschaftlichen Beziehungen normalisieren könnte. Wenn wir darauf dringen, daß von unserer Seite aus alles getan wird, um mit dem bürgerkriegsähnlichen Zustand zwischen den beiden deutschen Staaten Schluß zu machen, dann werden sich auch die Verwandten-Besuche normalisieren, und es wird keinen Unterschied mehr geben, ob ich meine Tante in Erfurt oder in Brüssel besuche.

III

„Die Verfassung verpflichtet uns, unablässig an der Wiedervereinigung aller Deutschen zu arbeiten." Das ist ein weiteres Argument der Bundesregierung: der sogenannte Verfassungsauftrag. Mit dem Verfassungsauftrag beruft sich die Bundesregierung insbesondere auf die Präambel und die Art. 23 und 146 GG. Die Präambel des Grundgesetzes lautet: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern . . ., um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutsche gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

Es muß ernsthaft die Frage gestellt werden, ob diese Formulierungen der Präambel, aus denen die Situation des Jahres 1949 in Deutschland spricht, einer kritischen Überprüfung aus der Distanz des Jahres 1966 standhalten. Stellen wir zunächst fest: wer Ende 1949 nach den vollzogenen Gründungen der Bundesrepublik und der DDR in einem der deutschen Staaten erklärt hätte, daß die jeweilige Verfassung zumindest für die nächsten zwanzig Jahre gültig sein werde, der wäre ausgelacht worden. Die allgemeine Vorstellung in beiden deutschen Staaten war damals: es kann nicht lange dauern, und wir haben die Einheit.

Prominente Politiker sagten in Neujahrs-Ansprachen für das eben begonnene Jahr die Herstellung der Einheit Deutschlands voraus. Solche Prophezeiungen gab es in beiden deutschen Staaten. Die einen spekulierten auf die Sehnsucht der Deutschen nach Mercedes-Stern und Waschmaschine und auf ihren eingefleischten Antikommunismus. Die anderen glaubten, in den Aktionen der Arbeiterschaft gegen Demontage und Wiederaufrüstung Keime einer nationalen Erhebung für die Einheit zu sehen. Beide Seiten täuschten sich.

Die Feststellung, daß das Grundgesetz „für eine Übergangszeit" geschaffen wurde, spricht exakt die damalige Vorstellung von dem nahen Zeitpunkt der

Herstellung der Einheit aus. Die Schöpfer des Grundgesetzes vergaßen auch nicht, jene beiden ihrer Ansicht nach möglichen Wege zur Überwindung der Spaltung im Grundgesetz zu fixieren. Art. 23 GG, der zunächst den räumlichen Geltungsbereich des GG umreißt (unter den Ländern wird auch „Groß-Berlin" aufgezählt, das die Präambel nicht erwähnt), bringt zum Ausdruck, daß die Bundesrepublik für den Beitritt anderer Teile Deutschlands offensteht. Dieser Möglichkeit des Anschlusses unter Fortlassung der eindeutigen Fassung des Art. 2 W.V. („. . . , wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt") steht die in Art. 146 GG formulierte Alternative gegenüber. Dieser Schlußartikel des GG betont noch einmal die Vorläufigkeit und den partiellen Charakter der Verfassung. Er weist zugleich auf die verfassungsgebende Gewalt des deutschen Volkes hin, dem es vorbehalten sein soll, das Grundgesetz durch eine in freier Entscheidung vom ganzen deutschen Volk zu beschließende Verfassung zu überwinden.

Daraus ergibt sich:

1. Die politische Entwicklung in Deutschland, das objektive Vorhandensein zweier in sich konsolidierter deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, steht der Vorstellung der Verfassungsschöpfer von der Vorläufigkeit der Verfassung für eine Übergangszeit kraß gegenüber. Weder die in Art. 23 GG vorgesehene Möglichkeit des Anschlusses noch die in Art. 146 GG vorgezeichnete Möglichkeit der Überwindung des Grundgesetzes durch die Entscheidung des deutschen Volkes für eine gesamt-deutsche Verfassung haben in der Wirklichkeit unseres Seins irgendeinen Halt. Es wird die Zeit kommen, in der die politische Wirklichkeit die Wunschvorstellungen der Verfassungsschöpfer im Grundgesetz korrigieren wird.

Die Betonung der Vorläufigkeit steht übrigens in einem interessanten Gegensatz zu dem „ewigen" Fürstenbund der Reichs-Verfassung von 1871. Die Geschichte lehrt, daß die Verfassungsschöpfer gut beraten wären, wenn sie über die zeitliche Begrenzung der Gültigkeit von Verfassungen schweigen würden. Hundert Jahre deutsche Verfassungsgeschichte sollten berücksichtigt werden.

2. Die Präambel des GG betont, das „deutsche Volk" habe sich das Grundgesetz gegeben. Das ist ebenso eine Fiktion wie jene andere, wenn es heißt, es sei auch für jene Deutschen gehandelt worden, „denen mitzuwirken versagt war". Beide Fiktionen hatten zur Zeit der Entstehung des Grundgesetzes eine bestimmte politische, aber schon damals keinerlei rechtliche Bedeutung. Diese politische Bedeutung ist, und das bedarf nun keiner näheren Erläuterung mehr, höchst fragwürdig geworden.

3. Aus dem Schlußsatz der Präambel leitet die Bundesregierung die verfassungsmäßige Verpflichtung ab, daß alle Bundesorgane die Wiederherstellung der deutschen Einheit mit allen verfassungsmäßigen und völkerrechtlich zulässigen Mitteln anzustreben haben.

Es herrscht sicher Einigkeit darüber, daß die leitsatzartigen Gedanken der Präambel keine selbständig vollziehbaren Normen darstellen, sondern wichtige Auslegungsgrundsätze sind, die auf die positiven Sätze des Verfassungstextes hinweisen. Die positiven Sätze des Verfassungstextes weisen aber als konkrete Möglichkeit lediglich im Art. 23 GG auf den Anschluß hin, während der Art. 146

GG viele Möglichkeiten offen läßt. Es ist eine pure Behauptung, wenn die Propaganda der Bundesregierung aus dem Art. 146 GG herausliest, die Einheit Deutschlands könne nur durch freie Wahlen zustande kommen. Lassen wir einmal den schillernden Begriff der „freien Wahlen" beiseite (es gäbe dazu mit Karl Jaspers viel zu sagen), die Reduzierung der in Art. 146 GG angesprochenen „freien Entscheidung des deutschen Volkes" auf „freie Wahlen" bedeutet eine unzulässige Einengung. Aus ihr sprechen Angst und Mißtrauen vor dem Volk.

4. Würde die Bundesregierung die Leitsätze der Präambel ihrer Wiedervereinigungspolitik im Jahre 1966 zugrunde legen, dann könnte und müßte sie die gesamte Skala der friedlichen Möglichkeiten der kleinsten, kleinen oder größeren Schritte ausnutzen. Es ist falsch, den Verfassungsauftrag des Grundgesetzes zur Wiedervereinigung lediglich im Anschluß oder in freien Wahlen zu sehen und jede Möglichkeit der friedlichen Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten als verfassungswidrig abzuweisen. Man kann aus der Präambel des Grundgesetzes nicht herauslesen, die Bundesregierung sei der alleinige Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und für dieses allein handlungsberechtigt. Der in der Präambel betonte Anspruch auf Wahrung der nationalen und staatlichen Einheit Deutschlands rechtfertigt keineswegs den Alleinvertretungsanspruch. Die Teilung des ehemaligen Deutschen Reiches in zwei Staaten ist nicht nur eine Tatsache, sondern auch von Rechts wegen als gegeben anzusehen. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die Verfassung der DDR zwar von der Fiktion ausgeht, das gesamte deutsche Volk habe an der Verfassung mitgearbeitet (Gesetz über die Verfassung der DDR vom 7. 10. 1949, Art. 1) und Deutschland sei eine unteilbare, demokratische Republik (Art. 1 der Verfassung der DDR), aber die Regierung der DDR in ihrer Deutschland-Politik spätestens seit der 1955 auf Initiative der UdSSR erfolgten Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dieser und der Bundesrepublik stets von der Realität zweier deutscher Staaten ausgeht. Die DDR hat in der Praxis ihrer Deutschland-Politik einen Alleinvertretungsanspruch niemals erhoben, sondern sich der Wirklichkeit angepaßt, statt auf der Fiktion des Art. 1 der Verfassung der DDR zu beharren, was ihre Deutschland-Politik zur völligen Unbeweglichkeit verurteilen würde.

Soweit einige Bemerkungen zum Verfassungsauftrag der Bundesregierung zur Wiedervereinigung.

IV

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich:

Wenn wir für Deutschland und Europa etwas retten wollen, wenn wir insbesondere den Frieden erhalten wollen, müssen wir die Politik des „Jammerns über die furchtbare nationale und menschliche Katastrophe der Deutschen" endlich aufgeben. Diese Art von Politik ist unglaubwürdig und wird uns von niemanden in der Welt abgenommen. Wenn das Ausland sieht, wie wir den „Tag der deutschen Einheit" am 17. Juni begehen, mit wenigen Feiern unter mäßiger Beteiligung, die den Charakter bürgerlicher Trauerspiele mit Meininger Pathos haben, während die Masse der Bundesbürger auf fahrbarem Untersatz in's Grüne strebt, dann lacht es uns aus. Mit Recht. Wir mögen noch so ausdauernd an den Wassern des Rheins sitzen, weinen und aus unserer Verfassung alle möglichen Ansprüche herauslesen, weiter hilft uns das alles nicht. Weiter helfen nur: Wahrhaftigkeit und Respektierung der Realität.

Das waren aber bisher nicht die Grundlagen der Deutschlandpolitik unserer Regierung, deren dominierender Faktor bestenfalls aus hohlen Deklarationen zum Fenster hinaus bestand, kombiniert mit sehr handfesten Versuchen, die DDR zu ruinieren und den Lebensstandard der Bevölkerung dort so niedrig wie möglich zu halten. Lediglich karitative Maßnahmen, wie man sie Urwaldbewohnern, Hungernden in Indien oder Erdbebengeschädigten zukommen läßt („Dein Päckchen nach drüben"), waren legitim.

Mit welcher Schadenfreude wurden die lange Zeit vergeblichen Versuche von DDR-Wissenschaftlern registriert, Braunkohlenkoks zu gewinnen, eine Notmaßnahme wegen des seinerzeitigen fast völligen Mangels an Steinkohle. Bei uns konnten die Bergarbeiter lieber auf der Straße landen und die Schächte absaufen, als daß die immer wieder vorgetragene Bitte der DDR-Wirtschaft nach Lieferung westdeutscher Steinkohle erhört wurde.

Wieviel sarkastische Bemerkungen wurden bei uns gemacht über den Zustand der Eisenbahngleise in der DDR. Aber Eisenbahnschienen liefern? Unter keinen Umständen. Das könnte ja der Rüstung dienen. In den Reportagen über Mitteldeutschland waren selbst die Gerüche ein Mittel, um die angebliche Erbärmlichkeit dieses Staates immer wieder zu zeigen: Der Geruch des „minderwertigen" Benzins. Ein bekannter westdeutscher Schriftsteller schnupperte noch 1958 Holzgasgeruch über dem Marx-Engels-Platz — „Steppengeruch", wie er sich ausdrückte.

Aber der DDR-Wirtschaft in irgendeiner Weise helfen? Niemals! Vielleicht brechen die dort doch noch zusammen.

Dutzende solcher Beispiele ließen sich anführen. Von der systematischen Untergrabung der Währung bis zum organisierten Schmuggel von Butter, Fleisch und Fotoapparaten zur billigen Belieferung Westberlins.

Was dann am 13. August 1961 zusammenbrach, war mehr als nur die Illusion. Nicht gerade fröhlich, sondern in ziemlicher Verbissenheit wurden quer durch Berlin jene großformatigen Steine geschichtet, die unsere famosen Politiker, „immer an Deutschland denkend", so unübersehbar in zwölf Jahren herangeschleppt hatten. Bei der Berechnung des der DDR zugefügten Schadens durch diese Deutschlandpolitik kamen die Regierung der DDR und das Weltwirtschaftsinstitut in Kiel zu ganz ähnlichen Berechnungen. Diese Deutschlandpolitik war keine Politik. Sie war auch in wirtschaftlicher Hinsicht völlig unsinnig, denn sie zwang die DDR, sich anderswo umzusehen. Heute braucht die DDR unsere Steinkohle nicht mehr, nicht mehr unseren Stahl, nicht mehr unser Benzin. Man h a t sich umgesehen, und wir wurden um einen Markt ärmer, denn heute machen die Schweden, die Engländer, die Franzosen, ja, die Amerikaner die Geschäfte mit der DDR, die wir unserer famosen Politik opferten. Wahrlich, eine erfolgreiche Politik, ein unbeirrbares Streben nach Einheit. Und eine Wende ist bisher nicht abzusehen, weder bei der Regierung, noch bei jenen, die zur Zeit Opposition spielen. Eine Wende wird auch nicht eintreten, solange nicht der Handel mit Ostwerten an unseren Börsen und die Tätigkeit jener Studiengruppe eingestellt wird, die in jahrelanger Arbeit austüftelte, was mit den Staatsbetrieben in der DDR und mit der genossenschaftlich organisierten hochmechanisierten Landwirtschaft der DDR am Tage X zu geschehen habe.

Das Grundgesetz gibt auf jeden Fall keinem deutschen Politiker die Legitimation, eine Deutschlandpolitik zu betreiben, die letzthin auf eine Liquidierung der in der DDR herrschenden Eigentumsverhältnisse hinausläuft.

Auch das ist eine Fiktion: nach dem Sieg über das Deutschland Hitlers dürfe auf deutschem Boden nur eine gesellschaftliche Ordnung entstehen, die das Privateigentum an Produktionsmitteln zur Grundlage hat. Alles andere sei illegal, gegen den Volkswillen gerichtet, verbrecherisch.

Das Potsdamer Abkommen ist da eine nützliche Lektüre. Das Fundament der neuen staatlichen Ordnung in der DDR sind jene Betriebe, die auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens den Kriegsgewinnlern abgenommen wurden. Und der Volkswille? Auch hier sollten wir etwas vorsichtiger sein. Es gab Volksabstimmungen über die Aufteilung des Bodens, über die Enteignung der Großindustrie. Aber es gab diese Volksabstimmungen in Mecklenburg, in Sachsen-Thüringen, in Hessen, nicht in Hamburg, nicht in Schleswig-Holstein, nicht im Ruhrgebiet. Wir wissen, wie diese Volksabstimmungen 1946 ausfielen; wer zweifelt daran, daß sie in anderen Gegenden Deutschlands die gleichen Ergebnisse gebracht hätten?

Unsere Politiker sind voreilig. Unsere Politiker wissen immer ein wenig zu schnell, was das Volk will. Sie wissen es so schnell, daß sie dann gar keine Zeit mehr haben, das Volk zu fragen.

Die alten Eigentumsverhältnisse wurden in Westdeutschland nicht deshalb wieder hergestellt bzw. belassen, weil es das Volk so wollte, weil es der glühende Wunsch des Volkes war, daß Herr Krupp ja seine Fabriken behielte. Die alten Eigentumsverhältnisse wurden unter Mißachtung der Volksabstimmung in Hessen und des Landtagsbeschlusses von Nordrhein-Westfalen über die Nationalisierung der Schwerindustrie belassen, weil die Amerikaner das so wollten, weil sie so die günstigste Ausgangsposition für einen westdeutschen Teilstaat sahen, der mit Erfolg die Rolle eines amerikanischen Degens in Europa gegen den Kommunismus spielen sollte. Machen wir uns doch nicht selber etwas vor: Mit dem Willen des Volkes hat das nichts zu tun.

In diesem Zusammenhang muß auch ein Wort gesagt werden über die Art und Weise, wie in unserer offiziellen Propaganda die führenden Politiker der DDR dargestellt werden: Es sind Teufel, die sich scheinbar nur rein zufällig nicht im tiefsten Höllengrund, sondern in Mitteldeutschland herumtreiben. In unserer Propaganda werden vor allem immer wieder die bösartigen Charaktereigenschaften dieser Politiker hervorgehoben, die, wollte man ihr Glauben schenken, nichts anderes tun, als den lieben langen Tag bei Krimsekt und Kaviar darüber brüten, wie man das Volk am besten quälen könne. Es scheint ein Wunder, daß angesichts dieser offenen Haßpropaganda keiner dieser Politiker das Schicksal Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts oder Walter Rathenaus erlitt. Wie immer man zum Sozialismus in der DDR stehen mag, scharf ablehnend, kritisch, oder, was eine Seltenheit ist, zustimmend, diese Art von Propaganda ist unwürdig.

Man wird in diesem Zusammenhang an das Schicksal eines Mannes erinnert, der seinerzeit in zahlreichen deutschen Nachrichtenblättern als ein wahres Gefäß teuflischer Verbrechen dargestellt wurde. Es handelt sich um einen Mann, dessen Charaktereigenschaften, übrigens wie die Rosa Luxemburgs, Liebknechts und Rathenaus, hervorragend waren, ein lauterer Mensch, geschätzt von vielen Wissenschaftlern und Künstlern seiner Zeit, selbst ein hervorragender Wissenschaftler, der seinen Teil beitrug zum Ruhm und zur Größe deutscher Wissenschaft. Ich spreche von Georg Forster (1754—1794), dem Freund Goethes, Schil-

lers und der beiden Humboldt. Forster war einer der ganz wenigen deutschen bürgerlichen Revolutionäre, der den Schritt von der Theorie zur Praxis tat. 1792 wurde er Präsident des Mainzer Jakobiner-Clubs, und unter seiner Mitwirkung wurde im März 1793 für das Gebiet von Landau bis Bingen die Republik ausgerufen und der Anschluß an das revolutionäre Frankreich beschlossen. Forster wurde mit der Reichsacht belegt und starb ein Jahr später als Emigrant in Paris. „Man stelle sich unter Forster keinen Menschen vor . . .", so lautete eines dieser landläufigen öffentlichen Urteile aus dem Jahre 1793. Das könnte 1966, und nicht nur in der Bildzeitung, über einen Staatsmann der DDR in einer unserer Zeitungen geschrieben worden sein . . .

V

Die sicher etwas rhetorisch gestellte Frage, ob die Deutschen sich wieder vereinigen müssen, kann so beantwortet werden:

Ganz davon abgesehen, daß eine Wiedervereinigung zwischen zwei Staaten nicht möglich ist, wenn jeweils der eine Staat die absolute Negation des anderen darstellt: Es ist kein Grund zu sehen, der so dringend, so überaus wichtig, lebenserhaltend für die Deutschen wäre, daß die Wiedervereinigung morgen vollzogen werden müßte. Die geschichtlichen Erfahrungen der letzten hundert Jahre europäischen Schicksals überdenkend, kommt man vielmehr zu der Schlußfolgerung, daß der status quo in Europa fruchtbarer Ausgangspunkt für eine Ära des Friedens auf unserem geplagten Kontinent sein könnte. Allerdings nur Ausgangspunkt. Denn die ungeheure wirtschaftliche Kraft, die in den zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Territorium der Bundesrepublik entstand, birgt unübersehbar die Gefahren neuer deutscher imperialer Machtpolitik in sich.

Eine solche Politik schließt die neuerliche Vernichtung der Demokratie im Innern und die Möglichkeit neuer kriegerischer Auseinandersetzungen in Richtung Osten nicht aus. Solche Erscheinungen wie Notstandsverfassung, Formierte Gesellschaft, Streben nach Revision der bestehenden Grenzen und der großangelegte Versuch deutscher Generale, sich bei Rückendeckung durch die Rüstungsindustrie der Kontrolle und Aufsicht des noch parlamentarisch regierten Staates zu entziehen, sollten in Zusammenhang gesehen werden mit jenen Entwicklungstendenzen, in deren Verlauf sich der Staat in eine politische Geschäftsstelle der Wirtschaftskapitäne verwandelt.

Wir haben den Schlüssel zur Wiedervereinigung fünfzehn Jahre lang rund um den Erdball herum von Washington bis Moskau gesucht. Wir konnten ihn in der Welt nicht finden, weil wir ihn im eigenen Haus nicht suchten.

Die groben Brocken liegen alle vor uns:

NATO

Streben nach atomarer Bewaffnung

Notstandsverfassung

Alleinvertretungsanspruch

Grenzen von 1937 — usw.

Es handelt sich nicht darum, immer noch darüber nachzudenken, welchen Preis man Moskau für die „Zone" anbieten könnte, denn diesen Preis gab es nie und wird es nie geben. Es handelt sich allein darum, in unserem Staat auf der Grundlage der Verfassung die primitivsten Voraussetzungen für eine Versachlichung der Atmosphäre zwischen den beiden deutschen Staaten zu schaffen.

Das könnte auch die Plattform sein für die Normalisierung der Beziehungen zur DDR, zu Polen, zur CSSR und zur UdSSR. Erst wenn wir diese Voraussetzungen geschaffen haben (und die Anwendung gewisser Grundzüge der Politik Frankreichs, Schwedens und Finnlands könnte nur nützlich sein), kann die Frage: Werden die Deutschen sich wieder vereinigen? ernsthaft gestellt werden.

Klaus Ehrler, M. A.

Die politischen Chancen einer Doppelkonföderation

Westberlin vor der Wahl: Entspannung oder verminderte Lebensfähigkeit

In neuerlich häufig angestellten Betrachtungen über die Zukunft des Kabinetts Erhard wird oft auf die im Laufe der nächsten zwölf Monate fälligen Landtagswahlen in der Bundesrepublik hingewiesen: Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen. Ihr Ausgang bestimme Schicksal und Richtung der Regierungspolitik wesentlich mit; darum solle man ihre Ergebnisse erst abwarten — oder eben gerade nicht. Freunde und Gegner des Kanzlers im Regierungslager sind sich in der Betonung der Wichtigkeit dieser Wahlgänge einig, ob sie nun maßvoll bedächtiges und schlagkräftig beschleunigtes Handeln fordern. Es ist bemerkenswert, daß der für den März 1967 vorgesehenen Neuwahl des Abgeordnetenhauses von Westberlin trotz der bundesoffiziellen These der vollen Zugehörigkeit Westberlins zum Bund in diesem Zusammenhang keine Rolle eingeräumt wird. Dies ist sicher nicht nur eine Folge der Aussichtslosigkeit der Wahlchancen der CDU in Westberlin, die sich nach der im wesentlichen vom Bonner Kabinett zu verantwortenden Blockierung der Passierscheinverhandlungen noch weiter verringert haben dürften (so daß manche Beobachter der SPD eine Zweidrittelmehrheit prophezeien); auch die von den Gegnern der Westberliner „rot-gelben" Regierungskoalition gefürchtete Kombination SPD-FDP vermag die deutliche Ausklammerung der bevorstehenden Westberliner Landes- und Kommunalwahl aus öffentlich vollzogenen Erwägungen nicht völlig zu erklären.

Bei der Fast-Tabuierung Westberlins in der gegenwärtigen bundespolitischen Lage-Debatte geht es offenbar um etwas Tieferliegendes, Grundsätzlicheres. Die Situation der Stadt hat zunehmend einen veränderten Charakter erhalten, der ihr Wohl und Wehe in erster Linie von der Politik der Bundesregierung abhängig sein läßt. Da es aber für die Bonner CDU unmöglich ist, der Bundesregierung die Hauptverantwortung für eine spürbarer werdende kritische Entwicklung Westberlins zuzuschreiben, ist es für sie das beste, die einschlägige Debatte gar nicht erst zustandekommen zu lassen. Und die SPD, die eigentlich jetzt politisches Kapital daraus schlagen könnte, befürchtet offenbar allergische Reaktionen der westdeutschen Landtagswähler auf Berlin-Querelen, deren komplizierte Zusammenhänge im Bundesgebiet nicht leicht in Wahlerfolge umzumünzen sind. Insofern verwehrt die Doppelstellung der SPD als Regierungspartei in Westberlin und als Opposition in Bonn ihr die politische Ausnutzung dieser für Erhard und die CDU nachteiligen Sach- und Argumentationslage. Eine aktionsfähige Opposition würde die Gefährdungen der Lebensfähigkeit Westberlins, die sich bei einer Fortsetzung der bisherigen Bundespolitik immer stärker herausstellen werden, in Verbindung mit der Debatte über Rüstungs-, Bundeswehr- und Stabilitätskrise als Hauptargument in den Vordergrund stellen. Vor 1962 wäre eine solche Möglichkeit kaum denkbar gewesen. Von 1958 bis zur Kuba-Krise gab es Demonstrativ-Aufbau- und Investitionsprogramme mit Unterstützung des Bundes zugunsten der Wirtschaft Westberlins — damals war das ein Erfordernis der Außenpolitik der Bundesregierung zur Bewältigung der als eines der ersten Weltprobleme rangierenden Berlin-Krise. Freilich: Berlin bezeichnet innerhalb der politischen Welt noch immer einen Krisenpunkt ersten Grades; die seit der Beilegung der Kuba-Krise (Oktober 1962) eingetretene Beruhigung in der Berlin-Frage (die an den seither beträchtlich gestiegenen Haus- und Grundstückspreisen in Westberlin abzulesen ist) darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die grundsätzlichen Differenzen der vier Großmächte und der deutschen Regierungen in der Berlinpolitik nach wie vor weiterbestehen. Nur in der Beurteilung der Lage und der noch vorhandenen Chancen irgendwelcher Veränderungen hat sich unter den Großmächten eine Art stillschweigenden Einverständnisses herauskristallisiert; und zwar in der Weise, daß die Bewahrung des bestehenden Zustandes als allseits relativ annehmbarste Grundlage einer Verbesserung der menschlichen und sozialen Lebensbedingungen beiderseits der Trennlinie in Berlin angesehen wird.

Der Verwirklichung des vollen Selbstbestimmungsrechts (besser: der politischen Selbstvertretung) der Deutschen steht Artikel 107 der UNO-Charta entgegen, der praktisch bis zum Friedensschluß die völkerrechtliche Regelung der deutschen Verhältnisse der Obhut der vier Großmächte (anstatt allen den UN-Mitgliedsländern, die am Kriege gegen das Deutsche Reich beteiligt waren) anvertraut. Der Verwirklichung der politischen Selbstvertretung der Berliner steht der noch bestehende Viermächtestatus Berlins entgegen, der die oberste Gewalt den vier Mächten vorbehält und Deutsche letztlich nur in Auftragsfunktionen zuläßt, obwohl die äußere Optik dies oft kaum noch erkennen läßt (Protokollfragen bei den Besuchen Kennedys und der englischen Königin in Westberlin).

Weder das Volk noch etwa die Vereinten Nationen können also nach der Völkerrechtslage „das Berlin-Problem lösen"; sowohl der noch vorhandene Zusammenhang mit der deutschen Frage als auch der in Berlin verbliebene Besatzungsstatus halten das Problem in der Schwebe, allerdings in einem derart eingespielten Gleichgewicht, daß eine unmittelbare Bedrohung des Weltfriedens von der

Berlin-Situation aus seit einigen Jahren nicht mehr zu befürchten ist. Trotz der alliierten Haupt- und Letztverantwortung zeigt sich vor allem von seiten der Sowjetunion die Tendenz, ein möglichst hohes Maß deutscher Beteiligung bei der Vorbereitung und Verwirklichung politischer Lösungen für Berlin durchzusetzen. Früher stand dies im Zusammenhang der international angespannten Berlin-Situation (z. B. 1958/59, bevor es zur Genfer Außenministerkonferenz der großen Vier mit zwei deutschen Delegationen an den berühmten „Katzentischen" kam), jetzt übt die SU betonte Zurückhaltung, um die heißen Eisen mehr der innerdeutschen Debatte (Parteien-Dialog) zu überlassen; die Angebote der Arbeiterparteien der Ostblockländer an die seit 1961 verselbständigte SED Westberlins, mit ihren Vertretern die Probleme Berlins und Deutschlands zu diskutieren, liegen auch auf dieser Linie, von der staatspolitischen Ebene zunächst etwas weg- und stattdessen mehr auf die bewegungsoffenere gesellschafts- und parteipolitische Ebene zuzustreben. Der frühere Vorschlag der Warschauer Paktstaaten, aus Westberlin unter Ablösung des Viermächtestatus eine Freie neutrale Stadt mit internationaler Garantie zu bilden, ist in den letzten Jahren nicht wieder ausdrücklich erneuert worden. Man beschränkt sich von seiten der osteuropäischen Regierungen jetzt auf die Betonung der Berliner Nichtzugehörigkeit zur Bundesrepublik, die durch die bekannten Vorbehaltsrechte der Alliierten zwar völkerrechtlich begründet, aber in der Praxis durch die innen-, finanz- und wirtschaftspolitischen Verbindungen Westberlins zur BRD als unterlaufen erscheint (Artikel 6 des Vertrages vom 12. 6. 64 zwischen der SU und der DDR bezeichnet Westberlin nur als besonderes Gebiet, nicht als in eine Freie Stadt umzuwandelndes Gemeinwesen; die Abgeordneten, die Berlin in Bundestag und Volkskammer beratend vertreten, haben wegen der Vorbehaltsrechte kein volles Stimmrecht, sie werden auch beiderseits nicht direkt gewählt, sondern von ihrem jeweiligen Stadtparlament delegiert). Der Kampf um die Berlin-Klauseln der Handels- und Kulturabkommen der Bundesregierung mit den osteuropäischen Regierungen ist für die bestehenden Differenzen aufschlußreich und gibt den jeweiligen politischen Barometerstand an. Der Alleinvertretungsanspruch der Bonner Regierung für ganz Deutschland (in den utopisch gewordenen Grenzen von 1937; Hallstein-Doktrin) steht einer innerdeutschen Einigung zwischen den deutschen Regierungen über die Fragen Berlins hinderlich im Wege.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge scheint man allerseits außer kleineren Abkommen (Handels-, Wegebau- und Passierscheinvereinbarungen) größere vertragliche Regelungen für Berlin im allgemeinen und Westberlin im besonderen nicht für erreichbar und durchführbar zu halten. Seit Kennedys Internationalisierungsplan für die Autobahn von Hannover bis zum Funkturm (Herbst 1962), der von Bonn ohne Rücksicht auf Berlin von vornherein diskussionslos abgelehnt wurde, hat es keine neuen Vorschläge für Berlin mehr gegeben, weil man die entsprechende negative Haltung der Bundesregierung immer wieder vorauszusetzen hatte. Es gab nur noch allgemeinere Vorschläge, die Deutschland insgesamt und die Abrüstung betrafen; aber ohne eine spezifische Miteinbeziehung des Berlin-Problems wird kein Abrüstungs- und Deutschlandvorschlag jemals auf erfolgreiche Realisierung hoffen dürfen.

Der jetzige Trend zu pragmatisch begründeten getrennten Einzelregelungen mit oder ohne Vertragsbasis unter weitgehender Ausschaltung der „Großen Politik" bietet trotz der Enge des damit gesetzten Spielraums Möglichkeiten praktischer Friedenspolitik auch auf unterer Ebene und von unterer Ebene aus.

Das problematische Verhältnis Westberlins zur BRD bietet die Chance einer Einwirkung auf die Bundespolitik: Wenn nämlich die Bonner Politik nicht verständigungsbereiter wird, sondern gegenüber Ostberlin eher steifer und härter, dann verschlechtern sich die Lebensbedingungen der Westberliner (Verkehrsstockungen, Passierscheinebbe). Westberlin steht bei weiterer Verschärfung dann vor der Frage: Minderung der Lebensfähigkeit (= eines der drei alliierten „essentials" für Westberlin) oder relative Distanzierung von der Bonner Politik. Die sachfremden Manipulationen des Bundesschatzministeriums (ohne Hinzuziehung technischer Experten Berlins!) bringen mit Borsig eine der wirtschaftlichen Kraftquellen Westberlins an den Rand des Ruins; diese „innere" Krise löst nun die alte „äußere" der Chruschtschow-Kennedy-Zeit ab, die wir gut überstanden haben. Es kommt jetzt darauf an, den Charakter Westberlins in Richtung auf eine allseitige Verständigungs- und Friedenspolitik zu verändern und den Senat bei seinen Ansätzen in dieser Hinsicht zu unterstützen. Die Umwandlung des organisatorischen Rahmens der Filmfestspiele und der Industrieausstellung, die eine Beteiligung der Ostländer ermöglichen würde, sollte zielstrebig durchgesetzt werden. Die DDR darf dabei nicht ausgeklammert werden; dadurch würde Westberlin sich auf die Dauer selbst isolieren, auch von der BRD. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß Schwierigkeiten für DDR und Westberlin meist synchron und symmetrisch aufgetreten sind. Also muß umgekehrt auf synchrone und symmetrische Verbesserung der Situationen hingewirkt werden, die sowohl politisch wie menschlich beiderseits als Entspannung empfunden werden. Das heißt nicht, daß die bestehenden Verbindungen zur BRD aufgegeben werden sollten oder müßten. Aber Westberlin muß ähnlich gute und funktionierende Beziehungen zur DDR aufzunehmen trachten, im Interesse der Menschen hüben und drüben. Die einseitigen Westbindungen müssen durch entsprechend gute Ostbeziehungen ergänzt und dadurch erleichtert sowie allseits akzeptabel gestaltet werden. Diesen Idealzustand, der einer Wiedervereinigung atmosphärisch bahnbrechend weit vorangehen kann und könnte, hat man als faktischen Status der zweiseitigen Konföderativität Westberlins bezeichnet. D. h.: obwohl es keine Konföderation Bonn-Ostberlin gibt, kann Westberlin als gesamtdeutsche Mitte mit beiden noch getrennten Seiten de facto konföderiert sein (Doppel-Konföderation). Ein solcher Zustand brauchte nicht vertraglich fixiert zu werden, er könnte bei Vernunft und gutem Willen schrittweise Wirklichkeit werden. Er könnte die zeitliche Vorstufe einer gesamtdeutschen Konföderation werden.

Es ist durchaus praktische gesamtdeutsche Politik, solche Fragen auch in den kommenden Landtags-Wahlkämpfen und im Westberliner Wahlkampf zu stellen und ihrer guten Lösung näherzubringen. Denn ob man die drei verschiedenartig in der Völkerrechtspraxis verankerten und unterschiedlich regierten bzw. verwalteten deutschen Teilgebiete nun als Staaten bezeichnet (alle drei, nur zwei oder gar nur eines), ob man in ihnen nur Provisorien bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages sieht, ob man sie je nach weltanschaulicher Einstellung des Betrachters für gut, erträglich oder ablehnenswert hält: an der Tatsache, daß von jedem der drei reale politische Einflüsse ausgehen, die für die Zukunft der europäischen Sicherheits- und Friedensordnung von erheblicher Bedeutung sind, ist schlechterdings nicht zu zweifeln. Auch vor einer und vielleicht gerade vor einer europäischen Sicherheitskonferenz ist es sinnvoll, auf dem Wege einer innerdeutschen Diskussion, die alle drei Lebensbereiche und möglichst viele qualifizierte Teilnehmer aus ihnen umfaßt, deutsche Voraussetzungen zu analysieren oder zu definieren, die als Notwendigkeiten einer euro-

päischen Friedensordnung gegeben sein und als Möglichkeiten einer allseits aussichtsreichen Zukunft offengehalten werden müssen.

In diesem Zusammenhang spielen Modelle neuartiger politischer Beziehungen eine fördernde und weiterführende Rolle, wie sie von C. F. v. Weizsäcker mit seiner Konzeption „kooperativer Bipolarität" und im Rahmen der internationalen und innerdeutschen Verständigungsarbeit des Christlichen Friedensdienstes mit der Konzeption „utraquistischer Loyalität", der Grundlage einer Doppelkonförderation [1]), entwickelt worden sind. Allen diesen seit dem Ende der fünfziger Jahre entwickelten Vorstellungen liegt die Erkenntnis zugrunde, daß weder der antagonistische Zustand der Kontraste, Spannungen und Spaltungen in sich ausschließende feindliche Lager noch die Rettung auf Zwischenpositionen neutraler Ungebundenheit für Deutschland die Aussicht bietet, dem Dilemma seiner gegenwärtigen politischen Probleme zu entwachsen. Das starke Engagement, mit dem die vier Großmächte an ihre jeweiligen deutschen Partner, BRD und DDR, gebunden sind, sowie die Verpflichtungen, die die deutschen Staaten gegenüber jeweils „ihren" Großmächten eingegangen sind, lassen sowohl „Umflechtungen" zugunsten einer Seite (Wiedervereinigung durch Anschluß an eine Seite und Rückzug der anderen Seite) als auch „Entflechtungen" im Sinne neutralitätspolitischer Lösungen kaum oder gar nicht zu. Es bleibt also nur die Chance der Verflechtung an den bisher feindlich einander entgegengesetzten Fronten übrig. Gegensätzlichkeiten verwandeln sich dann zu Unterschiedlichkeiten. Aus der „feindlichen Bipolarität" muß die „kooperative Bipolarität" hervorgehen — und in einigen Teilbereichen ist das zwischen USA und Sowjetunion, auch zwischen Frankreich und SU, schon durchaus zur Wirklichkeit geworden. Für Deutschland bedeutet das die gleichzeitige Bindung an beide Seiten, die sich ja nun nicht mehr wie früher in voller Ausschließlichkeit gegenüberstehen; es bedeutet den Abbau der bisherigen Einseitigkeit seiner Teile, die inzwischen voll ausgereifte Staatswesen wurden, also allseitige gute Beziehungen für beide; es bedeutet Utraquität statt explosiver Polarität oder fast utopischer Neutralität seiner — und ihrer — Beziehungen. Das ist ein mittel- bis langfristiges Programm, dessen Erfüllung für ein gesamteuropäisches Friedens- und Sicherheitssystem unerläßlich ist; jeder Staat muß zu allen seinen Nachbarstaaten gute Beziehungen entwickeln können, d. h. mit jedem von ihnen in einer Art konföderativen Verhältnisses stehen können, so daß am Ende eine friedliche Kette nachbarschaftlicher Konföderationen den Kontinent durchzieht. Die negative Definition des Freundes als des Feindes der Feinde würde dann durch die positive ersetzt, die im Freund denjenigen erkennt, der es gar nicht erst zu Feindschaften kommen läßt. Für Deutschland als Ganzes wird der Weg kooperativer Bipolarität, d. h. auch: politischer Utraquität, der loyalen Verbundenheit mit West und Ost, nicht so bald betretbar sein; aber: seine Teile können sofort damit beginnen und dadurch den Weg zur Annäherung und Vereinigung eröffnen. West-Berlin, der kleinste von ihnen, hat es am nötigsten; es sollte zeigen, daß Doppelbindung möglich ist und durchaus weiterreichende Bedeutung hat.

Für Westberlin gilt nämlich in besonders hautnah-praktischer Realistik, daß Entspannung der Gesamtsituation und Verständigungsoffenheit seiner Entwicklung die wesentlichsten Elemente seiner Lebensfähigkeit sind. Deutlicher als zuvor stehen die Westberliner beim kommenden Wahlgang vor der entsprechenden Alternative: Entspannung oder verminderte Lebensfähigkeit. Gerade die Tat-

1) S. dazu auch E. Müller-Gangloff, Mit der Teilung leben, München 1965, S. 157 ff., und Rezension dazu in „Blätter", 11/1965, S. 970 f.; dann: Auf neuem Pfad, Ulm, 4/5/1966, S. XI f.

sache, daß diesmal mit diesem mehr innerdeutschen Problem keine große internationale Krise verbunden ist (Gott sei Dank!), gibt zu differenzierter Betrachtung und entschiedenem sachgerechten Handeln Anlaß. Ein durch entspannungswidrige Einflüsse bedingtes langsames wirtschaftliches und kulturelles Schrumpfen Westberlins würde in der bestehenden europäischen Situation wachsender und gefestigter Koexistenz- und Kooperationspolitik nur mit einem Achselzucken registriert werden. Es gilt daher, im existentiellen Eigeninteresse und der politischen Vernunft gemäß diese neue Situation bewußt werden zu lassen sowie ihre Chancen und Gefahren klar vor Augen zu stellen. Weitere Versäumnisse würden die bestehenden Gräben vertiefen und neue schaffen. Nutzen wir daher dankbar die Möglichkeit, daß wir etwas zur Besserung der innerdeutschen Verhältnisse und damit auch des europäischen Klimas beitragen können.

Prof. Dr. Harold Rasch

Rußland und die Sowjetunion im politischen Denken Thomas Manns*)

I

Auch wer das Lebenswerk Thomas Manns nur oberflächlich kennt, weiß von dem bedeutenden Einfluß, den die großen russischen Erzähler des 19. Jahrhunderts jederzeit auf ihn ausgeübt haben. „Ich verschlang im Qualm unzähliger Drei-Centesimi-Zigaretten skandinavische und russische Literatur und schrieb", berichtet er selbst in seinem „Lebensabriß" (1930) von dem Aufenthalt des Jünglings, der an den „Buddenbrooks" arbeitete, in Rom und Palestrina. Von der „anbetungswürdigen russischen Literatur, die so recht eigentlich die heilige Literatur darstellt", spricht Tonio Kröger, der Bürger aus dem Norden, zu Lisaweta Iwanowna, seiner Münchner Freundin, die nach der Formulierung Hans Mayers „gleichsam einen symbolischen Inbegriff der russischen Literatur und Lebensform in der Vorstellungswelt des jungen Thomas Mann zu verkörpern hat" [1]). „Ist nicht der Russe der menschlichste Mensch? Ist seine Literatur nicht die menschlichste von allen — heilig vor Menschlichkeit?", schreibt er im Ersten Weltkrieg in den „Betrachtungen eines Unpolitischen", und einige Jahre später bekennt er, „daß mir mein Verhältnis zur russischen Literatur jetzt mehr denn je, oder eigentlich erst jetzt so recht, als eine lebenswichtige Angelegenheit von

*) Wiedergabe eines Vortrags, den der Verfasser am 10. November 1966 vor der Deutsch-Sowjetischen Gesellschaft e. V., Frankfurt/Main, gehalten hat, deren zweiter Vorsitzender er ist.

1) Hans Mayer, Thomas Mann. Werk und Entwicklung, 1950, 310

geistig vitaler Bedeutung erscheint". Immer wieder liest er auch später Tolstoi, und der Fünfundsiebzigjährige bestätigt noch einmal in seinem schönen Vortrag „Meine Zeit" (1950): „Wer wollte Rußland, dem ewigen Rußland, die Menschlichkeit absprechen? Eine tiefere gab es nie und nirgends als in der russischen Literatur, — der heiligen russischen Literatur". „Von meiner Bildung zuviel verdanke ich dem russischen Gedanken, der russischen Seele, als daß die Machtpolitik es fertig brächte, mich zum Haß auf Rußland zu bewegen . . ."

Was Lisaweta Iwanowna für den jugendlichen Thomas Mann bedeutet, das stellt Madam Chauchat, die kirgisenäugige Clawdia Chauchat, im Werk des reifen Autors des „Zauberbergs" dar. Obwohl „zuverlässig verheiratet" mit irgend einem russischen Provinzbeamten mit französischem Namen, zieht sie es vor, in der Welt herumzureisen und nur gelegentlich in „das weite seelenvolle Land" ihrer Heimat zurückzukehren, — „die russischen Frauen haben alle so etwas Freies und Großzügiges in ihrem Wesen". Der steinreiche Kolonialholländer Mynheer Peeperkorn verfällt ihren Reizen, aber vor allem dem jungen Hans Castorp, dem „joli bourgeois a la petite tache humide", verdreht sie ganz gründlich den Kopf, — Sinnbild der tiefen Anziehungskraft, die der russische Mensch von jeher auf uns Deutsche ausgeübt hat.

Die Fachkritik hat den Einfluß einzelner russischer Meister auf die Arbeit Thomas Mann's näher untersucht, — Tolstois und Mereschkowskis etwa auf den Stil der „Buddenbrooks", Turgenjews auf „Tonio Kröger", wir können das hier nicht wiederholen.[2]) Aber daß Thomas Mann das Werk der großen Russen nicht nur ständig in sich aufgenommen, sondern auch wiederholt zum Gegenstand eigener kleinerer und größerer Arbeiten gemacht hat, muß doch noch erwähnt werden.

Da ist die feine Studie „Russische Anthologie", eine Einführung in eine Ausgabe der „Süddeutschen Monatshefte" (1921): „Iwan Turgenjews melancholisches Künstlerhaupt" blickt uns an, „Dostojewskis tiefes, verbrecherisches Heiligenantlitz steigt empor", „die Patriarchengestalt des Homers von Jasnaja Poljana", jenes „Trägers epischer Riesenlasten", steht vor uns, und von den späteren etwa Dimitri Mereschkowski, „dessen Buch über Tolstoi und Dostojewski auf meine zwanzig Jahre einen so unauslöschlichen Eindruck machte und dessen ebenfalls völlig beispielloses Werk über Gogol ich überhaupt nicht wegstelle", — kurz, alle „die Genien dieses gewaltig lebenswichtigen Schrifttums, die Träger des russischen Gedankens, Kämpfer und Helden der Seele allesamt, Märtyrer der großen Verantwortlichkeit vor dem Angesichte der Menschheitsidee". Da ist der große Aufsatz über „Goethe und Tolstoi" (1922) und ein weiterer „Tolstoi", entstanden anläßlich der Jahrhundertfeier seiner Geburt (1928). Da ist ein Essay über „Anna Karenina" (1940) und die Einleitung zu einem amerikanischen Auswahlbande Dostojewskischer Erzählungen (1946). Und schließlich das vorletzte Werk des Dichters, ein Jahr vor seinem Tode „mit tiefer Sympathie geschrieben", der „Versuch über Tschechow" (1954).

Auch in Thomas Mann's Briefwechsel kehrt die russische Literatur immer wieder, dem mit Stefan Zweig etwa, der selbst über sie gearbeitet hat, mit B. Fucik, vor allem aber mit dem Literaturhistoriker Alexander Eliasberg und dem Schriftsteller Iwan Schmeljow.

---

[2]) Näheres bei Anaré Gronicka, Thomas Mann and Russia, Germanic Review, vol. 20 (1945) Nr. 2, 105

II

Aber nun zu unserem eigentlichen Thema.

Thomas Mann ist gewiß nie ein origineller oder gar schöpferischer politischer Denker gewesen, er war schließlich durch und durch Künstler, — Romancier und Essayist. Aber er hat sich seit dem Ersten Weltkrieg mit Leidenschaft für die Gedanken eingesetzt, von deren Richtigkeit er jeweils überzeugt war, angefangen mit den sehr politischen „Betrachtungen eines Unpolitischen" über das Eintreten für die Deutsche Republik der Weimarer Zeit, den unerbittlichen Kampf über den Äther gegen die Nazis bis zu sehr entschiedenen Stellungnahmen zur Politik der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nach 1945. Man hat ihm Gesinnungswechsel vorgeworfen, hat ihn verleumdet und ihm sein Deutschtum abgesprochen, — zu unsinnige Beleidigungen, als daß es sich, zumal nach der ausgezeichneten Arbeit Kurt Sontheimers „Thomas Mann und die Deutschen", lohnte, auch nur ein Wort über sie zu verlieren. Sprechen wir hier ausschließlich über Rußland im politischen Denken Thomas Manns.

Mit den „Betrachtungen eines Unpolitischen" also müssen wir beginnen. Es war Krieg, aber noch regierte der Herrscher aller Reussen. Auch Thomas Mann glaubte, seinen Beitrag zum Zeitgeschehen leisten zu sollen. Doch nun genügte Bewunderung für die russische Literatur nicht mehr, auch nicht die spontane Reaktion des ersten Tages: „Wenn der Alte noch lebte, — er brauchte gar nichts zu tun, nur da zu sein, auf Jasnaja Poljana, — dies wäre nicht geschehen", nun war eine politische Äußerung unerläßlich. Schon im November 1914 schrieb Thomas Mann an den bereits erwähnten A. Eliasberg: „Daß wir mit dem Volk dieses Mannes (d. h. Tolstoi) nun im Krieg liegen müssen! Ich bringe übrigens gegen Rußland weder menschlichen noch selbst politischen Haß auf. Sein Expansionsverlangen hat etwas Instinktives, Elementares und Indiskutables, wie das sich Recken und der Appetit eines Riesen. Ich bin auf den lieben Westen schlechter zu sprechen. Ihn finde ich menschlich schuldig — aber das sind weitläufige Dinge" (14. 11. 14). Dies war eine private, nicht zur Veröffentlichung — jedenfalls nicht in nächster Zeit — bestimmte Äußerung. Viel pointierter heißt es in den „Betrachtungen": „Rußland war in tiefster Seele immer demokratisch, ja christlich-kommunistisch, das heißt brüderlich gesonnen, und Dostojewski schien zu finden, daß für diesen Demokratismus das patriarchalisch-theokratische Selbstherrschertum eine angemessenere Staatsform darstelle als die soziale und atheistische Republik".

Das zielt auf das damalige Frankreich, und in der Tat spricht Thomas Mann denn auch ganz offen von der „Mesalliance" des französisch-russischen Bündnisses dieser Jahre. Aber er bleibt nicht beim Negativen stehen, sondern wird sehr positiv, wenn er das deutsch-russische Verhältnis berührt: „Die Entstehungsgeschichte deutscher und russischer Humanität — ist sie nicht dieselbe —, eine Leidensgeschichte nämlich? Welche Verwandtschaft in dem Verhältnis der beiden nationalen Seelen zu ‚Europa', zum ‚Westen', zur ‚Zivilisation', zur Politik, zur Demokratie!

Nein! Wenn Seelisches, Geistiges überhaupt als Grundlage und Rechtfertigung machtpolitischen Bündnisses dienen soll und kann, so gehören Rußland und Deutschland zusammen: ihre Verständigung für jetzt, ihre Verbindung für die Zukunft ist seit den Anfängen des Krieges der Wunsch und Traum meines Her-

zens, und mehr als eine Wünschbarkeit: eine weltpolitisch-geistige Notwendigkeit wird diese Verständigung und Verbindung sein, falls, was wahrscheinlich ist, der Zusammenschluß des Angelsachsentums sich als dauerhaft erweisen sollte."

„Brüder im Leid" — so heißen Deutschland und Rußland noch im „Doktor Faustus".

Der Zufall wollte es, daß Thomas Mann die Niederschrift seiner „Betrachtungen" gerade zu der Zeit beendete, als das Reich des Zaren militärisch zusammenbrach: „Ich schließe diese Aufzeichnungen an dem Tage, an dem der Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland gemeldet wird. Wenn nicht alles täuscht, soll der lange, fast seit Beginn des Krieges gehegte Wunsch meines Herzens sich erfüllen: Friede mit Rußland! Friede zuerst mit ihm!"

Leider war es der Frieden von Brest-Litowsk, den — ein heute fast gespenstisch anmutender Vorgang — unsere Militärs noch im Frühjahr 1918 dem besiegten Rußland aufzwingen konnten, bevor sie einige Monate darauf selbst kapitulieren mußten.

Auch später noch erschien Thomas Mann der Krieg mit Rußland als die schlimmste Folge des Versagens der Diplomaten, so wenn er in seiner „Russischen Anthologie" (1921), zunächst voller Humor, von dem Plan einer Vortragsreise nach Rußland berichtet, den der Krieg zunichte machte: „Ich sollte in Moskau, Petersburg, Riga und Helsingfors lesen, das nähere blieb zu vereinbaren. Das war fabelhaft. Ich würde die Nachfahren Gogols besuchen, Andrejew, Ssologub und Kusmin. Ich würde mit ihnen Piroggen essen und Tee trinken, wahrscheinlich auch eingemachte Pilze, Schnaps und Zigaretten würde es geben, und vielleicht würden sie mündlich zu mir sagen: ‚Erbarmen Sie sich, Väterchen!' oder ‚Urteilen Sie doch selbst, Foma Genrichowitsch!'. Aber dann kam der Krieg mit Rußland, der falsche, irrtümliche, verdammenswerte Krieg mit Rußland, weil seinerzeit irgendwelche Tölpel Bismarcks Draht zerschnitten und so das Bündnis mit Frankreich herbeigeführt hatten — die Mesalliance der Demokratie des Herzens mit der Demokratie als abgestandener akademisch-bourgeoiser Revolutionstirade, das Mißbündnis der Menschlichkeit mit der Politik —, es kam, sage ich, der Weltkrieg, und die Reise ins Gogolsche war unterbunden."

Damals schloß Thomas Mann mit den Worten: „Rußland und Deutschland müssen einander besser und besser kennen. Sie sollten Hand in Hand in die Zukunft gehen."

„Kameradschaft zweier großer, leidender und zukunftsvoller Völker", das wünschte er und war dabei sicher, „daß wir von Rußland nicht nur zu nehmen, daß auch wir, wenn es empfangen kann — und wie sollte sein weicher, hochherziger Sinn es nicht können —, ihm zu geben haben".

III

In den Jahren der Weimarer Republik wurde Thomas Mann — in sehr viel stärkerem Maß als Gerhart Hauptmann — zum weltweit anerkannten Repräsentan-

ten deutscher bürgerlicher Geisteskultur. Uns freilich interessiert hier wiederum nur seine Einstellung zu Rußland, dem nunmehr kommunistischen Rußland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

„Ich möchte keinen Zweifel lassen an meiner Ehrerbietung vor dem meiner Zeit angehörigen historischen Ereignis der Russischen Revolution", die „längst unmöglich gewordene, anachronistische Zustände beendet" habe, bekennt Thomas Mann am Abend seines Lebens (1950), und dies war seine Grundüberzeugung immer gewesen. Der kommunistischen Wirklichkeit gegenüber freilich hat er starke Vorbehalte gemacht, auch in seinen Akzenten im Laufe der Zeit differenziert, und erst während des Zweiten Weltkriegs steht er bedingungslos auf der Seite der Koalition gegen Nazi-Deutschland. Es ist nicht ohne Reiz, diese seine Entwicklung näher zu verfolgen.

Deutlich unterscheidet Thomas Mann zwischen der Leitidee der kommunistischen Ordnung und den Realitäten des Alltags. „Der ‚Kommunismus', wie ich ihn verstehe, enthält viel Gutes und Menschliches: Sein Ziel ist am Ende die Auflösung des Staates überhaupt, der immer Machtstaat sein wird, die Vermenschlichung und Entgiftung der Welt durch ihre Entpolitisierung. Wer wollte im Grunde dawider sein? Freilich, vor der ‚Proletarierkultur' bekreuzige auch ich mich doppelt und dreifach", schreibt er im ersten Nachkriegsjahr an den Schriftsteller Josef Ponten. Und an Julius Bab ein Jahr später: „Ich bin natürlich kein Bolschewik (wenn auch sonst gut russisch seit je). Aber eine Art von deutschem Kommunismus war im Mittelalter verwirklicht, und ich glaube, daß die Dinge sich bei uns etwa in dieser Richtung entwickeln werden." „Ein Bund der konservativen Kulturidee mit dem revolutionären Gesellschaftsgedanken, zwischen Griechenland und Moskau, um es pointiert zu sagen", — das ist es, was ihm, der der 1923 in Berlin gegründeten „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" zusammen mit seinem Verleger Samuel Fischer, dem Regisseur Leopold Jessner, mit Ernst Rowohlt, Herbert Ihering und Max von Schillings als Vorstandsmitglied angehörte, noch Ende der zwanziger Jahre vorschwebt. Dem deutschen Bürger aber, den man — damals wie heute — mit dem Wort „marxistisch" Angst und Schrecken einjagte, ruft er in seiner „Deutschen Ansprache" (gehalten im Berliner Beethovensaal im Oktober 1930 unmittelbar nach den Reichstagswahlen, die den Nazis 107 Abgeordnete brachten) zu, daß es „keinen schärferen und tieferen Gegensatz als den zwischen der deutschen Sozialdemokratie und dem orthodoxen Marxismus moskowitisch-kommunistischer Prägung" gebe.

Für Rußland selbst scheint ihm in jener Zeit das Wesentliche die Abkehr vom Westen zu sein: „Aller westlich-marxistischer Einschlag, den die große Umwälzung im Lande Tolstois an den Tag legt — an jenen Tag, der die Oberfläche der Dinge bescheint —, hindert uns nicht, in der bolschewistischen Umwälzung das Ende der Epoche Peters, der westlich liberalisierenden, der europäischen Epoche Rußlands zu sehen, welches mit dieser Revolution sein Angesicht wieder nach Osten wendet."

Dabei ist ihm „der Faschismus Italiens . . . das genaue Gegenstück zum russischen Bolschewismus, und seine antikische Geste und Mummerei kann nicht über die Humanitätsfeindlichkeit seines Wesens hinwegtäuschen."

Humanität, Menschlichkeit — Lieblingsworte Thomas Mann's und höchste Werte für ihn —: wer darf sie wirklich für sich in Anspruch nehmen? Manch einer wird

sich der Gespräche zwischen Settembrini und Naphta im „Zauberberg" erinnern, dem rationalistisch-fortschrittsgläubigen Italiener, dem „die Errungenschaften der Renaissance und Aufklärung ... Persönlichkeit, Menschenrecht, Freiheit" Ideale sind, und dem jüdischen Jesuitenzögling von der galizisch-wohlhynischen Grenze, für den „die Sache der Freiheit ... historisch verbunden ist mit der unmenschlichsten Entartung der Wirtschaftsmoral, mit allen Greueln des modernen Händler- und Spekulantentums, mit der Satansherrschaft des Geldes, des Geschäftes", und der sich ganz offen zum Terror bekennt. Unser Dichter entscheidet sich für keinen der Streiter, ihnen beiden gehört bis zu einem gewissen Grade seines „Helden" Hans Castorp und seine eigene Sympathie, wenngleich er noch 1932 ausdrücklich betonte, daß er „sich nach seiner seelischen Form mehr zu Westeuropa rechnen" müßte (13. 12. 32 an I. Schmeljow).

„Der Traum der Humanität, die Idee des Ausgleichs und der Vereinigung ist es, die uns Deutsche hindert, in diesem historischen Widerstreit (zwischen West und Ost) voreilig und einseitig Partei zu ergreifen. Unsere Mitte grenzt an den Osten sowie an den Westen, unsere Seelenlage hat teil an beiden Sphären, und unsere Freiheit ist Vorbehalt gegen extreme und militante Alternativen, sie zielt ab auf ein letztes, auf ein endgültig Menschliches", sagt er 1924 in einer Rede vor dem Warschauer PEN-Klub. Dieser häufig wiederkehrende Gedanke Thomas Mann's kommt dichterisch auch im „Zauberberg" zum Ausdruck.

Im Jahre 1926 war Mann in Paris, wurde von einer — freilich begrenzten — Elite der französischen Geisteswelt gefeiert und nahm persönlichen Kontakt auch mit einigen der bedeutendsten russischen Emigranten auf, deren es damals zahllose in der französischen Hauptstadt gab. „Ginge es nach unseren literarischen Moskauern, so dürfte man mit russischen Emigranten in Paris überhaupt nicht verkehren", sagt er in seiner „Pariser Rechenschaft", „denn sie müssen ja ‚Weiße', Bürger, Reaktionäre, Widergeistige, Abhub sein. Ich für mein Teil nehme an, daß sie ihre Gründe haben werden, Mütterchen Rußland (und wer sagt uns, mit welchen Schmerzen, unter welchen inneren Entbehrungen) heute zu meiden, und da diese Gründe desselben Niveaus sein werden wie ihre Hervorbringungen, in diesem Fall der Essay über Pascal (von Leo Schestow), so bin ich geneigt, sie zu achten." Er lernte Iwan Bunin, den Autor der Erzählung vom „Herrn aus San Francisco", kennen und empfand Sympathie, Solidarität — „eine Art von Eventualkameradschaft; denn wir sind in Deutschland ja noch nicht so weit, daß ein Schriftsteller vom ungefähren Charakter Bunins den Staub des Vaterlandes von den Füßen schütteln und das Brot des Westens essen muß. Aber ich habe gar nicht zu zweifeln, daß unter Umständen mein Schicksal das seine wäre" (Welch prophetischer Satz!). Er besuchte Iwan Schmeljow, dessen „Sonne der Toten" die furchtbaren Jahre des Mordens und der Hungersnot auf der Krim schildert und der nun in einer dürftigen Armeleutewohnung im VII. Pariser Bezirk hauste: „Mit letztem Erbarmen und letzter Ehrfurcht durchdringt uns erst die Vorstellung ihres ideellen Elends, der teuflischen Demütigung und Vernichtung des revolutionären Idealismus, von dem jeder höhere Russe erfüllt war und der durch das Erlebnis menschlich-viehischer Wirklichkeit in den Kot gezogen wurde." Und er verbrachte schließlich eine Stunde mit dem seit seiner Jugend von ihm bewunderten Mereschkowski, den „sein russisches Religiosentum, sein apokalyptisches Temperament" gezwungen hatte, „im Bolschewismus den Antichristen zu sehen und sein Vaterland zu meiden, dessen Seele ihm gefälscht und gemordet" schien.

Das alles sind unmißverständliche Worte Thomas Mann's über die sowjetische Wirklichkeit in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre, wie sie sich dem Dichter durch Vermittlung russischer Emigranten präsentierte. Und dennoch ist es seine Überzeugung: „Es genügt heute, irgendeine Note der Sowjets an die Regierungen des kapitalistischen Westens und des ‚Völkerbundes' zu lesen, um zu fühlen, auf welcher Seite die I d e e ist und auf welcher Überalterung, das Flickwerk, das Nicht-ein-und-aus-Wissen." „Das Lebens- und Zukunftsrecht dieses neuen Staats- und Gesellschaftswesens muß durch die Zeit bewiesen oder widerlegt werden", heißt es in einem Brief an Schmeljow vom November 1932.

IV

Das Jahr 1933 brachte die äußere Wende im Leben Thomas Mann's. Schon im Februar kehrte er von einer Vortragsreise nach Holland nicht mehr nach München zurück und war nun selbst dazu verurteilt, ein Emigrantendasein zu führen. In der ersten Zeit schwieg er politisch, dann aber gab er seiner Überzeugung, „daß aus der gegenwärtigen deutschen Herrschaft nichts Gutes kommen kann, für Deutschland nicht und für die Welt nicht", in einem Offenen Brief vom 3. Februar 1936 an Eduard Korrodi von der Neuen Zürcher Zeitung Ausdruck. Die Folge war seine Ausbürgerung und die noch beschämendere Entziehung der Ehrendoktorwürde durch den Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn.

Was Thomas Mann in diesen Jahren des Dritten Reichs politisch gedacht und wie er gehandelt hat, wissen wir aus seinen Tagebuchblättern „Leiden an Deutschland", seinen Briefen, Reden und Aufsätzen, aus seinem genialen Alterswerk „Doktor Faustus" und seiner eigenen ausführlichen Schilderung der Entstehung dieses Buches („Der Roman eines Romans"), vor allem aber aus den fünfundfünfzig Radiosendungen, mit denen er seit Oktober 1940 von Amerika aus seine „Deutschen Hörer" zu erreichen suchte. Hier soll uns wiederum nur seine Haltung zur UdSSR und ihrem Verhältnis zu Deutschland einerseits, den USA andererseits beschäftigen.

Kurt Sontheimer betont in seiner bereits erwähnten Arbeit sehr stark, daß Thomas Mann sich „Zeit seines Lebens geweigert" hat, „den Nationalsozialismus und den Kommunismus auf die gleiche Stufe zu stellen, wie das in fast jedem Handbuch der politischen Wissenschaften unter der Rubrik Totalitarismus geschieht" [3]). Das ist sicher völlig richtig. Wohl finden sich auch Äußerungen, die bei oberflächlicher Betrachtung zunächst auf eine andere Einstellung schließen lassen könnten, so etwa diese aus 1939: „Das Absolutwerden der Politik, ihre totale Diktatur über alles Menschliche, das ist der Untergang der Freiheit, kulturvernichtend, für unsere Begriffe, so gut wie die Anarchie, und in dem Willen dazu finden sich Faschismus und Bolschewismus. Der Wesensgegensatz des Bolschewismus zu dem, was wir soziale Demokratie nennen, zu einer gewissenhaften Freiheit, ist heute nicht klar genug zu erfassen und nicht stark genug zu betonen."

Aber offenbar war hier mit „Bolschewismus" das gemeint, was Thomas Mann als Entartung der eigentlichen kommunistischen Idee empfand, „die autokra-

---

[3]) Kurt Sontheimer, Thomas Mann und die Deutschen (Fischer-Bücherei), 1965, 101

tische Revolution, die Revolution im byzantinischen Kleide und als Welterlösungsanspruch, welcher dem westlichen Anspruch auf Weltgewinnung und geistiger wie materieller Weltherrschaft in einem historischen Wettstreit größten Stils gegenübersteht". Der Kommunismus selbst, „der mir fremd ist, der aber tiefe Wurzeln hat im russischen Menschentum", stand gewiß stets für ihn in unversöhnlichem Gegensatz zum „Faschismus italienischer oder deutscher Färbung, — dieser rein reaktiven und läppischen Nachäffung des Bolschewismus, einer Afterrevolution, ohne jede Beziehung zur Idee der Menschheit und ihrer Zukunft." „Deutschland hat im Jahre 1933 so wenig eine Revolution gehabt, wie es je eine gehabt hat. Rußland hat eine echte Revolution gehabt, und von dem Glauben an sie ist es getragen in seinem die ganze Welt zur Bewunderung hinreißenden Abwehrkampf gegen die Nazi-Invasion." Der Nationalsozialismus, „der im Zweiten Weltkrieg nicht besiegt ist, weil er gar nicht besiegt werden s o l l t e", war ihm „noch immer die verabscheuungswürdigste Kreation der politischen Geschichte". „Der Kommunismus ist eine Idee", sagt er 1952 in einem Essay „Der Künstler und die Gesellschaft", „eine im Wirklichen arg verzerrte Idee, aber deren Wurzeln tiefer reichen als Marxismus und Stalinismus, und deren reine Verwirklichung sich der Menschheit immer wieder als Forderung und Aufgabe stellen wird. Der Faschismus aber ist überhaupt keine Idee, sondern eine Schlechtigkeit, der hoffentlich kein Volk, klein oder groß, sich je wieder ergeben wird."

Die Unterscheidung zwischen Idee und Wirklichkeit macht schon der Brief aus der Schweiz an den Sowjetischen Schriftsteller-Verband vom 5. April 1937. Entschieden lehnt Thomas Mann es hier ab, sich — wie es seine Verleumder getan hatten — als einen „kommunistischen Schriftsteller" bezeichnen zu lassen, — „aus dem Grunde schon, weil, sollte mir auf Erden außer meiner künstlerischen Aufgabe auch eine politische zukommen, es nur die sein kann, demjengen den Weg bereiten zu helfen, was in meinem Lande, in Deutschland, eines Tages auf das gegenwärtige Unwesen folgen soll, wonach heute eine tiefe leidvolle Sehnsucht durch das entmündigte und geistig erniedrigte deusche Volk geht — und das ist bestimmt nicht die kommunistische Diktatur". Er will diesem Volk auch indirekt nicht zumuten, „eine Diktatur mit der anderen zu vertauschen". „Beziehungen der Duldung und Freundschaft zwischen östlichem Sozialismus und westlichem Humanismus", — darin scheint ihm „die Synthese der Zukunft sich anzubahnen".

Aufmerksam verfolgte Thomas Mann dann im Zweiten Weltkrieg von seinem Beobachterposten in Kalifornien aus die militärischen Ereignisse gerade auch in Osteuropa. Als Beispiel hier nur seine Bemerkung über die Berichte, mit denen die Nazis die Niederlage von Stalingrad zu verschleiern suchten. „Auf einmal sind die längst besiegten bolschewistischen Untermenschen weit überlegen an Zahl und Ausrüstung, und der arme, zarte Eindringling hat schwer für die Zivilisation zu ringen gegen die tückisch gerüstete Barbarei. Man kann von einem völlig verdorbenen Denken sprechen, einem Denken, das nur noch als Lüge und verrückte Umkehrung der Wahrheit funktioniert. Ich möchte wissen, wie weit das Volk selbst ein Opfer dieser Verderbnis geworden ist." „Der deutsche ‚Feldzug' dort scheint in eine unheilbare Katastrophe auszugehen, und es sieht ja auch aus, als wollte unser Adolph das Unternehmen mehr oder weniger liquidieren und die Verteidigung der Kultur nach dem Westen und nach Afrika verlegen."

Mehr noch als der Krieg selbst aber beschäftigten Thomas Mann Gedanken über die Zukunft. Mit Sorge gewann er schon Ende 1942 aus einer Unterhaltung mit dem russischen Botschafter in Washington, Maxim Litwinow, den Eindruck, daß man diesem „seine Sendung als Mittler zwischen Ost und West so schwer wie möglich machte, ja, daß seines Bleibens auf dem Botschafterposten in Washington kaum mehr lange sein werde." Die Versuche Hitlers nach der Niederlage von Stalingrad freilich, die Alliierten zu spalten, „England und die Vereinigten Staaten doch noch gegen ‚Zentralasien', soll heißen: Rußland, auf seine Seite zu bringen", sind für ihn „ein elender Schwindel, und er wird furchtbar sein. Den Nazis steht es an, die Gesellschaftsfähigen zu spielen und durch Göring mit dem Zaunpfahl winken zu lassen, eben so dick wie er selbst: ‚Wir werden allenfalls mit Gentlemen Frieden schließen, aber niemals mit den Sowjets!'. Wissen Sie immer noch nicht, daß mit i h n e n niemand Frieden schließen wird, weder die Demokratie noch der Sozialismus? Daß der Friede nach ihnen kommt . . .? Hat Rußland Deutschland überfallen, oder verhielt es sich umgekehrt? Der Tag ist vielleicht nicht fern, an dem das deutsche Volk in Rußland einen besonderen Freund erkennen wird."

Zur selben Zeit vertraut Serenus Zeitblom, der im „Doktor Faustus" die Geschichte des deutschen Tonsetzers Adrian Leverkühn erzählt, seinem Manuskript an: „Der Ruf nach Frieden mit den Angelsachsen, das Anerbieten, den Kampf gegen die sarmatische Flut allein fortzuführen, die Forderung, vom Gebot unbedingter Übergabe etwas abzulassen, das heißt: zu verhandeln, und zwar mit wem?, ist nichts als augenrollender Unsinn, das Verlangen eines Regimes, das nicht begreifen will, noch heute scheinbar nicht versteht, daß ihm der Stab gebrochen ist, daß es zu verschwinden hat, beladen mit dem Fluch — selbst unerträglich der Welt —, uns, Deutschland, das Reich,— ich gehe weiter und sage: das Deutschtum, alles Deutsche der Welt unerträglich gemacht zu haben." Im August 1943 notiert Thomas Mann: „Mit den Freunden über das schlechte Verhältnis zu Rußland, die Uneinigkeit, das Mißtrauen, genährt durch das Ausbleiben einer wirklichen zweiten Front, die Abberufung Litwinows und Maiskys. Eindruck, daß es sich kaum noch um diesen Krieg, sondern um die Vorbereitung des nächsten handelt." Doch nach außen hin bleibt er unerschüttert: „Gegensätze zwischen Rußland und dem Westen? Sie bestehen. Aber der Ausgleich zwischen ihnen gehört ja zu den Funktionen dieses Krieges: der Ausgleich zwischen Sozialismus und Demokratie, auf dem alle Hoffnung der Welt beruht. Rechnet nicht, Deutsche, auf Uneinigkeit zwischen den Verbündeten!" Einige Monate später schreibt er in einem Brief an Agnes Meyer, die Freundin des Hauses Mann in Washington: „Um was man besorgt sein muß, ist das Zusammenhalten der Koalition nicht nur bis zum Ende des Krieges (Hitlers einzige Hoffnung ist, daß sie schon vorher auseinanderfällt), sondern auch nachher: davon hängt es ja ab, ob ein Friede, der haltbar ist, weil er mutig den neuen Bedingungen Rechnung trägt, kommt oder nicht." Er selbst fühlt sich „persönlich fähig, mit dem Kommunismus sowohl wie mit einem leidlich gebildeten Clerico-Faschismus auszukommen".

Wieder ein Jahr später, nach der Landung der Alliierten in der Normandie, als alle möglichen Spekulationen an die Tatsache geknüpft wurden, daß die Nazis sich in Frankreich zäh verteidigten, während sie im Osten widerstandslos zurückwichen: „War denn nach allem, was geschehen, eine Verständigung der Russen mit dem gegenwärtigen Regime denkbar? Die Möglichkeit, daß Deutschland seinen einzigen Ausweg darin finden möchte, sich in die Arme Rußlands

zu werfen, hatte auch ich oft in Betracht gezogen. Daß es ihm jetzt noch freistände, war stark zu bezweifeln, und ich fand jenen ziemlich weit verbreiteten Verdacht phantastisch."

Dennoch kehren die alten Ängste immer wieder, und noch nach der Konferenz von Jalta (Februar 1945) schrieb Thomas Mann an seinen Schwiegersohn Antonio Borgese: „Zu verwirklichen ist erst einmal und vor allen Dingen die Vernichtung der Nazi-Bestie, — die sich diplomatisch erbietet, im Westen die Waffen zu strecken, wenn man ihr erlaubt, gegen Rußland allein weiter zu kämpfen. Was für eine Versuchung für eine Welt, die einst ‚München' lieferte! Ich werde nie das Zittern verlernen vor einem Über-München."

V

Nur allzu klar hatte Thomas Mann die Entwicklung vorausgesehen. Kaum war der Krieg zu Ende, da zeigten sich die bis dahin verdeckten Spannungen zwischen den Siegermächten in voller Deutlichkeit. Schon Ende 1945 empfand der Dichter: „Die Geschichte scheint an den tiefsten Punkt unseres Erlebens, an München wieder anzuknüpfen, — was sicher teilweise die Schuld des russischen ‚proletarischen Mißtrauens' ist . . ., also des östlichen Mißtrauens. Aber der Westen gibt nur allzu viel Grund, oder doch Anlaß dazu." Zwei Jahre später: „Dem deutschen Nationalismus wird aller Voraussicht nach volle Genugtuung werden. Das ‚Mitleid' mit Deutschland ist durchaus politischer Natur, das springt in die Augen. Man wird es aufrichten und aufrüsten, und in knapp 50 Jahren, wenn das nicht zu hoch gerechnet ist, wird es trotz allem das nicht-russische Europa in der Tasche haben . . ." So geschrieben 1947!

Doch Thomas Mann bewahrt weiterhin seine selbständig-kritische Haltung, auch zu seinem finanziellen Nachteil. In aller Stille lehnt er die drei ihm damals angetragenen großen Geldpreise kommunistischer Provenienz ab. „Von der Moskauer Kulturpolitik fühle ich mich schauerlich angeweht und möchte mich um keinen Preis auf sie festlegen lassen." „Ich bin kein ‚Mitläufer'. Aber es scheint, daß ich gescheite Kommunisten zu Mitläufern habe." „Im Grunde halte ich Rußland für viel zu europäisch und miterfahren, als daß ich an seine Erwähltheit recht glauben könnte, das Neue herbeizuführen. Offiziell redet es darüber oft genug wie ein gelehrter Esel, und der Lehr-Jargon, mit ‚formalistisch', ‚volksfremd', ‚realistisch' etc. etc. ist nicht über dem faschisischen Niveau."

Bloßen „Antikommunismus", bloße Hetze gegen die Sowjetunion freilich hielt er wie schon vor dem Kriege auch weiterhin für eine „Grundtorheit unserer Epoche". Insbesondere mahnte er den Westen, die antibolschewistische Haltung gerade bei den Deutschen nicht wieder zum Nährboden eines Faschismus in neuem Gewande werden zu lassen, — hatte er ganz unrecht? Er wußte wohl, „daß gerade der ‚gemäßigte', der humanistisch gezügelte, der liberale Sozialismus, also die Sozialdemokratie, den totalitären Kommunismus am allerbittersten haßt. Das ist in Amerika nicht anders, als es in Deutschland war. Und doch glaube ich", fuhr er fort, „daß schon die Bereitwilligkeit in unserem Lager, einzuräumen, daß eine soziale Reform der Freiheit fällig und geboten ist, schon die Abkehr von dem Aberglauben, man müsse überall in der Welt den Sozialismus niederhalten und lieber sich mit dem Faschismus verbünden, als zuzulassen, daß irgendwo free enterprise Schaden nehme, — ich glaube, daß schon dies eine

solche Veränderung der Atmosphäre mit sich bringen würde, daß dem russisch-amerikanischen Gegensatz viel, ja Entscheidendes von seiner Schärfe genommen wäre" (1950). Als sich die Vereinigten Staaten damals unter Führung des Senators McCarthy dem Rausch einer antikommunistischen Hexenjagd hingaben, wurde Thomas Mann der Aufenthalt auch in seiner neuen Heimat verleidet, und er kehrte für die letzten Jahre seines Lebens in die Schweiz zurück, die ihm schon einmal Obdach geboten hatte. Er war fest davon überzeugt, „daß Rußland nie angreifen wird".

Bei uns ist Thomas Mann auch nach dem Krieg eine umstrittene Persönlichkeit geblieben, angefeindet und verleumdet vor allem von denen, die am wenigsten von ihm wußten. Zu viele fühlten sich wahrscheinlich selbst durch seinen unerbittlichen Kampf gegen jenen Mann getroffen, der „den Retter der Zivilisation vor dem Bolschewismus spielte", aber nur bewirkt hat, daß heute die Hälfte unseres früheren Reichs unter kommunistischer Herrschaft steht. Auch daß der Dichter bei seinen Besuchen hier nicht nur in der Bundesrepublik gesprochen hat, sondern auch in Weimar, hat man ihm übel genommen. Ich glaube freilich nicht, daß man ihn auch heute noch gegen derartige Vorwürfe in Schutz zu nehmen braucht.

Es kommt im Rahmen unserer Betrachtung nicht darauf an, ob Thomas Mann die Möglichkeiten einer Versöhnung und Verbindung westlicher Humanität, wie er sie begriff, mit den Ideen der russischen Revolution, die ihren Nährboden sowohl im russischen Wesen wie im rationalistischen Denken des Westens haben, politisch im einzelnen genauer durchdacht hat. Es war nicht seine Aufgabe, und wahrscheinlich hat er es auch nicht getan. Unsere Politiker aber sollten es endlich tun, nachdem sie bisher geglaubt oder zu glauben vorgegeben haben, sie brauchten die Niederlage Deutschlands im Osten juristisch nicht zur Kenntnis nehmen. „Unsere Mitte grenzt an den Osten wie an den Westen", sagte Thomas Mann 1924 in Warschau, — gilt das nicht für das geteilte Deutschland, soweit die Bürger der beiden deutschen Staaten noch einen Rest von Zusammengehörigkeitsgefühl bewahrt haben, erst recht? Gewiß ist die politische Lage heute völlig anders als nach dem Ersten Weltkrieg. Aber ist nicht die Notwendigkeit einer Verständigung mit der Sowjet-Union heute noch viel dringlicher als in den Tagen von Rapallo?

Niemand wird das Band zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten von Amerika zerreißen, niemand andere als freundschaftlichste Beziehungen zu Frankreich wünschen wollen. Aber wer die Befriedung Europas für die wichtigste, bisher höchst unzulänglich — wenn überhaupt — in Angriff genommene Aufgabe deutscher Politik hält, der wird mit Thomas Mann auch dies wiederholen dürfen:

„Rußland und Deutschland müssen einander besser und besser kennen. Sie sollten Hand in Hand in die Zukunft gehen."

Prof. Dr. Franz B. Schick, Salt Lake City

Vietnam und das Image der USA

I

Arthur Schlesinger jr., einer der engsten Berater Präsident Kennedys und heute „Albert Schweitzer Professor of the Humanities" an der City University of New York faßte kürzlich in einem Aufsatz, der weite Verbreitung fand, die kritischen Gedanken vieler amerikanischer Intellektueller, die von ihren Gegnern häufig als „Linksliberale" abgestempelt werden, über einige wesentliche Aspekte der Außen- und Innenpolitik Präsident Johnsons zusammen.[1]) An Hand zahlreicher Tatsachen beweist Schlesinger, daß die fortgesetzte Eskalation des Krieges die USA dem militärischen Sieg keinen Schritt nähergebracht hat.[2]) Professor Schlesinger und die prominenten Intellektuellen, die Präsident Johnson kritisieren, ziehen jedoch nicht nur die militärische Vernunft, sondern auch die Glaubwürdigkeit der Regierung in Zweifel. Für die Entfremdung vieler amerikanischer Intellektueller von der Staatsführung und der Gesellschaft gibt es viele Gründe. Einige Beispiele sollen genügen:

General Maxwell Taylor versuchte, das barbarische Bombardement von Nord- und Südvietnam[3]) zu rechtfertigen mit der Erklärung: „Der Zweck unseres Luftkampfes ist es, den Willen der feindlichen Führung zu ändern." Verteidigungsminister McNamara aber sagte genau das Gegenteil mit den Worten: „Wir haben niemals geglaubt, daß Bombenangriffe den Willen Nordvietnams brechen können." Während Präsident Johnson und seine engsten Berater fortfahren, die „Bomben-Illusion" zu nähren, verteidigt Außenminister Dean Rusk das stärkere Engagement der USA in Vietnam mit dem Hinweis auf Hanois „Aggression". Gleichzeitig gibt er jedoch zu: obwohl reguläre nordvietnamesische Einheiten in den Süden einmarschiert sind, sei der Krieg in Südvietnam „immer noch im wesentlichen ein Guerilla-Kampf". Viele Male versicherte man der Öffentlichkeit, Amerikas überlegene Streitkräfte würden in kurzer Zeit einen entscheidenden Sieg erringen. Dennoch entsendet man immer mehr amerikanische Truppen nach Vietnam, und die Hoffnung auf einen militärischen Zusammenbruch der gegnerischen Armee wird zusehends illusorischer.

Die innenpolitischen Widersprüche treten noch klarer zutage. Johnson und Mitglieder seiner Regierung haben dem Volk oft genug versprochen, der Krieg in Vietnam werde das Programm der „Great Society" nicht stören. Monatlich aber

---

1) A Middle Way out of Vietnam, in „The New York Times Magazine" vom September 1966, S. 47 ff.
2) Die Theorie, eine Ausweitung des Krieges würde ihn verkürzen, beruht nach Professor Schlesinger auf drei Voraussetzungen, nämlich 1. daß der Krieg in Nordvietnam entschieden wird, 2. daß das Risiko des chinesischen Eintritts in den Krieg gering ist und 3. daß ein militärischer „Sieg" in irgendeinem Sinne möglich ist. Wie Professor Schlesinger darlegt, „bilden diese Annahmen eine furchtbar schwankende Basis für ein Vorgehen, das Amerika schon in einen Bodenkampf in Asien verwickelt hat und die Welt durchaus an die Schwelle des Dritten Weltkriegs führen kann." Ebd., S. 47.
3) Charles Mohr von der Londoner „Times" hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf dieses Kapitel der menschlichen Tragödie, das von unschuldigen zivilen Opfern der Bombenangriffe durchlitten wird, gelenkt, als er schrieb: „Fast jedes Provinzkrankenhaus in Vietnam wird von zivilen Opfern des Krieges bevölkert. Manche amerikanischen Ärzte und andere Beamte sagen, die Mehrzahl sei den amerikanischen Luftstreitkräften und der südvietnamesischen Artillerie zum Opfer gefallen." Ebd., S. 111.

gibt man 1,5 Milliarden Dollar für den Vietnam-Krieg aus und beschwört damit die Gefahr einer ernstzunehmenden Inflation herauf. Dadurch wurde der Präsident gezwungen, praktisch alle größeren Zahlungen, die ursprünglich für den ausgezeichneten Plan der „Great Society" vorgesehen waren, einzustellen. Das amerikanische Volk hat darüber hinaus die heftige Kontroverse zwischen Johnson und den Leitern der Federal Reserve Bank verfolgt, in deren Verlauf der Präsident behauptete, für eine Erhöhung der Zinssätze liege kein zwingender Grund vor. Die Kreditkosten sind jedoch ständig gestiegen. Im Augenblick betragen sie etwa sieben Prozent. Der Präsident sagte seinem Volk voraus, die Hochkonjunktur werde andauern. Führende Finanz- und Wirtschaftsexperten aber geben offen ihrer Sorge Ausdruck, eine weitere Geldentwertung, anhaltend hohe Zinssätze und eine — allgemein erwartete — Steuererhöhung würden das Land in eine sehr ernste Depression führen. Die amerikanischen Börsen, die empfindlichsten Barometer für die Gesundheit der amerikanischen Wirtschaft, verzeichnen seit Monaten schwere Verluste. Die abbröckelnden Kurse zeigen den Pessimismus anerkannter Führer der amerikanischen Industrie, des Handels und der Banken. Sie spiegeln auch die Stimmung von Millionen kleiner Investoren wider. Nicht zuletzt sind die Lebenshaltungskosten in den USA ständig gestiegen. Die amerikanischen Hausfrauen hatten den wiederholten Versprechungen der Regierung geglaubt, der Vietnam-Krieg und die anderen globalen Verpflichtungen Amerikas würden die Preisstabilität im Inland nicht erschüttern; nun sind sie beunruhigt. Man fürchtet im stillen für die Kaufkraft des Dollar und hegt den Verdacht, daß die Preise weiter steigen und die Vermögensanlagen des Durchschnittsamerikaners, etwa Ersparnisse, Lebensversicherungspolicen und Pensionsfonds, an Wert verlieren könnten. Es überrascht deshalb nicht, daß das weitverbreitete wöchentlich erscheinende Nachrichtenmagazin „Time" kürzlich den Schluß zog: „Wenn Lyndon B. Johnson wirklich die Absicht hegt — und das tut er sicher — ein fähiger Präsident zu bleiben, kann er das nicht, ohne seine Glaubwürdigkeit bei seinen Wählern wiederherzustellen." [4])

Aufgrund der immer weiter um sich greifenden Vertrauenskrise stellte James Reston, im allgemeinen treuer Gefolgsmann Johnsons, in einem Leitartikel der „New York Times" fest, daß der Präsident „die politische Taktik den Prinzipien übergeordnet hat und Opposition gegen seine politischen Manipulationen aufgekommen ist." Reston glaubt: „Trotz aller Fehler, Unklarheiten und irreführenden Behauptungen Washingtons in bezug auf Vietnam in der Vergangenheit ist es die schlichte Wahrheit, daß Präsident Johnson jetzt ernsthaft eine ehrenvolle Beilegung des Krieges sucht ... Es ist eine Ironie des Schicksals, daß es dem Präsidenten nicht gelungen ist, den Gegner davon zu überzeugen." [5]) Dem wäre noch eine traurige Tatsache hinzuzufügen: Johnson konnte auch weder die zuverlässigsten westlichen Verbündeten der USA, die Engländer und die Franzosen, noch die zahlreichen Regierungen blockfreier Länder, die früher den Worten eines amerikanischen Präsidenten Glauben schenkten, überzeugen.

Washington hat an Prestige verloren. Trotzdem teilt der Autor nicht die gefährliche Meinung, es sei allein an der Vertrauenskrise schuld. Freund und Feind mißtrauen der Ehrlichkeit von Washingtons Bereitschaft zu einer Kompromißlösung, der die Nationale Befreiungsfront Südvietnams und Hanoi zustimmen können, ohne ihre Revolution gegen die Fremdherrschaft zu verraten. Diese

4) The Presidency — The Affection Gap, in „Time" vom 23. September 1966, S. 22.
5) Leitartikel der „New York Times", nachgedruckt in „Salt Lake Tribune" vom 2. Oktober 1966, S. 17 a.

Zweifel haben jedoch ihre Ursache kaum in den heute erkennbaren Zeichen von Ungeduld, die der ehemalige Präsident Eisenhower gut in Worte kleidete, als er erklärte, „er würde nichts, den Einsatz von Atomwaffen inbegriffen, ausschließen, um den Krieg in Vietnam zu beenden".[6]) Einen weit bedeutsameren Störfaktor für die Bemühungen um einen Verhandlungsfrieden bilden die Vorbereitungen zur Erhöhung der Truppenkontingente in Vietnam, mit denen allein die amerikanischen Landstreitkräfte auf 400 000 bis 500 000 Mann verstärkt werden sollen.[7]) Diese groß angekündigten Pläne sind nicht geeignet, das Vertrauen in den Ernst von Washingtons Wunsch nach einem Kompromißfrieden zu festigen.[8]) Die wichtigste Ursache des augenblicklichen Dilemmas aber wird im Ausland nicht ganz verstanden: Es ist die Konformität der Meinungen der weitaus meisten Amerikaner über die Fortsetzung des Krieges in Vietnam. Weder der Präsident noch irgendein anderer amerikanischer Politiker kann den Standpunkt der Massen, der immer wieder in Umfragen ermittelt worden ist, außer acht lassen. Eine Louis-Harris-Repräsentativbefragung z. B. zeigte kürzlich, daß „die öffentliche Meinung über den Vietnam-Krieg zusehends militanter wird und eine Stimmung des ‚Bringen-wir-es-hinter-uns' um sich greift."[9]) Typisch für diese Stimmung ist eine andere Umfrage, die Dr. George Gallup in Großbritannien, Kanada und den Vereinigten Staaten durchführte.[10]) Dabei wurde einem sorgfältig ausgewählten repräsentativen Querschnitt von Erwachsenen folgende Frage vorgelegt:

„Welche der folgenden Feststellungen kommt nach allem, was Sie gehört und gelesen haben, Ihrer Meinung über den Krieg in Vietnam am nächsten?

1) Die USA sollten beginnen, Truppen abzuziehen.

2) Die USA sollten ihren Kampf mit der augenblicklichen Intensität fortsetzen.

3) Die USA sollten ihre Angriffe auf Nordvietnam verschärfen."

Die Ergebnisse in den einzelnen Ländern lauteten wie folgt:

	Großbritannien	Kanada	Vereinigte Staaten
Für Nr. 1	42 %	31 %	18 %
Für Nr. 2	17 %	18 %	18 %
Für Nr. 3	16 %	27 %	55 %
Keine Meinung	25 %	24 %	9 %

Es ist erschreckend festzustellen, daß insgesamt 73 Prozent der nach wissenschaftlichen Methoden als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ausgewählten Amerikaner eine militärische Lösung befürworten.

---

6) „New York Times" vom 4. Oktober 1966, S. 8 c.
7) Vgl. detaillierten Bericht von Hanson W. Baldwin, in „New York Times" vom 4. Oktober 1966, S. 1 und 5.
8) Auszug aus dem Brief des Lawyers Committee On American Policy Towards Vietnam vom 11. Oktober 1966 an Präsident Lyndon B. Johnson: „Botschafter Goldbergs am 22. September bei den Vereinten Nationen vorgetragener Vorschlag einer von beiden Seiten schrittweise zu vollziehenden De-Eskalation des Krieges in Vietnam war scheinbar eine hoffnungsvoll versöhnliche Initiative. Gleichzeitige Aktionen der Regierung lassen jedoch Zweifel an der Ehrlichkeit der Worte des Botschafters aufkommen. Innerhalb von 24 Stunden nach der Rede Botschafter Goldbergs kündigte Verteidigungsminister McNamara eine 30prozentige Steigerung der Kampfbomberproduktion für das im Juli 1967 beginnende nächste Rechnungsjahr an. Im gleichen Zeitraum wurden zum ersten Mal seit fünf Monaten wieder B-52-Bomber in Angriffen auf Nord-Vietnam eingesetzt. Offenbar veranlaßten diese Ereignise die Herausgeber der „New York Times", die Frage zu stellen: ‚Können die Vereinigten Staaten den Krieg in Vietnam ständig eskalieren, einen noch größeren Krieg für das nächste Jahr vorbereiten und gleichzeitig Friedensverhandlungen mit Hanoi zustandebringen?' (Leitartikel vom 7. Oktober 1966)."
9) Zum Ergebnis dieser Umfrage vgl. McCarthism is Threatening us Again, in „Saturday Review" vom 13. August 1966.
10) Dr. George Gallup, Institute of Public Opinion, in „Salt Lake Tribune" vom 25. September 1966.

Angesichts dieser zutreffend die Stimmung des Durchschnittsamerikaners widerspiegelnden Ergebnisse muß man sich fragen, warum so viele — als Individuen menschenfreundliche und friedliche — Amerikaner einer aggressiven Massenpsychose zum Opfer gefallen sind. Eine Antwort auf diese Frage kann zum großen Teil erklären, weshalb Johnson oder ein anderer einsichtiger Politiker in den USA mit heftiger Opposition der Massen gegen eine Beendigung des Krieges in Vietnam zu rechnen hätte, es sei denn, er könnte Beweise für einen wirklichen oder vorgeblichen militärischen Sieg über den „Erzfeind", den Kommunismus, beibringen.

Seit der Zeit der kommunistischen Revolution hat man die Amerikaner mit ganz wenigen Ausnahmen gelehrt, „den Kommunismus" zu fürchten und zu hassen. „Kommunismus" bedeutete — und bedeutet noch jetzt — für die meisten Amerikaner Enteignung des Privatbesitzes und Aufhebung individueller Freiheiten, wie der Meinungs- und Koalitionsfreiheit. Im Laufe der Jahre hat diese intensive politische Erziehung einen geistigen Konformismus geschaffen, der eine schnell fertige Antwort auf den Kommunismus bereithält. Die Antwort überrascht nicht in einem Land, dessen politische und wirtschaftliche Führung es bequem findet, die traditionellen Schlagworte einer vom unteren Mittelstand dominierten Gesellschaft, die die Notwendigkeit sozialer Veränderungen ungern anerkennt, zu unterstützen. Früher richtete diese Haß-Furcht-Kampagne ihre Aggression vorwiegend gegen die eigenen Mitbürger und bedrohte so nur den Bestand derjenigen Institutionen der amerikanischen Mittelstandsgesellschaft, die sie angeblich vor „kommunistischer Infiltration und Subversion" schützen wollte. Die antikommunistische Propaganda änderte sich entscheidend, als die amerikanische Regierung anfing, außerhalb der USA ihr Heil in der Gewalt zu suchen. Seitdem bemühte sie sich, die amerikanischen Massen von ihrer Mission, dem Kampf gegen den Kommunismus auf globaler Ebene, zu überzeugen. Deshalb scheuten es die Regierung und ihre wirtschaftlich mächtigen Hintermänner, die Mehrheit des Volkes differenzierterer politischer Information auszusetzen. Die militante Propaganda oktroyierte schließlich breiten Schichten der Bevölkerung einen politischen Konformismus auf, der sie aggressive politische Schlagworte unbesehen akzeptieren ließ. Dieser Wandel im politischen Klima Amerikas könnte den Frieden und die internationale Sicherheit gefährden. Infolge dieser Veränderung, deren Ursprung man bis zum Beginn der Politik des Kalten Krieges unter der Truman-Doktrin zurückverfolgen kann, ist jede kritische Prüfung der amerikanischen Beziehungen zum Ausland unterdrückt worden. Darüber hinaus betrachtet man die wissenschaftliche Analyse der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Konzeptionen des Sozialismus und des Kommunismus mit Mißtrauen. Diskussionen, in denen versucht wird, die Anziehungskraft und die Anwendung dieser Konzeptionen auf andere Länder, vor allem auf Entwicklungsländer, zu erklären, werden oft als unpatriotisch und verräterisch abgestempelt und als Unterstützung für Amerikas Erbfeind, den Kommunismus, hingestellt. Heute tauchen solche Erörterungen der Tatsachen in den Massenkommunikationsmitteln überhaupt nicht mehr auf, da Johnson sie als Amerikas nationalen Interessen zuwiderlaufend charakterisiert hat. Mit all diesen Mitteln hat man beim Volk den Eindruck erweckt, gewisse Behauptungen bedürften keines weiteren Beweises mehr: „Sozialismus" und „Kommunismus" sind „böse"; die chinesische Form des „Kommunismus" stellt im Augenblick die gefährlichste Bedrohung der „Freien Welt" dar, das vonehmste Ziel der Vereinigten Staaten in Vietnam ist es, ein für allemal ein Exempel zu statuieren dafür, daß die USA entschlossen sind, für „Frieden, Freiheit und Demokratie" in allen Ländern, die

noch nicht unter dem Einfluß des Kommunismus stehen, zu kämpfen. Infolge massiver Propaganda erscheinen diese Behauptungen so einwandfrei belegt, daß sie über jeden Zweifel erhaben sind. Man hat „die bösen Absichten" des Kommunismus auf den Sockel absoluter Wahrheit erhoben. „Die Wahrheit" anzuzweifeln oder auch nur zu erörtern, würde dementsprechend nicht nur Unvernunft, sondern Sympathien mit dem Sozialismus und Kommunismus und mangelnde Loyalität gegenüber den Vereinigten Staaten zeigen. Da die politische Erziehung in den USA auf der Basis dieser „Wahrheit" aufbaut, erscheint es den desinformierten und politisch unreifen Massen nur richtig, vor allem eine dieser „Wahrheit" gemäße Frage aufzuwerfen: Wie kann man den Kommunismus und seinen jüngeren Bruder, den Sozialismus, am erfolgreichsten bekämpfen und endlich in der ganzen Welt vernichten? Mehr als zwei Jahrzehnte innenpolitischer Verhetzung der amerikanischen Massen gegen die angeblichen Übel des Kommunismus haben eine politische Massenpsychose geschaffen. Sie hat den wohlmeinenden und friedliebenden Durchschnittsbürger der USA mit kriegerischem Missionsgeist erfüllt. Das Schlagwort „Besser tot als rot" ist ein treffender Ausdruck der extremen Form, die dieser Missionsgeist annimmt.

Es ist typisch für Individuen, die einer Massenpsychose zum Opfer gefallen sind, daß sie Handlungen, die man in normaler geistiger Verfassung zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit rechnet, nicht kategorisch verwerfen. Nur zwei Beispiele sollen genannt werden: die fast alltäglichen Berichte der amerikanischen Militärführung in Saigon über „Such-und-töte-Unternehmen" und der Abwurf von Tonnen von Brandbomben über „Vietkong-verdächtigen" Gebieten, bei dem unschuldige Zivilisten zu Tausenden getötet und verwundet werden. Kein Aufschrei der amerikanischen Öffentlichkeit über diese Ungeheuerlichkeiten ist laut geworden.

Der wahnsinnige Missionseifer ist eine alarmierende Bedrohung des demokratischen Erbes der Vereinigten Staaten, ihrer freien politischen Institutionen und des Weltfriedens. Die künstlich erzeugte Übereinstimmung des Volkes mit Amerikas Vorgehen in Vietnam, in der Dominikanischen Republik und vielen anderen Teilen der Welt stellt eine beklagenswerte antidemokratische Entwicklung dar, deren Wurzeln weitgehend in Amerikas augenblicklicher Massenpsychose liegen. Die moralische und politische Verantwortung für die Erzeugung dieser Massenpsychose aber tragen vor allem amerikanische Politiker und gewisse mächtige Interessengruppen, die hinter ihnen stehen. Eine Analyse der amerikanischen „Kommunismus-Panik" erklärt auch die Schritte, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs zum militärischen Engagement der Vereinigten Staaten in Vietnam geführt haben — entschuldigt sie allerdings nicht.

II

Eine Erläuterung, deren Bedeutung dem Beobachter der innenpolitischen Szene Amerikas häufig entgeht, soll diesem Bild der politischen Mentalität der Amerikaner hinzugefügt werden:

Der Durchschnittsbürger der Vereinigten Staaten war im allgemeinen fest davon überzeugt, sein Land sei das leuchtende Symbol des Friedens und der Demokratie und könne deshalb im Ausland größtes Prestige beanspruchen. Das politische Bild einer Nation, die „auf der Seite der Engel, allerdings weit unter

ihnen" steht, ist noch immer tief im Bewußtsein des leichtgläubigen Amerikaners verankert. Die informierte öffentliche Meinung im Ausland hat es jedoch kaum jemals geteilt. Dort hat man gewöhnlich zwischen den beiden Seiten des amerikanischen Image unterschieden. Die eine findet ihren Ausdruck im von höchsten politisch-humanitären Idealen bestimmten Wortschatz, dem großangekündigte Spenden von Geld und Waren an die Armen der Welt Nachdruck verleihen. Die andere Seite wird enthüllt durch die unerwünschte Ausdehnung des amerikanischen Einflusses auf andere Länder und die Unterwerfung ihrer notleidenden Massen unter den wirtschaftlichen Kolonialismus mit Hilfe örtlicher Cliquen und, wenn nötig, im Vertrauen auf militärische Macht.[11])

Der Stolz des naiven Amerikaners auf seine überlegenen demokratischen Institutionen im Inland und seine fast unbegrenzte Fähigkeit, weniger glückliche Nationen mit dem moralischen und wirtschaftlichen Wohlwollen eines reichen Bruders zu behandeln, wurden etwas erschüttert, als kürzlich Massendemonstrationen von Millionen von Negern im Süden Aufsehen erregten. Denn die meisten weißen Amerikaner, die bisher von der tiefen Armut und der menschlichen Entwürdigung ihrer farbigen Mitbürger nichts wußten, mißbilligten zweifellos eine so flagrante Diskriminierung und Verfolgung der Neger — zumindest theoretisch. Einen weiteren dunklen Fleck erhielt das Bild moralischer und politischer Rechtschaffenheit, das die Amerikaner von sich selbst entworfen hatten, als das von den USA unterstützte Schweinebucht-Abenteuer scheiterte und die Castro-Regierung bestehenblieb.[12]) Die leichte Unsicherheit der amerikanischen Massen ist jedoch nicht etwa auf ein Nachlassen des Haß-Furcht-Komplexes zurückzuführen. Im Gegenteil: den Durchschnittsamerikaner verletzte es in seinem Stolz auf seine politische und militärische Überlegenheit, daß ihm kubanische „kommunistische Partisanen" eine militärische Niederlage beibringen konnten. Als Reaktion darauf wurde die Stimmung im Inland eher militanter als friedlicher. Deutlicher denn je mißachtete man alle Zeichen der Ablehnung in der öffentlichen Meinung des Auslands. Die Amerikaner waren tief durchdrungen von der Überzeugung, es sei ihre moralische und politische Mission, die Demokratie in Kuba wiederherzustellen, die — ihrer Meinung nach — jahrzehntelang unter Señor Battista und seinen Vorgängern dort bestanden hatte. Und sie waren entsprechend bestürzt, wenn nicht schockiert, als die Politik der Vereinigten Staaten zur Wiederherstellung von „Demokratie und Freiheit in Kuba" von der „freien Welt" nicht aktiv unterstützt wurde, ja nicht einmal von Amerikas zuverlässigsten Verbündeten, England und der Bundesrepublik. Auch die meisten lateinamerikanischen Regierungen waren nicht bereit, einen über fromme Resolutionen hinausgehenden Beitrag zum nordamerikanischen Kreuzzug für „Demokratie und Frieden" zu leisten. Angesichts dieser Entwicklungen, die den Ruf Amerikas im Ausland ernstlich beeinträchtigten, bliebe es schwer verständlich, warum Washington seine Politik des Schwertes nicht gegen eine eher zur Versöhnung beitragende Politik des Konferenztisches eintauschen wollte, wenn man nicht den innenpolitischen Druck in Amerika als plausibelste Erklärung heranzöge. Zweifellos hat die Sicherheit der wirtschaftlichen Investitionen der USA in Lateinamerika und anderen Gebieten eine gewisse Rolle gespielt. Ein weiterer Grund mag die Domino-Theorie sein, die behauptet, daß die Ausdehnung des

11) Um einen Eindruck des Bildes von Amerika, wie es einer der bedeutendsten amerikanischen Dichter sieht, zu gewinnen, vgl. Archibald MacLeish, What is „Realism" doing to American History?, in „Saturday Review" vom 3. Juli 1965; vgl. auch Prof. Henry Steel Commager, A Historian Looks at our Political Morality, in „Saturday Review" vom 10. Juli 1965, S. 16 ff.

12) Vgl. kurze juristische Untersuchung des kubanischen Fiaskos von Prof. Dr. Franz B. Schick, Cuba y el imperio de la ley, in „Cuadernos Americanos", Juli-August 1963, S. 113 ff.

kommunistischen Einflußbereichs auf einen weiteren strategisch wichtigen Staat eine Kettenreaktion auslösen würde, die zum Zusammenbruch des gesamten zur Bändigung des kommunistischen Ungeheuers geschaffenen Verteidigungssystems führen müßte.

Zweifellos übten diese und ähnliche Erwägungen im Hinblick auf Südostasien einigen Einfluß auf amerikanische Politiker aus. Auch die Ermordung Kennedys spielte eine gewisse Rolle, da sein Nachfolger mehr an der Innenpolitik interessiert und daher in der Außenpolitik abhängiger von den Beratern war, denen es gelungen war, sein Vertrauen zu erwerben. Trotzdem scheint man Amerikas Weg in die militärische Verwicklung in Vietnam, die allerdings durch solche oder ähnliche Betrachtungen beeinflußt war, am besten mit dem Hinweis auf die vorherrschende politische Massenpsychose erklären zu können. Amerikas militärische Mission gegen den Kommunismus nach jahrzehntelanger Verhetzung der Massen im Inland abzubrechen, könnte revolutionäre soziale und wirtschaftliche Spannungen innerhalb der Vereinigten Staaten auslösen. Kein mit der innenpolitischen Situation vertrauter Politiker würde das riskieren. Trotz zahlreicher Antikriegsdemonstrationen und der wachsenden Oppositon hochgeachteter amerikanischer Intellektueller ist Washington zum Gefangenen seiner eigenen Propaganda geworden. Also mußte es die amerikanischen Massen in ihrem Glauben bestärken, daß die Regierung und der größte Teil des Volkes von Südvietnam für die „Wahrung ihrer Freiheit" kämpften, die von der direkten und indirekten „kommunistischen Aggression" bedroht war. Offensichtlich ist — wie es von offizieller Seite heißt — kein Opfer zu groß, wenn es um die Unterstützung Südvietnams gegen die kommunistischen Guerillas und die nordvietnamesische Aggression geht.

Wer später einmal das politische Verhalten Amerikas im Zusammenhang mit dem Vietnam-Krieg untersucht, wird genügend Beweise finden, um detailliert darzulegen, wie die politische Verhetzung der amerikanischen Massen einen psychologischen circulus vitiosus geschaffen hat, aus dem weder die Urheber der antikommunistischen Haß-Furcht-Kampagne noch ihre leichtgläubigen Opfer, das amerikanische Volk, ausbrechen können, ohne die gesellschaftliche Struktur der Vereinigten Staaten zu gefährden.

Das von staatlichen und geschäftlichen Werbeleuten in den Köpfen der Durchschnittsamerikaner geschaffene Bild von sich selbst verlangte nach Festigung, als man die Schrecken des Krieges gegen die „kommunistischen Guerillas" in Südvietnam und die ungeheure Zahl der Todesopfer, die die Bombardierung Süd- und Nordvietnams forderte, nicht länger verharmlosen konnte. Also mußte man das unmittelbare Eingreifen amerikanischer Truppen in Vietnam offiziell rechtfertigen. Ein hervorragendes Beispiel für eine solche Rechtfertigung ist eine Behauptung von Dr. McGeorge Bundy, der als ehemaliger Sonderberater Präsident Johnsons für nationale Sicherheit großen Anteil an der zeitgemäßeren Formulierung der Ziele der Politik Amerikas in Vietnam hatte — einer Politik, die schließlich zur Eskalation des Krieges führte. Dr. McGeorge Bundy zufolge ziehen sich seit einem Vierteljahrhundert „drei rote Fäden" durch die Politik Amerikas: „Eine Anerkennung der mit der Macht verknüpften Verantwortung, ein beständiges leidenschaftliches Engagement für das Ideal des Friedens und eine Bereitschaft, uns nach Maßgabe der Auswirkung unseres Verhaltens auf andere zu beurteilen und beurteilen zu lassen." Der frühere politische Berater Präsident Johnsons wandte diese Definition auf „schwierige und gefährliche Ge-

biete wie Vietnam und die Dominikanische Republik" an und erklärte, die Vereinigten Staaten erwarteten „vor allem, nicht nur nach dem verantwortlichen Gebrauch unserer eigenen Macht und den Beziehungen dieser Macht zum allgemeinen Ziel des Friedens beurteilt zu werden, sondern auch entsprechend dem Verhältnis zwischen unseren Handlungen und den wahren Interessen derer, mit denen wir in Berührung kommen." [13]) Diese Definition der politischen Ziele der USA fordert offensichtlich die Frage heraus, ob es moralisch und politisch richtig ist, Hunderttausende von Vietnamesen zu töten, wenn man letzten Endes der überlebenden Bevölkerung des unglücklichen Landes den Frieden bringen kann. Und da die Verluste der in Vietnam kämpfenden Amerikaner ständig steigen, sind die politisch wacheren Bevölkerungsschichten an der „Heimatfront" nicht mehr ganz so sicher, daß es moralisches, politisches oder gesetzliches Recht des offiziellen Washington ist, zu entscheiden, wo die „wahren Interessen" des Volkes in Vietnam oder anderen Gebieten der Welt liegen.[14]) Das wachsende Unbehagen und die Versuche einer steigenden Zahl amerikanischer Intellektueller, ihm wirksamen Ausdruck in der Öffentlichkeit zu geben, liefern eine zusätzliche Erklärung für die heftige Propaganda-Kampagne der amerikanischen Regierung gegen diese Bemühungen um eine oppositionelle Öffentlichkeitsarbeit. Es gibt heute, wie im ersten Teil dieses Artikels dargelegt, Zeichen einer wachsenden, wenn auch noch unwirksamen öffentlichen Oppositon gegen den Krieg in Vietnam und seine offizielle Rechtfertigung. Ein Erwachen der Massen könnte den Heiligenschein, durch den die Amerikaner ihr eigenes politisches Bild betrachtet haben, zerstören und auf diese Weise zum Ausgangspunkt der Verbesserung des amerikanischen Image im Ausland werden. Es würde auch dem augenblicklichen Druck zur Verstärkung der Bombardements Nordvietnams entgegenwirken und so die Wahrscheinlichkeit der militärischen Eskalation in Richtung auf einen großen Atomkrieg verringern.

Sidney Lens, Chikago

Brasilien und der „amerikanische Weg"

I

An der Reception des brasilianischen Planungsministerums spricht man fließend ein gepflegtes College-Englisch. Dasselbe gilt vom Minister, Roberto Campos, einem hervorragenden Wirtschaftsexperten, dessen proamerikanische Einstellung

13) Mc George Bundy, The Uses of Responsibility, in „Saturday Review" vom 3. Juli 1965, S. 14.
14) Eine wissenschaftliche Analyse der hier angeschnittenen moralischen Fragen hat Professor Dr. D. F. Fleming in einem Aufsatz mit dem Titel „Is Containement Moral?" vorgelegt. Der Autor schließt seine Arbeit mit folgenden Worten: „Es gibt eine lebendige Überzeugung der Menschheit, die jeder herrschenden Macht, gleich wie sark sie ist, entgegenwirken kann." In „The Annals of the American Academy of Political and Social Science", Band 362, November 1965, S. 18 ff.

seine Kritiker bewog, ihm den Namen Bob Fields — die englische Übersetzung von Roberto Campos — beizulegen. Seit der sogenannten Revolution vom April 1964, die General Humberto Castelo Branco an die Macht brachte, haftet an allem in Brasilien ein nordamerikanischer Beigeschmack. Brasiliens Wirtschaft ist nach amerikanischem Muster organisiert, seine Militär- und Außenpolitik exakt nach Washingtons Wünschen ausgerichtet; Brasilien verkörpert geradezu den „amerikanischen Weg" und ist in dieser Eigenschaft ein getreuer Maßstab der Ziele der USA in Lateinamerika.

In dieses Land, in dem über ein Drittel der Bevölkerung Lateinamerikas lebt, haben die Vereinigten Staaten ihr Prestige und ihr Geld (eine Milliarde Dollar) investiert. Der ehemalige amerikanische Botschafter in Brasilien, Lincoln Gordon, bezeichnete das Castelo Branco-Regime im vergangenen November als „Brasiliens beste Regierung seit 35 Jahren". 1965 sprach Dean Rusk kurz vor dem ersten Jahrestag der „Revolution" begeistert davon, wie „sich die Situation dramatisch zum besseren gewandt hat (unter Castelo Branco). Die politische Stabilität ist wiederhergestellt. Das Klima, das den Kommunisten und anderen Extremisten die Infiltration und die Ausübung eines unangemessenen Einflusses erlaubte, ist verdrängt worden durch eine Atmosphäre, die Gewalt und extremistische Aktionen verhindert." Wie wir sehen werden, war keine dieser Feststellungen prophetisch. Zweifellos sind Castelo Branco und Campos Freunde der USA.

Als die USA im vergangenen Jahr Truppen für die „Interamerikanische Friedensstreitmacht" in der Dominikanischen Republik brauchten, antwortete General Castelo Branco geradezu enthusiastisch und schickte mehr Soldaten als die vier anderen an der Aktion beteiligten lateinamerikanischen Nationen insgesamt. Gleich Dean Rusk gehört der General zu den Befürwortern einer stehenden „interamerikanischen" Armee, die Lateinamerika „vor dem Kommunismus" schützen soll. In Cabo Frio bilden amerikanische Offiziere Castelo Brancos Soldaten im Guerillakampf aus. Mit seiner Erlaubnis hat das Pentagon in Brasilien 14 Beobachtungs-Stützpunkte errichtet, die mit US-Technikern besetzt und mit geeigneten Nachrichtenübermittlungsgeräten ausgerüstet sind. Er bereitet die Produktion eines Spezialflugzeugs für den Einsatz bei Volkserhebungen (COIN) vor; das Flugzeug könnte in Vietnam Verwendung finden — wenn der Krieg so lange dauert. Es gibt einfach keine Form militärischer Hilfe, die das Pentagon nicht von Castelo Branco erhalten könnte; in umgekehrter Richtung gilt dasselbe. Der kleine General — er ist ungefähr fünf Fuß groß und hat fast keinen Hals —, der Brasilien regiert, steht auf einem beinahe ebenso amerikanischen Standpunkt wie Lyndon Johnson.

Allerdings gibt sein Regime Washington kaum Anlaß zum Stolz. Sollte irgendein Charakteristikum dieser Herrschaft den Glanz der Vereinigten Staaten widerspiegeln, so ist in Rio de Janeiro jedenfalls nichts davon zu sehen; denn das Vertrauen des Volkes genießt diese Regierung absolut nicht. Nicht einmal Argentiniens neuer Diktator, General Carlos Ongania, ist so isoliert von seinem Volk — er hat ja erst seit Juli Zeit gehabt, seine Gefolgschaft zu verlieren, während Castelo Branco dazu schon zweieinhalb Jahre Gelegenheit hatte. Der einzige lateinamerikanische Diktator mit noch weniger Anhängern ist vielleicht General Alfredo Stroessner in Paraguay.

Die Schlüsselfiguren des Staatsstreichs im Jahre 1964 haben sich eine nach der anderen zurückgezogen und Castelo Branco heftig angegriffen — die Militärs

nicht ausgenommen. Carlos Lacerda, Exgouverneur des Staates Guanabara und einflußreichster Zivilist unter den Verschwörern, wirft heute der Regierung in aller Öffentlichkeit vor, sie habe „die Wirtschaft, die aufstrebende Kultur und die Volksgesundheit paralysiert und eine Außenpolitik nach dem Muster des alten Foster Dulles, die seit zehn Jahren veraltet ist, getrieben." Viersternegeneral Amaury Kruel, einer der Initiatoren des Staatsstreichs, hat die Armee verlassen und Castelo Branco in Grund und Boden verdammt, weil er die Demokratie nicht wieder hergestellt hat. Die Industrie grollt der Regierung, weil sie mit ihren Kreditrestriktionen viele Insolvenzen und eine nahezu totale wirtschaftliche Stagnation verschuldet hat. Während die industrielle Produktion im allgemeinen um acht oder neun Prozent jährlich steigt, erhöhte sie sich im letzten Jahr nach Auskunft der Regierung nur um ein Prozent. Anderen Schätzungen zufolge ist sie sogar gesunken. Die Arbeiter und selbst die von Castelos Geheimpolizei zu 99 Prozent als „sauber" eingestuften Gewerkschaftsführer sind unzufrieden, da sich die Realeinkommen um 15 bis 20 Prozent — manche sprechen von 40 Prozent — verringert haben, weil Streiks verboten sind und kollektive Lohnverhandlungen dadurch ersetzt wurden, daß Planungsminister Campos von Zeit zu Zeit den Anstieg der Lebenshaltungskosten bekanntgibt.

Die Studenten und Intellektuellen stehen natürlich dem Regime ausgesprochen feindselig gegenüber, und zwar nicht allein, weil man die Universitäten von linksorientierten Professoren „gesäubert" hat, sondern vor allem, weil sie eine eigene nationalistische Revolution anstreben. Selbst größte Teile der Kirche und der Landoligarchie sind in die Opposition gegangen; die Kirche hört den verzweifelten Hilferuf der Slumbewohner und Kleinbauern; die Grundbesitzer konnten keine höheren Preise für ihren Kaffee und ihre anderen Erzeugnisse erzielen. In Recife befinden sich Erzbischof Dom Helder Camaras, ein Freund Papst Pauls VI., und vierzehn seiner Bischöfe regelrecht im Kriegszustand mit dem Regime; Hunderte von radikalisierten Priestern und Nonnen unterstützen Studenten und andere Oppositionelle. Das Militär ist gespalten. Die „Lider"-Gruppe drängt Castelo Branco, härtere Maßnahmen zu ergreifen, mehr Verhaftungen vorzunehmen, eine lückenlose Zensur durchzuführen und jede oppositionelle Regung im Keim zu ersticken. Ein nationalistischer Flügel möchte Castelo Branco absetzen, weil er so peinlich proamerikanisch denkt. Während einer Zusammenkunft von Offizieren, an der einer meiner Freunde teilnahm, wurde schon über Strategie und Zeitpunkt für den Sturz der Regierung beraten.

Der „amerikanische Weg" Brasiliens ist also weder populär noch demokratisch. Er beruht eher auf elitären und kolonialistischen Vorstellungen als auf Freiheit und Unabhängigkeit. Letzten Endes bedeutet der Begriff,

1. daß eine kleine Gruppe von einem Dutzend Generale und Offiziere das unumschränkte Recht besitzt, den Willen von 84 Millionen Menschen zu mißachten, und

2. daß die lateinamerikanische Wirtschaft sich entweder den ökonomischen Interessen der USA anpassen oder einen von den USA gelenkten Staatsstreich riskieren muß.

II

Brasiliens jüngste Geschichte ist recht instruktiv, vor allem für Amerikaner, die sich nicht gern an Fiaskos wie „Fehleinschätzungen der Lage" durch die Um-

gebung des Weißen Hauses erinnern. Zwar stimmt es, daß sowohl auf der Rechten wie auch auf der Linken wenige den ehemaligen Präsidenten Joao Goulart besonders hochschätzten. Der Rechten war er zu revolutionär, der Linken zu wirr, unklar und unentschlossen. Doch er war der gewählte Vizepräsident, der nach Janio Quadros' Rücktritt im Jahre 1951 Präsident wurde. Das brasilianische Wahlgesetz, das die Analphabeten — mehr als die Hälfte der Bevölkerung — von der Urne fernhält, ist zwar fragwürdig, dennoch war Goulart nun einmal gewählt. Castelo Branco dagegen hatte nur die Stimmen der „Sorbonne"-Gruppe in der Armee.

Die „Sorbonne"-Gruppe ist eine Clique intellektueller Militärs. Viele ihrer Mitglieder haben „la guerre revolutionaire" in Paris studiert und später an den Kriegsschulen Brasiliens gelehrt. Im allgemeinen sind sie nicht Truppenführer, sondern Theoretiker. Ein Jahr vor dem Staatsstreich stellte ihr Leiter, Castelo Branco, seinen Schülern folgende Frage: „Nehmen Sie einmal an, in unserem Land stände eine Blaue und eine Rote Armee, die beide von ausländischen Regierungen unterstützt würden. Stellen Sie sich weiter vor, die Roten beherrschten die Zentralregierung. Versetzen Sie sich in die Lage des Führers der Blauen in einem der Staaten. Welche politischen und militärischen Schritte würden Sie unternehmen, um die Rote Armee zu vernichten?"

Das war mehr als eine hypothetische Frage. In Brasilien gärte es seit Jahren. Als Offiziere im Jahre 1961 planten, den Amtssitz des nationalistischen Gouverneurs in Rio Grande do Sul, Leonel Brizola, zu bombardieren, wurden sie von Unteroffizieren und Mannschaften entwaffnet. Im Nordosten gründete Francisco Juliao Kleinbauerngewerkschaften und redete von Revolution — nicht vor tauben Ohren. Die führenden Militärs waren so bestürzt über diese Entwicklung, daß sie Goulart zwangen, den größten Teil der Macht, die ihm die Verfassung einräumte, abzutreten. Im Januar 1963 jedoch hatte er genügend Kräfte in der Armee und im Kongreß hinter sich gebracht, um seine alten Vorrechte wieder in Anspruch nehmen zu können, und schlug nun einen — vom Standpunkt der Armee betrachtet — ungesunden linken Kurs ein. Er gestattete die Verstaatlichung der American and Foreign Power Company und der Brazilian Telephone Company. Er beschränkte den Gewinntransfer ausländischer Investoren über die Grenzen. Er kaufte Rohöl von der Sowjetunion, lud eine rotchinesische Delegation zu Verhandlungen über ein Handelsabkommen ein und sprach mehr und mehr wie ein Neutralist. Bei Lohnkonflikten ergriff er meist Partei für die Gewerkschaften, redete davon, den Analphabeten das Wahlrecht einzuräumen, und sein Schwager Brizola schlug sogar die Einberufung eines „Volkskongresses" vor, „zu dem sich nationalistische Arbeiter, Kleinbauern, Unteroffiziere, Offiziere und glaubwürdige Repräsentanten des öffentlichen Lebens versammeln" sollten. Mit Goularts stillschweigender Unterstützung begannen die Unteroffiziere, die traditionelle militärische Disziplin zu untergraben. Im September 1963 erhoben sich Mannschaften der Luftwaffe und Marine zu einer kleinen Revolte und beherrschten sechs Stunden lang das Kapitol. Sechs Monate später traten Soldaten in Rio in den Streik, legten die Waffen nieder und verweigerten den Offizieren den Gehorsam. Mit Hilfe einiger Gewerkschaftsführer gründeten Soldaten Vereine, die eine klare Bedrohung der militärischen Hierarchie darstellten.

Diese Vorgänge waren weniger Zeichen der aufrührerischen Gesinnung einzelner als Ausdruck der Armut und Hoffnungslosigkeit der brasilianischen Massen. Das Durchschnittseinkommen betrug nur 200 Dollar im Jahr, in Orten wie Piaui und

Maranhao im Nordosten des Landes nur 35 Dollar. Millionen Menschen haben noch nie ein Paar Schuhe besessen. In Rio de Janeiro wohnt ein Drittel der Bevölkerung in den Favelas in improvisierten Hütten unter unvorstellbaren Lebensbedingungen.

Diese Verhältnisse konnten nur durch drastische Maßnahmen verändert werden. Ein Bodenreformgesetz jedoch, das Goulart dem Kongreß vorlegte und mit dem er die Kaufkraft der Landbevölkerung heben wollte, wurde abgelehnt. Er versuchte, diese Hürde durch einen juristischen Trick zu nehmen und eine partielle Bodenreform auf dem Verordnungswege durchzusetzen. Aber es war klar, daß weder der Kongreß noch die Militärhierarchie entscheidende Schritte auf dem Weg zu einer Sozialreform dulden würden. In seiner Verzweiflung wandte sich Goulart deshalb der Linken zu, weniger den Kommunisten als einer nationalistischen Linken. Kurz bevor er gestürzt wurde, konnte er in Rio vor 150 000 Zuhörern sprechen.

Castelos Frage nach „den Roten und den Blauen" hatte also keineswegs nur rhetorische Bedeutung. Sie bezog sich auf die tatsächlichen Entwicklungen in Brasilien, auf die Frontbildung von Neutralisten, die von den Kommunisten unterstützt wurden, einerseits und von starr konservativen Kräften andererseits. Wenn auch keine Rote Armee aus Moskau anrückte, so bestand doch immerhin die Möglichkeit, daß sich Arbeitermilizen bildeten — ähnlich wie 1952 bei der Revolution in Bolivien. Und wenn auch die Vereinigten Staaten nicht bereit waren, eigene Truppen zu entsenden, so waren sie doch tief in die Opposition gegen Goulart verstrickt.

Die Vereinigten Staaten lenkten den Staatsstreich vom April 1964 zwar nicht, aber sie hetzten dazu auf. Die „Washington Post" meldete im April 1964, amerikanische Marineeinheiten lägen zur Evakuierung von Bürgern der USA bereit (genau wie in Santo Domingo!). Die Gouverneure der beiden wichtigsten Staaten Brasiliens, Sao Paulos und Minas Gerais', erzählten einige Zeit später angesehenen Journalisten, die Vereinigten Staaten hätten ihnen für den Fall eines bewaffneten Konfliktes erhebliche militärische Unterstützung zugesichert. Man rechnete durchaus damit, daß Goulart einen Teil der Armee, ergänzt durch Arbeiter- und Bauerntruppen, um sich sammeln und kämpfen würde. Die beiden Gouverneure hätten sich also ihren Berichten zufolge, wenn sie der Zentralregierung den Krieg erklärt hätten, darauf verlassen können, daß die USA ihnen Hubschrauber, Maschinengewehre, Gewehre und andere Waffen liefern würden.

In Wirklichkeit brach Goularts Kartenhaus ohne Schlacht zusammen; die Nationalisten waren auf eine Verteidigung nicht vorbereitet; sie hatten sich weitgehend von den Massen isoliert. Die USA jedoch waren hier ebenso wie im gleichen Jahr in Bolivien und ein Jahr später in der Dominikanischen Republik bereit, den Grundsatz gutzuheißen, der eine kleine Offizierskaste, von deren Mitgliedern nicht ein einziges in irgendein Amt gewählt war, zur letzten Instanz für das Urteil über eine vom Volk gewählte Regierung erklärte. Nach Bolivien brauchten die USA keine Truppen zu entsenden; es war ihnen gelungen, das Land zur Vergrößerung seiner Streitkräfte von 4000 auf 20 000 Mann zu veranlassen, und sie selbst hatten diese Armee für ihre eventuelle Rolle bei einem Staatsstreich ausgebildet. Als sich die Armee in der Dominikanischen Republik auflöste, leisteten die USA ganze Arbeit und intervenierten mit eigenen Truppen. Die Strategie der USA in Brasilien stellte einen Mittelweg zwischen ihrem Vor-

gehen in Bolivien und ihrem Einschreiten in der Dominikanischen Republik dar. Die USA erschienen zwar mit ihrer Marine auf der Szene und waren bereit, jeder Landesregierung, die sich erheben wollte, Waffen im Wert von Millionen Dollar zu liefern, mit anderen Worten: einen Bürgerkrieg zu schüren. Diesem Zweck diente die Anwesenheit des US-Brigadegenerals Vernon Walters, der über einschlägige Kenntnisse verfügte. Er war beim Sturz Mossadeghs im Iran gewesen, beim Sturz Perons in Argentinien. Walters, der in der OSS gedient hat und acht Sprachen spricht, lernte Castelo Branco während des Krieges in Italien kennen. Merkwürdigerweise war er der erste Ausländer, der mit Castelo Branco nur 24 Stunden nach dem Staatsstreich speiste.

III

Nach seinem Amtsantritt als Präsident am 11. April 1964 ging Castelo Branco beinahe noch skrupelloser vor als während der „Revolution" selbst. Doch weiterhin gewährten ihm die USA offen ihre Unterstützung. Es wurde — und wird — alles getan, jede Meinungsäußerung aus dem Volk zu unterdrücken. Der kleine General ist formalistisch bis auf die Knochen, daher bestand er auf der Beibehaltung der alten Staatsform. Doch er fand Wege, sie unwirksam zu machen. Zur Säuberung der Legislative wandte man ein als „Kassation" bezeichnetes Verfahren an. 40 von den 408 Unterhausabgeordneten z. B. wurden sogleich „kassiert", d. h. ihrer Ämter enthoben und aller politischen Rechte entkleidet. (Später „kassierte" man noch mehr Leute.) Als sich die Regierung kürzlich im Parlament von Rio Grande do Sul in die Minderheit gedrängt sah, „kassierte" sie einfach vier Oppositionsmitglieder, um ihre Herrschaft zu sichern.

600 Bürger, darunter drei ehemalige Präsidenten, viele Gouverneure, Abgeordnete, Bürgermeister, Richter und Minister, verloren das Recht auf jede Beteiligung am politischen Leben für zehn Jahre. 2000 Personen entließ man aus ihrem Arbeitsverhältnis. Hunderte wurden „Untersuchungen" unterworfen — man verhörte sie zu den verschiedensten Anklagepunkten. Die „Untersuchungen" dienten zur Vorbereitung von Militärgerichtsverfahren. Ein mir bekannter Verleger mußte sein Unternehmen aufgeben, da er sich als „Untersuchter" weder selbst zu politischen Fragen äußern noch politische Äußerungen anderer verbreiten darf. Er erwartet inzwischen Verfahren vor sechs Militärgerichten. Ein Punkt der Anklage gegen ihn ist die Tatsache, daß er ein in den USA weit verbreitetes Buch über Lateinamerika veröffentlicht hat. Als er mit einem General, der ihn zu einem Gespräch eingeladen hatte, seine Lage erörterte, wurde ihm offen gesagt, solche Maßnahmen seien notwendig; denn „wir befinden uns im Stadium der Vorbereitungen auf einen neuen Weltkrieg. Der Krieg ist unvermeidlich, und wir in Brasilien müssen unsere Pflicht tun, um uns dafür zu rüsten."

Im ersten Überschwang des Machtgefühls verhaftete die Diktatur Tausende (die Schätzungen bewegen sich zwischen 10 000 und 42 000), unter ihnen nicht nur Kommunisten, sondern auch Mitglieder von Goularts Labor Party und der rechts von der Mitte stehenden Sozialdemokratischen Partei (PSD). Fast alle diese Häftlinge wurden im Laufe der Zeit wieder entlassen, aber allmonatlich werden — auch heute noch — ein- bis zweitausend Leute festgenommen und für kürzere oder längere Zeit in „Untersuchungshaft" gehalten. Der Vertreter einer US-Firma verschwand kürzlich während einer Geschäftsreise für 48 Stunden; nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis verweigerte er jede Auskunft über die Verhand-

lung gegen ihn. Ein Journalist erzählte mir, er selbst habe Dutzende von Menschen interviewt, die gefoltert worden seien.

Die Arbeiterbewegung, die Kleinbauernorganisationen und die Studentenverbände wurden entweder gründlich „gesäubert" oder aufgelöst. Drei der insgesamt sieben gewerkschaftlichen Dachorganisationen wurden unter Regierungskontrolle gestellt. Auch in 69 von den 134 Einzelgewerkschaften schaltete sich die Regierung ein, ebenso in 400 von den 4000 örtlichen Gewerkschaftsgruppen. (Zufällig spielten bei diesen Aktionen viele brasilianische Gewerkschafter, die von der AFL-CIO ausgebildet worden waren, führende Rollen.) Als schließlich Neuwahlen für diese Gewerkschaften angeordnet wurden, mußte jeder Kandidat ein polizeiliches Zeugnis über seine politische Zuverlässigkeit beibringen. Busfahrer in Sao Paulo waren so starrköpfig, daß man sie dreimal abstimmen ließ, da sie jedesmal „gefährliche" Führer wählten.

Die Universitäten mußten ähnliche „Säuberungen" über sich ergehen lassen. Hunderte von Professoren wurden entlassen, Studenten relegiert, Studentenorganisationen aufgelöst und durch neue ersetzt. (Zur Ehre der Studenten soll gesagt werden, daß sie mit überwältigender Mehrheit die von der Regierung protegierten Kandidaten ablehnten und an ihren alten Gruppen festhielten, selbst wenn das nur illegal möglich war.) In Brasilia entließ das Regime 20 „linke" Professoren. Die Universität jedoch wußte sich zu wehren; sie berief Professoren, die ihren Lehrstuhl an anderen Universitäten verloren hatten. Es kam zu Tumulten. Studenten traten für längere Zeit in den Streik, und nach einer neuen Entlassungswelle brachen zweihundert Studenten gleichzeitig ihr Studium an der Universität ab. Das Maß war voll, als man Lehrer außeralb der Landesgrenzen suchen mußte, damit Unterricht erteilt werden konnte.

Die Kleinbauernorganisationen, die zu Hoffnungen Anlaß gegeben hatten, sind augenblicklich ebenso aktionsunfähig wie die Gewerkschaften und können für ihre Ziele nicht eintreten.

Viele waren der Meinung, nach der ersten Welle von Repressalien werde die Diktatur die Zügel etwas lockerer lassen. Im Gegenteil: sie zieht sie fester an. Vielleicht liegt das daran, daß die Wirtschaftskrise nicht behoben werden konnte, vielleicht auch daran, daß sich Castelo Branco entschloß, für Oktober 1965 Wahlen auszuschreiben. Als Formalist erlaubte er dem Volk im Glauben, die „Säuberungen" hätten ihren Dienst getan, elf Gouverneure zu wählen. Doch die Resultate waren niederschmetternd, vor allem in so wichtigen Ländern wie Guanabara (in diesem Staat liegt Rio) und Minas Gerais, wo die aus Labor Party und Sozialdemokraten bestehende Opposition drei Fünftel der Stimmen erhielt.

Die härteren Militärs waren über diese Ablehnung, die sie erfahren hatten, so außer sich, daß sie mit dem Gedanken spielten, ihren eigenen Führer, Castelo Branco, abzusetzen. Einige Regimenter begannen Rio zu besetzen; Gespräche über einen Staatsstreich gehörten zum Alltäglichen. Im Hintergrund der Szene aber konnten sich die Machthaber auf einen Kompromiß einigen. Im Rahmen dieses Kompromisses verkündete Castelo das Verfassungsgesetz Nr. 2, das die bestehenden Parteien verbot (indem es alle dreizehn zwang, sich zu einer Einheitspartei zusammenzuschließen oder von der politischen Bühne abzutreten). Das Gesetz besagt weiter, daß die Gouverneure und der Präsident künftig aus indirekten Wahlen durch die zentrale bzw. regionale Legislative hervorgehen sollen. In Zukunft

braucht sich also kein Mitglied der Exekutive, das von der ARENA (Alliance for National Renovation), dem politischen Arm des Militärs, für sein Amt vorgesehen ist, mehr dem Volk zur Wahl zu stellen. Es wird durch Organe der Legislative gewählt, die die ARENA fest an der Kandare hat. Und sollte etwa irgendwo eine größere Gruppe von Parlamentariern einmal nicht mitmachen wollen, so kann man immer noch genug Leute „kassieren", um das gewünschte Ergebnis zu erzielen — wie es in Rio Grande do Sul geschehen ist. Nach diesem System wurden im September dieses Jahres zwölf Gouverneure und im Oktober Präsident Artur Costa e Silva gewählt. Eine Opposition gab es nicht, denn die zwangsweise zusammengeschlossene MDB (Democratic Movement of Brazil) lehnte es ab, in dieser Posse mitzuwirken.

Nur den Kongreß, die Landes- und Kommunalparlamente wird das Volk am 15. November direkt wählen. Aber hier hat man so hohe Hürden aufgerichtet, daß das beste Resultat, auf das die MDB hoffen kann, ein Stimmenanteil ist, der ihr die Möglichkeit gibt, eine Minoritätsopposition aufrechtzuerhalten. Zunächst einmal muß die politische Zuverlässigkeit jedes Oppositionellen festgestellt werden. Armee und Polizei forderten die MDB in Briefen auf, eine Liste ihrer Kandidaten „zur Prüfung" vorzulegen. All diejenigen, die den „ideologischen Test" nicht bestehen, dürfen nicht kandidieren, oder sie verlieren, wenn man sie als unzuverlässig ansieht, ihren in der Wahl gewonnenen Parlamentssitz. Man braucht kaum zu erwähnen, daß es sich z. B. ein Arzt, der in einer Kleinstadt seinen Lebensunterhalt mit Impfungen in der städtischen Klinik oder teilweise als Leichenbeschauer verdient, zweimal überlegte, ehe er sich unter diesen Umständen von der MDB nominieren ließ. Sich den Zorn des örtlichen Polizeichefs, Bürgermeisters oder Armeehauptmanns zuzuziehen, ist unter einer Militärregierung ein gefährliches Unternehmen, das mit „Untersuchungshaft" enden kann.

Um der Opposition ihre Aufgabe noch zu erschweren, verfügte Castelo Branco, daß in Orten mit weniger als 100 000 Einwohnern (d. h. in den weitaus meisten Orten des Landes) keine Einheitslisten, Listen also, auf denen alle Parteien und Kandidaten verzeichnet sind, zulässig sind. Statt dessen ist jede Partei verpflichtet, eigene Kandidatenlisten für ihre Stadt zu drucken und zu vertreiben. In den meisten Fällen kann die ARENA mit Hilfe von Armee, Polizei und Regierungsbeamten jedem Wähler eine Liste zustellen, während die MDB, die wenig Geld hat und schlecht organisiert ist, froh sein muß, wenn eine Minderheit ihre Liste erhält. Man erwartet, daß die örtliche Polizei die MDB so intensiv stören und behindern wird, daß diese Partei allenfalls in den Großstädten wie Rio, Sao Paulo und Belo Horizonte siegen kann.

IV

„Warum soll man jemandem Sand in die Augen streuen? Dies ist ein Polizeistaat", erklärte mir der Korrespondent einer amerikanischen Nachrichtenagentur. Jeder in Brasilien weiß das — auch die amerikanische Botschaft. Von Zeit zu Zeit dringt Polizei oder Militär in Buchhandlungen ein, um „gefährliche" Schriften zu beschlagnahmen, oder in Zeitschriftenredaktionen, um wenig schmeichelhafte Konterfeis von Castelo Branco zu entfernen. Kürzlich lud eine Kulturorganisation zu einer literarischen Diskussion über Bertolt Brecht ein; die Polizei löste das Auditorium von etwa 500 Personen unter dem Vorwand auf, die Veranstaltung sei von „Kommunisten" organisiert worden. Einige Polizisten wollten wissen, wo

Mr. Brecht sei! Die sechs Abteilungen der Geheimpolizei sind allmächtig; nicht einmal der Gouverneur des Staates wußte vorher über diese Aktion Bescheid, und er konnte auch nichts unternehmen, als sie abgerollt war.

Natürlich ist dieser Polizeistaat nicht Selbstzweck; er hat seine ökonomische Aufgabe. Roberto Campos hat nicht etwa die Absicht, wie manche Kritiker behaupten, die alten Oligarchen zu sichern oder das halbfeudale System auf den Dörfern zu festigen, sondern eine rationell funktionierende kapitalistische Gesellschaft zu errichten. Im Mittelpunkt seiner Bestrebungen stehen Leistungsfähigkeit und Privatunternehmertum, ganz gleich, wer dafür Opfer bringen muß. Deshalb lasten seine Maßnahmen besonders schwer auf den unteren Bevölkerungsschichten, die den größten Teil der Zeche zahlen müssen, treffen aber auch breite Kreise des Bürgertums hart. Außer zur Bekämpfung der Inflation mit finanzpolitischen Mitteln ist Campos vor allem fest entschlossen,

1. Brasilien für nordamerikanische Unternehmer so attraktiv zu machen, daß sie Hunderte von Millionen in die Wirtschaft des Landes investieren,

2. die weniger leistungsfähige inländische Industrie beiseite zu drängen und energisch die Produktivität zu erhöhen,

3. die Landwirtschaft derart zu verändern, daß sowohl die Fazendas (große halbfeudale Güter) als auch die Minifundia (kleine Bauernhöfe) zugunsten rationell bewirtschafteter kapitalistischer Farmen und weniger Genossenschaften von der Bildfläche verschwinden.

Im Gegensatz zu den meisten Lateinamerikanern, die eine größere Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten anstreben, bemüht sich Campos, die Wirtschaft seines Landes mit der des Kolosses im Norden zu verflechten. Man bietet den USA alle nur denkbaren Garantien. Die mit American and Foreign Power abgeschlossenen Verträge zum Beispiel waren ungewöhnlich günstig; man zahlte fast doppelt soviel, wie die frühere Regierung angeboten hatte. Ausländische Kapitalgesellschaften dürfen einen weitaus größeren Anteil ihres Gewinns ins Ausland transferieren als bisher. Ein neues Gesetz nötigt sie geradezu, Erzlager abzubauen, die sie vorher nicht anrühren durften. Man räumt ihnen Steuererleichterungen und andere Vergünstigungen ein, damit sie Geld ins Land bringen. (Manche nutzen die Gelegenheit zu Spekulationen. Brasilianer beklagen sich darüber, daß US-Firmen wie Fundo Crescincao und Banco Lar Brasiliero eher bestehende einheimische Unternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie, Auto-, Gummi- und Elektrofabriken aufkaufen, als Kapital in neuen Industrien anzulegen.) Auch das herrschende wirtschaftliche Klima ist dazu angetan, den Amerikanern Sicherheit zu bieten. Campos beabsichtigt, die großen Wirtschaftszweige, die sich im wesentlichen in öffentlicher Hand befinden, wie Eisenbahnen, Reedereien, Transportgewerbe, Post und Telegrafendienst, 70 Prozent der Stahlindustrie, 90 Prozent der Elektrizitätserzeugung, Öl, synthetisches Gummi und viele andere mehr auf dem augenblicklichen Stand weiterarbeiten zu lassen oder einzuschränken. Den wirtschaftlichen Fortschritt will er den Privatunternehmen, vor allem dem ausländischen Kapital überlassen.

Diese Politik war den US-Firmen sehr zuträglich, besonders da sie neben den inländischen Banken andere Kreditquellen haben. Für die Brasilianer aller Schichten dagegen sind die Ergebnisse der ersten zweieinhalb Jahre unter Campos verheerend.

Nicht alles, was Campos getan hat, war schlecht. Er hat manche Verschwendung in der regierungseigenen Industrie abgestellt, die Verwaltung spürbar verbessert und mehr Steuern eingenommen. Vor allem aber hat er auf der Basis „gesunder" Ideen der internationalen Finanzwelt die Inflation bekämpft, indem er die Konjunktur gedrosselt und den Konsum eingeschränkt hat. Er hat die traditionellen Mittel angewandt, die auf lange Sicht den Reichen zugute kommen: Kreditrestriktionen und Senkung des Lebensstandards.

So stellt der von Campos' Komitee errechnete Anstieg der Lebenshaltungskosten heute die einzige erlaubte Lohnerhöhung dar. Keine Gewerkschaft darf versuchen, über das von diesem Komitee bekanntgegebene Maximum hinausgehende Zulagen auszuhandeln; und da die Berechnungen des Komitees recht fragwürdig sind, ist das Realeinkommen in den letzten zweieinhalb Jahren um mindestens ein Siebentel, vielleicht sogar um das Doppelte gesunken. Die Gewerkschaftsführer sind ja nun alle als ideologisch zuverlässig ausgewiesen. Trotzdem muß man unter ihnen mit der Lupe nach Männern suchen, die Castelos Regime noch unterstützen. Die Ursache dafür liegt in der Enttäuschung ihrer Mitglieder und in der Tatsache, daß sie eigentlich keine Rolle mehr spielen; denn ihre wichtigste Aufgabe, Kollektivverhandlungen zu führen, ist ihnen genommen worden.

Die Kleinbauern und Landarbeiter leiden nicht nur unter den niedrigen Löhnen, sondern auch unter dem Anstieg der Preise für viele Gebrauchsgüter. Das frühere Regime subventionierte manche Nahrungsmittel, um die Verbraucherpreise niedrig zu halten. Nun hat man die Subventionen gestrichen, und die Preise für diese Lebensmittel haben sich noch stärker erhöht als die für andere Waren.

Niemals in neuerer Zeit haben soviel Geschäftsleute Konkurs angemeldet wie heute, weil Campos Kreditrestriktionen angeordnet hat. Zwar hat er dadurch die Inflation verlangsamen können, aber es wurden auch viele kleine Industrieunternehmen ruiniert und für ein Butterbrot an größere Firmen oder US-Amerikaner verkauft. Die Konjunktur verschlechterte sich so weit, daß die industrielle Produktion im letzten Jahr stagnierte und die Beschäftigtenzahl in Sao Paulo, dem Industriezentrum des Landes, vom 31. Juli 1964 bis zum 31. Juli 1965 um 12,6 Prozent sank. Deshalb sind die Geschäftsleute, die 1964 die Militärregierung begrüßten, nun enttäuscht. Dasselbe gilt für einige Großgrundbesitzer, denen Campos keine Erhöhung der Kaffeepreise — Kaffee ist das wichtigste landwirtschaftliche Erzeugnis — über das Niveau des Vorjahres zugestand. Und mit all diesen Mitteln hat man nicht einmal die Inflation beseitigt. Campos hatte versprochen, sie auf 25 Prozent im Jahre 1965 zu reduzieren — tatsächlich betrug sie 47 Prozent — und auf 10 Prozent in diesem Jahr — Mitte des Jahres belief sie sich auf etwa 30 Prozent. Zwar ist die Geldentwertung wirklich verlangsamt worden, das Budget ist etwas ausgeglichener, die Zahlungsbilanz sieht nicht mehr ganz so schlimm aus wie zu Goularts Zeiten — und das freut natürlich die amerikanischen Beamten. Aber dafür geht es nicht nur der Masse der Arbeiter und Kleinbauern, sondern auch dem Mittelstand und sogar großen Teilen der Oberschicht schlechter. Ich möchte nicht behaupten, daß sich Campos heimlich eine gewaltsame Verschlechterung der Lebensbedingungen zum Ziel gesetzt hat. Aber für ihn haben Begriffe aus der freien Wirtschaft, wie „Produktivität" und „Konkurrenz", einfach Vorrang vor allem anderen. Indem er die Inflation stoppt, hofft er, einheimische Unternehmer zu Investitionen zu bewegen, die ihre Betriebe produktiver arbeiten lassen. Auf dem Lande führte er Maßnahmen zur Belohnung rentabel wirtschaf-

tender Grundbesitzer ein und er legte unrentabel arbeitenden höhere Steuern auf. Das alles ist schön und gut, vorausgesetzt, man hält die alte Herbert-Hoover-Theorie für richtig, nach der die hungrigen Massen eben warten müssen, bis das Geschäft floriert, und derzufolge die Größten die Kleinen verdrängen. Ich fragte einen amerikanischen Beamten, wie Brasilien seine übelriechenden Favelas beseitigen könne. Seine Antwort spiegelt, glaube ich, die Meinung der brasilianischen Regierung wider. Er sagte, man könne keine Wohnungen für die Armen bauen, es seien ihrer einfach zu viele. Die einzige Möglichkeit bestehe darin, den Wohnungsbau des Mittelstandes zu fördern. Wenn der Mittelstand seine bisherigen Wohnungen räume, könnten einige Bewohner der Favelas dort einziehen. Das ist meiner Ansicht nach Campos Vorstellung: Brasiliens Wirtschaft in Stadt und Land nach den Prinzipien kapitalistischer Rentabilität zu organisieren und die Armen in die freiwerdenden Plätze nachrücken zu lassen.

Und das ist zugleich der „amerikanische Weg": Das Privatunternehmertum, speziell das ausländische Privatunternehmertum, als höchsten Wert zu setzen. Und wenn die Armen protestieren, ist das kein Grund zur Aufregung; denn der Polizeistaat hat die Gewerkschaften und Kleinbauernorganisationen fest in der Hand und kann aufsässige Unzufriedene jederzeit ins Gefängnis werfen.

Aber vielleicht sind Castelo Branco und die Vereinigten Staaten zu optimistisch. Eine Regierung, die nicht das Vertrauen des Volkes genießt, muß über kurz oder lang ein schreckliches Blutbad anrichten — wie es die „Lider"-Gruppe in der Armee vorschlägt —, oder sie wird von einer Revolution weggefegt. Die Opposition in Brasilien wächst in geometrischer Progression — nicht allein die Opposition gegen Castelo Branco, sondern auch die gegen die Vereinigten Staaten. Selbst Rechtsextremisten wie Lacerda, der seine Anhänger vor allem im Mittelstand hat, sprechen mehr und mehr über „die Habgier und Dummheit mancher Amerikaner". Die Studenten lassen sich einfach nicht unterdrücken und setzen ihre Opposition gegen die Regierung fort. Im Juli kam die illegale National Student Union (UNE) zu einem geheimen Treffen in Belo Horizonte zusammen, obgleich die Polizei die Stadt umstellt hatte und jeden Delegierten, dessen sie habhaft werden konnte, verhaftete. Drei katholische Orden, die Dominikaner, die Franziskaner und die Benediktiner, betrogen die Regierung um die Früchte ihrer Mühe; sie gewährten den Studenten Unterkunft und stellten ihnen einen Raum für ihre Beratungen zur Verfügung. Die jungen Leute nahmen eine Resolution an, in der sie den Imperialismus verurteilten und die Revolution forderten. Eine neue linksorientierte Gruppe, die Popular Action, ist aus der katholischen Jugend hervorgegangen; sie hat viel Zulauf. Wenn auch die Kommunisten und die Mitglieder der Labor Party legal nicht arbeiten können, so ist dafür doch der Klerus in Bewegung geraten. Halblegale Aktionen tragen zur Festigung der Opposition bei. Nun brauchen nur die Massen der Arbeiter und Bauern noch ihr Selbstvertrauen zurückzugewinnen und der Konflikt innerhalb des Militärs sich zu verschärfen, dann werden die heute schon sichtbaren Funken einen Brand entfachen.

Sobald die nächste Revolution stattfindet — ob sie überhaupt stattfindet, ist nicht mehr fraglich —, werden die Vereinigten Staaten eine schwere Niederlage einstecken müssen. Der „amerikanische Weg" war nicht nur eine Stütze der Reaktion, sondern auch ein eklatanter Mißerfolg. Und das State Department hat sich, indem es sich so eng mit dem Polizeistaat liierte, selbst den Weg zu einem ehrenvollen Rückzug verlegt.

Übertragung aus dem Amerikanischen: Karin Pée

Fernseh-Spalte

BEMERKUNGEN ZUM DOKUMENTARSPIEL

Das sogenannte Dokumentarspiel hat sich als spezifische szenische Form des Fernsehens bewährt. Weder das Theater noch der Film schufen sich eigenständige Kategorien, die dem Wesen und der Struktur des dokumentarischen Fernsehspiels vergleichbar wären. Die Ausnahmen sind wahrscheinlich vom TV-Vorbild abgeleitet. Beispielhaft ist Heinar Kipphardts Oppenheimer-Stück, das mit einer zuvor nie erreichten Perfektion die szenische Dokumentation repräsentiert. Kipphardts Mittel unterscheiden sich indessen erheblich von den mehr oder weniger verwandten Konzeptionen der Dokumentarspiele. Deshalb wird hier auch bewußt der Terminus „szenische Dokumentation" gebraucht: als Unterscheidungsmerkmal und Qualitätsetikett. Die ausschließliche Verwendung von Aktenmaterial hinderte Kipphardt nicht daran, intensive Spannung zu erzeugen. Form und Inhalt ergänzen sich ideal. Der Konflikt (staatspolitischer Machtanspruch gegen intellektuelle Opposition) wurde behutsam aus der Aktenfülle destilliert. Den wenigsten Autoren gelingt solch eine Komprimierung. Meistens scheren sie sich wenig um die Authentizität der Gesamtsituation. Sie greifen einige Fakten heraus und verwenden diese willkürlich ohne Rücksicht auf die Kontinuität eines zeitgeschichtlichen oder gar epochalen Prozesses. So wird die Wirklichkeit verkürzt oder verfälscht. Ein besonders ärgerliches Exempel solcher Art statuierte Hellmut Andics mit seinem Fernsehspiel „Der Fall der Generale". Gegen die verwendeten Fakten ist nichts einzuwenden, wohl aber gegen ihre Manipulierung und gegen ihre Abgrenzung der historischen Vorgeschichte gegenüber. Die Verleumdungskampagnen gegen die Generale Fritsch und Blomberg belegen die pervertierte Unmoral eines Schurkenregimes. Die unfaßbar schmutzigen Methoden der Nazis an diesen Beispielen dargelegt zu haben, ist das Verdienst des Dokumentarspiels von Andics. Alles andere aber stimmt nicht daran. Fritsch und Blomberg waren militärische Fachleute. Als solche warnten sie Hitler. Ist das schon Widerstand? Keineswegs. War Fritsch wirklich ein „unpolitischer" General, wie er selbst und ungeprüft auch Andics behauptete? Der Autor hätte sich nur in der politischen Literatur, besser noch in den Akten, umzuschauen brauchen, um festzustellen, welch ausgesprochen reaktionärer Demokratiegegner der Reichswehr-Offizier v. Fritsch war. Von Blomberg stellte sich schon am 30. Januar 1933 vorbehaltlos Hitler zur Verfügung. Und wenige Monate später bekannte er, jetzt, nachdem die Weimarer Republik nicht mehr existiere, sei es mit dem „Unpolitischsein vorbei" (Rede vom 1. 6. 33 im Reichswehrministerium). Es gibt eine Menge schwer belastender Zeugen gegen Blombergs quasi-faschistisches Verhalten (vgl. Schlabrendorff, Carsten, Fest, Gisevius u. a.). Bei Fritsch findet man, so intensiv man auch sucht, immer nur Motive verletzter Eitelkeit. In die schmutzige Verleumdungsaffäre gezogen, wußte er nichts Besseres zu tun, als die ihm und der Armee zugefügte Schmach zu bejammern. Sinnvolle Rebellion, aktiver Widerstand, Emigration (wäre er ins Ausland gegangen, um über die Pläne Hitlers zu berichten, so hätte er eventuell den Gang der Dinge beeinflussen können), irgendeine von der Forderung des Tages diktierte Tat: das alles lag nicht in seinem Vorstellungsbereich. „Dieser Mann ist Deutschlands Schicksal", sagte er auch dann noch, als Hitlers Spießgesellen ihm (Fritsch) die Verleumdungsschlinge um den Hals gelegt hatten. Blomberg gar machte Anfang 1938 Hitler den Vorschlag, dieser solle selbst den Oberbefehl über die Wehrmacht übernehmen. Nein, die Affären Fritsch und Blomberg eignen sich nicht, aus selbstgefälligen, vor der Geschichte total versagenden Generalen rührende Märtyrer zu machen. Der Autor hätte ihre Geschichte zum Anlaß nehmen können, den selbstmörderischen Gehorsamsbegriff des deutschen Militarismus zu denunzieren. Denn gerade Figuren wie Fritsch und Blomberg ermöglichten die Etablierung des sogenannten Dritten Reiches. Der Krieg war die Folge auch ihres moralischen Versagens. Das Fernsehspiel aber tat wieder einmal so, als sei jeder, der bei den Nazis in Ungnade fiel, ein ethischer Supermann gewesen. Dokumentation? Nein, amputierte Wirklichkeit.

E. H. Wahl

Die politische Satire

MANÖVERBERICHT

Werter Herr! Sie sind zur Teilnahme an den diesjährigen Notstandsmanövern vorgesehen. Die Manöver sollen zur Erprobung von Einzelheiten der volkstümlich sogenannten „Schubladengesetze" dienen und im Ernstfall einen ordnungsgemäßen Ablauf des anfallenden Notstands gewährleisten. Wir sind sicher, daß auch Sie gern Ihren Beitrag zum Schutze der Freiheit leisten werden, wenn dieses auch manchmal mit kleinen persönlichen Opfern verbunden sein mag. Der erfreuliche Erfolg der Fallex-Übung und die Opferbereitschaft der daran beteiligten Abgeordneten hat uns in dieser Hoffnung bestärkt... Hochachtungsvoll! gez.: unleserlich.

Heute morgen um 6 Uhr klingelte es. Es war nicht der Milchmann. „Sind Sie Herr Kittner?" Ich bejahte. „Auf Grund des Gesetzes zur *) § *) Abs. *) sind Sie hiermit in Schutzhaft genommen." „Warum...?" quetschte ich. „Ihrer bisherigen Tätigkeit wegen besteht Grund zu der Annahme, daß Sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Ernstfall gefährden und Unruhe bei der Bevölkerung verbreiten." Er hatte wohl schon mal in die Schublade geguckt. Etwas bleich geworden, verlangte ich nach Haftbefehl und Anwalt. Vergeblich. „Das Gesetz sieht das nicht vor." Ich wurde nervös. „Mann, machen Sie doch keine Schwierigkeiten!" besänftigte man mich, „das ist doch nur eine Übung."

Im Treppenhaus fragte ich so nebenher mal nach der rechtlichen Handhabe. Es gäbe doch noch keine Gesetze, die... „Da zerbrechen Sie sich mal nicht den Kopf, das hat der Benda auch nicht getan, im Bunker. Und der ist Jurist!!" Barsch kam das. Es sollte schließlich echt klingen.

Unten warteten schon die sechs anderen — es gibt nur sieben Linke in unserer Stadt —, und dann fuhren wir ins Manöver. Verantwortungsbewußt wie der interfraktionelle Ausschuß, nur im Lastwagen.

In landschaftlich herrlicher Lage ein vorbildliches Lager: Stacheldraht, Wachttürme, alles, was dazu gehört, zuverlässig, solide. Ganz wie im bewußten Gesetz vorgesehen. „Nur schade, daß die alten Anlagen gleich nach 45 gesprengt wurden", murrten die Bewacher. „Jetzt kostet's wieder." Aber das ist eben genauso wie mit den Bunkern.

Und dann durchs Tor. Da waren sie alle schon da. Die Kollegen in Block 5 („Satire und Zersetzung"), der Niemöller in Block 3 („Kirche und Kanzel"), Abendroth und Flechtheim in der akademischen Abteilung, Paczensky und Enzensberger, Böll, Haffner und Zwerenz („sog. Literatur und Hetze"). Nur der Grass stand draußen und begehrte vergeblich Einlaß. Er wollte wieder dazugehören. Politiker gab es kaum. Nur über eine Einzelzelle in Block 1 kursierten Gerüchte, dort sitze der Adenauer. Der habe in letzter Zeit so komische Dinge gesagt. Wer sonst noch da war, steht aus Platzgründen auf der letzen Umschlagseite dieses Heftes.

Die drei Übungstage vergingen wie im Fluge. Die Entlassungsfeier stimmte fast etwas wehmütig. Wir alle wurden auf die Regierungspolitik vereidigt — im Ernstfall später dann Grundbedingung für eine Entlassung —, und der Lagerkommandant hielt eine schöne Abschlußrede. Er wurde übrigens, wie auch die Eifelbunkergrößen, nur durch einen Strohmann dargestellt. Der richtige Fachmann sitzt gerade noch eine längere Zuchthausstrafe ab und ist zur Zeit im Urlaub in Italien.

„Ich freue mich, daß Sie alle so bereitwillig mitgespielt haben. Das ist ja auch für Sie von Vorteil. Sie kennen dann später schon die Verhältnisse. Sicher war nicht alles so durchorganisiert wie später im Ernstfall, aber wir wollen Sie für die Zwischenzeit wieder ins Berufsleben entlassen. Da sollen Sie ja kräftig und gesund Ihren Mann stehen. Wir werden später selbstverständlich alles etwas straffer gestalten und fähige Beamte aus den Untersuchungshaftanstalten übernehmen. Bitte vergessen Sie nicht, sich vor der Abfahrt Ihre künftige Häftlingsnummer geben zu lassen, und bewahren Sie sie für den Ernstfall gut auf."

Ich denke immer gern an meine Manöverzeit zurück: war ich doch drei Tage in bester Gesellschaft.

Dietrich Kittner

*) Staatsgeheimnis, veröffentlicht im „Stern"

Bücher

Wissenschaft: Herrschaftsinstrument oder Weltbewältigung?

John D. Bernal, Die Wissenschaft in der Geschichte, aus dem Englischen von L. Boll. Progress Verlag, Darmstadt 1961, Ganzleinen, 963 Seiten, 30,— DM.

Man hört es oft: wir befänden uns im Stadium der zweiten industriellen Revolution! Die durch die Wissenschaften geleistete Fundamentaltechnisierung stoße den Menschen vom Reich der Notwendigkeit in das des Wohltandes.

Aber schon der dabei abfallende Freiheitsbegriff des Automatenzeitalters, die Freizeit, löst bei Warnern und Propheten ein fast religiöses Schaudern aus. „Die erste Revolution... war die Entwertung der (Arbeit)... Die moderne industrielle Revolution wird mit Notwendigkeit... das menschliche Gehirn entwerten...!" So bangte schon 1948 Norbert Wiener. H.-E. Bahr bezeichnet die Freizeit gar als zweite Entfremdung. Während die Verteidiger der technischen Evolution betonen: daß die freigesetzte „Menge" durch Bildungskonsum in Schranken gehalten werden könne, apostrophieren die noch vor der Schwelle der Anerkennung der Säkularisierung stehenden Verneiner (nicht nur) der Maschinisierung: es werde ein Chaos losbrechen, das über die Stufe der Anarchie notwendig in einer bürokratischen Weltdiktatur enden müsse.

Apologeten wie Verdammern fehlt zumeist ein neutrales Sichverhalten zum Phänomen der wissenschaftlichen Automatisierung! Auch die modernen Wissenschaften und ihr Sproß, die Technik, gerieten in den Sog einer grausig pessimistischen Schwatzwelle. Man munkelt vom „Dämon Technik"; die Technik beschleunige die von H. G. Wells beschworene Dekadenz als Schicksal. Beide Richtungen verfallen dadurch leicht einer Verhüllungskampagne der an sich blanken Rationalität, die der technischen Umgestaltung der äußeren Welt zugrunde liegt. Als Entschuldigung für die Unfähigkeit der Einsicht in Wurzel und Stadien dieses Prozesses dient der Begriff einer Verunmenschlichung des Produktes: Technik.

Die Maschine, die Wissenschaften... scheinen sich vom Menschen zu emanzipieren! Hegels Voraussage von 1821, daß die vom Menschen erarbeitete Mechanisierung den Lastcharakter der Arbeit evolutionär beseitigen würde, verdreht sich in dieser Argumentation in ihr Gegenteil. Angeblich ist daher auch die These Marxens, daß der entfremdende Charakter einer sich politisch gegen den Menschen richtenden Arbeit, die nicht mehr produziert, die mechanisches Stückwerk blieb, durch die Beseitigung der gesellschaftlichen Ausbeutung im revolutionären Klassenkampf aufgehoben werden kann und muß, zuletzt doch durch das Sachgesetz des technischen Prozesses selbst entleibt worden! Der neue Lastcharakter der Arbeit des Automatenzeitalters hat nur noch dialektisch mit der „Arbeit" zu tun. Er besteht darin, daß die Nicht-Arbeit, die Freizeit, den anthropologisch als homo laborans fixierten Menschen in Langeweile erstickt! Auch in der scheinbar von Marx erstrebten sozialen Situation, die heute herrschen soll, bleibt der Mensch entfremdet! Schuld an diesem „Schicksal" habe die Wissenschaft, die die Technisierung ermöglichte.

Marx bewies, daß der Glaube eine Entäußerung menschlicher Wünsche sei, die — da sie noch nicht realisierbar waren — als vergegenständlichte Illusion nun rückwirkend eine scheineigentranszendentale Gewalt über den Erzeuger hervorrief. Man kann einen vergleichbaren Vorgang im Schattenspiel technischer Schreckensvorstellungen erleben. Im Gegensatz zu der aufgeführten „Widerlegung" seiner These sieht Marx, der wie kein zweiter das Wesen der Technik analysierte, den Prozeß der Aufhebung der Entfremdung gar nicht als evolutionär an. Das besagt nur die Engelsche Auslegung, auf der Lenin dann fußte. Insofern wirft ihm Habermas zu Unrecht vor, daß er nicht verstanden habe, daß die Technik selbst, nicht etwa nur das korrespondierende Wirtschaftssystem, die „Menschen mit Entfremdung überziehe". Die Technik ist für Marx selbstverständlich etwas Äußerliches, etwas Gemachtes, das änderbar bleibt. Die Entlastung kann somit auch nur revolutionär erzwungen werden.

Sie muß eine Sache der Handlung der Menschen bleiben. Für sein Menschenbild kann es auch keinen apriorischen Geist der Technik geben; er kennt nur eine Technik des Geistes! Der Mensch, der sich von den Schematismen freimacht, stößt in einem geistigen Akt der Aufhebung der erzwungenen Selbstentfremdung wieder zur eigentlichen Arbeit als ganzteiligem, geistigem Prozeß vor! Arbeit gleicht sich hier dem Begriff des Handelns an. Denn Marx' Revolutionalität wollte vor allem den verknechtenden Dienst an der Technik, die den politischen Absichten der Produktionsmittelbesitzer zu Hilfe kam, in den Dienst der Technik verwandeln. Indem in seiner Revolution die technischen Mittel allgemein geworden sind — wird auch die Arbeit wieder öffentlich; die vorher im Dienste der Privatinteressen politisch gegen die Eigeninteressen geleistete Arbeit — kommt jetzt dem Arbeitenden selbst zugute. Die Arbeit erhält einen politischen Sinn. Marx hat damit gerade die typische kapitalistische Spaltung in eine unkontrollierte „Öffentlichkeit" (Habermas) und eine resignierende Privatheit aufheben wollen. Freizeit ist in einer solchen Gesellschaft nicht Rückzug von der Öffentlichkeit, Ersatzöffentlichkeit, sondern schöpferische Erholung. Der Raum der Freizeit ist dann nur ein anderes Medium der Öffentlichkeit! Die jammernden Propheten eines beherrschten ewigen Sabbats, wie er das Schicksal der kapitalistischen Freizeitgesellschaft zu werden droht, übersehen, daß die sich herauskristallisierenden politischen Probleme der Freizeit nicht an sich seiend sind, sondern daß sie durch das kapitalistische System bedingt bleiben. Es sind politische Probleme, die dem Dilemma eines „sozialen" Staates entspringen, in dem das Eigentum immer noch im Sinne der Marx'schen Analyse die Öffentlichkeit privatim beherrscht! Trotz des Wohlstandes entfremdet diese anonyme Arbeit. Jetzt wird auch die Wissenschaft, die Technisierung, die Automation zu einer politischen Gefahr. Ihr Fortschreiten macht das politisch bestimmende Kapital von einer bremsenden Mitsprache immer unabhängiger. Das Unbehagen der Kulturpessimisten ist somit unberechtigt berechtigt. Bloß: ihre Kritik bleibt geradezu Ausdruck des Kritisierten!

Die vom Menschen zur Gestaltung seiner Umwelt aus sich heraus gesetzten Automata erscheinen daher als eigengesetzlich. Sie beginnen rückwirkend scheinbar erst den Menschen gegen seinen Willen zu technisieren! Konsequent wird dieser Prozeß von einem zeitgemäßen Kulturpessimismus als katarakthaft verschrien. Man beginnt über die „Antiquiertheit des Menschen" zu spintisieren. James Bonds waffenstarrende Selbstbefriedigung ist innigster Ausdruck eines Verwendens ohne Verstehen! Jetzt wird die „kalte Schönheit" der Raketen etwa zum romantischen Riesenphallus; Freud begnügte sich noch damit, den Fahrradsattel dafür zu halten.

Diesen Prozeß der Irrationalisierung der Technik, der Wissenschaften allgemein, der eine kolossale politische Ursache und Wirkung hat, versucht der Autor, der Atomphysiker ist und mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, in der vorliegenden monumentalen Arbeit durch Information und Erklärung aufzuheben.

Wertvoll wird Bernals Arbeit vor allem durch eine ihr innewirkende Aufklärungsabsicht: Denn Bernal zeigt überall den Dialog der Wissenschaften mit den gesellschaftlichen Umständen. Dadurch zerstört er die Absolutierung bestimmter, mit dem schrittweisen Fortschreiten von Wissenschaft und Technik verbundener Gesellschaftstypen. Er erkennt, daß auch der etwa von Max Weber als ewig-seiend interpretierte kapitalistische Industrialismus vorübergehend ist.

Dieser durch die Technik totalisierte Industrialismus erscheint bei Bernal — darin gleicht seine Analyse den Ansichten Herbert Marcuses! — geradezu als Pervitierung der eigentlich human-sozialistischen Aufgaben und Möglichkeiten der Wissenschaften.

Erläuterungen und Inhaltsverzeichnis erleichtern den Gebrauch dieses Werkes. Dadurch aber, daß der Autor wie ein Autodidakt das gesamte Spektrum der Wissenschaften durchhecheln will verliert die Arbeit in den Teilen an Tiefe. Sondiert man zu einzelnen Fragen, findet man sich im Stich gelassen.

Aber es lag wohl mehr im Sinne des Autors, mit Hilfe einer Wissenschaftsgeschichte politisch aufzuklären, als immer neben dem Engagement gleich stichhaltig zu sein.

Sven G. Papcke

Kennedy's demokratischer Pragmatismus

Heinz Robert Schlette und Ingo Hermann, Revolution der Vernunft. Philosophie des Politischen bei John F. Kennedy. Kösel-Verlag, München 1966, 68 S., kart. 5,50 DM.

Die vorliegende Untersuchung, hervorgegangen aus einer Sendung des Westdeutschen Rundfunks, macht es sich zur Aufgabe, die von Kennedy vertretene „Philosophie der demokratischen Tradition der Vereinigten Staaten" und ihre letzten Prinzipien herauszuarbeiten und in den Zusammenhang der „überkommenen Spiritualität" der abendländischen Geschichte zu stellen (S. 10). Es ist dies eine Philosophie, die konkret, jedermann verständlich und praktikabel, der menschlichen Vernunft entspricht, deren engagierte Annahme eine „Revolution der Vernunft" bedeuten soll. Es ist zugleich eine Konzeption, die Kennedys politisches Handeln bestimmte, wie sie aus seinem in Reden und Aufsätzen dokumentierten Selbstverständnis ablesbar, aus seinen geschichtlichen Taten interpretierbar ist. Für deren Darstellung und Begründung — wesentlich für ersteres — ist mit den vorliegenden Überlegungen ein fruchtbarer Ansatz geschaffen (vgl. S. 59), zumal die Verfasser für deren Problematik ein gutes Gespür besitzen. Ihr Beitrag gilt ja über das Biographische hinaus der Prüfung der Prinzipien selbst, wie sie politischer Bildung zugrundeliegen (S. 12). Dies schließt in Zustimmung und Kritik, in Wertung und Urteil — auf philosophischer Ebene — einen eigenen Standort ein, der selbst ein Politikum darstellt (S. 17). Man meint zu spüren, wie einige Thesen gegen gewisse Widerstände der eigenen Tradition apologetisch ausgearbeitet und fruchtbar gemacht werden, die sich dann — allgemein gesehen — als Argumente für die ideologische Konzeption bundesrepublikanischer Demokratie anbieten.

Die Frage nach der Philosophie des Politischen, wie sie Kennedys Handeln bestimmt, beginnt mit einer Deutung der Haltung, des den „Worten vorausliegenden Engagements des Menschen und Politikers John F. Kennedy" (S. 20 f), und stößt damit auf die Frage nach seinem „Idealismus", der, repräsentiert in den Ideen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, zugleich als Glaubensbekenntnis und als durch sich selbst evidente rationale Einsicht verstanden wird. Es sind die Ideen der Gleichheit, der unveräußerlichen Menschenrechte auf Leben, Freiheit und Glücksstreben, der Selbstregierung, die, einfach und jedem verständlich, „über alle Philosophie, Weltanschauung und Religion hinweg menschlich-politisches Leben überhaupt möglich" machen (S. 27). Diesen praktischen Glauben bezeichnen die Verfasser als den Geist amerikanischer Tradition, „die weise Revolution der Vernunft . . ., die sich an ein transzendentes Prinzip gebunden sieht" (ebd.). Dies Prinzip erscheint freilich zunächst als eine metaphysische Substanz, die ihre Rechtfertigung in ihrer Behauptung bei sich führt. Sie bestimmt sich nämlich mit Bruckberger näher als „echte Revolution", „aus einem Volke hervorgegangen, in dem Gott ihre Saat angelegt hatte" (S. 28).

Diese Linie der Interpretation, gegründet in Zitat und Urteil anderer Autoren, führt mit dem Begriff der echten oder wahren Revolution freilich zu spekulativen Maß-

DIE AUTORITÄT UND DIE DEUTSCHEN

Mit Beiträgen von: Fritz René Allemann, Karl W. Boetticher, Alfred E. Brettauer, Gustav Ermecke, Fritz Francke, Hermann Glaser, Wolfgang Hammer, Horst Krüger, Manfred Lindner, Heinz-Rolf Lückert, Hans Peter Richter. Herausgegeben von C. G. Schmidt-Freytag. 155 Seiten, Paperback DM 8,–, gebundene Bibliotheksausgabe DM 10,–

Prononcierte Stellungnahmen zu einem zentralen Thema unserer Gesellschaftsordnung. Die Beiträge, in denen sich die oft gegensätzlichen Standpunkte spiegeln, provozieren Zustimmung oder Widerspruch, sie fordern heraus und zwingen zur Überprüfung des eigenen Standpunktes.

Delp'sche Verlagsbuchhandlung München

Lisa Hobbs
ICH SAH ROTCHINA
Ein Bericht. Aus dem Amerikanischen von Wilhelm Höck. 260 Seiten. Leinen DM 14.80.

Barbara Armonas
LASS DIE TRÄNEN IN MOSKAU
1939—1960. Meine 20 Jahre in Rußland. 216 Seiten. Leinen DM 14.80.

Walter J. Ciszek
»DER SPION DES VATIKAN«
1939—1963. 23 Jahre für Gott in Rußland. 368 Seiten. Leinen DM 19.80.

Donald W. Cox
ALLE MACHT DEN EIERKÖPFEN
Wissenschaft übernimmt die Führung. 272 Seiten. Leinen DM 19.80.

thema thema thema
Die aktuelle Paperbackreihe

KULTURPOLITIK IN EUROPA
Bildungswesen und Schulreform in Frankreich, England, Italien, Holland und Skandinavien. Eingeleitet von Alois Schardt und Manfred Brauneiser. 192 Seiten. Paperback DM 9.80.

ZWISCHENBILANZ DER BILDUNGSPOLITIK
Schule und Universität in der Bundesrepublik. Autoren: Alois Schardt und Manfred Brauneiser. ca. 200 Seiten. Paperback ca. DM 9.80.

Eberhard Stammler
VERSCHWÖRUNG FÜR DIE DEMOKRATIE
96 Seiten. Paperback DM 6.80.

Weitere Bände dieser Reihe liegen bereits vor bzw. sind in Vorbereitung.

Prospekte erhalten Sie vom
EHRENWIRTH VERLAG
8 München 27, Vilshofener Straße 8

Ehrenwirth

stäben, einer „Philosophie der Eigentlichkeit", zumal von ihr aus die französische in ihrem „ideologischen Radikalismus" als „unrevolutionär", die kommunistische als „restaurativ" abgewertet wird (S. 29, 31). Diese Deutung begründet ihr Recht in der Abschaffung des Gottesgnadentums, in dem die Anfänge des modernen Totalitarismus zu suchen seien (S. 29); begründet es in einer Polemik gegenüber der „marxistischen Revolution", weil nach der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung „die schlimmste Unordnung mit Freiheit und Gleichheit besser ist als das schönste Werk der politischen und sozialen Baukunst ohne Freiheit und Gleichheit; denn alles, was menschlich ist, ist wichtiger als die Gesellschaft" (S. 33). Dazu nimmt sie Kennedys Äußerungen gegen den politischen Terror und für die Achtung vor der Freiheit des Einzelnen abstrakt in Anspruch, ohne freilich die dogmatische Vereinfachung solcher Begründung, die totalitäre Wurzel der Rechtgläubigkeit in der Beurteilung des Echten und Wahren, ohne die realen geschichtlich-politischen Bedingungen der Entstehung und Verwirklichung von Revolutionen herauszustellen.

Eine andere Linie der Interpretation, die weniger auf Doktrin und Werturteil beruht, weniger Engagement und Berufung als politische Einsicht zur Begründung heranzieht, zeigt sich in der Analyse der Äußerungen des Präsidenten selbst, die sein Verhältnis zur Macht (S. 34), seine Beurteilung des Verhältnisses von Bürger und Staat (S. 37), seine Vorstellung von den demokratischen Rechten des Einzelnen und der politisch-gesellschaftlichen Balance der Kräfte (S. 39) behandeln. Es wird ein pragmatisch-rechtsphilosophischer Ansatz erkennbar, der sich um eine möglichst konkrete, pragmatische, weltanschauungs- und ideologiefreie Bestimmung der Menschenrechte bemüht, ihre Verwirklichung auf einen zwar umständlichen, aber verschiedene Interessen ausgleichenden Wege des Kompromisses innen- und außenpolitisch im Sinne einer allgemeinen Rechtsordnung erstrebt (S. 42) und die damit verbundenen Risiken trägt (S. 45).

In diesem Zusammenhange stoßen die Verfasser auch auf das Problem der Überzeugung und Entscheidung, des „Glaubens" an die Menschenrechte, dessen Wesen Kennedy nicht spekulativ erörtert und

vergegenständlicht, sondern sich in der praktischen Bemühung um das Erreichbare erfüllen sieht, denn „unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden. Und die Größe, die der menschliche Geist erreichen kann, bestimmt der Mensch selbst" (S. 48). Diese bemerkenswerten Sätze werden mit Recht abschließend zum Gegenstand einer eingehenden philosophischen, auch theologischen Diskussion (S. 50). Philosophisch, selbst theologisch meinen die Verfasser sie rechtfertigen zu können, wenn allmählich sich abzeichnende Einsichten vorweggenommen werden (S. 52, 57). Sie kommen zu dem Ergebnis, daß sich in dem Grundprinzip der unaufgebbaren Würde des Einzelmenschen, wie es Kennedy im Sinne der demokratischen Tradition seines Landes vertrat, eine „ihrer Herkunft nach christliche Struktur allgemeinphilosophische Autorität verschafft", was allerdings bei der philosophischen Begründung der demokratischen Idee wegen ihrer Voraussetzung der Weltanschauungs- und Ideologiefreiheit Schwierigkeiten einschließe, deren Lösung noch anstehe (S. 59). Damit wird deutlich, daß die allgemeine Friedensordnung der Welt, wie sie Kennedy erstrebte, nicht auf vorausgesetzten Maximen der Echtheit, sondern auf einem Humanismus ruht, dessen Grundlage Arbeit und Mühe der menschlichen Vernunft ist.

Wolfram Steinbeck

Ein schauriges historisches Museum . . .

Karlheinz Deschner, Mit Gott und den Faschisten. Der Vatikan im Bunde mit Mussolini, Franco, Hitler und Pavelić. Hans E. Günther-Verlag, Stuttgart, 301 S., kart., 14,80 DM, Ln. 18,80 DM.

Die Diskussion über Romkirche und Nationalsozialismus hat sich weitgehend auf den Zeitraum von 1933 bis 1935 konzentriert, was einer allseitigen Klärung nicht dienlich ist. Zwar ist schon in diesen Jahren die Mitverantwortung des Papstes und der Bischöfe klar und recht gravierend, weil damals die Weichen für das nächste Jahrzehnt, auch weltpolitisch, gestellt wurden.

Authentische Aussprüche deutscher Staatsmänner karikaturistisch „kommentiert"

Drei heiter-freche „Dokumentarbände" von Erhard Kortmann und Fritz Wolf

Sauerland bleibt Sauerland

Heinrich Lübkes goldiger Zitatenschatz

Ich, der Kanzler

Professor Erhards barockes Poesiealbum

Die Lage war noch nie so ernst!

Doktor Adenauers geflügelte Worte

Jeder Band 64 Seiten
mit viel schmückendem Beiwerk,
in Leinen gebunden und
mit einem Zellophanumschlag versehen,
DM 7,80

Erschienen im
Gustav Lübbe Verlag Bergisch Gladbach

Aber man muß den kirchlichen Funktionären bis etwa 1935 mildernde Umstände zuerkennen, mildernde Umstände, auf die sie in der weiteren Entwicklung keinen Anspruch mehr haben. Über das Geschehen bis 1935 wird selbst in kirchlichen Kreisen schon ziemlich freimütig diskutiert, weil man annimmt, daß die Urteile über das Verhalten der römischen und deutschen Hierarchen am Anfang der braunen Herrschaft nicht allzuschlimm ausfallen können. Man sagt bzw. gibt zu: die Oberhirten waren vertrauensselig und der Raffinesse Hitlers nicht gewachsen, national verblendet, voreingenommen für das autoritäre Regiment, des demokratischen Systems überdrüssig, sie kannten die Schattenseiten der Diktatur nicht aus der Erfahrung.

Deschner stellt diese Thematik in den weiteren Rahmen des Faschismus überhaupt und nimmt die Zeit des Zweiten Weltkriegs besonders unter die Lupe, denn da spätestens mußten sich die Geister scheiden. Gewiß hatten die faschistischen Staaten schon seit 1935 eine Außenpolitik der Gewalt betrieben. Ihre von Fall zu Fall immer rücksichtsloseren Praktiken in Abessinien, in Spanien, in den Nachbarländern des Deutschen Reiches fanden teils die Unterstützung, teils die wohlwollende Duldung Roms. Aber der Vatikan mag selbst für diesen Zeitraum zur Not noch auf ein nachsichtiges Urteil vor dem Forum der Geschichte rechnen, um so mehr, als die Haltung der großen demokratischen Mächte damals auch nicht gerade vorbildlich war. Doch eine Kirchenführung, der im Laufe des Krieges die Augen nicht aufgingen, die mußte entweder dumm oder böswillig sein, denn spätestens 1941, nach dem heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion, lag der Charakter des Faschismus vor aller Welt offen zutage. Aber anscheinend war sogar dieser Angriff nicht schlimm genug, um den maßgebenden Männern der Romkirche ein Wort der Verurteilung zu entlocken. Die faschistischen Regime mochten sich demaskieren, wie sie wollten, der Freundschaft des Vatikans waren sie immer sicher. Der Hauptgrund dafür war wohl der, daß Faschismus und Katholizismus gewisse Anti-Haltungen gemeinsam hatten, z. B. gegen den Liberalismus, und am meisten den Riesenhaß auf den Bolschewismus. Haß aber ist ein fester Kitt. Erst als der krasse Faschismus sich nicht nur weltpolitisch unmöglich gemacht hatte, sondern auch seine Hauptvertreter aus dem Konzert der Mächte ausgeschieden waren, begann die Romkirche eine andere Politik. Doch diese Phase interessiert hier nicht.

Deschner hat in seiner großen Kirchengeschichte „Abermals krähte der Hahn" dem vorliegenden Thema bereits viel Raum gewidmet, bringt aber in diesem Buche darüber hinaus die wünschenswerte, eindrucksvolle Spezialdarstellung.

Die Freundschaft zwischen der Kurie und Mussolini stammt aus dem Jahre 1922 und fand ihren ersten Höhepunkt in den Lateranverträgen von 1929. Damals wurde der Vatikanstaat in seiner modernen Form geschaffen, und dem Papst wurden enorme finanzielle und moralische Vorteile zugeschanzt. Der Pontifex seinerseits opferte die katholische Partei und half dem Duce, seine Stellung zu festigen. Später befürwortete der Klerus eifrig die Aggression in Abessinien.

Im spanischen Bürgerkrieg stand der Vatikan seit September 1936 neben Hitler und Mussolini auf Francos Seite und wurde mitschuldig am Terror, am Blutvergießen, an den Verwüstungen. Er trägt die Mitverantwortung für den Sieg der Reaktion, ja für den Rückfall des Landes (ohnehin eines Landes mit kultureller Verspätung, wie Ernst Robert Curtius schrieb) in mittelalterliche Zustände.

Im Kapitel über Deutschland wird besonders die unheilvolle Rolle Pacellis, Papens, Faulhabers beleuchtet. Dieses Kapitel, das die Mehrzahl unserer derzeit lebenden Deutschen noch zum Schatze ihrer persönlichen Erinnerungen wird zählen können, sollte unbedingt der Jugend nahegebracht werden und darum seinen festen Platz im staatsbürgerlichen Unterricht bekommen.

Im Zweiten Weltkrieg war die Politik des Vatikans ganz von den Eigenarten Pacellis bestimmt, von seiner Vorliebe für das Deutsche Reich, seinem Haß auf die Sowjetunion, seinem sehr mäßigen Interesse am Schicksal der Unterdrückten und Todgeweihten und seinem kläglichen Opportunismus am Ende.

Das letzte Kapitel des Buches, das die Kroatengreuel behandelt, deckt Dinge auf,

die der Weltöffentlichkeit noch weitgehend unbekannt sein dürften. Religiöses Bekenntnis und Nationalität hängen auf dem Balkan eng zusammen, und die serbisch-kroatische Tragödie hat weit zurückreichende Wurzeln. Beim Hause Habsburg fühlten sich die Kroaten offenbar am besten aufgehoben. Die Grausamkeit der kroatischen Regimenter gegen alle Feinde Habsburgs und der Papisterei war seit der Gegenreformation wohlbekannt und traditionell. Als nach dem Ersten Weltkrieg dieses ungebärdige katholische Volk wider seinen Willen mit den ihm an Zahl und Selbstbewußtsein überlegenen orthodoxen Serben in einem neugeschaffenen südslawischen Nachfolgestaat zusammengekoppelt wurde, konnte das nicht gut gehen. Das Verhältnis zu den Serben war stets gespannt, wennschon die Belgrader Regierung um Ruhe und um gerechte Behandlung bemüht war. Aber die Gleichberechtigung der Kroaten ließ eben doch zu wünschen übrig. Der Unmut dieser Minderheit entlud sich z. B. in dem Attentat auf Alexander Karageorgievič in Marseille (1934), an dessen Vorbereitung Pavelič und Kvaternik zweifellos beteiligt waren. Der Tod des verhaßten Serbenkönigs besänftigte die Gemüter nicht. Sobald die Kroaten nach Hitlers Balkanfeldzug ihren eigenen Staat, gewiß einen etwas seltsamen Staat von Hitlers Gnaden, bekamen, nahmen sie an den Serben eine schreckliche und jedes verständliche Maß übersteigende Rache. An den Mordaktionen waren zahlreiche katholische Geistliche beteiligt. Man wollte die Serben römisch-katholisch machen oder ausrotten. Der Vatikan wußte von diesen Blutorgien, aber außer einigen privaten, verstohlenen Äußerungen des Abscheus aus dem Munde kleinerer Prälaten verlautete von Rom kein Wort dagegen, vielmehr ernannte Pius XII. einen der Hauptverantwortlichen, den Erzbischof Stepinac von Zagreb, zum Kardinal. Die jugoslawischen Partisanen nahmen schon während der Kämpfe und besonders nach dem Sieg entsprechende Rache an den Kroaten, z. T. auch an den zurückgebliebenen Deutschen. Doch wurde relativ schnell die rechtsstaatliche Ordnung aufgerichtet, so daß die Periode der Rache nicht lange anhielt. Hernach im Vorgehen der Gerichte konnte man keine Provokationen des kroatischen Volksteils sehen; z. B. fiel die Verurteilung des Kardinals Stepinac, an den Umständen gemessen, milde aus. Trotzdem blieb der Gegensatz

Thomas Ellwein

Einführung in die Regierungs- und Verwaltungslehre

Von Professor Dr. jur. Thomas Ellwein, Ordinarius für Politische Bildung, Frankfurt am Main

1966. 226 Seiten. Leinen DM 19,80
Band 1 von „Politik — Regierung — Verwaltung"

Verwaltungswissenschaft ist bisher vorwiegend von Juristen und unter juristischem Aspekt betrieben worden. Der Verfasser ist zwar auch Jurist, kommt aber von der Politologie her und versucht, die Verwaltungswirklichkeit und die sich daraus ergebenden Folgerungen unter einem erweiterten und veränderten Blickwinkel in den Griff zu bekommen. So unterscheidet er z. B. nicht nur — wie hergebracht — zwischen Eingriffs- und Leistungsverwaltung, sondern beschreibt und untersucht fünf Formen des Verwaltens: Ordnungs-, Dienstleistungs-, Organisationsverwaltung, wirtschaftende und politische Verwaltung.

Bemerkenswert und über die üblichen Kategorien hinausgehend ist vor allem die systematische Darstellung der Regierungstätigkeit, die „Regierungslehre", mit den Abschnitten Planung, Entscheidung, Koordination und Kontrolle, Repräsentation. Auch das letzte Kapitel „Führungsproblem im modernen Staat" sprengt den Rahmen dessen, was man allgemein unter Verwaltungslehre versteht.

Das Buch ist geistvoll geschrieben und anregend. Es ist sowohl Lehrbuch wie „Besinnungslektüre" für den Praktiker. Ihm liegen die Ergebnisse jahrelanger empirischer Forschung zugrunde. Sie bilden den Grundstock für die systematischen Darstellungen und Schlußfolgerungen, aber auch für die zahlreichen bezeichnenden und aussagekräftigen Beispiele aus dem Verwaltungsalltag, mit denen der Verfasser seine Thesen belegt.

100 JAHRE KOHLHAMMER

Verlag W. Kohlhammer
Stuttgart

zwischen orthodoxen und römisch-katholischen Jugoslawen noch lange spürbar. Erst in den letzten Jahren scheint Tito den inneren Frieden erreicht zu haben. Die Exil-Kroaten freilich agitieren weiter, vor allem in der Bundesrepublik.

Es ist ein Gang durch ein schauriges historisches Museum, den Deschner uns tun läßt. Manch einer wird die Lektüre abbrechen, weil er das nicht aushält, vielleicht auch, weil er das Buch als leidenschaftlich und einseitig empfindet oder wünscht, man möge Gras über die furchtbaren Geschehnisse wachsen lassen. Nun, dies alles kann man gegen Deschner einwenden, aber eins kann man nicht gegen ihn einwenden: Nämlich, es sei nicht wahr, was er schreibt. Es ist wahr, es ist mit einer seltenen Gewissenhaftigkeit erarbeitet, es hat hundert literarischen Kritikern standgehalten, es hat sich in Hunderten von Diskussionen als stichhaltig bewährt. Dafür ist der Rezensent Zeuge.

Dr. Friedrich Pzillas

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Johann Gottfried Herder, Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit. Textausgabe. Mit einem Vorwort von Gerhart Schmidt. Joseph Melzer Verlag, Darmstadt, 552 S., Ln. 48,— DM, Paperback 19,80 DM. — Als Textvorlage diente die von Bernhard Suphan herausgegebene historisch-kritische Ausgabe der Werke Herders (Berlin 1877—1913).

Henri Prat, Explosion und Verwandlung der Menschheit. Aus dem Französischen von Karlhermann Bergner. Walter-Verlag, Olten/Freiburg i. Br., 400 S. mit 40 graphischen Darstellungen, Ln. 38,— DM. — Eine auf Fakten gestützte Untersuchung des bekannten französischen Biologen zum Thema Bevölkerungsplanung.

Marx-Engels Studienausgabe. Herausgegeben von Iring Fetscher. Fischer Bücherei, Frankfurt, kart. je Band 3,80 DM. /Bd. 3: Geschichte und Politik I 255 S. /Bd. 4: Geschichte und Politik II. 384 S. (Fischer Bücherei / Bucher des Wissens / Bd. 766 und 767). — Die letzten beiden Bände der Ausgabe (auf Band 1 und 2 wurde schon früher hingewiesen) enthalten allgemeine theoretische Reflexionen zur Geschichte und Kolonialgeschichte sowie Texte zur Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung.

Oskar Klug, Katholizismus und Protestantismus zur Eigentumsfrage. Eine gesellschaftspolitische Analyse. Rowohlt Verlag, Reinbek, 261 S. kart. 4,80 DM (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, Bd. 153/154).

M. Rainer Lepsius, Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 40 S., kart. 5,80 DM (Veröffentlichungen der Wirtschaftshochschule Mannheim, Bd. 15).

Internationale Beziehungen. Ein Gegenstand der Sozialwissenschaften. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 128 S., Paperback 12,— DM. (Politische Psychologie, Bd. 5.) — Elf Aufsätze zu den verschiedenen Aspekten der Außen- und Entwicklungspolitik.

Paul Mikat/Helmut Schelsky, Grundzüge einer neuen Universität. Zur Planung einer Hochschulgründung in Ostwestfalen. Bertelsmann Verlag, Gütersloh, 96 S., kart. 9,80 DM. (Schriftenreihe zur Theorie, Politik und Geschichte der Wissenschaft, Bd. 1.)

Otto Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 176 S., kart. 9,80 DM (Sammlung „res novae", Bd. 47).

Geschichte und Zeitgeschichte

Friedrich Schiller, Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. Herausgegeben von Herbert Reinoß. Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh, 255 S. mit 120 Kunstdrucktafeln, Ln. 19,80 DM.

Gotthold Rhode, Kleine Geschichte Polens. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Abteilung Verlag, Darmstadt, XVI, 523 S., Plastikbd. 25,40 DM.

DTV-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts / Bd. 3: Helmut Heiber, Die Republik von Weimar. 283 S. / Bd. 4: Ernst Nolte, Die

faschistischen Bewegungen. 334 S. / Bd. 7: Die Vereinigten Staaten von Amerika. 295 S. / Bd. 11: Thilo Vogelsang, Das geteilte Deutschland. 287 S. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, br. je Band 4,80 DM (DTV Bd. 4003/4/7 und 11). — Besonderem Interesse dürfte die Arbeit von Prof. Nolte begegnen, der, wohl zum ersten Mal in der deutschsprachigen Literatur, eine knappe vergleichende historische Darstellung der europäischen „Faschismen" versucht. Das Buch ist umfassend angelegt und berücksichtigt auch solche Bewegungen wie den Austro-Faschismus, das Regime des Admirals Horthy und die Ustascha-Bewegung in Jugoslawien. Nolte begreift die Zwischenkriegszeit in West- und Südosteuropa als eine „Epoche des Fachismus", die mit Mussolinis Marsch auf Rom im Oktober 1922 ihren ersten Höhepunkt fand und die mit der Niederwerfung des Nationalsozialismus durch die Alliierten endete. Bestimmte Entwicklungen (z. B. in Spanien und Portugal) werden nicht bis in die Gegenwart verfolgt. — Die DTV-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, für die Martin Broszat und Helmut Heiber als Herausgeber zeichnen, soll insgesamt 15 Bände umfassen.

Michael Freund, Deutschland unterm Hakenkreuz. Die Geschichte der Jahre 1933 bis 1945. Bertelsmann Verlag, Gütersloh, 480 S. mit 60 Fotos, Ln. 24,— DM.

Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953 bis 1955. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 556 S., Ln. 24,80 DM.

Aktuelle Themen

Ingvar Svennilson, Schwedens Wirtschaftsprojektion. Berlin Verlag, Berlin, 224 S. mit 28 Tab., 14 graph. Darstellungen und ausführlicher Bibliographie, Balacronbd. 17,50 DM. — In einer vorzüglichen Übersetzung legt der Verlag den dritten Band seiner Abhandlungen über Praxis und Organisation volkswirtschaftlicher Rahmenplanungen vor. Der Autor, Leiter der Planungsabteilung des Finanzministeriums in Stockholm und Berater der Regierungen von Pakistan und Tunesien, schildert die Besonderheiten der schwedischen Wirtschaftsplanung, die sich, weitgehend dezentralisiert, in Zusammenarbeit der verschiedensten staatlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen und unter Beteiligung von Verbänden und Gewerkschaften vollzieht und deren theoretische Grundlagen auf die bekanntesten Ökonomen der 20er und 30er Jahre zurückgehen. — Im gleichen Verlag sind erschienen: Englands Wirtschaftsprojektion. Herausgegeben vom National Economic Development Council (268 S., 79 Tab., Balacronbd. 20,— DM); Francois Perroux, Frankreichs Wirtschaftsprojektion (206 S., 11 Tab., Balacronbd. 15,— DM).

Carl-Heinz Tretner, Langfristige Planung von Staatsausgaben. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 116 S., br. 16,60 DM (Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten, Heft 32).

Waldemar Besson, Die großen Mächte. Strukturfragen der gegenwärtigen Weltpolitik. Verlag Rombach, Freiburg, 85 S., kart. 7,80 DM.

Joachim H. Iwan, Die Abrüstung. Die Bemühungen um Friedenssicherung durch Rüstungsbeschränkung und -kontrolle. Verlag C. H. Beck, München, 270 S., kart. 34,— DM. (Münchener Studien zur Politik, Bd. 4.)

Urs Schwarz, Strategie gestern, heute, morgen. Die Entwicklung des politisch-militärischen Denkens in Amerika. Econ-Verlag, Düsseldorf, 304 S., Ln. 19,80 DM.

Reimar Lüst, Die gegenwärtigen Probleme der Weltraumforschung. Oldenbourg Verlag, München, 42 S., 27 Abb., br. 3,40 DM (Deutsches Museum, München — Abhandlungen und Berichte, Heft 3).

Schubladen-Texte. Eingeleitet von Heinrich Hannover. Verlag Neue Kritik, Frankfurt / Voltaire Verlag, Berlin, 75 S., br. 5,— DM. — Enthält neben dem Text der bisher von der Bundesregierung geheimgehaltenen „Schubladenverordnungen" auch die schon verabschiedeten oder im Bundestag eingebrachten Notstandsverfügungen. Es sind nicht alle bisher durchgesickerten Verordnungstexte abgedruckt.

Die sowjetischen Protokolle der Konferenz von Teheran (VI)

Unterredung während des Frühstücks

30. November 1943, 13.40 Uhr

ROOSEVELT sagt, daß er Marschall Stalin eine für ihn angenehme Neuigkeit übermitteln wolle. Es handle sich darum, daß unter Mitwirkung Churchills und Roosevelts folgender Vorschlag von den Vereinigten Stäben angenommen sei:

Die Operation „Overlord" ist für Mai 1944 geplant und wird mit Unterstützung einer Landung in Südfrankreich durchgeführt werden. Die Stärke dieser Hilfsoperation wird von der Anzahl der Landungsmittel abhängen, die zu dieser Zeit zur Verfügung stehen werden.

STALIN erklärt, daß er mit dieser Entscheidung zufrieden sei.

CHURCHILL bemerkt, daß der genaue Termin für die Operation offenbar von der Mondphase abhängen werde.

STALIN sagt, daß er natürlich nicht nach dem genauen Zeitpunkt fragen wolle, aber daß das Manöver natürlich ein oder zwei Wochen im Mai in Anspruch nehmen werde.

ROOSEVELT erklärt, daß, von heute aus beurteilt, wohl der Zeitraum vom 15. bis 20. Mai der günstigste sei.

STALIN sagt, er möchte Churchill und Roosevelt versichern, daß die Russen zum Beginn der Landungsoperationen in Frankreich einen mächtigen Schlag gegen die Deutschen vorbereiten werden.

ROOSEVELT hält das für sehr gut, weil die Deutschen dann keine Truppen nach Westen werfen könnten.

CHURCHILL bemerkt, daß die Engländer umfangreiche Vorbereitungen für die Operation „Overlord" träfen. Er, Churchill, wolle, falls es die Zeit erlaube, Marschall Stalin einmal über einige Einzelheiten dieser Vorbereitung unterrichten. Ein ziemlich großes Problem sei insbesondere die Belieferung der gelandeten Truppen mit Brennstoff. Die Engländer hätten ein spezielles Hohlkabel, das man abwickeln und auf den Grund des Kanals lassen könnte. Durch dieses Kabel, das man mit einem Rohr vergleichen könne, werde der Brennstoff zum gegenüberliegenden Ufer geleitet werden.

STALIN bemerkt, daß das eine sehr gute Methode der Brennstoffbeförderung sei und die Situation sehr erleichtern würde...

Dritte Sitzung der Konferenz der Oberhäupter der Regierungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens

Teheran, 30. November 1943

Beginn der Sitzung: 16.30 Uhr Ende der Sitzung: 17.20 Uhr

ROOSEVELT: Der Beschluß des britischen und des amerikanischen Stabes ist Marschall Stalin mitgeteilt und von ihm mit Befriedigung aufgenommen worden. Es wäre wünschenswert, falls Marschall Stalin einverstanden sein sollte, wenn General Brooke der Konferenz über diesen Beschluß berichten würde.

STALIN: Einverstanden.

CHURCHILL: General Brooke [1]) wird diese Erklärung sowohl im Namen der Amerikaner als auch im Namen der Engländer abgeben.

BROOKE: Die Chefs der Vereinigten Stäbe haben sowohl dem Präsidenten als auch dem Premierminister vorgeschlagen, Marschall Stalin mitzuteilen, daß die Operation „Overlord" im Verlaufe des Monats Mai beginnen wird. Diese Operation wird von einer Operation in Südfrankreich unterstützt werden, wobei der Umfang dieser Operation von der Anzahl der zu dieser Zeit vorhandenen Landungsboote abhängen wird.

CHURCHILL: Selbstverständlich werden die Vereinigten Britisch-Amerikanischen Stäbe enge Verbindung mit Marschall Stalin unterhalten, um die Operationen aller Alliierten koordinieren zu können und dem Feind von beiden Seiten zugleich einen Schlag zu versetzen.

STALIN: Ich bin mir der Wichtigkeit der Entscheidungen, die von den Stäben unserer Verbündeten getroffen wurden, aber auch der Schwierigkeit ihrer Durchführung bewußt. Eine Gefahr wird sich möglicherweise nicht zu Beginn der Operation „Overlord", sondern in ihrem weiteren Verlauf ergeben, wenn die Deutschen versuchen werden, einen Teil der Truppen von der Ostfront für die Westfront abzuziehen und die Operation „Overlord" zu erschweren. Um den Deutschen nicht die Möglichkeit zum Manövrieren zu geben und um zu verhindern, daß sie nicht ganz unbedeutende Kräfte von der Ostfront nach Westen bringen, verpflichten sich die Russen, Anfang Mai an einigen Stellen eine Großoffensive gegen die Deutschen zu organisieren, um die deutschen Divisionen an der Ostfront zu binden und es den Deutschen unmöglich zu machen, die Operation „Overlord" irgendwie zu erschweren. Heute habe ich das bereits Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill mitgeteilt, aber ich wollte meine Erklärung vor der Konferenz wiederholen.

ROOSEVELT: Die Erklärung Marschall Stalins, daß zur Koordinierung der Schläge gegen den Feind Maßnahmen getroffen werden, befriedigt mich sehr. Ich hoffe nur, daß unsere Nationen jetzt die Notwendigkeit gemeinsamer Handlungen begriffen haben und daß die bevorstehenden Operationen unserer drei Länder zeigen werden, daß wir gelernt haben, gemeinsam zu handeln.

Die Vereinigten Staaten haben den Oberbefehlshaber für die Operation „Overlord" noch nicht ernannt. Aber ich bin sicher, daß das in den nächsten drei oder vier Tagen geschehen und, sobald wir nach Kairo zurückgekehrt sind.[2]) Ich möchte nur noch vor-

---

[1]) General Brooke, Chef des britischen Generalstabes.
[2]) Die zweite Kairo-Konferenz zwischen Roosevelt, Churchill und dem türkischen Präsidenten Inönü fand in Anwesenheit der militärischen Stabschefs und hoher politischer Berater unmittelbar nach Beendigung der Gespräche in Teheran vom 2. bis 7. Dezember 1943 statt.

schlagen, daß unsere Stäbe unverzüglich mit der Ausarbeitung der Vorschläge beginnen, die wir hier angenommen haben. Deshalb meine ich, daß sie morgen schon nach Kairo zurückkehren könnten, vorausgesetzt, daß Marschall Stalin keine Einwände erhebt.

STALIN: Ich bin damit einverstanden.

CHURCHILL: Ich möchte sagen, daß wir heute einen wichtigen Beschluß gefaßt haben. Jetzt müssen wir, der Präsident, ich und unsere Stäbe, diese Frage sorgfältig ausarbeiten und entscheiden, wo wir die notwendigen Landungsboote hernehmen werden. Wir haben noch fünf Monate Zeit, und ich bin der Meinung, daß wir die erforderliche Anzahl von Landungsbooten werden beschaffen können. Ich habe bereits den Auftrag erteilt, diese Frage zu untersuchen. Ein ausführlicher Bericht wird folgen, sobald unsere Stäbe nach Hause zurückgekehrt sein werden. Soll die Operation „Overlord" gelingen, dann müssen unsere Kräfte bei weitem überwiegen. Ich hoffe, daß unsere Stäbe es gewährleisten können. Gegen Anfang Juni werden wir uns bereits im schweren und aktiven Kampf mit dem Gegner befinden. Ich glaube, daß die Erörterung der militärischen Fragen abgeschlossen ist. Somit könnten wir zu den politischen Fragen übergehen. Wenn wir den 1. und 2. Dezember dazu benutzen würden, könnten wir am 3. Dezember abreisen. Wir haben einen großen Erfolg erzielt, und es wäre gut, wenn wir nicht eher auseinandergehen würden, bevor alle Fragen gelöst sein werden, und wenn wir der öffentlichen Meinung unsere völlige Übereinstimmung mitteilen könnten. Ich hoffe, daß der Präsident genau wie ich seinen Aufenthalt wird bis zum 3. Dezember ausdehnen können, d. h., wenn der Marschall einverstanden sein sollte zu bleiben.

STALIN: Einverstanden.

ROOSEVELT: Es freut mich zu hören, daß Marschall Stalin noch einen Tag zu bleiben gewillt ist. Hinsichtlich des Kommuniqués möchte ich noch bemerken, daß uns unsere Stäbe vielleicht den Entwurf dieses Kommuniqués vorlegen könnten.

STALIN: In dem Teil, der die militärischen Fragen betrifft.

CHURCHILL: Ja, natürlich. Das Kommuniqué muß kurz sein und geheimgehalten werden.

STALIN: Aber ohne Mystik.

CHURCHILL: Ich bin sicher, daß dem Gegner unsere Vorbereitungen bald bekannt sein dürften. Er wird sie an den vielen Eisenbahntransporten, an der Aktivität in unseren Häfen usw. erkennen.

STALIN: Eine große Operation kann man nicht in einem Sack verstecken.

CHURCHILL: Unsere Stäbe müßten sich Gedanken darüber machen, diese Vorbereitungen zu tarnen und den Gegner irrezuführen.

STALIN: In solchen Fällen täuschen wir den Gegner, indem wir Panzer- und Flugzeugattrappen aufstellen und Scheinflugplätze einrichten. Dann setzen wir diese Panzer- und Flugzeugattrappen mit Traktoren in Bewegung. Die Aufklärung meldet diese Bewegungen dem Gegner, wobei die Deutschen der Meinung sind, es handle sich hier um die Vorbereitung eines Schlages. Zur gleichen Zeit herrscht dort, wo wir tatsächlich eine Offensive vorbereiten, völlige Ruhe. Alle Transporte erfolgen nachts. Wir stellen an einigen Stellen 5000 bis 8000 Panzerattrappen und bis zu 2000 Flugzeugattrappen auf und errichten viele Scheinflugplätze. Daneben täuschen wir den Gegner mit Hilfe des Funks. In den Gebieten, in denen kein Angriff geplant ist, werden Aufrufe von einer Station zur anderen durchgegeben. Der Gegner hört diese Sender ab, und es entsteht bei ihm der Eindruck, daß sich hier starke Verbände befinden. Tag und Nacht bombardieren feindliche Flugzeuge diese Gegenden, die in Wirklichkeit völlig leer sind.

CHURCHILL: Wahrheit muß durch Unwahrheit gewahrt werden. Auf jeden Fall werden wir Maßnahmen zur Irreführung des Feindes ergreifen.

Bemerkungen

Prof. Dr. Franz B. Schick, geboren in Österreich, studierte Jura an der Universität Wien und später, nach seiner Emigration in die USA, Politologie an der University of California in Berkeley; Lehrtätigkeit dortselbst und ab 1947 an der Universität of Utah; nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche Gastdozenturen, u. a. in Oxford und an der Freien Universität Berlin; Mitglied des British Institute of International and Comparative Law und der Western Political Science Association; Gründer und erster Herausgeber des Western Political Quarterly, herausgegeben von der University of Utah. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Bei den im November 1966 abgehaltenen Zwischenwahlen zum amerikanischen Kongreß kandidierte Prof. Schick in seinem Heimatwahlkreis Salt Lake City für die Demokratische Partei.

Dieser Ausgabe liegt ein Schreiben der Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner bei, das wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM —,20 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.